

Stenographischer Bericht
über die
77. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz
im Landtagsgebäude zu Mainz
am 23. März 1955

Tagesordnung:

Seite

Fortsetzung der Tagesordnung vom 21. März 1955

Beratung der Einzelpläne in zweiter Lesung

Einzelplan 06 - Sozialministerium -	2633
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/1045 - Berichterstatter: Abg. Steger	
<i>Drucksache II/1045 in zweiter Beratung bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD angenommen</i>	2655
<i>Einzelplan 06 - Sozialministerium - in zweiter Beratung bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD angenommen</i>	2655
Dazu: Anträge der Fraktion der SPD - Drucksachen II/1061/1062 -	2655
<i>Abgelehnt</i>	2655
Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und FDP - Drucksache II/1063 -	2655
<i>Einstimmig angenommen</i>	2655
Einzelplan 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten -	2655
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/1046/1057 - Berichterstatter: Abg. Wetzel	
<i>Drucksachen II/1046/1057 in zweiter Beratung angenommen</i>	2690
<i>Einzelplan 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in zweiter Beratung einstimmig angenommen</i>	2690
Dazu: Anträge der Fraktion der SPD - Drucksachen II/1064/1065/1069 -	2690
<i>Abgelehnt</i>	2690
Abschlußerklärung des Innenministers Dr. Zimmer zum Fall Meisheimer, Traben-Trarbach	2649

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Altmeier, die Staatsminister Becher, Dr. Finck, Dr. Nowack, Stübinger, Dr. Zimmer, der Chef der Staatskanzlei Staatsminister a. D. Dr. Haberer, Staatssekretär Dr. Steinlein.

Es fehlten:

Entschuldigt: die Abgeordneten Dauber, Dedenbach, Rüb, Schweinhardt, Sommerey

Rednerverzeichnis:

Präsident Wolters	2683, 2688, 2689, 2690
Vizepräsident Böglcr	2633, 2635, 2640, 2642, 2644, 2646, 2648, 2655
Vizepräsident Wilms	2655, 2658, 2662, 2666, 2669, 2671, 2674, 2676, 2677, 2679, 2682
Beckenbach (SPD)	2662
Dr. Boden (CDU)	2690
Diel (CDU)	2658
Hachenberg (CDU)	2674
Herklotz (SPD)	2648
Hermans-Hillesheim (CDU)	2634
Kern (FDP)	2679
Müller, Emil (SPD)	2671
Müller, Hertert (SPD)	2677
Piedmont (FDP)	2671
Platten (CDU)	2682
Schmidt (SPD)	2676, 2683, 2689, 2690
Schulz (FDP)	2666
Steger (FDP)	2633, 2640
Teschner (CDU)	2642
Volkemer (SPD)	2635
Weis (CDU)	2676
Wetzel (CDU)	2655, 2669
Dr. Wolf (CDU)	2682
Wolf (SPD)	2644
Wolters (CDU)	2646
Ministerpräsident Altmeier	2688
Staatsminister Stübinger	2683
Staatsminister Dr. Zimmer	2649

**77. Plenarsitzung des Landtages Rheinland-Pfalz
am 23. März 1955**

Die Sitzung wird um 9.40 Uhr durch den Vizepräsidenten Bögler eröffnet.

Vizepräsident Bögler:

Die 77. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz ist eröffnet. Beisitzer der heutigen Sitzung sind die Herren Abgeordneten Drathen und Fliesen. Die Rednerliste führt der Herr Abgeordnete Drathen. Entschuldigt fehlen die Herren Abgeordneten Rüb, Dedenbach, Schweinhardt, Dauber und Sommerey. An der heutigen Sitzung nehmen als Gasthörer teil 45 Teilnehmer des 8. Lehrganges des Bürgerkundlichen Arbeitskreises Rheinland-Pfalz. Ich begrüße die Damen und Herren auf das herzlichste.

(Beifall des Hauses.)

Zur Beratung kommt der

Einzelplan 06 - Sozialministerium -

Berichterstatler ist der Herr Abgeordnete Steger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Steger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschuß hat den Haushaltsplan des Sozialministeriums für das Rechnungsjahr 1955 am 15. Februar beraten und die Änderungsanträge, die er beschlossen hat, in der Drucksache II/1045 zusammengefaßt. Bei Kapitel 01, Titel 38, erklärte der Regierungsvertreter auf Befragen wegen des verhältnismäßig geringen Ansatzes von 200 000 DM - Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbeschädigtengesetz -, daß mit einem höheren Aufkommen als bisher, schätzungsweise mit 500 000 DM, gerechnet werden könne und daß dieser Betrag dann ausschließlich der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Schwerbeschädigtengesetz dienen werde. Bei Kapitel 01, Titel 101, wird erwogen, die Anzahl der Ministerialräte um 1 zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! Wie auch sonst gehörte das stärkste Interesse des Ausschusses den „Allgemeinen Bewilligungen“, die im Haushaltsplan unter dem Kapitel 02 zu finden sind. Es wurden Änderungen beantragt, die durchweg Erhöhungen bedeuten; sie gehen zurück auf die Wünsche der Vertreter der einzelnen Fraktionen. Es ist nicht möglich, hier auch nur auszugeweiht die Wünsche näher zu begründen, weshalb ich auf das Protokoll verweise. Immerhin hatten diese Anträge eine Erhöhung der Ansätze um etwa 500 000 DM zur Folge. Ich verweise bezüglich der Einzelheiten wiederum auf die Drucksache II/1045.

Außer diesen Erhöhungen waren die Mittel zu bewilligen, die für das Blindenpflegegeld in Frage kommen. Das Sozialministerium hat inzwischen einen Erlaß herausgebracht und ihn dem Sozialpolitischen Ausschuß vorgelegt. Der Sozialpolitische Ausschuß hat diesem Erlaß zugestimmt, so daß die Zahlungen an die Blinden nach den Bestimmungen dieses Erlasses getätigt werden können.

Beim Kapitel 06, Titel 313 - Zuschüsse zur Durchführung der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge für Kinder und Jugendliche gemäß § 3 der Reichsgrundsätze - hielt man es für dringend erforderlich, die Mittel zu erhöhen. Es ist Ihnen bekannt, daß von der Sowjetzone aus eine starke Propaganda betrieben wird, auch Kinder unseres Landes zu Ferienaufenthalt in der Sowjetzone zu veranlassen. Es war die Meinung des Ausschusses, diese Bestrebungen bekämpfen und

dafür sorgen zu müssen, daß diese Kinder hier bleiben, daß aber darüber hinaus auch Kinder aus der Sowjetzone zu uns in die westlichen Gebiete kommen. Auf diese Erwägungen ist die Erhöhung um 100 000 DM zurückzuführen.

Beim Kapitel 08 befaßte sich der Ausschuß mit einer Eingabe des Betriebsrates der Landesnervenklinik Andernach, die zum Ziel hat, 30 Pfleger dieser Anstalt in die nächsthöhere Besoldungsgruppe zu bringen; denn dies sei auf Grund des besonders schweren Dienstes dieser Pfleger gerechtfertigt und notwendig.

Der Ausschuß anerkannte die sachliche Berechtigung dieser Höhergruppierung. Er hat auch einige Änderungen getroffen, die ihm allerdings selbst absolut unbefriedigend erschienen; aber er ist der Meinung, daß man die endgültige Regelung der in Aussicht stehenden Besoldungsreform überlassen müsse, abgesehen davon, daß diese Angelegenheit natürlich außerdem für das nächste Haushaltsjahr im Auge behalten werden kann. Das hier Gesagte gilt auch für eine Gruppe von Pflegern der Anstalt in Alzey.

Bei den Kapiteln 12 bis 18 ergaben sich keine Änderungen. In den verschiedenen Anstalten unseres Landes geht alles seinen vorgeschriebenen Gang; es war zusätzlich nichts zu bewilligen, abgesehen von einer Röntgenanlage für die Landesnervenklinik Andernach, eine Frage, die vom Ministerium aus noch geprüft werden soll.

Das Landeserziehungsheim Gau-Algesheim soll nach Oberwinkel verlegt werden, und dafür wurde ein neuer Titel 870 mit 25 000 DM ausgestattet.

Es wird das Hohe Haus interessieren zu hören, daß die Anstalt für Hirn-, Nerven- und Rückenmarksverletzte, die bisher in Alzey untergebracht war, nun endlich eine neue, zweckentsprechende Heimat in Meisenheim am Glan finden wird.

Bei Kapitel 30, Landessozialgericht, kam unter Titel 300 die Entschädigung der Beisitzer, also der Sozialrichter, zur Sprache, und diese Entschädigung wurde als zu gering erachtet. Sie wird vorgenommen nach der Gebührenordnung für Schöffen und Geschworene; aber es wurde die Ansicht vertreten, daß die Funktion dieser Beisitzer denn doch eine etwas andere sei als die der Schöffen und Geschworenen.

Ein weiterer Mißstand wurde bei Kapitel 33, Gerichte für Arbeitssachen, behandelt, nämlich der, daß bei Tagungen der Arbeitsgerichte dort, wo Nebenstellen errichtet worden sind, entweder gar keine oder nur sehr unzulängliche Tagungsräume zur Verfügung ständen, und daß sich dadurch unzutragliche Verzögerungen in der Abwicklung der Verfahren ergäben. Das Ministerium wurde um Abhilfe gebeten.

Zum Schluß hat dann noch der Herr Sozialminister dem Ausschuß einige genauere Informationen zur Frage der Fremdenlegion gegeben, Informationen, die den Fraktionen bekanntgegeben werden sollen. Da diese Informationen vertraulich waren, halte ich mich nicht für befugt, in meinem Bericht auf diese Dinge zurückzukommen.

Meine Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschuß bittet das Hohe Haus, den in der Drucksache II/1045 zusammengefaßten Änderungsvorschlägen seine Zustimmung zu geben und den Etat anzunehmen.

(Beifall im ganzen Hause.)

Vizepräsident Bögler:

Ich danke dem Herrn Berichterstatler. Wir kommen zur Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Hermans-Hillesheim von der Fraktion der CDU.

(Hermans-Hillesheim)

Frau Abg. Hermans-Hillesheim:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine gute Gewohnheit unseres Landtages, auch bei jeder Beratung des Haushalts sich mit der Jugend, ihren Anliegen und ihrer Betreuung zu beschäftigen. Auch in diesem Jahre haben wir Anlaß dazu. Vor mir liegt eine Zusammenstellung von Meldungen über den sowjetzonalen Jugendplan. Ich übergehe, was darin über die FDJ, die Fortsetzung einer uns noch sehr bekannten Staatsjugend, gesagt ist. Aber es muß zu denken geben, wenn es heißt: „Geplant ist die Schaffung von 27 400 neuen Plätzen in Kindergärten; die Zahl der Erntekindergärten soll auf 2123 mit 39 948 Plätzen gesteigert werden; in Pionierlagern sollen 88 000 Kinder, in Betriebsferienlagern 600 000 Kinder ihre Ferien verleben. 25 000 Kinder aus der Bundesrepublik sollen sich in diesem Jahre während der großen Schulferien in der Sowjetzone aufhalten.“

Wir sollten uns über die propagandistische Wirkung solcher Zahlen nicht täuschen. Wer von uns, der sie liest oder hört, fragt sich nicht ganz unwillkürlich: Und was haben wir dem entgegenzusetzen? Dabei bin ich davon überzeugt, daß wir einen Vergleich gar nicht zu scheuen brauchen, wenn - ja, wenn - wir ihn anstellen könnten. Für die Sowjetzonenstellen ist nämlich das Zahlenmaterial leichter zu beschaffen, weil die ganzen Einrichtungen und Maßnahmen ausschließlich vom Staat getragen werden. Daß bei uns der größte Teil der praktischen Jugendarbeit sich in völliger Freiwilligkeit im Rahmen der Jugendverbände und der karitativen Organisationen abspielt ist sicherlich der Sache nach ein Vorzug, den wir gar nicht hoch genug einschätzen können. Er erschwert uns aber ebenso natürlich den Überblick über das gesamte Maß der hier von uns geleisteten Arbeit, damit aber auch die Möglichkeit der propagandistischen Gegenwirkungen gegen die Selbstanpreisungen aus dem Osten.

Lassen Sie mich hier ein paar Verse aus dem „Faust“ frei nachdichten:

Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten,
Mit Zahlen ein System verbreiten;
An Zahlen läßt sich trefflich glauben,
Von einer Zahl läßt sich kein Jota rauben.

Deshalb möchte ich anregen, daß die zuständigen Ministerien der Landesregierung möglichst schnell eine Bestandsaufnahme aller Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendwohlfahrt, der Jugendpflege und der Jugendfürsorge veranlassen.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr gut!)

Ist es doch für uns selbst und für unsere weitere Tätigkeit von großem Wert, genau zu erfahren, beispielsweise wieviele Kindergärten in unserem Lande bestehen, wo sie vorhanden sind und wo sie fehlen, wer sie unterhält und wie hoch die Zahl der in ihnen betreuten Kinder ist. Desgleichen erscheint es mir wichtig zu erfahren, was in unserem Lande in Richtung auf Ferienbetreuung der Jugend, Ferienlager und dergleichen, tatsächlich geschehen ist, und ich möchte auch bitten, mit den in Frage kommenden Stellen so bald wie möglich zu erörtern, was in dem jetzt beginnenden Ferienjahr geplant ist.

Die Verbände brauchen - so glaube ich - einer solchen Bestandsaufnahme nicht mit Zurückhaltung oder gar Mißtrauen zu begegnen, geht es doch nicht um die Vorbereitung irgendwelcher staatlicher Aktionen oder Einmischungen, sondern nur darum, Klarheit zu gewinnen, ob die Mittel, die im Haushalt des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände ausgeworfen sind, genügen, ob sie auf die verschiedenen Aufgaben einigermaßen zweckentsprechend verteilt sind, wie sie

vom Letztempfänger verwandt werden und wo in Zukunft Schwerpunkte für den Einsatz öffentlicher Mittel gesehen werden müssen.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr richtig!)

Hier besteht unseres Erachtens eine echte und dringende Aufgabe für den Landesjugendbeirat, der ja bisher nicht allzu oft getagt hat. Ich darf den Herrn Sozialminister bitten, meine Anregungen wohlwollend zu prüfen und den Landesjugendbeirat zur Erörterung der hier aufgeworfenen Fragen einzuberufen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ein Schwerpunkt unserer Aufmerksamkeit scheint mir schon erkennbar zu sein. Er wurde heute morgen auch schon bei der Berichterstattung erwähnt. Wir müssen dafür sorgen, daß die ostzonale Werbung für die Kinderferienverschickung nicht in größerem Umfang bei unserer Bevölkerung ankommt, indem wir hier ebenso günstige Möglichkeiten vorbereiten.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr gut!
Sehr notwendig!)

Wir begrüßen es sehr, daß bei den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß die Ansätze für die uns interessierenden Zwecke um 200 000 DM erhöht wurden. Obwohl in jedem Etatjahr eine ganz erhebliche Erhöhung festzustellen ist, macht der Gesamtaufwand des Landes an direkten Zuschüssen für die Jugendarbeit aber doch nur einen kleinen Teil der Haushaltsausgaben aus. Angesichts dieser Sachlage ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß die Ansätze, soweit sie nach dem Haushaltsplan aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu decken sind, auch tatsächlich daraus bestritten werden. Sollte sich zum Beispiel im Laufe des Haushaltsjahres herausstellen, daß die Einnahmen aus der Toto-Abgabe über den veranschlagten Gesamtbetrag hinausgehen, so haben wir den Wunsch, diese Überschüsse durch überplanmäßige Aufwendungen bei den wichtigsten Positionen der Jugendpflege und Jugendfürsorge und nicht etwa stillschweigend zur Deckung allgemeiner Haushaltsaufgaben verwendet zu sehen.

Geldaufwand und bloße materielle Unterstützung jeder Art sind allerdings noch kein gültiger Maßstab für den wirklichen Wert und Erfolg der Jugendarbeit. Wir werden so leicht nicht in die Lage kommen, vergleichbare Geldaufwendungen für unsere Jugend zu machen wie das Dritte Reich für die HJ oder wie die ostzonale Regierung für die sogenannte Freie Deutsche Jugend. Wir müssen uns aber in jedem Augenblick darüber klar sein, daß die Jugendarbeit hier und dort wegen der gegensätzlichen Zielrichtung, aus der sich die Unterschiede der Methoden zwangsläufig ergeben, gar nicht miteinander verglichen werden kann. Drüben geht es um den Menschen nicht als Persönlichkeit, sondern nur als automatisch funktionierendes Werkzeug in der Hand von Partei und Staat, als Faktor der Produktion oder des Rüstungspotentials. Deshalb ist drüben die Familie längst ihres natürlichen Sinns und Zusammenhalts beraubt. Von einer Anerkennung eines über das nur Biologische hinausgehenden Eltern-Kind-Verhältnisses kann dort nicht mehr gesprochen werden.

Das totalitäre System begnügt sich aber nicht nur mehr mit der Herrschaft über die körperlichen und geistigen Kräfte und die Zeit der heranwachsenden Jugend; es hat jüngst auch seinen Anspruch auf die Seele erhoben. Die Jugendweihe, wie man sie jetzt in der Ostzone einzuführen versucht, ist nichts anderes als der Zwang zur Anbetung des herrschenden Systems, zum Götzendienst vor dem totalen Staat.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr gut!)

(Hermans-Hillesheim)

Für uns steht gerade nach den Erfahrungen, die unser Volk in den letzten 20 Jahren gemacht hat, der Mensch als Mensch, als freie, in sich gefestigte, unabhängig urteilende und selbstverantwortliche Persönlichkeit in der Mitte und am Ziel all unserer Bemühungen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Unsere Jugendarbeit vor allem hat nur Sinn und Wert, wenn sie aus unseren Kindern und Heranwachsenden solche Persönlichkeiten zu bilden vermag. Hier hat nach Auffassung der CDU das Elternhaus eine Aufgabe, die ihm - abgesehen von außergewöhnlichen Umständen - von niemandem abgenommen und mit gleichem Erfolg durchgeführt werden kann.

(Abg. Dr. Boden: Richtig!)

Wir können deshalb dem Staat und der öffentlichen Hand nur eine helfende, unterstützende und fördernde Rolle zuerkennen. Deshalb darf staatliche Förderung unter keinen Umständen dazu führen, die Kinder und Jugendlichen aus dem Familienkreis ohne zwingenden Grund herauszulösen oder gar herauszulocken.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir wünschen nicht, zu einem oberflächlichen Erlebnisbetrieb beizutragen, sondern zu echter Erholung und Entspannung nicht zu angeberischem Herumtrampen in aller Welt, sondern zu wirklichem Kennenlernen unserer Heimat.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien.)

Wir wünschen Gediegenheit aller jugendpflegerischen Einrichtungen, unter keinen Umständen aber eine Verwöhnung der heranwachsenden Jugend durch Gewöhnung an Dinge, die sie sich später von eigener Hände Arbeit nicht leisten kann.

Vor allem wünschen wir durch die Mittel, die wir für die Jugendarbeit zur Verfügung stellen, nicht zur Züchtung von Jugendmanagern und Berufsjugendlichen beizutragen. Kindsein und Jugend sind für uns nicht Selbstzweck, sondern nicht mehr und nicht weniger als natürliche Durchgangsstufen zum körperlich, geistig und seelisch reifen Menschen, zu jener freien Persönlichkeit, die als Bürger auch den Staat trägt und ihm eine friedliche und glückliche Zukunft sichert.

Wenn unsere Bemühungen dazu beitragen, dann haben wir alles getan, was hier unsere Pflicht und unsere Aufgabe ist.

(Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Bögl:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Volkemer von der Fraktion der SPD.

Abg. Volkemer:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Beratung des Sozietats können wir die Mängel der in der Bundesrepublik noch nicht durchgeführten Sozialreform leicht erkennen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir haben auch nach Überprüfung des Gesamtstats festgestellt, daß die Relation der Mittel für den Sozietat im Vergleich zu den Mitteln, die für den Gesamtstat aufgewendet werden, nicht das richtige Verhältnis aufweist und daß die Mittel für den Sozietat sehr kümmerlich und stiefmütterlich behandelt in die Erscheinung treten. Ich erspare mir, Zahlen zu nennen, sonst würde diese Diskrepanz noch augenscheinlicher werden.

Ich darf feststellen, daß wir es dank unserer Initiative bei der Beratung des Sozietats vermochten, doch einige Verbesserungen zu erreichen und höhere Ansätze für wichtige Positionen durchzusetzen. Diese Erhöhungen sind Ihnen bereits durch den Herrn Berichterstatter vorgetragen worden. Sie liegen Ihnen in der Drucksache II/1045 vor.

Wir haben zu diesem Problem noch einige Anträge zu stellen, die im Verlauf der Aussprache zum Teil von mir, zum anderen Teil von einem meiner Fraktionskollegen begründet werden. Da wir enge Verbindung zu den Jugendorganisationen unterhalten, haben wir leider die betrübliche Tatsache festgestellt - wir haben diese Feststellung auch vom Landesjugendring bestätigt bekommen -, daß die Jugendarbeit im Lande zur Zeit gehemmt ist, da das Landesergänzungsgesetz zum geänderten Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 28. März 1953 noch fehlt. Die Aufgaben, die den Verbänden gestellt sind, werden in dem § 8 des Gesetzes klar umschrieben. Zwar liegt zu diesem Komplex der Erlaß der Landesregierung vom 30. März 1954 vor. Darin wird aber das Problem nicht genügend angesprochen, und es wird darauf hingewiesen, daß das Landesergänzungsgesetz Klarheit schaffen werde. Seit dem 30. März 1954 ist also bekannt, daß das Landesergänzungsgesetz geschaffen werden muß. Bis jetzt liegt es aber noch nicht vor.

In seiner letzten Sitzung vom Dezember 1954 beschäftigte sich der Landesjugendbeirat sehr eingehend mit dieser Frage. Damals wurde ebenfalls eine Regelung durch die Landesregierung zugesagt. Leider ist es bei dieser Zusage geblieben. Sie wurde bis heute nicht eingehalten. Das Gesetz ist besonders wichtig im Hinblick auf die Bildung und auf die Zusammensetzung des Landesjugendwohlfahrtsausschusses. Ohne die Konstituierung dieses Ausschusses ist eine praktische Arbeit nicht möglich. Es muß daher dringend Abhilfe geschaffen werden, denn eine ersprießliche Arbeit ist nur möglich, wenn die Landesregierung dieses Landesergänzungsgesetz bald dem Landtag zur Verabschiedung vorlegt.

(Beifall bei der SPD.)

Dieses Gesetz hätte bereits dem Landtag der vergangenen Legislaturperiode zugeleitet werden müssen. Wir hoffen also, daß die zukünftige Landesregierung sich bemühen wird, dem neu gewählten Landtag so schnell wie möglich - wenn möglich, als erstes Gesetz - zuleitet, um damit das Versäumte nachzuholen. Die Gründe, warum dieses Gesetz bisher noch nicht an uns gelangte, würden sehr interessieren. Vielleicht gibt uns der Herr Sozialminister nachher darüber Auskunft, warum diese Gesetzesvorlage noch nicht eingebracht wurde.

In diesem Zusammenhang darf herausgestellt werden, daß der Jugendarbeit und insbesondere der Jugendpflege nicht die Aufmerksamkeit gewidmet wird, die unumgänglich notwendig wäre. Die Förderung der Jugendarbeit wird auch nicht mit dem nötigen Ernst vorgenommen. So hat beispielsweise der Landesjugendpfleger angeblich - ich betone ausdrücklich angeblich! - keine Reisemittel zur Verfügung, um seine Verpflichtungen als Landesjugendpfleger vollauf erfüllen zu können.

(Hört! Hört! bei der SPD.)

Die Jugend müßte besonders betreut werden; sie hat Beratung, sie hat Hilfe und sie hat eine Stütze notwendig. Sie muß geführt werden, weil ein großer Teil der Jugendlichen nicht die Selbständigkeit hat, die erforderlich wäre, um die Probleme zu meistern. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

(Volkemer)

Wenn nun die Landesjugendorganisationen den Landesjugendpfleger auffordern, bei ihnen zu erscheinen, um ein Problem zu behandeln, das mit ihrer Arbeit zusammenhängt, so müssen diese Jugendorganisationen für den Landesjugendpfleger, der bei der Landesregierung im Sozialministerium tätig ist, die Reisekosten aufbringen. Eine bedauerliche Tatsache und für wahr ein düsteres Kapitel der Sozialpolitik besonders hinsichtlich der Jugendpflege in unserem Lande!

Zur Charakterisierung, wie sich diese Tatsache auswirkt, darf auf folgendes hingewiesen werden: Am Samstag, dem 19. März, fand eine Arbeitstagung der Landesjugendpfleger in Kaiserslautern statt. Das Ministerium war rechtzeitig von dieser Tagung verständigt worden, und der Landesjugendpfleger hatte die Aufgabe, auf dieser Tagung zu sprechen und er hatte - wie wir erfahren haben - das auch zugesagt. Er ist aber nicht erschienen, und erst im letzten Augenblick hat die Leitung der Tagung erst davon Kenntnis erhalten, daß der Landesjugendpfleger nicht erscheinen könne. Es wäre deshalb an die Landesregierung die Frage zu richten, ob etwa das Schreiben dort nicht eingegangen ist und, im Falle, daß der Brief eingegangen ist, warum er nicht beantwortet wurde. Des weiteren würde uns interessieren, ob ihm unter dem Vorwand des Zeitmangels die Reisemittel, die erforderlich waren, um nach Kaiserslautern zu kommen, versagt worden sind. Es wäre für uns äußerst interessant, das zu erfahren, und ich hoffe, daß uns der Herr Sozialminister nachher auf diese konkreten Fragen Antwort geben wird.

Ich habe schon betont, daß die Jugend in der gegenwärtigen Zeit eine besondere Betreuung erfahren muß. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß der Jugend volles Verständnis entgegengebracht wird, indem die notwendige Anzahl von Jugendheimen erstellt wird, denn nur in den Jugendheimen wird die Jugend eine fruchtbare Arbeit leisten können. In der Gemeinschaft dieser Jugendheime, bei Diskussionen in einem sauberen und würdigen Raum kann der Jugend der Aufbaustoff, den sie braucht, gegeben werden; dort können Anregungen empfangen werden, die später im praktischen Leben Verwertung finden. Eine besondere Betreuung muß man natürlich der Jugend angedeihen lassen, die aus dem sowjetisch besetzten Sektor zu uns kommt. Wir erkennen nämlich genau, daß - wie es auch Frau Hermans-Hillesheim deutlich zum Ausdruck gebracht hat - von der anderen Seite alles versucht wird, um nicht nur die Kindesseele, sondern auch die Seele der halbwüchsigen Jugend durch falsche Darstellungen zu vergiften.

Wir haben also die Verpflichtung dem vorzubeugen und demzufolge auch alles zu tun, damit diese Jugend, die aus der sowjetischen Zone kommt, auch tatsächlich die erforderliche Betreuung erfährt.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist wichtig, daß diesen Jugendlichen neue Impulse gegeben werden, und das kann am besten durch demokratische Lehrstoffe erfolgen, denn demokratische Lehrstoffe erhalten sie bei unserer Beratung und bei einer entsprechenden Leitung. Der Unterschied zwischen hüben und drüben muß für die Jugend klar erkennbar und wohltuend empfunden werden, dann wird sie in der Lage sein, ein eigenes Urteil über die Zone, aus der sie kommen, und unser Gebiet zu fällen. Es muß also der Aufenthalt der Jugendlichen in unserem Gebiet ein Kraftquell für sie zu neuem und wertvolleren Lebens werden. Zu diesem Kapitel haben wir einen Antrag vorgelegt, der erfreulicherweise als Gemeinschaftsantrag der Fraktionen eingebracht ist und Ihnen

unter der Nummer II/1063 vorliegt. Hier soll - und wir haben die dringende Bitte, daß der Landtag das beschließt - der Ansatz von 415 000 auf 445 000 DM erhöht werden. Der Antrag ist nicht aus der hohlen Hand heraus gestellt worden, sondern in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring wurde dieses Ergebnis erzielt. Der Landesjugendring geht aber wohlweislich - weil er unmittelbarer mit der Jugendarbeit zu tun hat - von anderen Voraussetzungen aus und wünscht höhere Ansätze, und wir haben den Wunsch, daß diesen berechtigten Forderungen des Landesjugendringes entsprochen wird.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf eine Frage, die an die Landesregierung gerichtet wurde, zurückkommen, auf die Kleine Anfrage, die ich selbst eingebracht habe, die in der Drucksache III/907 und auf die Antwort, die in Drucksache III/924 vorliegt. Wir haben damals vermutet, daß Mittel aus dem Jugendetat fehlgeleitet wurden und daß sie, wenn nicht direkt gelben, dann aber quasi gelben Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Wir haben kein Interesse daran, daß Jugendliche eine Unterstützung erfahren, die spezielle Aufgaben und Interessen Begüterter zu vertreten haben werden. Das kann und darf nicht sein, und wir bitten dringend, daß die Landesregierung sehr eingehend prüft - selbst wenn noch so dringende und intensive Vorstellungen von Abgeordneten und von Kreisen der Arbeitgeber erfolgen -, daß die Mittel nur dem Zweck zugeführt werden, für den sie eigens bestimmt sind. Ich habe also die Bitte, Herr Minister, daß in Zukunft, wenn solche Ersuchen gestellt werden, sie von vornherein mit der Begründung abgewiesen werden, die ohnehin geringen Mittel müßten zweckentsprechend angewandt werden.

Nun ein besonderes Kapitel, das uns sehr bewegt. Es ist heute früh und auch in der Berichterstattung angedeutet worden, die Errichtung von Kindergärten. Für diese Zwecke müssen unbedingt mehr Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden, um so mehr, als der Bedarf an Kindergärten im Vergleich zu früheren Zeiten sehr deutlich augenscheinlich wird.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich darf erwähnen, daß wir gerade in unserem Lande zwangsläufig eine große Anzahl von Industrie-Neuansiedlungen haben und daß diese Neuansiedlungen wahrscheinlich in verstärktem Umfange fortgesetzt werden. Daraus ergibt sich ganz folgerichtig, daß Frauen mehr als bisher berufstätig werden müssen und daß sie demzufolge - wenn sie abgehalten sind, ihre Kinder selbst zu versorgen und zu erziehen - wenigstens in der Zeit, in der sie in den Fabriken stehen und den Belastungen ausgesetzt sind, die Gewißheit haben, daß ihre Kinder wohl untergebracht sind in gut geleiteten Kindergärten. Das ist äußerst wichtig, und wir sollten bei den zukünftigen Beratungen und bei der Festsetzung der Positionen gerade für die Errichtung der Kindergärten mehr als je tun. Ich darf hier darauf hinweisen: Nicht nur die Industrieansiedlung und die größere Anzahl von Frauen, die berufstätig sind, sind ein Grund für die Förderung, sondern heute sind die Gefahren auf den Straßen durch den starken Verkehr größer denn je.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

und Kinder dürfen sich nicht allein überlassen bleiben; sie müssen wissen, daß sie von 7 oder 8 Uhr morgens bis 12 und von 1 bis 5 Uhr nachmittags untergebracht sind und betreut werden, und die Mutter muß, um nicht auch wieder den beruflichen Gefahren und Tücken ausgesetzt zu sein, die Beruhigung haben, daß ihr Kind während des Tages gut versorgt ist und daß ihm nichts passieren kann.

(Sehr gut! bei der SPD.)

(Volkemer)

Darüber hinaus erhalten die Jugendlichen sehr viel geistige Anregungen, die unter Umständen für ihr ganzes ferneres Leben bestimmend sein können; sie werden von geschultem Personal gepflegt, betreut und geleitet. Dies zum Kapitel der vermehrten Förderung von Kindergärten.

Weiter muß das Problem der Gewerbeärzte noch einmal angeschnitten werden. Ich weiß, daß bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums, Kapitel Gewerbeaufsichtsbehörde, schon davon gesprochen wurde. Aber allein die Gewerbeärzte, die vom Lande her im Zusammenhang mit der Gewerbeaufsicht tätig sind, genügen nicht. Ich meine die Gewerbeärzte, die in größeren Fabriken entweder angestellt sein sollen und die spezielle Aufgabe haben, unaufhörlich den Gesundheitszustand der Beschäftigten in einem Betriebe nicht nur zu überwachen, sondern auch Vorsorge zu treffen, damit tatsächlich Krankheiten durch geschickte sachkundige Beratung vermieden werden können. Also in diesem Falle Vorbeugung, statt nachher Krankheiten zu heilen. Es gibt eine große Anzahl jugendlicher heute in den Betrieben, und gerade in unserem Industriegebiet stellen wir fest, daß 40, ja 50, ja, in manchen Gegenden bis zu 60 v. H. jugendlicher unter zwanzig Jahren beschäftigt werden, und gerade diese Jugendlichen, die stark angespannt sind, bedürfen der ärztlichen Beratung. Es sollten deshalb regelmäßig Reihenuntersuchungen durchgeführt und regelmäßig Röntgenaufnahmen gemacht werden - die sind dringend erforderlich -, damit Krankheitsansätze sofort erkannt werden können, damit auch die entsprechende Behandlung einsetzen kann. Ferner soll durch individuelle Beratung und Aufklärung dafür Sorge getragen werden, daß künftige Gefahren vermieden werden. Dies zu den Gewerbeärzten, die nach unserer Auffassung dringlicher sind denn je, denn die Arbeitsintensität ist heute stark; man muß heute einmal in einen Betrieb gehen, um zu sehen, mit welcher Hast dort gearbeitet werden muß; hinzukommen noch all die Einflüsse wie schlechte Luft, Hitze, Kälte usw.

Neben den Gewerbeärzten sollten in allen größeren Betrieben mindestens eine Fürsorgerin und eine Hilfskraft tätig sein, denn die Fürsorgerinnen in den Betrieben haben sich außerordentlich gut bewährt; sie können bei freier Entscheidung und bei völliger Unabhängigkeit geradezu Wunder wirken, wie wir aus der Praxis erfahren haben. Also auf die Betreuung muß in allen Fällen Rechtsanspruch bestehen; es darf nicht nur der Fürsorgegrundsatz eine Rolle spielen, aus diesem Grunde auch die so betonte Förderung von Gewerbeärzten und Fürsorgerinnen in den Betrieben.

Ich darf sagen - und die Ärzte und Fachkundigen werden das kaum bestreiten können -, daß ein gesteigertes Arbeitstempo heute eine verstärkte Nervosität bedingt, insbesondere bei Frauen, aber auch bei den Jugendlichen. Sie altern viel früher, als man das annimmt, weil sie körperlich durch schwere Arbeiten und unzulängliche Klimaverhältnisse in den Betrieben zu stark in Anspruch genommen sind. Deshalb ist ein umfassender Schutz aller Arbeitnehmer - vom jüngsten bis zum ältesten - dringend geboten, denn es gilt die Tbc. zu bekämpfen, wo wir nur können und dafür die Mittel richtig anzuwenden. Es soll in diesem Zusammenhang der Kampf gegen eine der Geiseln mit aller Eindringlichkeit geführt werden.

Wir lassen uns gern den Vorwurf machen, einen Wohlfahrtsstaat aufrichten zu wollen; aber wir sagen gleich hinzu: Wer uns den Vorwurf macht, der tut das unbegründet und unberechtigt; denn nicht der Staat mit den geringsten, sondern der Staat mit den höchsten Sozialaufwendungen ist der gesündeste.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Das soll einmal deutlich hervorgehoben werden. Ich darf noch einmal - und selbst wenn es Ihnen langweilig werden sollte - betonen, was ich früher bereits von dieser Stelle aus gesagt habe, daß wir uns in puncto sozialer Betreuung und Sozialversicherung Schweden und England mit ihren Leistungen zum Vorbild nehmen, und das werden wir immer tun, bis in unserem Lande bessere Voraussetzungen geschaffen werden. Um das zu erreichen, was ich vorgetragen habe, werden wir immer darauf pochen, daß es ähnlich geschieht, und daß es genau so wirksam geschieht.

(Abg. Pickel: Nicht nur ähnlich, besser!)

- Wenn es woanders besser ist als bei uns, dann sollen wir es genau so gut machen, und wenn es annähernd ist wie bei uns, dann sollen wir uns ein Beispiel daran nehmen, verehrter Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD. - Abg. Pickel: Wir machen es besser, viel besser!)

Lassen Sie mich nun das Kapitel der Sozialgerichtsbarkeit kurz streifen. Die Sozialgerichtsbarkeit müssen wir mehr als bisher intensivieren; die gesetzlichen Voraussetzungen sind geschaffen; zur Zeit fehlt uns der Überblick über die Entwicklung der Streitfälle. Ich darf Sie, Herr Sozialminister, noch einmal daran erinnern, daß wir in der 65. Sitzung des Landtages vom 21. September 1954 in einem Antrag, der hier behandelt wurde, zu wissen wünschten, ob es stimmt, daß seit der Einführung der Sozialgerichtsbarkeit die Fälle statt abgenommen zugenommen haben. Es ist durch Herrn Ministerialdirektor Junglas bestätigt worden, daß eine größere Anzahl von Fällen jetzt ansteht, als das am 1. Januar der Fall war. Es wurde uns auch die Zusage gegeben, daß wir - Sie können verstehen, daß uns das interessiert - die Zahlen darüber erhalten werden. Nur wenn wir das Zahlenbild haben, vermögen wir entsprechend zu drängen und Vorschläge zu machen, wie am schnellsten die Abwicklung erfolgen kann. Wir bitten Sie also dringend, Herr Minister, uns die Gründe hier bekanntzugeben dafür, weshalb die Zahlen bislang nicht vorgelegt wurden. Dann möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß bei den Entscheidungen leider bisher zu viel Formalismus, statt des erforderlichen Sozialethos festzustellen war.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Das Sozialethos soll eines der bewegenden Momente für die Urteilsfällung und -begründung sein. Dann kommen wir dem Ziel, das die Sozialgerichtsbarkeit sich gesteckt hat, näher. Leider muß ich sagen, daß das Landessozialgericht zur Zeit etwas unzulänglich untergebracht ist. Durch diese Unzulänglichkeit entsteht Platzmangel, und dadurch werden die flotte Abwicklung gehemmt und die Entscheidungen verlangsamt. Ich weiß nun, daß hier in der Nähe ein neues Gebäude errichtet wird, und daß wir wahrscheinlich im Laufe des Jahres das Landessozialgericht in besseren, größeren und übersichtlichen Räumen unterbringen können. Das ist auch notwendig, denn die Sozialgerichtsbarkeit erfüllt in unserem sozialen Leben eine nicht zu verkennende Rechtsposition.

Nun zu einem anderen Kapitel in diesem Zusammenhang. Es betrifft die Schulung des Personals und insbesondere die Schulung der Beisitzer.

Diese planmäßige Schulung erachten wir für unerläßlich. Wir haben Ihnen hierzu auch - ich werde dies noch kurz begründen - einen Antrag vorgelegt in der Drucksache II/1062. Die Bedeutung der Sozialgerichtsbarkeit gegenüber den Menschen und für den Menschen darf nicht unterschätzt werden.

Die Frage der Entschädigung der Beisitzer muß in diesem Zusammenhang auch noch einmal erwähnt

(Volkkern)

werden. Sie muß höher sein als die Sätze, die bisher an die Beisitzer gezahlt wurden, schon darum - das haben wir jetzt festgestellt -, weil sich nur noch wenige ehrenamtliche Kräfte finden, die als Beisitzer zu fungieren beabsichtigen. Denn die Arbeit, die dort zu leisten ist, ist mehr als eine formale. Ich darf daran erinnern, daß die Beisitzer oft, um an die Außenstellen zu gelangen, bis zu 14 Stunden unterwegs sein müssen, daß sie alle Unannehmlichkeiten und Opfer zu bringen haben und daß sie, wenn sie morgens um 5 Uhr wegfahren und abends nach 22 Uhr oder 23 Uhr zurückkommen, um es gelinder zu sagen, dafür ganze 6 DM bekommen. Das ist unerträglich und unmöglich. Ich werde in diesem Zusammenhang noch auf die Arbeitsministerkonferenz zu sprechen kommen. Wir möchten bitten, alles zu tun, damit die Arbeit der Beisitzer keine Last und kein Opfer bedeutet, sondern daß sie im Interesse der Anspruchsberechtigten voll wirksam werden können und die Arbeit mit einer gewissen Freude verrichten.

(Beifall bei der SPD.)

Damit, meine Damen und Herren, glaube ich, den Antrag einigermaßen begründet zu haben. Das Personal sollte auch, wie die Beisitzer, eine Möglichkeit haben, Einblick in die gesetzlichen Bestimmungen zu bekommen. Ein Beisitzer bei einem Sozialgericht muß anders bewertet werden als ein Beisitzer bei einem ordentlichen Gericht. Dort sind weniger Voraussetzungen zu erfüllen als bei der Arbeitsgerichtsbarkeit und bei der Sozialgerichtsbarkeit. Die Sozialgerichte müßten vielmehr den Charakter der Verwaltungsgerichte haben und dadurch auch eine andere Einschätzung der Bedeutung der Funktionen, die dort von den Beisitzern und von den Angestellten ausgeübt werden müssen. Dem ist zur Zeit leider nicht so. So haben die Assessoren, die jetzt bei den Hilfskammern angestellt sind, sich mit Recht beklagt, daß sie nicht vorwärts kommen können, um so mehr als jetzt schon bekannt ist, daß diese Hilfskammern voraussichtlich im Jahre 1958 aufgelöst werden sollen. Ich stelle die Frage: Was geschieht mit dem Personal, das zur Zeit dort beschäftigt ist. Es muß unbedingt diesem Personenkreis eine soziale Sicherheit gegeben werden, aber auch die Versicherung, daß sie die Laufbahnbestimmungen einhalten können und daß sie, wenn ihre Tätigkeit dort abgewickelt ist, auch noch mit einiger Sicherheit in der Verwaltung irgendwo untergebracht werden können. Das gleiche Problem wie bei den Assessoren trifft zu für das Personal, was bislang bei den Versorgungsämtern tätig war. Ich darf sagen, daß sich erfreulicherweise die letzte Sitzung der Arbeitsminister mit den vorhandenen Planstellen beschäftigt hat und die Arbeitsminister auch der Auffassung sind, daß alles getan werden muß, um dem Personenkreis, der bislang bei den Versorgungsämtern tätig war, auch weiterhin eine Existenz in der Verwaltung zu sichern. Es kann nicht angehen, daß die Menschen, die seit 1945 in der Verwaltung sitzen, praktisch nach zehn Jahren auf die Straße gesetzt werden und nicht mehr wissen, wie die Sache weitergeht.

(Abg. Schuler: Aber daran denkt doch niemand!)

- Leider sind Kündigungen ausgesprochen worden, auch beim Versorgungsamt in Landau. Mit Recht sind die Gekündigten besorgt um ihre Zukunft, nicht nur um ihre persönliche, sondern auch um die ihrer Familien.

Aus diesem Grunde sollte man, da die Zahl nicht allzu groß ist, nach Möglichkeit Wege suchen, diesem Personal eine gewisse Stütze zu geben. Ich trage das nicht etwa vor, weil wir das erfunden haben, sondern das, was ich Ihnen vortrage, ist das Resultat der Be-

sprechungen und eindringlichen Zuschriften, die an uns gelangt sind.

Lassen Sie mich nun dem Kapitel der Arbeitsgerichtsbarkeit zuwenden. Wir haben auch - das tun wir immer - wenn Anhaltspunkte vorliegen - etwas Erfreuliches festzustellen. Ich stehe nicht an, zu behaupten, daß die Arbeitsgerichte, die zur Zeit in unserem Land bestehen, etwa schlecht untergebracht seien. Wir haben erfreulicherweise die meisten Arbeitsgerichte in würdigen Räumen untergebracht. Damit ist ein geordneter Arbeitsablauf sichergestellt. Es ist in dem Bericht hervorgehoben worden, daß bei den Sitzungstagen, die auswärts stattfinden, sehr viele Unzulänglichkeiten festgestellt werden. Die Landesregierung könnte zwar sagen, wir sind nicht immer verantwortlich. Ich unterstelle auch, daß der Herr Sozialminister Dr. Zimmer und Herr Ministerialdirektor Junglas sich zweifellos Mühe gegeben haben. Es sollte aber so sein, daß die Landesregierung ihre ganze Autorität in die Waagschale wirft und den Orten, in denen die Sitzungstage stattfinden, auferlegt, daß sie auch Schuld tragen, wenn die Abwicklung nicht beschleunigt werden kann. Sie müssen mitverantwortlich gemacht werden für ordentliche Räume, die zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich habe mit Erschrecken festgestellt, daß Prozesse in ihrer Abwicklung gehemmt sind. In dem Kreis Mainz ist es so, daß das Mainzer Arbeitsgericht Sitzungstage in Alzey abhält. In Alzey waren schon immer schlechte Voraussetzungen gegeben. Jetzt sind sie noch schlechter. Die Sitzungen sollen in einem Gebäude, in dem zugleich eine Wirtschaft ist, abgehalten werden.

(Hört, hört! bei der SPD.)

So kann es nicht bleiben. Es müssen geeignete Räume mit Wartesälen und Zeugenzimmern zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeitsgerichtsbarkeit bildet einen genau so wichtigen Zweig der Rechtssprechung wie das Strafrecht auch. Aus diesem Grunde gilt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit eine wirklich würdige Abwicklung der Prozesse gesichert ist. Der Arbeitsgerichtsbarkeit - das ist leider so - darf nicht das Odium des Belanglosen und des Unwichtigen anhaften. Wenn das der Fall ist, dann haben wir die Bedeutung dieser Gerichtsbarkeit verkannt. Durch die Regierung sollte auch unseres Erachtens immer wieder Hinweise an die Kreise der Arbeitgeber, der Wirtschaft, des Großhandels usw. gegeben werden, damit die Arbeitsrechtsbestimmungen in völlerem Umfange überall auch tatsächlich beachtet werden. Bei gutem Willen und bei etwas Loyalität könnten Spannungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhindert werden. Dadurch könnte ein großer Teil der anhängigen Prozesse vermieden werden. Darauf kommt es uns doch schließlich an.

(Abg. Steger: Sehr richtig!)

Nun wissen wir, daß die Entscheidungen bei der Arbeitsgerichtsbarkeit nach sozialen Erwägungen gefällt werden sollen. Ich beziehe mich auf einen Ausspruch des ersten obersten Arbeitsrichters im Lande Rheinland-Pfalz. Der oberste Arbeitsrichter hat bereits, als wir unser Arbeitsgerichtsgesetz erlassen haben, eine Verlautbarung an die Arbeitsrichter herausgegeben und betont, daß in Zweifelsfällen immer den wirtschaftlich Schwachen Rechnung getragen werden soll. Das ist auch der Sinn der Arbeitsgerichtsbarkeit. Hier darf man sich auch nicht an Formalismen halten oder sich nur etwa auf die Zeugenaussagen stützen. Denn sie vermitteln nicht immer das richtige Bild. Ich habe sovieler Erfahrung auf diesem Gebiet und auch festgestellt, daß Zeugen in den Gerichts-

(Volkemer)

saal gekommen sind, die unmittelbar vorher vom Arbeitgeber beeinflusst und instruiert waren, wo sie aus purer Angst ihrem Arbeitgeber gegenüber, sie könnten ihren Arbeitsplatz verlieren, leider das sagten, was ihnen aufgetragen worden ist, anstatt das zu sagen, wozu sie ihr Gewissen verpflichtet hätte.

Deshalb möchte ich, daß man weniger auf diese Zeugenaussagen Wert legt, als sich bemüht festzustellen, unter welchen sozialen Umständen es zu einer Kündigung, zur Nichtzahlung des Lohnes und gar zur Entlassung gekommen ist.

Auch diese Beisitzer bei den Arbeitsgerichten sollten - die Frage muß ja gekoppelt werden - eine bessere Entschädigung bekommen. Ich habe durch zustimmende Äußerungen erfahren, daß man im Hause gewillt ist, den Weg gemeinsam zu beschreiten. Ich darf auch sagen, daß diese Angelegenheit nicht eine Erfindung unsererseits ist, sondern wie ich aus der Presse entnehmen konnte, hat sich die letzte Arbeitsministerkonferenz sehr eingehend mit dem Problem befaßt, und zwar sehr gut begründet dargestellt, daß eine Erhöhung erfolgen soll; denn die Tätigkeit dieser Beisitzer ist mehr als Arbeit denn als ein Ehrenamt aufzufassen. Das allein rechtfertigt schon, daß man unserer Forderung entspricht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch auf die Würde der Arbeitsgerichtsbarkeit, die auch im Mittelpunkt der Arbeitsministerkonferenz stand, hinweisen. Es wurde da die Frage erörtert - ich will mir darüber kein abschließendes Urteil bilden -, ob die Beisitzer der Arbeitsgerichte statt in Zivilanzügen auch in Roben erscheinen sollen, um so der Arbeitsgerichtsbarkeit den Stempel des Würdevolleren aufzuerlegen. Ich spreche ausdrücklich davon, wenn Sie das auch als lächerlich ansehen. Ich habe Sie im Verdacht, daß Sie das nicht ganz würdigen, was uns bewegt, dies hier vorzutragen, Herr Kollege. Wir haben von uns aus diese Forderung, die mit Recht diskutiert wird, nicht erhoben. Es darf nicht so sein, daß die Arbeitsrichter da sitzen, als ob in einer Wirtschaft eine Besprechung stattfindet, sondern der Kläger und der Beklagte, die den Raum betreten, sollen sehen, daß ihre Angelegenheit vollen Ernstes und würdig behandelt und auch entsprechend beschieden wird.

Mit diesem Problem wird eine andere Frage akut, und zwar die, ob die Rechtsanwälte, die bei den Arbeitsgerichten nach den gesetzlichen Bestimmungen zugelassen werden - ich darf Ihnen hier sagen, wir waren dagegen, aber die Mehrheit des Bundestages hat das im Arbeitsgerichtsgesetz festgelegt -, einfach in einem Sportanzug vor den Richter treten können oder ob sie, wie das auch bei ordentlichen Gerichten üblich ist, mit einer Robe erscheinen sollen. Ich will auch hier nicht sagen, daß wir das eine oder andere für glücklich, wünschenswert und unentbehrlich halten, aber wir sollten einmal die Frage diskutieren, damit wir uns gemeinsam ein abschließendes Urteil bilden können.

Bevor ich das Thema der Arbeitsgerichtsbarkeit abschließe, möchte ich nicht versäumen, auf eine Frage zu sprechen zu kommen, die uns schon sehr lange bewegt, und zwar handelt es sich um die richtige Eingruppierung des stellvertretenden Präsidenten beim Landesarbeitsgericht. Der stellvertretende Präsident des Landesarbeitsgerichts in Rheinland-Pfalz ist zur Zeit in A 1 b eingruppiert. Er müßte, um seiner Funktion die richtige Bedeutung beizumessen, unbedingt in A 1 a eingruppiert werden; denn die Präsidenten der Sozialgerichte und der Präsident des Landesarbeitsgerichts sind in der Gruppe B 8 eingereiht. Die Spanne zwischen

Präsident und stellvertretender Präsident ist also so groß. Es darf auch erwähnt werden, daß die Senatspräsidenten bei den Sozialgerichten durchweg in A 1 a eingruppiert sind. Wir haben zu diesem Fragenkomplex keinen Antrag gestellt, behalten uns aber vor, im Zusammenhang mit dem Richterbesoldungsgesetz auf dieses Problem zurückzukommen.

Ein anderes Kapitel bei der Betrachtung des Etats des Sozialministeriums ist das der Schwerbeschädigten, die nach dem Schwerbeschädigtengesetz in der Industrie unterzubringen sind. Mir liegen Zuschriften und Statistiken vor, aus denen zu ersehen ist, daß es leider noch eine ganz große Anzahl von Schwerbeschädigten gibt, die im Augenblick nicht untergebracht sind. Die Zahl der nicht Untergebrachten ist aber im Vergleich zu dem, was nach unserer Auffassung untergebracht werden könnte, viel zu groß! Die Unterbringung wird erschwert, weil verschiedene Umstände nach Auffassung der Arbeitgeber und einzelner Gewerbetreibender eine Beschäftigung von Schwerbeschädigten nicht zulassen. Die Unterbringung ist aber auch durch einen anderen Zusammenhang erschwert, auf den ich jetzt einmal hinweisen möchte.

Es gibt eine große Anzahl von Schwerkörperbehinderten, die zur Zeit in den Betrieben beschäftigt sind. Als nun die Arbeitsbehörde den Versuch gemacht hat, in diese Betriebe Schwerbeschädigte einzuweisen, haben die Arbeitgeber reagiert und gesagt, gut, wenn wir Schwerbeschädigte einstellen sollen, dann entlassen wir dafür die stark Körperbehinderten. Es gibt Fälle, wo Körperbehinderte entlassen werden sollten, die bereits 15 und 20 Jahre im Betriebe sind, bei denen aber erst nach dieser Zeit die Minderleistungsfähigkeit entdeckt wurde. Wir haben diesen Personen empfohlen, Anträge auf Gleichstellung als Schwerbeschädigte zu stellen. Wir freuen uns, daß die Hauptfürsorgestellen diesen Anträgen wirklich wohlwollend begegnet sind.

Auch die Frage der Unterbringung von Schwerhörigen muß noch konkretisiert, d. h. in eine gesetzliche Form gebracht werden. Es besteht zwar eine Empfehlung, daß Schwerhörige gleichbehandelt werden sollen, aber die Arbeitgeber sagen, wenn das im Gesetz stünde, würden wir uns bemühen, wenn es aber auf gesetzlichem Wege nicht zu erreichen ist, werden wir es auf bloße Empfehlung hin nicht tun. Es sollten also auch die Schwerhörigen, die wirklich beklagenswerte Leute sind, auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in den Betrieben eingesetzt werden können, und sie sollten einen Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz haben.

Vor einigen Tagen habe ich mich mit einem Schwerbeschädigten über sein Schicksal unterhalten. Der Mann hat mir erklärt, er sei über 50 v. H. schwerkriegsbeschädigt, lungenleidend und gehbehindert, und sein Arbeitsplatz liege 60 km von seinem Wohnort entfernt. Er muß morgens kurz nach 5 Uhr abfahren und kommt abends gegen 8 Uhr nach Hause. Er ist also über 14 Stunden unterwegs. Sie werden gleich erfahren, was mich bewegt, das zu sagen. Wir sollten alles tun, um diesem Personenkreis eine Wohnung möglichst in der Nähe des Arbeitsplatzes zu verschaffen. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen. Wir bitten, daß solche Einzelfälle, wo sie auftreten, auch tatsächlich beachtet werden und für Abhilfe gesorgt wird. Das ist wirklich echte soziale Hilfe. Ich glaube auch, bei gutem Willen wird eine Lösung für solche Grenzfälle gefunden werden können. Wenn wir hier etwas erreichen wollen, müssen alle Kräfte zusammenwirken.

Nun einige Bemerkungen zum Besoldungsproblem der Personen, die im Arbeitsbereich der Sozialversicherung tätig sind. Die Reichsbesoldung und die TOA sind wirklich veraltete gesetzliche Bestimmungen. Wir soll-

(Volkemer)

ten uns darüber einig sein, daß diese Gesetze heute zur Makulatur gezählt werden müssen. Wir müssen alles tun, um hier eine Reform möglichst rasch herbeizuführen. Es genügt nicht, daß die Tarifpartner, insbesondere die Arbeitnehmer, immer wieder darauf drängen, sondern hier hätte auch die Landesregierung eine sehr schöne Aufgabe, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß von dort aus eine Neuregelung der Besoldung sämtlicher Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst erfolgt.

Dabei sollte das Bestreben vorherrschen, die Gruppe A 10 a ohne Rücksicht auf die dort festgelegten Bestimmungen zu streichen, und es dürfte heute keine Person mehr, gleichgültig wo es sei, in der Gruppe A 10 a sein, sondern sie müßte mindestens in die Gruppe A 9 a eingereiht werden; damit wäre wenigstens schon etwas geholfen. Denn bei der Bewertung der Arbeit müssen wir ja die verschiedensten Faktoren beachten, und zwar die Schwierigkeiten, die Unannehmlichkeiten und die Opfer sind richtig einzukalkulieren; dann erst kommen wir zu einer dem Personenkreis gerecht werdenden Lösung. Wir werden nicht erlahmen, unsererseits Anstrengungen wegen Verbesserung der Besoldung zu betreiben, und wir werden unsere Arbeit auch fortsetzen. Wir ruhen nicht eher, bis das von uns geplante und gesteckte Ziel erreicht ist.

Abschließend, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu dem Problem der älteren Angestellten. Wieviel platonische Beteuerungen haben wir schon gehört. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, und anlässlich der Etatberatungen im letzten Jahr habe ich auch eine Andeutung gemacht, daß für die Angestellten, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, auch noch eine Möglichkeit, eine Lebensbasis zu haben, geschaffen werden muß. Denn Sie wissen alle, daß man mit 40 Jahren nicht verbraucht sein kann und mit 40 Jahren noch einen Rechtsanspruch haben muß, zu leben, und deshalb müssen wir eine Lösung finden.

(Beifall im ganzen Hause.)

Die Lösung darf aber nicht allein in Form von gut gemeinten Vorschlägen erfolgen, sondern wir sollten uns bemühen, ähnlich wie das Schwerbeschäftigtengesetz es auch vorschreibt, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, wonach alle Arbeitgeber, Händler usw. verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz älterer Angestellter in ihren Betrieben unterzubringen. Denn das Schicksal dieser Menschen ist wirklich beklagenswert. Sie bilden Schlangen bei den Arbeitsämtern; sie können dort nicht vermittelt werden, und gestern ist von hier aus der Ausspruch getan worden, daß ein Intellektueller für die Demokratie gefährlicher werden kann als sonst jemand, und wir möchten auch sagen, daß die Angestellten auch nicht zu Gefahrenherden für die neu aufgerichtete Demokratie werden dürfen.

Aus diesem Grunde haben wir die Bitte: Helfen Sie alle zusammen, damit wirklich auch eine Hilfe für die älteren Angestellten ernstlich geschaffen werden kann.

(Frau Abg. Hennig: Bravo!)

Nun darf noch die Erwartung ausgesprochen werden, daß die von mir aufgeworfenen Fragen von der Landesregierung auch beachtet werden, und wir haben die Bitte, daß alles geschieht, um eine Lösung der von mir aufgezeigten Fragen herbeizuführen.

Damit möchte ich meine Betrachtungen zum Sozialetat schließen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bögl:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Steger von der Fraktion der FDP.

Abg. Steger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf vorausschicken, daß ich infolge einer ernsten Erkrankung des Herrn Kollegen Sommerer gezwungen bin, heute hier für ihn einzuspringen. Er hat mich wissen lassen, daß er es sehr bedauert, diese Gelegenheit nicht wahrnehmen zu können, um von dieser Stelle aus auch seinerseits wieder ein Wort zu sagen, nicht zuletzt für die Vertriebenen und Flüchtlinge. Obwohl ich für diese Fragen nicht zuständig bin, darf ich doch, gewissermaßen stellvertretend für ihn, auf einen Punkt verweisen, der immer noch im argen liegt; das ist die unzureichende Personalausstattung in der Abteilung Flüchtlingswesen beim Sozialministerium.

Dort liegen Hunderte von Akten, die auf Begutachtung warten, und in der Mehrzahl der Fälle soll es Monate dauern, bis sie überhaupt in Angriff genommen werden können. Darauf möchte ich noch einmal aufmerksam machen. Dieses Thema ist bereits in einer Kleinen Anfrage III/874, die an die Landesregierung gerichtet wurde, aufgegriffen worden. Die Landesregierung hat auch geantwortet, und zwar unter Bezug auf eine Kleine Anfrage, die vorher schon vom Herrn Kollegen Paul Wolf gestellt worden ist. Nach dieser Antwort konnte man annehmen, daß die aufgetretenen Mißstände in kurzer Zeit erledigt werden würden.

Ich bitte den Herrn Sozialminister, nach diesen Dingen zu sehen und vielleicht noch eine Auskunft zu erteilen, wie die Dinge geregelt werden sollen. Denn es handelt sich hier zweifellos - wenn das in irgendeinem Fall gesagt werden kann, dann hier - nicht nur um Akten, sondern jede dieser Akten beinhaltet ein Menschenschicksal. Und gerade deswegen ist dieser Frage eine erhöhte Bedeutung beizumessen.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon als Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses auf das Kapitel allgemeine Bewilligungen Bezug genommen. Ich konnte es dort nur kurz streifen, und ich möchte jetzt einige Worte dazu sagen.

Ich habe den Eindruck, daß das, was unter diesen „Allgemeinen Bewilligungen“ verzeichnet ist, in der Öffentlichkeit nicht genug bekannt ist. Es ist zwar anzuerkennen, daß beispielsweise die „Allgemeine Zeitung“ in Mainz einmal einen Bericht zu diesem Etat gebracht und dort Kapitel, Titel und Zahlen genannt hat. Aber den Eindruck, den ich eben erwähnte, daß das nämlich zu wenig bekannt ist, werde ich trotzdem nicht los.

Auf der anderen Seite kann ich Ihnen folgendes sagen. Ich traf gerade neulich einmal einen Menschen, der sehr, sehr böse war über den Steuerdruck, der auf ihm lag, wie auch über anderen dieser Steuerdruck liegt, und den Zorn dieses Mannes habe ich gerade mit dem Hinweis auf diese Kapitel gewissermaßen bändigen können. Ich habe feststellen können, daß er von diesen Dingen im großen und ganzen gar keine Ahnung hatte. Er wußte nicht - und die meisten wissen es nicht -, wohin die Millionen gehen, die wir Jahr für Jahr für dieses Kapitel unter diesen Titeln bewilligen. Die meisten Menschen wissen nicht, welche sozialen Taten hinter diesen Titeln und Bezeichnungen stecken, und ich wäre eigentlich versucht, diese Titel hier einmal der Reihe nach wieder aufzuzählen, zumal ich das Empfinden habe, daß auch manches Mitglied dieses Hohen Hauses sie im einzelnen gar nicht genug kennt. Ich will es aber unterlassen, um keine Zeit wegzunehmen.

Aber wenn ich von sozialen Taten spreche, dann sind das Tatsachen! Wer sich die Dinge ansieht, wird

(Steger)

auch feststellen, vor welche großen Aufgaben die Menschen gestellt sind, die sich mit dieser Materie zu befassen haben. Es ist eine ungeheure Fülle von Aufgaben.

Auch ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, daß ein großer Teil dieser Zuschüsse immer wieder der Jugend zugute kommt; es ist heute morgen ja auch schon mehrfach von der Fürsorge für die Jugend gesprochen worden.

Wenn der Kollege Volkemer von Hemmungen spricht, die da eingetreten und vorhanden sind, von Fehlern und Mängeln, die dargelegt wurden, so darf ich sagen, daß diese natürlich abgestellt worden sind. Aber ich bin der Auffassung, daß es sich im allgemeinen um Schönheitsfehler handelt, und diese Schönheitsfehler beeinträchtigen in keiner Weise die Tatsache, daß hier Jahr für Jahr gedacht wird, und zwar ohne Hintergedanken, wie das im Dritten Reich geschehen ist, der Jugend gedacht wird aus echter Sorge um ihr leibliches und seelisches Wohlergehen. Und das könnte zu dem Appell an die Jugend berechtigen, das anzuerkennen und auch zu versuchen, ein positives Verhältnis zu diesem Staat zu gewinnen.

Meine Damen und Herren! Der Sozialetat ist ein Spiegel, in dem sich Not und Elend der Menschen und der menschlichen Natur, in dem sich die Schattenseiten des menschlichen Daseins sehr deutlich abzeichnen. Wie selten denkt der Gesunde in den Tagen der Gesundheit an alle diejenigen, die sich nicht aller normalen körperlichen Funktionen erfreuen können, die in dieser Hinsicht benachteiligt sind, an die Tauben, Blinden, Stummen, Geistesgestörten, an alle, die diese Mängel entweder von Geburt aus haben oder aber die durch Unfälle, durch Kriegseinwirkungen usw. zu diesen Mängeln gekommen sind. Es sind schon sehr, sehr ernste Dinge, die hinter den Zahlen in diesem Etat stecken.

Und wenn es bedauerlich ist, daß in diesem Ausmaß geholfen werden muß, so ist es andererseits aber auch erfreulich, Jahr für Jahr in diesem Ausmaß helfen zu können.

Meine Damen und Herren! Bei dieser Gelegenheit, am Schluß der zweiten Legislaturperiode des Landtages Rheinland-Pfalz, darf wohl auch einmal gesagt werden, daß die Mitglieder dieses Hauses, insbesondere die Mitglieder des Ausschusses für Sozialpolitik und Vertriebene, die in erster Linie zusammen mit dem Herrn Sozialminister und seinen Mitarbeitern vor diese Aufgaben gestellt sind, sie immer mit Aufgeschlossenheit betrachtet haben, sie immer zu lösen versuchten, indem sie ihr Bestes gaben.

Es ist Ihnen bekannt, daß am Schluß der Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses Kürzungen vorgenommen worden sind, und es ist immerhin charakteristisch, daß von diesen Kürzungen der Sozialetat in keiner Weise betroffen wurde. Es liegen im Gegenteil jetzt noch Anträge vor, Erhöhungen vorzunehmen. Und so geht es ja schließlich jedes Jahr bis zum Schluß der Beratung, nach meiner Meinung veranlaßt durch die Sorge und den Wunsch, zu helfen. Wer acht Jahre dieser gesetzgebenden Körperschaft angehört hat, erkennt auch den Unterschied zwischen einst und jetzt.

Und wenn er zugibt, daß manche Wünsche unerfüllt geblieben sind, dann ist er doch für das inzwischen Erreichte dankbar. Es wurde erreicht durch eine zweifellos erfolgreiche Wirtschaftspolitik und außerdem durch eine Einstellung zum Mitmenschen, die sich wesentlich von der früher einmal gezeigten Einstellung unterscheidet. Ich persönlich, meine Damen und

Herren, sehe da Fortschritte, die es ermöglichen werden, im Interesse des Ganzen die Zugeständnisse zu machen und auch zu erhalten, die immer wieder nötig sind, wenn ein großes Ziel erreicht werden soll.

Unter den Gesunden, die sich rühren und regen können, müßte es meines Erachtens möglich sein, zu dem Grundsatz zu kommen, daß das Sozialprodukt so verteilt wird, daß alle ihren gerechten Anteil bekommen und daß genügend übrig bleibt, um auch den Kranken und Schwachen so ausreichend zu helfen, daß auch ihnen die Sonne scheint, während nicht Bedürftige ganz entschieden auszuschließen sind.

(Abg. Motz: Sehr richtig!)

Es steht nämlich außer allem Zweifel, meine Damen und Herren, daß es viele Menschen gibt, die heutzutage dort partizipieren, wo sie nicht partizipieren dürfen. Ich denke da nicht nur an Steuerhinterzieher, sondern ich denke auch an diejenigen, die auf dem Gebiet der Fürsorge irgendwie Mißbrauch treiben; das gibt es zweifellos, wenn man die Fürsorge einmal im weitesten Sinne nimmt. Ich meine, daß der Steuerhinterzieher eigentlich zuviel von dem behält, was er selbst verdient hat; aber derjenige, der Mißbrauch treibt auf sozialem Gebiet, nimmt sich sogar von dem, was andere verdient haben, und das sind beides üble Kapitel. Ich will da allerdings keinerlei Rangordnung aufstellen.

(Abg. Hitter: Nur mit dem Unterschied, daß der eine es aus Not tut, Herr Kollege, und der andere aus dem Überfluß heraus!)

- Von Not kann im allgemeinen in diesen Fällen nicht die Rede sein. Es fehlt da an der nötigen Moral, und diese Unmoral ist zu bekämpfen.

Ich bin also der Auffassung, daß auf diesem Gebiet ein grundlegender Wandel geschaffen werden muß. Wenn man bedenkt, daß der heutzutage in der Wirtschaft tätige unselbständige Mensch sich nach meinem Dafürhalten seinem Betrieb immer mehr nähert, daß er immer mehr in diesen Betrieb hineinwächst, daß dieser Betrieb immer mehr etwas Wirkliches und etwas Konkretes für ihn wird, dann sollte man diese Entwicklung - wenn sie vorhanden sein sollte - fördern, weil nur durch ein wirkliches Hand-in-Hand-Arbeiten aller Sozialpartner und Beteiligten im wirtschaftlichen Raum, in den großen und kleinen Betrieben, die Bedingungen geschaffen werden können, daß alle vorwärts kommen und Mittel zur Verfügung stehen, auch den Schwachen ausreichend zu helfen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß heute die betriebliche Sozialpolitik im Gegensatz zu früheren Zeiten der Schrittmacher der staatlichen Sozialpolitik ist oder zum mindesten sein müßte. Die Sozialpolitik muß im Betrieb beginnen, wobei man das Wort „soziale Betriebsgestaltung“ durch das Wort „menschliche Betriebsgestaltung“ ersetzen sollte. Nur so kommt es im Laufe der Zeit zu einer Gemeinschaft, und nur daraus kann der Staat die Mittel gewinnen, die uns heute immer noch fehlen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein Wort zu den Gruppen sagen, die nicht von der Gemeinschaft ausgeschlossen werden sollten. Ich denke dabei an die älteren Angestellten. Es dürfte sich erübrigen, auf dieses Thema näher einzugehen, nachdem der Herr Kollege Volkemer das mit so warmen Worten getan hat. In dieser Hinsicht muß unbedingt etwas geschehen, meine Damen und Herren. Man sollte an die Mitglieder des Bundestages herantreten, die zu den einzelnen Parteien gehören, um auch dort so etwas ähnliches zu erreichen wie beim Schwerbeschädigtengesetz, denn anders ist es anscheinend nicht möglich, diese zum Teil noch vollkommen unverbrauchten Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

(Steger)

Wenn ich nun wieder auf den Etat zurückkomme, meine Damen und Herren, so bin ich der Meinung, daß es uns immer noch viel zu viel an Mitteln fehlt, um neben der unbedingt notwendigen Fürsorge mehr Vorsorge zu treiben. Vorsorge zum Beispiel gegen den Volkstod der Krebskrankheit, Vorsorge gegen die Frühinvalidität, die Arbeitslosigkeit mit sich bringt und weitere Verengung des Arbeitsmarktes durch Krankheit, zumal im Hinblick darauf, daß über kurz oder lang die Jugend zum Wehrdienst eingezogen wird. Solche Vorsorge soll die sonst nicht zu umgehende Fürsorge überflüssig machen oder doch mehr und mehr eindämmen. Man muß sich aber meines Erachtens davor hüten, daß aus diesen Bestrebungen wieder ein neuer Apparat wird, der schließlich neben und unter und zuletzt sogar über dem bereits bestehenden Apparat stände.

Übrigens wird solche Vorsorge unter anderem auch dadurch praktiziert, daß man - wie es gestern geschehen ist - der Landesuniversität eine Sporthalle angliedert. Auch das ist Vorsorge, und deshalb haben wir diesen Plan sehr begrüßt, zumal diese Sporthalle weitesten Kreisen zur Verfügung gestellt werden soll.

Auch der Jugendarbeitsschutz ist Vorsorge, und ich bemerke nebenbei, daß auch die Arbeitgeber diese Vorsorge durchaus begrüßen, daß sie positiv zu diesen Dingen stehen. Sie erinnern sich an die Debatte hier im Juni vorigen Jahres, die durch den Antrag der SPD ausgelöst wurde. Ich habe damals festgestellt, daß, bevor diese Debatte stattfand, die Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen und auch die Handwerkskammer Ludwigshafen Merkblätter herausgegeben hatten mit dem Ziel, diesen Jugendarbeitsschutz durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Das Interesse der FDP an der Sozialgerichtsbarkeit - und ich kann vielleicht auch sagen, an der Arbeitsgerichtsbarkeit - ist schon bewiesen durch die ständige Bemängelung, die wir gegenüber der Bezahlung der Sozialrichter zum Ausdruck gebracht haben. Wir haben dieserhalb mehrfach Vorstellungen erhoben; aber es ist dies nun einmal Bundesangelegenheit. Wir nehmen uns dieser Dinge nicht so sehr deshalb an, weil diese Beisitzer nun wirklich etwas verdienen sollen, weil das groß geschrieben werden müßte, aber wir sind der Auffassung, daß das Interesse an dieser wichtigen Arbeit geweckt werden muß, indem man diesen Leuten eine Vergütung gibt, die dem Wert dieser Arbeit entspricht. Wenn man das nicht tut, wird dafür das nötige Interesse nicht mehr vorhanden sein. Man wird dann keine Menschen mehr finden, die diese Arbeit übernehmen. Das ist unsere Sorge, gerade weil wir diese Gerichtsbarkeit für außerordentlich wichtig halten.

Ich weiß allerdings nicht, ob es möglich sein wird oder ob es überhaupt praktisch ist, weitere Beisitzer schulen zu wollen, ehe nicht diese wichtigere Frage der Gebühren geregelt ist.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Schluß. Ich bin also der Meinung, daß wir im allgemeinen sagen dürfen, in der Bundesrepublik schon einen ganz guten Standard der sozialen Sicherung erreicht zu haben, wenn auch noch vieles getan werden muß und noch viele Fragen offen geblieben sind. Diese Behauptung wird meines Erachtens schon bewiesen durch den Etat, den wir hier vor uns liegen haben, der ja auch nur ein Ausschnitt aus dem Ganzen ist. Die FDP-Fraktion wird diesem Etat ihre Zustimmung geben, verbunden mit dem Dank an den Herrn Sozialminister und seine Mitarbeiter und verbunden mit dem Wunsch, daß der von uns sehr geschätzte Herr Ministerialdirek-

tor Junglas bald wieder gesund an seine Arbeit zurückkehren möge. Ich darf Sie bitten, Herr Minister, ihm diesen Wunsch zu übermitteln.

(Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Bögler:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Teschner von der Fraktion der CDU.

Abg. Teschner:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat das Problem der Vertriebenenpolitik, der Politik im Raume der Vertriebenen und Flüchtlinge, schon angeschnitten. Ich möchte dieses Problem nun ein wenig mehr vom Grundsätzlichen her herausstellen. Ich möchte einmal die Etappen aufzeigen, in denen wir - möchte ich sagen - marschiert sind.

Die erste Etappe, die soziale Etappe, begann damals, als wir hierher kamen, vertrieben, seelisch und körperlich krank, und als wir dann einbezogen wurden in den sozialen Raum. Damals fiel von unserem Herrn Sozialminister das Wort, daß Vertriebenenpolitik mit dem Herzen betrieben werden müsse, für das ihm auch jetzt noch unser Dank ausgesprochen werden soll. Damals hatte Herr Ministerialrat Dr. Meiborg die Dinge in seinen Händen, und zwar zu recht, denn das Vertriebenenproblem war damals ein rein soziales Problem. Diese erste Etappe liegt nun Gott sei Dank weit hinter uns, nicht aber hinter der Gruppe der Sowjetzonenflüchtlinge, deren Strom weiter vom Osten nach dem Westen fließt.

Die zweite Etappe umfaßt die Gesetzgebung über die Eingliederung der Menschen und die Herausnahme der Vertriebenen aus dem sozialen Raum oder auch - einmal ganz materialistisch gezeichnet - den Versuch, aus dem Sozialhilfeempfänger einen Steuerzahler zu machen. Die Gesetzgebung lag beim Bund, die Ausführung liegt beim Lande. Damals trat dann auch zuerst die Frage auf, ob an der leitenden Stelle im Ministerium ein Einheimischer oder ein Mann des Ostens stehen sollte.

Zum Lastenausgleich müssen hier einmal ein paar Zahlen genannt werden, damit die Auffassung verschwindet, die Einheimischen seien nur der zahlende und die Menschen des Ostens der nehmende Teil. Die Tatsache, daß der Wiederaufbau der Städte nur möglich mit Hilfe der Mittel aus dem Lastenausgleich, der in unser Land in einer Höhe von vielen hundert Millionen geflossen ist, muß einmal gesehen werden. Aber auch bei der Hausrathilfe, die mehr ins Individuelle hineingreift, hat die einheimische geschädigte Bevölkerung - ich darf die Zahlen vorlesen - bisher erhalten 36 669 000 DM bis zum 31. Dezember 1954, die Vertriebenen und Flüchtlinge eine Kleinigkeit über 25 Millionen. Es soll das einmal herausgestellt werden.

Ich bedauere sehr, daß mein Kollege Diel nicht da ist; selbst die Landwirtschaft bezieht erhebliche Mittel aus dem Lastenausgleich in unserem Lande, die sich nahe an die fünf Millionen heranbewegen. Es muß das einmal in aller Öffentlichkeit klargestellt werden, daß der Lastenausgleich nicht nur eine Angelegenheit der Menschen des Ostens ist, sondern durchaus auch eine Angelegenheit der einheimischen Wirtschaft und der einheimischen geschädigten Menschen. So viel zum Lastenausgleich. Die Durchführung liegt beim Lande. Ich habe in der letzten Zeit - im Gegensatz zu der ersten Zeit meines Auftretens hier - Gelegenheit gehabt, dem Herrn Landwirtschaftsminister meinen Dank auszusprechen für das bisher Geleistete - es war uns ein

(Teschner)

Herzensbedürfnis -, die Bauern des Ostens hier wieder sesshaft zu machen, denn es führt kein Weg zum Osten, wenn kein Bauer mehr da ist, und dort liegt unsere ganz besondere Sorge. Ich freue mich - und ich möchte meinen, alle sollten sich freuen - über die Erfolge, die hierbei erzielt worden sind. Wir haben lebhaftere Auseinandersetzungen gehabt über die Frage: Darf man Heckenwald roden? Darf man Bauern dort ansetzen? Nun, heute sind vier Jahre vergangen, heute sitzen Bauern auf den Heckenhöfen - ich selbst auch - und jene Debatte war für mich Anlaß, in eine solche Heckenwaldsiedlung einzusteigen. Man hat mich gefragt: Dahin willst Du Dich setzen? Ja, da will ich mich mit meinen Kindern ansiedeln. Das ist geschafft worden, darüber gibt es keinen Zweifel; in der Hohen Eifel ist dies gleichfalls geschehen. Sicherlich haben es die Menschen dort nicht leicht, das steht fest, aber wenn wir zurück nach dem Osten gehen, glaube ich nicht, daß uns dort die gebratenen Tauben ins Maul fliegen werden - um einmal diesen vulgären Ausdruck zu gebrauchen -, ich bin froh, daß Bauern sich hier finden und die Härten auf sich nehmen, um sich ihr Bauerntum zu erhalten.

Aber auch auf dem anderen Gebiete der Eingliederung sind erhebliche Erfolge erzielt worden und werden weiter erzielt werden. Das ist die zweite Etappe.

Aber nun stehen wir vor einer absoluten Wende; wir stehen vor der dritten Etappe. Deshalb begrüße ich es auch außerordentlich, daß jetzt eine selbständige Abteilung im Ministerium geschaffen worden ist und ein Mann des Ostens die Leitung der Abteilung übernommen hat. Der Sozialminister hat damit die Wünsche - ja, man könnte sagen die Forderungen - aller Menschen des Ostens hier im Lande erfüllt, und ich glaube mit Sicherheit, daß sich das fruchtbringend auswirken wird. Die dritte Etappe sehe ich darin, daß jetzt - wenn ich das so sagen darf - die Ostpolitik vor uns steht, und wenn ich für unsere Heimkehr eine Formulierung suche, dann möchte ich sagen: Der Osten ist wieder dem deutschen Menschen zu erschließen. Wenn ich so formuliere und sehe die Menschen aus dem Donaauraum, die aus Rumänien, die aus dem Sudetengau, aus Schlesien und Ostpreußen, dann weiß ich, daß sich mit dieser Formulierung jedesmal ganz verschiedene Begriffe zeigen, daß jeweils andere Wege beschriftet werden müssen. Ich weiß, wie oft man mir gesagt hat: Ihr geht ja nicht mehr zurück! Gehst Du denn noch zurück? Ich weiß darum, daß Menschen nicht zurückgehen werden, die aus dem Osten gekommen sind, daß viele nicht zurückgehen können. Meine Damen und Herren! Wenn diese Zuversicht und dieser Wille bei uns erlöschen sollte, dann ist der erste Panthersprung vom Osten aus gelungen und der nächste kommt früher oder später. Im Osten aber tritt damit ein anderer Wille zutage. Da begnügt man sich nicht mit der Front an der Oder-Neiße, auch nicht mit der Front am Eisernen Vorhang, da geht der Wille weiter hin nach dem Westen, und ich weiß nicht, wer den Willen brechen will, wenn wir Menschen des Ostens nicht in dem Kampf um den Osten vorne stehen. Nicht mit der Atombombe, nicht mit Gewalt! Aber eine geistige Kraft ist diesem Willen des Ostens entgegenzustellen, und der muß getragen werden von der gesamten Bevölkerung des Westens. So nur sehe ich die Möglichkeiten, den Osten uns wieder zu erschließen. Ich gebrauche ausdrücklich diese Formulierung und denke zurück an die Zeit, in der meine Vorfahren hinzogen nach dem Osten, um ihn zu erschließen.

Ich kenne den Osten vom Balkan bis hinauf nach Finnland, und es war mir ein leichtes, wenn ich durch die Batschka und den Banat fuhr, zu sagen: Das ist

ein deutsches Dorf, das ist kein deutsches Dorf, und wenn ich die Weichsel, den Bug, den Narew entlanggefahren bin, dann sah ich deutsche Dörfer dort, und im Baltikum bis hinauf nach Narwa oben, sah ich deutsche Städte. Kulturträger sind wir drüben gewesen, beehrte Menschen waren wir einst. Ein polnischer König war es, der den deutschen Ritterorden nach Ostpreußen gerufen hat. Zu vieles ist zerbrochen worden durch einen Nationalismus von hüten und von drüben. Ich denke daran, wie nach dem ersten Weltkrieg die Deutschen in Jugoslawien angesehen waren. Alles ist zerschlagen worden in den zwölf Jahren, und ein mühsamer Weg wird es sein, das wieder aufzubauen. Mühsam, aber doch nur dann von Erfolg, wenn wir wirklich mit dem Nationalistischen aufräumen. Wenn wir daran gehen, Europa wieder aufzubauen von hier nach drüben. Es wird gerungen um den deutschen Menschen. Ich kann jetzt nicht alles sagen, was vielleicht zu sagen wäre. Es gibt noch deutsche Menschen jenseits der Oder und der Neiße. Sie werden in der Presse gelesen haben: Deutsche Schulen in der Tschecho-Slowakei, Deutsche Schulen in Schlesien, Deutsche Schulen in Ostpreußen. Da wird gerungen um den deutschen Menschen; das müssen wir wissen.

Wenn ich die Probleme drüben so ganz unterschiedlich sehe, dann bin ich etwas in Sorge - und nun bin ich einmal östlich ausgesprochen selbstkritisch -: Unsere Organisationen sollten nicht ein großes einheitliches Machtgebilde sein. Sicherlich sind viele Dinge des Ostens unser gemeinsames Anliegen, unsere gemeinsame Forderung, aber ich deutete auch schon an, als ich die einzelnen Volksstämme hier aufzählte, wie unterschiedlich es drüben ist, und es muß der Mann aus dem Donaauraum mit seinen Leuten anders reden als der Mann aus Ostpreußen; er muß andere Konzeptionen haben, als jene sie haben. Deshalb sollte - so möchte ich meinen - die individuelle Förderung der einzelnen Stämme hier Platz greifen. Herr Minister, ich bitte sehr darum, daß diese Dinge so gesehen werden, und ich möchte meinen, daß so gesehen die Referate in der neuen Abteilung noch nicht endgültig ausgestattet sind. Es ist da eine Mission zu erfüllen, die vor uns steht und die von uns erfüllt werden muß. So sehe ich die Dinge vor uns stehen, und ich glaube, es ist unsere Aufgabe, sie zu erfüllen.

Zum Etat selbst. Die Mittel langen aus. Das ist einheitliche Auffassung der Vertreter des Ostens in allen drei Fraktionen. Ein wenig Kritik möchte ich an der Verwendung der Mittel üben. Wenn wir nur aus materialistischen Gründen eine Vereinigung der Menschen des Ostens hätten, dann müßte ich sagen: Dafür können wir die Hilfe des Staates nicht in Anspruch nehmen. Ich war etwas erschüttert, als uns bekannt wurde, daß die Fliegergeschädigten - aus gleicher Position - höher dotiert werden als die Sowjetzonenflüchtlinge, weil ich meine, daß rein materielle Anliegen irgendeiner Gruppe keinen wesentlichen Anspruch auf staatliche Förderung haben, und wir erwarten diese Förderung deshalb nur von dort, wo politische Aufgaben zu erfüllen sind.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Ich denke daran, daß Heime gefördert werden, natürlich Heime, in denen Menschen des Ostens, Frauen, Blinde und Krüppel und Alte sind. Dafür stehen andere Mittel zur Verfügung. Dafür stehen erst einmal für den einzelnen persönlich die Mittel aus dem Lastenausgleich zur Verfügung, es stehen andererseits aber auch durchaus Mittel des Lastenausgleichs für Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung. So sind Mittel in Kanäle geflossen, in die sie eigentlich nicht

(Teschmer)

gehören. Die Mittel, die zur Verfügung stehen, ange-
setzt an der richtigen Stelle, langen meines Erachtens
aus, um die Aufgaben zu erfüllen, die erfüllt werden
müssen. Diese Dinge bitte ich in den nächsten Mona-
ten, vielleicht auch Jahren sehr zu beachten, in denen
die Ostpolitik auf uns zukommt. Und sie kommt auf
uns zu: sie kommt jeden Tag auf uns zu mit den
Menschen aus der Sowjetzone, und ich bin erschrocken
über die Dinge, die ich erfahren habe. Zehn Jahre sind
die Menschen einer Propaganda eines sozialistischen
Staates, einer sozialistischen Wirtschaft ausgesetzt ge-
wesen. Auch sozialistische Wirtschaft kann Erfolge zeit-
igen, das ist ganz klar.

(Abg. Völker: Hört, hört!)

Aber dazu die Unfreiheit drüben, die uns den Osten
unerträglich macht,

(Abg. Hertel: Freiheit und Sozialismus
sind nicht voneinander zu trennen!)

- Ja, das Wort Sozialismus wird ja dort auch alle
Tage im Munde geführt. Sehr verehrter Herr Kollege,
ich darf Ihnen folgendes sagen: Herr Grotewohl war
auch ein Sozialist. Ich stand damals in der Sowjetzone
in der Politik; ich habe böse Dinge erlebt - ich will
das hier nicht weiter ausführen -, ich nehme an und
hoffe zuversichtlich, daß Sie stärker sein werden. Ich
habe schon einige Gespräche mit Ihren führenden
Leuten gehabt; das kommt vielleicht auf Sie zu, das
Problem, das Grotewohl nicht gemeistert hat, und ich
würde mich darüber freuen, wenn Sie es schaffen soll-
ten; aber ich darf auch durchaus meine Zweifel an-
melden, denn auch in Ihren Kreisen wird es schwache
Leute geben neben starken, das sei in der Richtung
hin einmal ausgesprochen.

(Abg. Völker: Überlassen Sie das uns,
Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren! Ich fühle mich verpflich-
tet, Ihnen einmal das ganze Problem vom Grundsätz-
lichen her vorzutragen, um zu erreichen, daß die Span-
nungen zwischen den Einheimischen und uns aus dem
Osten endlich verschwinden. Die Spannungen liegen
auf der materiellen Ebene des Lastenausgleichs - des-
halb meine Zahlen aus dem Lastenausgleich - sie lie-
gen aber auch vielleicht in der Scheu vor dem Osten.
Wir lieben den Osten und der Osten ist reich wie der
Westen, wenngleich in anderer Art.

Der Osten ist unkomplizierter wie der Westen. Ich
wünschte, daß wir von unserem Osten ein wenig Geist
hierher bringen könnten und auch, daß Sie, wenn Sie
einmal nach dem Osten kommen, den Geist des Wes-
tens dorthin bringen würden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Bögler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolf von der
Fraktion der SPD.

Abg. Wolf:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den
eingehenden Ausführungen, die mein Kollege Volkemer
zum Sozialetat gemacht hat und mit denen er die Wichti-
gkeit der Sozialpolitik eindeutig unterstrichen hat, zu
denen aber auch andererseits noch vieles zu sagen wäre,
möchte ich mich auf zwei Gebiete beschränken, einmal
auf die allgemeine soziale Fürsorge, weil ja der heutige
Staat unbestreitbar die Aufgabe hat, allen in unver-
schuldete Not geratenen Menschen in ihrem schweren
Lebenskampf die notwendige Unterstützung zuteil wer-
den zu lassen. Zum andern hat der Staat aber auch die

Aufgabe, den Organisationen und Verbänden, die sich
mit der Fürsorge des einzelnen Menschen oder auch
von Menschengruppen befassen, hilfreich unter die
Arme zu greifen. In einer Zeit der höchsten Leistungs-
anforderung an den Einzelmenschen gilt es, einem Groß-
teil der Bevölkerung die Freude am Leben überhaupt
zu erhalten.

Unser Antrag Nr. II/1061 - Unterstützung der ge-
meinnützigen Verbände - sieht vor, daß diesen Wohl-
fahrtsorganisationen und Einrichtungen mit gemein-
nützigem Charakter zu den bisher im Etat stehenden
375 000 DM 125 000 DM noch einmal dazugegeben wer-
den. Wir wissen, daß diese Verbände zum Beispiel
Altersheime unterhalten und auch Tageskindergärten,
wir wissen aber auch, daß diese Verbände aus eigener
Kraft unter keinen Umständen in der Lage sind, sich
selbst zu erhalten. Es ist eine Aufgabe der Allgemei-
heit, in diesem Falle eine Aufgabe des Staates, diese
Einrichtungen zu unterstützen. Wenn Sie sich einmal
überlegen, was die Schaffung eines Bettplatzes in ein-
nem solchen Heim kostet, dann glaube ich, können die
Leistungen, die der Staat diesen Verbänden zur Ver-
fügung stellt, gar nicht groß genug sein. Es ist jeder
Einwand, daß wir damit zu einem rein fürsorglichen
sozialen Staat gelangen und ihn vielleicht bereits ha-
ben, zurückzuweisen.

Wir freuen uns als Fraktion, daß verschiedene An-
sätze, die sich mit ganz bestimmten fürsorglichen
Problemen beschäftigen, eine Erhöhung gefunden ha-
ben. Wenn ich zum Beispiel die Müttererholungskuren
nur einmal herausgreife, so glaube ich hier ohne wei-
teres feststellen zu können, daß dieses Problem der
Müttererholungskuren vor zwei oder drei Jahrzehnten
überhaupt nicht in dem Maße akut war, als das heute
der Fall ist, wo beinahe jede Mutter und Hausfrau ge-
zwungen ist, zum Lebensunterhalt der Familie schlecht-
hin durch ihre Arbeit in irgendeinem Betriebe beizu-
tragen. Die Familie als die kleinste Zelle im Volk ist
nicht in der Lage, der Mutter jährlich den Urlaub von
ihren Pflichten zu gewähren, der ihr eigentlich in er-
höhtem Maße zukommt. Wir müssen deshalb weit mehr,
als das dieses Jahr geschehen ist, im nächsten Jahr
darauf bedacht sein, diese Mittel für unsere Frauen
und Mütter noch um ein beträchtliches zu erhöhen.

Der Suchdienst des Roten Kreuzes wird mitunter von
einer nicht gerade kleinen Bevölkerungsschicht als über-
flüssig angesehen. Wir wissen aber genau, meine Damen
und Herren, daß noch lange nicht das letzte Schicksal
des vergangenen Krieges aufgeklärt ist. Und Wohl-
tätigkeitsveranstaltungen, wie sie kürzlich in Koblenz
vom Deutschen Roten Kreuz durchgeführt wurden, sind
meines Erachtens nach nicht dazu angetan, die Notwen-
digkeit und die ungeheure Bedeutung dieses Suchdien-
stes und Mütter noch um ein beträchtliches zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Teilnehmer an diesen Wohltätigkeitsveranstal-
tungen bringen überhaupt nicht innerlich die Aufge-
schlossenheit und die Voraussetzungen mit. Es läßt sich
mit einer Eintrittskarte, wenn sie auch 200 DM kostet,
nicht auch nur in etwa erklären, daß der Betreffende,
der an dieser Veranstaltung teilnimmt, an dem Schick-
sal dieser vielen Menschen, deren Leben oder Sterben
noch nicht aufgeklärt ist, teilhaben kann.

Ein weiterer Punkt, dem wir unsere Beachtung schen-
ken sollten, Herr Minister, das sind die Kriegsoffer-
siedlungen. Wir stehen - ich persönlich bedauere das
auf das äußerste - erneut vor der Frage, die deutsche
Jugend in Uniformen zu stecken. Die Opfer des letzten
Krieges und auch die Opfer des vorletzten Krieges sind

(Wolf, Paul)

bei weitem noch nicht versorgt. Ich glaube, gerade diese Menschen, die auch für Volk und Vaterland, für Familie und Staat gekämpft haben, haben in erster Linie ein Recht darauf, wenigstens durch den bescheidenen Besitz eines Eigenheimes nun zu wissen, wo sie ihre Tage mit ihrer Familie verbringen können, ohne die Furcht zu haben, gerade in der Form unserer heutigen Wirtschaft eines Tages durch den Vermieter auf die Straße gesetzt zu werden.

(Unruhe und Hört-Hört-Rufe bei den Regierungsparteien.)

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich einiges zu dem Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem sagen. Mein Kollege Teschner hat dieses Problem sehr weit umrissen. Er hat beinahe außenpolitische Darlegungen zu diesem Problem hier gemacht.

Meine Bitte geht dahin, daß er innerhalb seiner Partei mit demselben Elan, mit dem er hier das Ostproblem den Abgeordneten des Landtages und der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz vorgetragen hat, ebenfalls zum Vortrag bringen möge. Er sprach davon, daß drüben der Sozialismus an der Macht wäre und daß er bestimmte Befürchtungen nur bei dem Hören des Wortes „Sozialismus“ in sich aufsteigen verspüren würde.

(Abg. Techner: So ganz einfach ist das Problem doch nicht!)

Meine Damen und Herren! Gerade wir in Westdeutschland oder weite Teile in Westdeutschland gebrauchen im Laufe eines Tages das Wort „Christentum“ dutzende und aber dutzende Male, ohne daran zu denken, wirklich christlich zu leben und zu handeln. Was drüben von unserem Kollegen Teschner mit Sozialismus bezeichnet wurde, ist Bolschewismus, der die Unfreiheit will. Und den Zwischenruf meines Fraktionskollegen Hertel „Sozialismus ist von der Freiheit untrennbar“ möchte ich hier noch einmal unterstreichen.

Meine Damen und Herren! Nachdem die Kapitel 28 und 29 - Wohnungs- und Flüchtlingswesen - weggefallen sind und die Titel, die in diesen Kapiteln verankert waren, unter andere Kapitel und Titel aufgeteilt worden sind, könnte der Eindruck entstehen, als ob die Eingliederung der Vertriebenen bereits vollzogen wäre.

Der Bericht von Herrn Dr. Meiborg in der Staatszeitung Nr. 10 verstärkt diesen Eindruck. Ich will gar nicht die Zahlen, die in diesem Bericht genannt worden sind, in Zweifel ziehen. Tatsache ist und bleibt jedoch, daß die bisher im Lande Rheinland-Pfalz getätigte Eingliederung der Heimatvertriebenen zu einem großen Teil auf Kosten der Berufsausbildung und des fachlichen Könnens erfolgt ist.

Wir dürfen uns doch auch hier in diesem Hause nicht der Tatsache verschließen, daß durch die Inangriffnahme aller Maßnahmen der Alliierten in unserem Grenzgebiet es ausschließlich möglich war, eine große Anzahl der Heimatvertriebenen unterzubringen und ihnen überhaupt die Möglichkeit zu geben, Geld zu verdienen und mit diesem Geld ihre Familie ernähren zu können. Wenn diese Maßnahmen eines Tages abgeschlossen sein werden, stehen wir erneut vor der Frage, die vielen Tausenden von Menschen, die inzwischen nicht jünger geworden sind, in das zivile und wirtschaftliche Leben unseres Landes eingliedern zu müssen. Ich sehe da sehr große Gefahren auf uns zukommen. Ich darf jetzt schon das Ministerium bitten, Vorsorge zu treffen, um zu diesem Zeitpunkt bereit zu sein, diesen Menschen weiterzuhelfen.

Die Eingliederung der Vertriebenen ist im Rahmen des Möglichen zügig vorwärtsging. Das sei anerkannt. Die Leistung des Landes durch Gestellung von

Bürgschaften hat in etwa ausgereicht, die verschiedenen Wünsche von Handel, Gewerbe und Industrie zu berücksichtigen. Aber mir kommt es in erster Linie darauf an, Arbeitsplätze zu schaffen; denn bei uns im Osten - ich schließe das Sudetenland mit ein - gab es nicht nur freie und selbständig schaffende Menschen, sondern der weitaus überwiegende Teil unserer Bevölkerung war in einem Arbeitnehmerverhältnis. Es kommt mir darauf an, in den hier bestehenden krisenfesten Industrien die notwendigen Arbeitsplätze für diese Menschen zu schaffen, und daß dieser Wunsch vom Lande und vom Bund her unterstützt wird.

Ein weiteres Problem - die Zeit drängt, deshalb will ich die bäuerliche Siedlung hier weglassen - ist das der 131er. Wir wissen, daß 20 v.H. der Beschäftigten in der Verwaltung Heimatvertriebene und anerkannte Flüchtlinge sein sollen. Das ist ein Fünftel der gesamten Beamenschaft des Landes. Wenn ich auch dankbar anerkenne, daß der Herr Justizminister gestern feststellte, in seinem Ressort sei diese Quote erfüllt,

(Abg. Steger: Mehr als erfüllt!)

- ja, mit 2 oder 3 v.H. mehr erfüllt - so hat es mich doch tief berührt, als er sagte - ich neide nicht etwa den jetzt wartenden Assessoren ihre Stelle -, daß die Einstellung dieser Assessoren unbedingt notwendig sei, um eine Überfremdung der Beamenschaft im Lande Rheinland-Pfalz durch 131er - sprich Heimatvertriebene und Flüchtlinge - zu verhindern.

Meine Damen und Herren! Ich und mit mir die 250 000 Heimatvertriebenen in diesem Lande, wir haben uns niemals als Fremdlinge hier gefühlt, sondern wir fühlen uns als Deutsche unter Deutschen, die gezwungen sind - heute auch zu einem großen Teil sehr gern -, in diesem Lande zu leben. Aber wir bitten, nicht irgendwann und irgendwo als Fremdlinge bezeichnet zu werden.

(Zuruf von der FDP: War auch nicht so gemeint!)

Nun noch ein Wort zum Ministerium selbst. Der Herr Minister hat in Besprechungen mit maßgeblichen Heimatvertriebenen zugesagt, in seinem Fachministerium eine Stelle zu schaffen, in der die Heimatvertriebenen in ihren Angelegenheiten in eigener Verantwortung mitwirken können. Ich glaube, daß diese Wünsche der Heimatvertriebenen, die seit Jahren auch von dieser Stelle hier immer wieder vorgetragen worden sind, vom Ministerium endlich einmal verwirklicht und der Hauptabteilung nach außen hin der Rang gegeben werden sollte, der dem staatspolitischen Problem der Heimatvertriebenen schlechthin entspricht.

Die Schaffung eines Kulturreferates erscheint mir dringend erforderlich. Die Salzburger, die jahrhundertlang in Ostpreußen lebten, hatten immer noch ihr Salzburger Dezentat bei den verschiedensten ostpreussischen Regierungen. Die Pfälzer von draußen haben bei der Regierung der Pfalz ihre Vertretungskörperschaft. Es ist ein Freude zu sehen, wie sich die Pfälzer von drinnen und draußen jährlich treffen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und ihre Freundschaften zu erneuern. Wir wünschen, daß auch noch nach Jahrzehnten, wenn sich unsere Nachkommen - sollten es die politischen Verhältnisse so verlangen - völlig in dieses Land eingegliedert haben sollten, der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten ebenfalls gedacht wird.

Nun zu den Gutachtern für die Sowjetzonenflüchtlinge, von denen der Herr Kollege Steger gesprochen hat! Ich möchte nichts gegen die Persönlichkeiten sagen, die sich mit den Dingen beschäftigen; ich halte

(Wolf, Paul)

diese Persönlichkeiten sogar für sehr qualifiziert, aber es muß noch einmal unterstrichen werden, daß es unter keinen Umständen ausreichend ist, was dort gearbeitet werden kann. Der Sowjetzonenflüchtling, der den Ausweis zur Existenzgründung, zur Zuweisung einer Wohnung und zu anderen Dingen braucht, kann nicht monatelang warten, bis das Ministerium über seine Zuweisung nach Rheinland-Pfalz oder in die Bundesrepublik schlechthin entschieden hat. Wir werden uns vorbehalten, im neuen Landtag entsprechende Anträge zu stellen. Wir hätten es allerdings gern gesehen, wenn Sie, Herr Minister, diese Stellen bereits im Haushaltsplan vorgesehen hätten.

Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit den Sowjetzonenflüchtlingen ist die Lagerunterbringung. Nur wenige Sätze dazu! Ich weiß, daß wir keine ausgesprochenen Flüchtlingslager haben; wir haben aber Notlager. Wenn ich nur an ein Lager, die Wilhelmschule in Ludwigshafen, denke, dann muß ich sagen, die Zustände in diesem Lager sind unverantwortlich. Allerdings möchte ich hier dick unterstreichen, daß das nicht etwa in der Verantwortung der Stadt Ludwigshafen liegt, sondern dieses Lager muß vom Land unterhalten werden. Dieser Personenkreis, der nun einmal im Lande anwesend ist, aber niemals in den Genuß irgendwelcher Vergünstigungen des Bundesvertriebenengesetzes kommen wird, sollte zu einem geeigneten Zeitpunkt in bereitstehende Wohnungen eingewiesen werden.

Es sei mir gestattet, ganz offen darauf hinzuweisen, daß eine Familie, die ein Gesamteinkommen von über 1000 DM hat und im Lager ist, der sechs Wohnungen angeboten worden sind, der aber die Miete von 120.- oder 130.- DM zu teuer war, keineswegs damit rechnen sollte, mit Unterstützung des Landes oder irgendeiner Kommune in eine sozial erstellte Wohnung einziehen zu können.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Der Herr Ministerpräsident sprach bei seinem Etat davon, daß er als Saarländer,

(Ministerpräsident Altmeyer: Saardeutscher!)

- Entschuldigen Sie, Herr Ministerpräsident - als Ministerpräsident dieses Landes mit den Saardeutschen fühle und daß er darauf vertraue, daß die Saardeutschen zu einem geeigneten Zeitpunkt ihr Bekenntnis zum Deutschtum ablegen werden. Wir Heimatvertriebenen, die wir in Rheinland-Pfalz leben, kommen aus dem deutschen Osten, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer herunter. Wir sind treue Bürger unseres Heimatlandes Rheinland-Pfalz. Wir wollen aber ebenfalls nicht vergessen - zu keinem Zeitpunkt vergessen -, daß wir trotz allem heimatvertriebene Schlesier, Ostpreußen, Pommern usw. sind. Wir wollen uns in diesem Lande in die Wirtschaft eingliedern, wir wollen nur nicht verschmolzen, eingeschmolzen werden in diesem Lande. Meine Damen und Herren! Wenn das Deutschland in den Grenzen von 1937 wieder einmal Wirklichkeit werden soll, dann haben die Heimatvertriebenen auch in diesem Lande die Pflicht, ihre ostdeutsche Heimat in ihren Herzen zu bewahren, diese ostdeutsche Heimat ihren westdeutschen Mitbürgern in ihrem Wert verständlich zu machen und diese ihre alte Heimat ihren Kindern nahezubringen und in ihnen den Willen zur Rückkehr in diese Heimat zu erhalten. Denn diese Heimat ist nun einmal ein Stück des Gesamtdeutschlands, das wir ja schließlich alle wollen, und das wir auch auf friedlichem Wege durch das Wachsen der politischen und menschlichen Erkenntnis in beiden Lagern eines Tages erreichen wollen.

(Beifall im ganzen Hause.)

Vizepräsident Bögler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolters von der Fraktion der CDU.

Abg. Wolters:

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich im Auftrage meiner Fraktion zu dem Sozialetat noch ein paar kurze Schlussworte sprechen.

Zunächst einmal darf ich darauf aufmerksam machen, daß meine Fraktion wahrscheinlich nicht den Anträgen, die heute morgen seitens der Fraktion der SPD gestellt worden sind, ihre Zustimmung geben kann.

(Abg. Völker: Das bedauern wir sehr!)

Das bedeutet nicht, daß wir grundsätzlich die Ansätze, die nun gemacht worden sind, für falsch halten, sondern wir sehen den Gesamtetat als ein einheitliches Ganzes, und wir hätten ganz gern gesehen, daß man mit diesen Anträgen in den Ausschüssen gekommen wäre; dann hätte man echt darüber verhandeln können.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich halte es im Interesse der Gesamtheit des Etats nicht für richtig, daß man diese Anträge nun in letzter Minute auf den Tisch des Hauses legt; es müßten doch immerhin auch innerhalb der Fraktionen darüber Verständigungen erzielt werden.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr wahr! - Abg. Paul Wolf: Die Anträge lagen ja vor!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf wohl sagen, daß ich es nicht mehr für notwendig halte, über Einzelfragen zu sprechen. Auch meine Fraktion hätte noch eine ganze Reihe von Änderungswünschen vorzubringen, auch in Personalfragen. Ich denke beispielsweise an die Anstaltspfleger. Aber wir wollen uns daran halten - was auch im Finanzausschuß niedergelegt worden ist -, die Frage zurückzustellen bis zu einer neuen Besoldungsreform, und wir rechnen bestimmt damit, daß dann seitens des Sozialministeriums auch auf eine gerechte Einstufung der Anstaltspfleger und des Pflegepersonals in Anbetracht ihrer außerordentlich schwierigen Tätigkeit geachtet wird.

(Sehr wahr! und Sehr gut! bei der CDU.)

Wenn man heute die Bedeutung des Sozialetats in den letzten vier Jahren noch einmal rückblickend überschaut, dann muß man feststellen, daß der Sozialetat nicht mehr so im Mittelpunkt der Gesetzgebungsarbeit steht, wie dies noch vor vier Jahren der Fall war, weil inzwischen der Bund fast alle Sozialfragen auf Grund der konkurrierenden Gesetzgebung an sich gezogen hat.

Es wäre aber meines Erachtens völlig falsch, die Bedeutung des Sozialministeriums zu unterschätzen. Immerhin wird dem Lande noch eine große Anzahl von Ausführungen der Sozialgesetze übertragen; und die Ausführung der Sozialgesetze ist für ihre Anwendung von ganz entscheidender Bedeutung.

(Abg. Hülser: Sehr richtig!)

Wenn man in einem Ministerium nicht so sehr die Paragraphen, sondern in erster Linie den Menschen sehen muß, dann ist dies vor allem im Sozialministerium der Fall.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Deshalb legen meine Parteifreunde gerade den entscheidenden Wert darauf, daß die Stellen im Sozialministerium von solchen Männern und Frauen besetzt werden, die nicht in erster Linie das Bürokratische

(Wolters)

sehen, sondern Mensch sind in einer echten sozialen Gesinnung und Haltung.

(Beifall im ganzen Hause.)

Es kommt auch nicht darauf an, das Ministerium quantitativ zu vergrößern, sondern entscheidend ist die Qualität der Menschen, die in der Sozialpolitik tätig sind.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr wahr!)

Obwohl also das Ministerium heute zu einem großen Teil Ausführungsbehörde ist, legen wir aber auch entscheidenden Wert darauf, daß das Ministerium auch in Zukunft die Bedeutung erhält, die es auf Grund seiner gesamten politischen Bedeutung beanspruchen kann.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben - der Abgeordnete Steger hat es zu meiner Freude bereits gesagt - mit Bedauern vernommen, daß die Krankheit unseres Ministerialdirektors Junglas wahrscheinlich noch länger andauern wird und er seine Arbeit noch nicht aufnehmen kann; und wir freuen uns über die Wünsche, die der Abgeordnete Steger unserem - so darf ich wohl sagen - Sozialpolitiker Junglas ausgesprochen hat, und wir wünschen mit Ihnen allen, daß er recht bald seine Arbeit im Sozialministerium wieder aufnehmen kann.

(Beifall im ganzen Hause.)

Aber wir sehen das Ministerium nicht nur als ausführende Behörde an; denn durch die Institution des Bundesrates hat die Landesregierung besonderen Einfluß auf die Gestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Meine Freunde haben den dringenden Wunsch, daß diese Frage seitens der Landesregierung nicht als nebensächlich angesehen wird, sondern daß diese Frage zu einer Herzensangelegenheit der Landesregierung wird. Wir haben zu der Landesregierung das Vertrauen, daß sie in einer fortschrittlichen sozialen Gesinnung hier mitwirkt; denn der gute Ruf des Landes Rheinland-Pfalz, gerade auf sozialpolitischem Gebiete bahnbrechend gewirkt zu haben, muß auch für die Zukunft Ansporn sein, diesen ehrenvollen Ruf zu behalten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir stehen heute vor großen sozialpolitischen Aufgaben. Hier ist soeben bereits das Wort Sozialreform ausgesprochen worden. Es ist bedauerlich, daß es leider fast schon ein Schlagwort geworden ist; denn das ist gefährlich und dient zweifellos nicht der wichtigen Sache. Wenn bei einer kürzlich durchgeführten Umfrage auch bei der Bevölkerung im Lande Rheinland-Pfalz festgestellt wurde, daß der weitaus größte Teil der Befragten die Regelung der sozialpolitischen Frage für die vordringlichste Aufgabe hält, dann soll man hieraus die entsprechende Schlußfolgerung ziehen. Die Sozialreform ist nicht allein die Frage der Neuordnung der Sozialversicherung, obwohl dies zunächst die wichtigste und vordringlichste Aufgabe ist. Die Sozialreform geht natürlich viel weiter. Wir werden nicht daran vorbeikommen zu versuchen, das Gesellschaftsbild neu zu ordnen, es an die augenblicklichen Wirtschaftsverhältnisse heranzubringen, mit einem Wort gesagt, die gesamte Sozialpolitik situationsgerechter zu machen.

Wenn es eine Erkenntnis ist, daß der Mensch zur vollen Entfaltung der Persönlichkeit nur dann kommen kann, wenn er selbst mitbestimmend im gesellschaftlichen Leben steht, dann sollte es unser Anliegen sein, möglichst viele Menschen zum Mitbesitzer zu machen. Hierbei denken wir an das Eigenheim, an die vielen Methoden, die heute schon in den verschiedenen

Betrieben angewandt werden, und zwar zum Teil sehr segensreich angewandt werden.

(Abg. Steger: Sehr gut!)

Meine Parteifreunde begrüßen alle diese Versuche, denn wir sind der Auffassung, daß diese Versuche doch zu einer gewissen Klärung der zu beschreitenden Wege führen werden.

Das 19. Jahrhundert stand unter dem Gesichtswinkel, den Arbeiter aus seinem Proletariat herauszuholen; das 20. Jahrhundert muß den nächsten Schritt tun, den Arbeitnehmer zum vollberechtigten und gleichberechtigten Partner in der Wirtschaft zu machen.

(Sehr gut! und Beifall im ganzen Hause.)

Ich sagte soeben, daß die Neuordnung der Sozialversicherung das Wichtigste und Entscheidendste der kommenden Sozialreform ist. Wir haben mit Befriedigung festgestellt, daß die Vorarbeiten zur Neuordnung der Sozialversicherung nun intensiv gefördert werden, so daß wir annehmen können, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit mit gesetzgeberischen Ergebnissen gerechnet werden kann. Meine Parteifreunde stehen auf dem Standpunkt, daß es keiner völligen Umwandlung bedarf, daß man die bewährten alten Methoden mit guten neuen Aufgaben erweitern soll. Meine Parteifreunde sind weiter der Auffassung, daß wir unbedingt an dem Versicherungsprinzip unserer Sozialversicherung festhalten sollten, weil wir mit einer gewissen Sorge den Weg voraussehen, den das Versorgungsprinzip gehen wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Jeder Mensch ist nach unserer Auffassung verpflichtet, soweit es seine Kräfte zulassen, auch für sein Alter die entsprechende Vorsorge zu treffen.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Diese Vorsorge sehen wir zu einem großen Teil in einer guten Sozialversicherung, die durch die Selbstbeteiligung eine entsprechende Sicherung schafft für die Wechselfälle des Lebens. Die Sozialversicherung muß neben der Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer natürlich auch die Beiträge der Arbeitgeber haben und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die des Staates. Der Staat muß zu dieser Sozialversicherung den pflichtgemäßen Beitrag zahlen, und zwar hat er ihn zu zahlen aus seiner Gesamtverantwortung gegenüber den minderbemittelten Bevölkerungskreisen.

Durch die Einführung der Sozialversicherung wurden, wie ich bereits einmal gesagt habe, die Wohlfahrtsetats der Gemeinden sehr stark entlastet. Aufgaben, die zu allen Zeiten die Gemeinden zu übernehmen hatten, wurden von der Sozialversicherung abgelöst. Auch aus dieser Verpflichtung heraus hat die Sozialversicherung einen Anspruch auf eine entsprechende Zuwendung des Staates.

Die im vorigen Jahre durchgeführte Erhebung über den Stand der Sozialversicherung sind in Teilstücken bekannt und werden, wie mir bekannt ist, im Laufe der nächsten Woche in einem Gesamtbericht des Bundesarbeitsministeriums veröffentlicht werden. Wie wir aus den Teilberichten bereits ersehen konnten, liegt tatsächlich die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung noch sehr im argen. Es ist unser dringendstes Anliegen, daß gerade die Altrentner so gestellt werden, daß sie wirklich nach einem arbeitsreichen Leben einen Lebensstandard haben, der frei von Not und Sorge ist.

(Sehr gut! und Beifall bei den Regierungsparteien.)

(Wolters)

Ich glaube, daß es hierzu der Hilfe aller bedarf. Diese große sozialpolitische Frage kann zweifellos nicht mit Schlagworten gelöst werden, sondern es bedarf hierzu der Mithilfe aller, die guten Willens sind. Hier sollen Wissenschaft und Praxis in gemeinsamer Arbeit Reformpläne entwickeln, die geeignet sind, den sozialen Frieden in unserem Volke zu erhalten und zu festigen.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Bravo!)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht so einfach, dieses Problem zu lösen, und mein Kollege Volkemer hat soeben auf England und Schweden hingewiesen. Ich zitiere hier den Experten in sozialen Angelegenheiten der SPD, Herrn Professor Preller, der noch in einer der letzten Zeitschriften der Sozialversicherung davor warnt, ausländische Beispiele auf Deutschland zu übertragen.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das geht nicht; das würde auch in unserem Volke nicht gehen, sondern wir müssen aus eigener Initiative neue Gedanken entwickeln und neue Wege gehen.

Wir wünschen, daß das Sozialministerium hier mitarbeitet und mitwirkt durch geeignete Vorschläge in den Ausschüssen des Bundesrates und durch Zurverfügungstellung von Material, welches die Landesregierung in die Lage versetzt, zum Wohle unseres Volkes eine Entscheidung im Bundesrat zu treffen.

Wenn in den letzten Monaten bereits einige sozialpolitische Gesetze den Bundesrat im ersten Durchgang passiert, so haben wir mit Befriedigung festgestellt, daß seitens des Bundesrates und - wie wir annehmen - auch von der Landesregierung sehr beachtliche Vorschläge zur Änderung der von der Bundesregierung vorgesehenen Gesetze gemacht worden sind. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Bundestag diese Vorschläge des Bundesrates, die aus sozialpolitischem Verantwortungsgefühl im Bundesrat gestellt worden sind, beachten wird.

Ich darf zum Schluß meiner Ausführungen nochmals zusammenfassend sagen, daß wir unter diesen Gesichtspunkten dem Sozialministerium gerade für die Zukunft eine ganz besondere Bedeutung beimessen und daß wir den dringenden Wunsch haben, daß das Ministerium im Rahmen der gesamten Landesregierung den Platz einnimmt, der die besondere Bedeutung dieses Ministeriums für die Zukunft unterstreicht.

Wir haben in dem vorliegenden Etat festgestellt, daß Fortschritte erzielt worden sind. Ich habe bereits gesagt, daß wir nicht alles, was wir wollten, in diesem Jahr verwirklichen konnten. Wir freuen uns aber, daß auch seitens der Opposition anerkannt wurde, daß in diesem Jahr wiederum beachtliche soziale Fortschritte auch bei der Aufstellung des Sozialtats erzielt worden sind. Ich darf Ihnen namens meiner Fraktion mitteilen, daß wir dem Etat in der vorliegenden Form unsere Zustimmung geben werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Bögl:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Herklotz von der Fraktion der SPD.

Frau Abg. Herklotz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch im Namen meiner Fraktion darf ich zunächst dem Herrn Ministerialdirektor Junglas die besten Wünsche zu seiner hoffentlich baldigen Genesung übermitteln.

(Beifall der Regierungsparteien.)

Wir tun das besonders deshalb, weil er die Sozialpolitik zu seiner Herzenssache gemacht hat und weil auch unsere Fraktion in allen Gremien gut mit ihm zusammenarbeitet.

(Bravo-Rufe und Beifall bei den Regierungsparteien.)

Und nun, meine Damen und Herren, obliegt mir die Aufgabe, noch einige Bemerkungen zum Blindenpflegegeldgesetz zu machen. Wir hatten nicht die Absicht, das zu tun. Aber das Schicksal dieser bedauernswerten Menschen bewegt uns so stark, daß wir den Wunsch haben, wenigstens einen Teil des Ausfalls von monatlichem Pflegegeld, das die Blinden bis zum Jahr 1953 erhalten haben und das nun durch das Fürsorgeänderungsgesetz in Wegfall gekommen ist, auszugleichen. Dieser Ausfall stellt eine tatsächliche Schädigung für den bisher zugangsberechtigten Personenkreis dar. Aus diesem Grund haben sich meine Fraktionsfreunde bemüht, bei der Beratung des Erlasses der Landesregierung über die Gewährung von Pflegegeld an Zivilblinde die Inkraftsetzung am 1. Oktober 1954 zu erreichen. Leider konnten meine Fraktionsfreunde aber ihr Verlangen nicht durchsetzen. Statt dessen haben wir nun die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß der Haushalts- und Finanzausschuß, dem unsere Forderung noch einmal vorgebracht wurde, lediglich einer Inkraftsetzung des Erlasses ab 1. Januar 1955 zustimmt. Dadurch entsteht den Blinden, die bisher ein monatliches Pflegegeld erhielten, ein tatsächlicher Verlust von 75 DM.

Wenn alle Kräfte, die guten Willens sind, in diesem Hause zusammenarbeiten, dann gelingt es uns vielleicht doch noch, die nach unserer Auffassung sehr empfindliche Schädigung auszugleichen und eine Regelung zu treffen, wonach ein Anspruch auf Blindenpflegegeld gesichert ist. Besonders wichtig wäre, daß auch Neuzugänge von Zivilblinden, die jetzt erst registriert werden, die Möglichkeit bekommen, einen Antrag auf Auszahlung des Pflegegeldes zu stellen, gestützt auf den Erlaß der Landesregierung oder die noch zu schaffenden gesetzlichen Bestimmungen.

Es war unser Bestreben, meine Damen und Herren, den Anspruch auf Pflegegeld für Zivilblinde gesetzlich zu sichern. Durch das Sozialministerium wurde aber immer wieder betont, daß - bedingt durch die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes - ein Blindenpflegegeld nicht gewährt werden könne. In anderen Ländern bestehen jedoch solche gesetzliche Regelungen, und in der letzten und abschließenden Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses hat der Vertreter des Justizministeriums unaufgefordert die Mitteilung gemacht, daß das Justizministerium bislang noch nicht gefragt worden sei, ob ein etwa von der Landesregierung in Rheinland-Pfalz zu erlassendes Pflegegeldgesetz für Zivilblinde mit dem Grundgesetz auf dem Gebiet der konkurrierenden Gesetzgebung kollidieren würde.

Diese Erklärung, meine Damen und Herren, hat eine Schockwirkung bei uns ausgelöst. Wenn es der Landesregierung wirklich ernst damit gewesen wäre, diese hilfsbedürftigen Menschen zu unterstützen, dann hätte sich eine Lösung finden lassen. Meine Damen und Herren, es ist heute morgen von der menschlichen und sozialen Gesinnung gesprochen worden, die uns alle erfüllen sollte. Lassen Sie diese Gesinnung in dieser Frage im neuen Landtag zur Geltung kommen! Handeln wir nach einem Wort des großen Nazareners: Was ihr dem Geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan!

(Bravo-Rufe und Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Bögl:

Das Wort hat Herr Sozialminister Dr. Zimmer.

Sozialminister Dr. Zimmer:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst darf ich eine kleine Sache nachholen, die ich in meiner Eigenschaft als Innenminister noch zu erledigen habe. Das ist eine Abschlusserklärung zu der Erörterung des Falles Melsheimer in Traben-Trarbach, der vor einem Jahr und drei Monaten hier in einer Großen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion behandelt worden ist. Ich hatte damals zugestanden, die Angelegenheit genau prüfen und untersuchen zu lassen. Das ist in der Zwischenzeit geschehen. Nach Rücksprache mit dem Herrn Kollegen Schmidt, der die Anfrage damals begründet hatte, und nach Vorlage aller einschlägigen Berichte bin ich in der Lage, von uns aus heute hier zu erklären, daß für uns kein Anlaß vorliegt, irgendwelche disziplinarischen oder strafrechtlichen Maßnahmen gegen den Beigeordneten Melsheimer in Erwägung zu ziehen.

(Hört, hört! bei den Regierungsparteien.)

Ich hoffe, daß damit die Angelegenheit erledigt ist. Ich habe es für notwendig gehalten, diese Erklärung hier abzugeben, weil der betreffende Beigeordnete daran erinnert hat, daß er eine solche Ehrenerklärung fordern könne.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich zu dem eigentlichen Thema kommen, zu dem Sozialetat. Ich darf zunächst allen Damen und Herren, die hier gesprochen haben, versichern, daß ich alle gegebenen Anregungen und alle ausgesprochenen Wünsche einer sehr sorgfältigen Prüfung unterziehen werde, daß nichts in den Wind geredet ist und daß das Sozialministerium versuchen wird, alle gegebenen Anregungen in seine Arbeit einzubeziehen.

Es ist selbstverständlich Kritik geübt worden, und es wurde dabei manches gesagt, was sich ohne weiteres bei der Diskussion meines Erachtens als nicht begründet herausstellt. Ich darf mich zunächst den Ausführungen zuwenden, die Frau Abgeordnete Hillesheim hier vorgetragen hat. Frau Abgeordnete Hillesheim, Hermans-Hillesheim - ich bitte um Entschuldigung - hat unter großen Gesichtspunkten die Frage der Jugendpflegearbeit im Hinblick auf das sowjetisch besetzte Mitteldeutschland hier aufgerollt. Ich bin ihr für die Anregung, eine Bestandsaufnahme der Landesregierung über die gesamten Jugendpflege-, Jugendfürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen einschließlich Kindergärten durchzuführen, dankbar. Es besteht zwar hierüber bereits seit einiger Zeit eine Broschüre des Statistischen Landesamtes, die wesentliche Aufschlüsse gibt; ich gebe aber zu, daß sehr vieles nicht darin enthalten ist. Das Ministerium wird sich bemühen, Ihren Wünschen Rechnung zu tragen. Ich glaube, es wird für das Haus von großem Interesse sein.

Sie hatten in den Mittelpunkt Ihrer Erörterungen die ostzonale Kinderwerbung gestellt. Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß wir dieser Frage, sobald sie im letzten Jahre aufgetaucht war - sie kam überraschend auf uns zu -, unsere größte Aufmerksamkeit geschenkt haben. Wir hatten zwar rechtzeitig beim Bund auf diese Vorgänge hingewiesen; der Bund ist aber anscheinend aus etatrechtlichen Bedenken nicht zu einer rechtzeitigen Initiative seinerseits gekommen. Wir haben seit einiger Zeit sehr intensive Vorbesprechungen geführt, und es hat vor einigen Tagen eine Besprechung in dieser Angelegenheit stattgefunden, an der 35 Vertreter aller interessierten Verbände teilgenommen haben. Ich bin sehr gerne bereit und sogar dankbar, wenn ich Gelegenheit haben werde, dem Sozialpolitischen Ausschuß in kürzester Zeit über die hier besprochenen Dinge Aufklärung und Aufschluß zu ge-

ben, handelt es sich doch hier um eine Angelegenheit von größter politischer Bedeutung; denn es ist ganz richtig darauf hingewiesen, daß die Zielsetzung und Methode der ganzen Jugendarbeit hier eine andere ist als in der staatlich gelenkten Jugendarbeit der Sowjetzone, daß bei uns das Prinzip der Freiheit und Menschenwürde nicht angetastet werden kann. Darauf folgt, daß wir vielleicht im Anlaufen dieser Dinge etwas langsamer sind, daß aber die Gründlichkeit, mit der wir die Dinge anpacken, dann aber auch einen besseren Enderfolg für unsere Jugend sicherstellen wird. Wir werden alles tun, um den Jugendverbänden und den karitativen Organisationen eine wirkungsvolle Jugendpflegearbeit und Kindererholungsfürsorge zu ermöglichen, damit ohne politischen Mißbrauch die Kinder Wohltaten erfahren, die ihrem Alter und ihrem Geschlecht gemäß sind, ohne daß sie in die staatlichen Zwecke eines Staatssystems hingepreßt werden. Ich bin überzeugt, daß sich in dieser Frage eine völlige Übereinstimmung mit allen Richtungen, die in diesem Hause vertreten sind, herbeiführen lassen wird. Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß auch bereits in diesem Etat erhebliche Mittel für diese Arbeit vorgesehen sind, die nach den jetzigen Beobachtungen, die wir machen konnten, möglicherweise ausreichen werden, um diese Dinge bewältigen zu können.

Herr Abgeordneter Volkemer hat eine Reihe von kritischen Bemerkungen gemacht, auf die ich kurz eingehen möchte. Er hat bemängelt, daß bisher ein Landesergänzungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz noch nicht ergangen sei. Ich darf offen sagen, daß bis auf die beiden Stadt-Staaten Hamburg und Bremen bisher noch kein Land ein solches Gesetz erlassen hat.

(Abg. Sassenroth: Hessen!)

- Hessen hat lediglich eine Teilmaterie dieses Gesetzes vorweg durch eine Verordnung gelöst, weil die Gesamtmaterie auch in Hessen schwierig ist. Bayern hat einen Referentenentwurf vorgelegt, und, um auf unser Land zu kommen, darf ich erklären, daß wir ein dreifach verschiedenes Rechtsgebiet sind, wo die früheren Einrichtungen und Traditionen verschieden sind, und daß deshalb auf diesem Gebiet wie auf anderen Gebieten die gute Redaktion eines einheitlichen Landesgesetzes sehr schwierig ist. Die betreffenden Referate sind damit beschäftigt, und ich hoffe, daß durch eine Verstärkung des Personals im neuen Jahr - das hat nämlich auch gefehlt - eine raschere Durcharbeitung des Stoffes vor sich gehen kann. Ich selbst bin ebenso wie Sie daran interessiert, aber ich kann nicht Unmögliches von den paar Beamten, die in dieser Abteilung beschäftigt sind, verlangen. Es ist von mir aus eine Verstärkung dieser Abteilung im neuen Jahre vorgesehen, so daß ich darauf hoffe, in absehbarer Zeit unter gebührender Abstimmung mit anderen Ländern auch hier zu einem Erfolge zu kommen.

Sie haben bemängelt, daß angeblich der Landesjugendpfleger wegen Reisekosten dringende Dienstgeschäfte draußen nicht wahrnehmen können. Ich habe den Fall, den Sie dort erwähnt haben, bisher in den Einzelheiten noch nicht nachgeprüft, aber ich möchte hier einmal feststellen, daß über den Einsatz des Landesjugendpflegers nicht er selbst und auch nicht die einladenden Verbände im ganzen Lande abschließend verfügen können, sondern schließlich das Ministerium verfügt. Wir sind gehalten, die Dienstreisen sehr genau zu überprüfen; das wissen ja die Damen und Herren des Haushalts- und Finanzausschusses. Ich bin selbstverständlich dafür, daß er an wichtigen Beratungen teilnimmt; aber wollen Sie bitte auch nicht vergessen, daß wir auch Kreisjugendpfleger, Stadtjugendpfleger und Bezirksjugendpfleger haben

(Sozialminister Dr. Zimmer)

und daß nicht gerade zu allen Sitzungen, die draußen im Lande stattfinden, nun unbedingt der Landesjugendpfleger entsandt werden muß. Ich behalte mir aber vor, den einen Fall nachzuprüfen; ich kann also sagen, daß der Landesjugendpfleger selbstverständlich bei wichtigen Beratungen die Genehmigung bekommen wird.

Nun ist der Herr Kollege Volkemer auf eine andere Frage eingegangen, die bereits von ihm zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage gemacht worden ist.

Aus der Beantwortung der Kleinen Anfrage haben Sie ersehen, daß mein Kollege, Herr Ministerialdirektor Junglas, die Frage sehr eingehend geprüft hat, und ich muß Ihnen sagen, daß Sie anscheinend - soweit ich gehört habe - bezweifelt haben, ob mit Recht der vom Landesjugendpfleger vorgelegte Bericht dabei verwertet worden ist. Ich weiß zwar nicht, auf wen sich Ihre Informationen stützen, aber es tut ja nichts zur Sache.

(Abg. Volkemer: Zuverlässige Quellen!)

Ich will aber das hier öffentlich bekanntgeben, damit das Hohe Haus entscheiden kann, ob Herr Ministerialdirektor Junglas mit Recht oder zu Unrecht diese Beihilfe gegeben hat, und ich möchte der Sache nicht aus dem Wege gehen.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Ins Mikrophon, Herr Minister, wir wollen es alle hören!)

- Danke! - Ich möchte vorwegschicken, daß Herr Ministerialdirektor Junglas im Anfang Bedenken gehabt hat, diese Beihilfe zu erteilen, daß er dann aber die Bedenken zurückgestellt hat, nachdem die Sache erneut durchgesprochen worden war. Ich will Ihnen das Wichtigste aus dem Reisebericht vorlesen. -

Es handelt sich formell um eine Gesellschaft für Jugendfreizeit, eingetragener Verein; Vorsitzender dieser Gesellschaft ist Herr Dr. Marx, Tuchfabrik Marx, Lambrecht in der Pfalz. -

Der Landesjugendpfleger hat nun diesen Betrieb besichtigt und er schreibt nun folgendes:

Mehrere Arbeits- und Interessenkreise sind vorhanden. Die Leiter der Arbeitskreise werden von den Jugendlichen selbst gewählt. Ein Programm-ausschuß vereinigt und koordiniert die Tätigkeit der übrigen Arbeitskreise. Ein Sprecher der Jugendlichen ist Verbindungsmann zum Betriebsführer. Die Beteiligung der Jugendlichen ist sehr groß, obwohl die Arbeit der einzelnen Interessenkreise erst nach Betriebschluß beginnt. Den einzelnen Arbeitskreisen stehen ein Gruppenraum, der Speisesaal und ein Lesezimmer mit Jugendbücherei zur Verfügung. Durch Elternabende und ähnliche Veranstaltungen wird der Kontakt zu der Elternschaft der Jugendlichen hergestellt.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Der zahlreiche Besuch dieser Veranstaltungen bekundet, daß die Elternschaft diese Arbeit sehr unterstützt.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Zeitschrift der Jugend im Betrieb, „Die Bildung“, unterrichtet über alle Vorgänge. Die Beiträge stammen meist von den Jugendlichen selbst. Anlässlich eines Betriebsrundganges hatte ich Gelegenheit, mit Jugendlichen an ihren Arbeitsplätzen zu sprechen. Alle, die ich ansprach, erzählten begeistert von der Arbeit in den einzelnen Arbeitskreisen.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Eine kurze Besprechung der Verantwortlichen für die Jungen- und Mädalarbeit unterstrich den Ein-

druck, daß es sich um eine Erziehungsarbeit auf durchaus idealistischer Grundlage handelt,

(Hört, hört! bei der CDU.)

der von der Betriebsführung alle erdenkliche Hilfe geleistet wird. Aus dieser Jugendgruppenarbeit ist die Idee der gemeinnützigen Gesellschaft für Jugendfreizeit entstanden. Dieser haben sich bis jetzt etwa 32 Betriebe angeschlossen usw.

Jetzt schreibt er zum Schluß: „Man muß also zweierlei unterscheiden: den Betrieb selbst und die aus dem Betrieb heraus gewachsene Organisation der Gesellschaft für Jugendfreizeit -“

Die von mir beobachteten Auswirkungen dieser Arbeit lassen diese Einrichtung durchaus als förderungswürdig erscheinen. Die Absicht, eine unternehmerisch ausgerichtete Betriebsjugend zu schaffen, konnte ich nicht feststellen

(Hört, hört! bei der CDU.)

und wurde auch von den verantwortlichen Herren der Geschäftsführung energisch abgelehnt. Da es sich um eine auf der Bundesebene tätige Organisation handelt, die immerhin von dort heraus gewachsen ist, sollte die Förderung durch das Bundesministerium des Innern möglich sein.

(Abg. Volkemer: Schöner Vorschlag!)

Nun will ich Ihnen sagen, daß es bei dieser Sachlage und, nachdem von den verschiedensten Seiten diese Arbeit außerdem noch befürwortet worden ist, ein Zuschuß bei gerechter Würdigung meines Erachtens durch das Ministerium nicht verweigert werden konnte.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Nun, meine Damen und Herren! Wir sind ja nun nicht in der Lage, etwa die dieser Gesellschaft angeschlossenen Betriebe in anderen Teilen des Bundesgebietes zu prüfen und zu berücksichtigen. Vielleicht könnte man in Zukunft daran denken, wenn wir in unserem Lande solche Betriebsarbeit feststellen, daß man dann eben den Zuschuß für die Betriebe in unserem Lande zur Verfügung stellt. Jedenfalls glaube ich, Herr Kollege Volkemer, daß Sie daraus der Arbeit des Ministeriums keinen Vorwurf machen können. Ich halte auch Ihre Schlußfolgerung für bedenklich.

Meine Damen und Herren! Zweifellos hätten die Unternehmer genügend Geld, ohne staatliche Zuschüsse allein eine unternehmerisch ausgerichtete Jugendarbeit aufzuziehen, oder glauben Sie das nicht?

Ist es nicht politisch besser, daß der Staat immerhin die Möglichkeit hat dadurch, daß er gewisse begrenzte kleine Zuschüsse gibt, auch ein Augenmerk und eine gewisse Prüfung dieser Arbeit vornehmen zu können?

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich glaube doch, man sollte in diesen Dingen etwas weitsichtiger arbeiten. Wenn wir uns völlig negativ verhalten hätten, dann würde das möglicherweise gefördert werden, was Sie ja gerade nicht wollen: eine einseitig unternehmerisch ausgerichtete Jugendarbeit.

(Abg. Volkemer: Das ist es ohnehin!)

- Nach diesem Bericht nicht! Ich würde mich sehr interessieren für die Tatbestände, die Sie uns mitteilen können zur Begründung Ihrer Ansicht. Nach dem jetzigen Vorgang sind wir nicht berechtigt, etwas derartiges anzunehmen.

Meine Damen und Herren! Nun zu den Kindergärten. Ich freue mich, daß die Bedeutung der Kindergärten von verschiedenen Rednern, insbesondere auch vom

(Sozialminister Dr. Zimmer)

Herrn Kollegen Volkemer, hervorgehoben worden ist. Man kann auf diesem Gebiet allerdings nicht leicht zuviel tun. Immerhin möchte ich das Augenmerk der Damen und Herren darauf lenken, ob es in allen Fällen richtig ist, daß man, wo Mann und Frau gleichzeitig berufstätig sind, diesem Ehepaar es ermöglicht, ihre Kleinkinder zu dem Zweck in die Kindergärten zu schicken, damit beide arbeiten können. Wir haben in dieser Hinsicht einige bedenkliche Ansätze, daß gewisse junge Ehepaare zu sehr - nach unserer Auffassung - die Sorge für ihre Kleinkinder dem Staat und der öffentlichen Hand überlassen.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

und dafür - zum Teil ohne Not - beide einer gut einbringenden Arbeit nachgehen. Darüber haben wir spezielle Unterlagen aus einer bekannten Stadt in unserem Lande.

(Abg. Lorenz: Das sind Einzellerscheinungen!)

- Gewiß, ich habe auch nur von Einzellerscheinungen gesprochen und deshalb gebeten, ein Augenmerk darauf zu richten.

(Abg. Hertel: Sie sollen doch Eigenheime bauen!
Mit was denn? Sie müssen doch etwas verdienen!)

Kindergärten werden im allgemeinen von den Kommunalverbänden oder von den karitativen Organisationen getragen. Wir beteiligen uns nicht nur bei der ersten Einrichtung, sondern auch durch laufende Zuschüsse da, wo es notwendig ist. Über die Mittel verfügen im allgemeinen die Bezirksregierungen.

(Abg. Schmidt: Die jungen Frauen sollen sich mit ihren Schwiegermüttern besser vertragen! Dann gehts auch! - Heiterkeit im Hause.)

- Da hat ein Kenner der Zeitgeschichte gesprochen!

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Das ist keine staatliche Aufgabe!)

Jetzt zu den Gewerbeärzten. Ich freue mich, daß der Herr Kollege Volkemer auf diesen wichtigen Punkt in diesem Zusammenhang gekommen ist. Er hat eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die sich vollkommen mit unseren Tendenzen decken. Ich will hier nicht vorgehen. Ich werde am Schlusse meiner Ausführungen, nämlich im Zusammenhang mit der Sozialreform kurz darauf zurückkommen. Wenn ich es vergessen sollte, bitte ich um ihren freundlichen Zuruf, weil es nämlich im Rahmen des Sozialplans und der Sozialreform einen bedeutsamen Platz hat. Ebenso begrüße ich den Vorschlag der Fürsorgerinnen in den Betrieben. Ich unterstreiche vollkommen, was dazu gesagt worden ist, daß in dieser Hinsicht die großen Betriebe noch ein weites Feld betriebsfürsorgerischer Arbeit vor sich haben.

Sie sind dann auf die Sozialgerichtsbarkeit zu sprechen gekommen. Ich will dazu einige Ausführungen machen. Die Sozialgerichtsbarkeit ist, wie Sie wissen, erst in den letzten Jahren zum Zuge gekommen bzw. aufgebaut worden. Genau wie in den anderen Ländern hat es im Lande Rheinland-Pfalz große Schwierigkeiten gemacht, die entsprechenden Berufsrichter für die Sozialgerichte der Bezirke und für das Landessozialgericht freizubekommen. Infolgedessen hat sich auch das Funktionieren der Sozialgerichte sehr lange hinausgeschoben. Damit stehen wir nicht allein. In allen Ländern der Bundesrepublik ist der gleiche Sachverhalt zu verzeichnen. Ich verweise Sie zum Beispiel hinsichtlich von Nordrhein-Westfalen auf einen Artikel in der „Ketteler-Wacht“ vom 1. Februar 1955, wo genau dasselbe Problem wie bei uns vorhanden ist, genau dieselben Ursachen und auch genau derselbe Zustand.

Sie können sich darauf verlassen, daß im Lande Nordrhein-Westfalen eine mindestens genau so starke sozialpolitische Verpflichtung empfunden wird wie in unserem Lande, auf diesem Gebiete vorwärtszukommen.

Ich will Ihnen die Zahlen bekanntgeben, die nunmehr hier zu verzeichnen sind. Die Rückstände im Oktober vergangenen Jahres betragen rund 32 000. Die Gründe sind bekannt. Die Sozialgerichte sind nicht in Funktion gekommen. Seither haben sich die Rückstände, insbesondere seit Dezember, bei den Sozialgerichten erheblich verringert. Wir rechnen damit, daß mit Hilfe der 7 Hilfskammern, die nunmehr eingerichtet werden, in spätestens zwei Jahren, genau so wie in den anderen Ländern, alle Rückstände aufgearbeitet sind. Wir können aus den Gründen, die Sie übrigens auch angeführt haben, den Apparat nicht zu sehr ausweiten, weil ja die Erledigung dieser Rückstände eine Art - erlauben Sie mir den Ausdruck, obwohl er nicht ganz passend ist - Stoßgeschäft ist, weil alle Anträge zunächst einmal durch die Mühe der Rechtsprechung hindurchgehen müssen und weil alsdann ein steiler Abfall der künftigen Arbeit der Sozialgerichte erfolgen muß.

Wir haben zur Zeit im Lande insgesamt 43 Kammern und 8 Senate eingerichtet. An diesen Kammern und Senaten sind tätig 48 Berufsrichter und 712 Laienrichter. Sie werden verstehen, daß die Aufstellung dieses großen Gerichtsapparates nicht nur eine sehr umfangreiche, sondern auch eine sehr diffizile Arbeit war. Wir können nicht Berufsrichter berufen, ohne daß wir wissen oder die Wahrscheinlichkeit dafür da ist, daß sie auch für dieses hohe und wichtige Amt geeignet sind. Die Eignung ist ja von verschiedenen Rednern herausgestellt worden. Sie ist ja nicht nur eine juristische. Diese Richter müssen eine Aufgeschlossenheit für die entsprechenden sozialpolitischen Probleme besitzen, sie müssen sich besondere Kenntnisse aneignen auf diesem weiten Feld der sozialen Gesetzgebung. Der Aufbau ist damit im wesentlichen abgeschlossen. Mit diesem Abschluß glauben wir, daß in den kommenden Monaten und Jahren ein verhältnismäßig rascher Abstieg sich entwickeln wird. Dazu wollen Sie bedenken, daß bisher das Bundessozialgericht noch kaum in Funktion getreten ist. Dessen Rechtsprechung ist aber wiederum für die Rechtsprechung unserer Sozialgerichte und des Landessozialgerichts von richtungweisender Bedeutung. Deshalb ist eine Reihe von Entscheidungen, die gefällt werden sollen, sehr schwierig, und solange das Bundessozialgericht auf diesem Gebiet noch keine grundsätzliche Entscheidung getroffen hat, auch nicht ganz unbedenklich.

Wir haben uns darüber unterrichtet, wie es in den anderen Ländern ist. Sogar in den Ländern Baden-Württemberg und Bayern, die die einzigen Länder mit einer Revisionsinstanz gewesen sind, bevor es ein Bundessozialgericht gab, waren beim Landessozialgericht 5000 Rückstände vorhanden aus zum Teil denselben Gründen wie bei uns: mangelnde Organisation, mangelnde Grundsatzentscheidungen des Bundessozialgerichts.

Ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß wir uns nicht nur große Mühe gegeben haben, sachgerechte Sozialgerichte zu bilden, sondern ich habe auch die Überzeugung, daß die Sozialgerichte in dem Geiste, in dem diese Sozialgesetze erlassen sind - ganz gleich, ob es sich um die Rentenversicherung oder um die Kriegsopferversorgung handelt -, eine volksnahe und sachgemäße Rechtsprechung entwickeln werden.

Nun haben Sie von der Schulung der Beisitzer gesprochen und einen entsprechenden Antrag gestellt.

(Sozialminister Dr. Zimmer)

Ich habe im Ausschuß dagegen prinzipielle Bedenken erhoben, wenigstens dann, wenn beabsichtigt sein sollte, diese Beisitzer durch verschiedene Organisationen schulen zu lassen. Ich hätte deshalb zunächst an Sie die Frage zu richten, wie denken Sie sich diese Schulung und durch wen soll sie erfolgen?

(Abg. Volkemer: Durch Verbände und Regierung zusammen!)

- Dann müßte meines Erachtens darüber sehr eingehend beraten werden; denn die Laienrichter sollen ja keine Berufsrichter werden und sein. Sie sollen hineinbringen in das Gericht die Sachkunde, die Lebenskunde aus dem Lebenskreis der Betroffenen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Für die Rechtsfindung des Richterkollegiums sollte nicht nur die spezifisch juristische, an den Gesetzen geschulte Logik der Berufsrichter maßgebend sein, sondern es sollte hier mit hineingearbeitet werden die Lebenskunde und die unmittelbare Verpflichtung, die der einzelne mitbringt.

(Widerspruch bei der SPD.)

Nun möchte ich doch annehmen, daß in der Hinsicht von den Organisationen und Verbänden nur Persönlichkeiten genannt werden, die diese Lebenskunde, die Erfahrung und die soziale Einstellung mitbringen.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Ich will also dieses Laienelement in seiner - ich möchte fast sagen - frischen, unverbrauchten Kraft nicht irgendwie juristisch finassieren lassen. Entschuldigen Sie, vielleicht bin ich im Irrtum, aber ich habe diese Vorstellung von Laienrichtern. So habe ich sie früher auch in Verwaltungsgerichten erlebt und sie gerade dort als sehr produktive Elemente bei der Rechtsfindung erfahren. Ich glaube, auch unsere Berufsrichter sind selbst dankbar, wenn ihnen die Laienrichter mit dieser Eigenschaft begegnen; denn die Berufsrichter stellen ja das spezifisch juristische Element dar; sie müssen auf die Innehaltung der Gesetze und auf die richtige Anwendung in prozessualer Hinsicht bedacht sein.

(Abg. Hertel: Die Sicherung des Formalen!)

Sie sind aber nicht in der Mehrheit. Infolgedessen sollten wir einmal mit Ruhe diese Rechtsprechung abwarten. Entschuldigen Sie, ich bin etwas näher darauf eingegangen, aber ich halte das für einen grundsätzlichen Punkt.

Die Entschädigung von der Sie gesprochen haben, ist auch nach unserer Auffassung unzureichend. Ich darf Ihnen mitteilen, daß diese Angelegenheit Gegenstand der Beratungen ist, die die Arbeitsminister schon begonnen haben. Wir versuchen, eine möglichst einheitliche Regelung für das ganze Bundesgebiet herbeizuführen durch Ausarbeitung von entsprechenden Richtlinien.

Bzüglich der Versorgungsämter und der dort ausgesprochenen Kündigungen - von denen Sie gesprochen haben - kann ich Ihnen mitteilen, daß nicht beabsichtigt ist, diese Kräfte zu entlassen. Soweit ich unterrichtet bin, handelt es sich nur um eine vorsorgliche Kündigung, die eine Anpassung der Gehälter an die Richtlinien des Arbeitsplatzes und des Tarifs ermöglichen soll. Jedenfalls ist unsererseits nicht beabsichtigt, eine Entlassung herbeizuführen.

(Abg. Völker: Aber mindestens eine Gehalts-herabsetzung, sonst braucht man nicht zu kündigen!)

- Verehrter Herr Kollege Völker! Ebenso sehr - das wissen Sie ganz genau - wie manchmal eine Herauf-

setzung aus tariflichen Gründen notwendig ist, so ist es manchmal notwendig, auch eine Herabsetzung vorzunehmen; denn hinter uns und über uns steht ja der auch von Ihnen sehr hochgeschätzte Landesrechnungshof, der bei etwaigen Unterlassungen in dieser Richtung uns verantwortlich macht für die Innehaltung der tariflichen Bestimmungen. Die Sache geht nicht von mir aus, ich werde ihr aber nachgehen. Bisher brauchte man sich bei Umstufungen nicht über mangelnde soziale Einstellung zu beklagen.

Herr Kollege Volkemer hat anerkennende Worte über die Arbeitsgerichtsbarkeit gefunden. Ich werde mich der Frage der Unterbringung am Sitzungstage erneut annehmen. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß jedes Gericht seiner Würde entsprechend in seinem äußeren Auftreten und seiner räumlichen Unterbringung behandelt werden muß. Ich erwarte von den Kommunalverbänden, denen ich keinen Befehl geben kann - aber manchmal sind Erwartungen wirkungsvoller als Befehle -, daß sie alles tun, um diesen wichtigen Institutionen des sozialen Lebens gerecht zu werden.

(Abg. Völker: Es können die Ratssäle dazu genommen werden!)

Dann haben Sie eine Beanstandung wegen der Eingruppierung des stellvertretenden Präsidenten eingebracht. Herr Kollege Volkemer, Ihre diesbezügliche Bemerkung halten wir nicht für sachlich begründet; denn er ist jetzt schon höher eingruppiert als die Landgerichtsdirektoren.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Der betreffende Stelleninhaber ist nämlich kein Senatspräsident. In dieser Wertordnung wird mit gutem Grund genau darüber gewacht, was in der einen oder anderen Justizordnung vor sich geht. Was bei der einen Ordnung der Gerichte nach oben beschlossen wird, hat stets präjudizierende Wirkung für andere Ordnungen. Also, die Stelle A 1 b erscheint in dieser Hinsicht nach unserer Auffassung richtig und zutreffend.

Sie haben von den Schwerbeschädigten gesprochen. Meine Damen und Herren! Wir sind auf diesem Gebiete erheblich vorwärtsgekommen. Ich darf hoffen, daß Sie den Jahresbericht des Sozialministeriums gelesen haben. Während wir noch im Jahre 1950 10,6 v. H. der Schwerbeschädigten unterzubringen hatten - nämlich von 51 500 mußten damals 5000 untergebracht werden -, sind es heute von 52 000 infolge der neuen Einstufung nur noch 5,2 v. H. Sie sehen also, die Arbeit ist erfolgreich gewesen. Wir liegen mit diesen 5,2 v. H. im Bundesgebiet durchaus an guter Stelle. Im übrigen besteht auf diesem Gebiet zwischen den Hauptfürsorgestellen und den Landesarbeitsämtern eine sehr erfreuliche und gute Zusammenarbeit. Nach § 22 des Gesetzes ist die Arbeitsverwaltung zuständig. Wir haben allen Behörden unseres Landes nahegelegt, wo immer nur möglich, Schwerbeschädigte einzustellen.

Wir wollen in keiner Weise, daß die öffentlichen Verbände - Staat und Gemeinden - sich dieser moralischen Verpflichtung zu entziehen versuchen unter irgendeinem Vorwand, und wir wollen auch nicht, daß die freie Wirtschaft sich etwa nun auf den Staat berufen kann.

Herr Kollege Volkemer! Sie haben von den Umstufungsmaßnahmen gesprochen. Ich darf Ihnen dazu sagen, daß sie eingeleitet worden sind aus dem Ausgleichsabgaben-Aufkommen, und zwar sollen die Schwerbeschädigten möglichst nahe an ihren Arbeitsplatz herangebracht werden.

(Sozialminister Dr. Zimmer)

Nun hat Herr Abgeordneter Steger einige neue Punkte in die Diskussion geworfen, auf die ich ebenfalls noch kurz eingehen möchte. Die Beanstandung wegen der Verzögerung der Gutachten war objektiv berechtigt. Ich darf Ihnen versichern, daß es nicht leicht war - Herr Kollege Steger ist im Augenblick nicht hier -, qualifizierte, einwandfreie Gutachter zu bekommen. Wir haben nunmehr, da es Mühe machte, einen dritten Gutachter für uns allein zu bekommen, mit dem Notaufnahmelager Gießen ein Einvernehmen gestern hergestellt, das bereit ist, in Zukunft für uns diese Gutachten zu erstatten. Es sind zur Zeit 300 Anträge rückständig. Nachdem die Abteilung für Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge mit einer hauptamtlichen Kraft für sich allein neu gebildet und besetzt ist, darf ich hoffen, daß in einigen Monaten auch diese Anträge zunächst einmal vom Tisch weggebracht sind; bis dahin wird ja vielleicht wieder eine ganze Anzahl neuer Anträge hereinkommen.

Herr Kollege Steger ist dann auf einen Punkt eingegangen, der auch in das Gebiet der Sozialversicherung gehört. Er hat von dem Mißbrauch von Renten- und Fürsorgeeinrichtungen gesprochen. Ich möchte an dieser Stelle schon die Beantwortung vorwegnehmen. Nach den statistischen Feststellungen hat sich ergeben, daß dieser Mißbrauch keinesfalls auch nur annähernd so groß ist, wie er häufig vermutet worden ist. Und wenn nebeneinander mehrere Sozialversicherungsträger gebraucht werden, um Renten zu beziehen oder auch Fürsorge, so ist da von der gesetzlichen und rechtlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, wo man von Mißbräuchen zunächst sowieso schon nicht sprechen kann, sondern allenfalls von einer nicht ausgeglichenen Gesetzgebung. Diese Fälle sind ja jetzt durch die Statistik in ihrem Ausmaß ungefähr erfaßt. Auf die Statistik will ich nachher sowieso im Zusammenhang mit den grundlegenden Ausführungen von Herrn Präsidenten Wolters zu sprechen kommen, ebenso auch auf die Frage der Gesundheitsvorsorge.

Herr Kollege Teschner und der Herr Abgeordnete Wolf haben sich als Vertriebene speziell mit den Problemen befaßt, die ihnen als Vertriebenen naturgemäß besonders am Herzen liegen. Meine verehrten Herren Kollegen! Ich darf Sie daran erinnern, daß ich stets den Standpunkt vertreten habe, wir westdeutschen Nichtvertriebenen, wir Einheimischen, sollten doch mehr und mehr dazu kommen, die Sache der Vertriebenen zu unserer eigenen Angelegenheit zu machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Es ist einfach staatspolitisch untragbar, daß wir auf die Dauer den Zustand hinnehmen, daß es im Bewußtsein des Volkes so wuchert, daß die Angelegenheit der Vertriebenen ausschließlich eine Sache der Vertriebenen selbst sei.

(Abg. Dr. Boden: Sehr richtig!)

Denn genau so, wie ihre ostdeutsche Heimat nicht nur ihre Heimat, sondern unser Vaterland gewesen ist,

(Abg. Dr. Boden: Sehr richtig!)

und genau so, wie die Ostdeutschen ja auch unsere deutschen Mitbrüder waren, genau so ist es Pflicht des ganzen Volkes, die Angelegenheit des Ostens, die Angelegenheit der Vertriebenen, die Angelegenheit der Sowjetzonenflüchtlinge als Angelegenheit des ganzen Volkes zu betrachten.

(Beifall im ganzen Hause.)

Psychologisch mag es für einen, der im Osten lange gewirkt hat, leichter sein, das gebe ich zu, sich in diese Lage hineinzuversetzen und aus diesem Geiste zu arbeiten. Aber aus derselben Einstellung möchte ich alle

organisatorischen und materiellen gesetzlichen Probleme in Zukunft mehr und stärker behandelt sehen.

Sie haben mit Recht gesagt: Wir wollen keine Einschmelzung der Vertriebenen, aber wir wollen eine Eingliederung! Sie wissen, daß die offizielle Bundes- und Landespolitik genau auf dem gleichen Standpunkt steht, und ich glaube, wir sind auf dem besten Wege, das eine zu tun und das andere zu lassen.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wolf hat hier einer sehr unrichtigen Annahme Ausdruck gegeben, indem er meinte, wenn die Besatzungsmaßnahmen hier aufhören, dann werden die Heimatvertriebenen in ungleich größerer Zahl als die Einheimischen auf der Straße liegen. Das ist durchaus nicht richtig. Nach unseren Feststellungen ist nämlich der Anteil der Heimatvertriebenen bei den Arbeitskräften für Besatzungsmaßnahmen nicht größer als der Anteil der Einheimischen, so daß eine besondere zusätzliche Gefahr für die Vertriebenen nicht besteht.

Im übrigen glaube ich keinen Widerspruch zu finden - auch nicht von Seiten der Vertriebenen -, wenn ich feststelle, daß im Lande Rheinland-Pfalz die Arbeitslosigkeit unter den Vertriebenen nur noch um ein ganz geringes über der der Einheimischen liegt, verständlich deshalb, weil die Heimatvertriebenen nicht die persönlichen, menschlichen und familiären Bindungen und Verbindungen haben, die nun einmal die Einheimischen haben.

Mein Damen und Herren! Zur Frage der 131er - so oft beraten, so oft bemängelt, so oft besprochen! Ich möchte nicht, daß ein Ministerium gegen das andere ausgespielt wird,

(Sehr gut! bei der FDP)

weil die Voraussetzungen bei den Ministerien vielfach ganz verschieden liegen und jedes Ministerium nach spezifisch sachlichen Maßstäben zu messen ist. Ich habe volles Verständnis dafür, daß zum Beispiel in dem Ministerium meines verehrten Kultusministerkollegen eine besondere Regelung stattgefunden hat und stattfinden mußte, weil nicht genügend qualifizierte Anwärter für den Lehrerberuf mehr vorhanden waren aus den 131ern. Ganz anders liegt es in anderen Ministerien. Immerhin darf ich Ihnen versichern, daß die Sozialverwaltung, die dem Sozialministerium untersteht, geglaubt hat, mit gutem Beispiel vorzugehen zu müssen und daß mehr als 30 v. H. der Sozialverwaltung aus dem Anteil der 131er stammen.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Sie haben den Fall Ludwigshafen angeführt, und auch dort haben Sie etwas Unrichtiges gesagt; ich nehme an, weil Sie doch nicht über die rechtliche Lage genau unterrichtet sind. Die Dinge sind dort durch einen Unterausschuß besichtigt worden. Es wurde dort der Stadt nahegelegt, neue Pläne für einen Bau vorzulegen. Bisher sind diese neuen Baupläne der Stadt - es sind verschiedene Herren aus Ludwigshafen hier - noch nicht eingegangen. Ich wäre dankbar, wenn Sie Ihren Einfluß geltend machen würden dahingehend, daß uns die Pläne baldigst erreichen.

(Abg. Herbert Müller: Ist bereits geschehen!)

Aber die rechtliche Verpflichtung liegt nicht primär beim Land, sondern sie liegt bezüglich der Bereitstellung der Unterkunft primär bei den Städten und Kreisen, und der Fall Ludwigshafen ist rechtlich nicht anders zu bewerten als alle anderen Fälle im ganzen Lande. Wir haben sehr viele Notaufnahmelager in allen Bezirken im Lande. Die Stadt ist nur bezüglich der Kosten entlastet, und zwar zu 85 v. H., während die restlichen 15 v. H. zwischen Stadt und Land geteilt

(Sozialminister Dr. Zimmer)

werden. Sie wollen also daraus ersehen, daß wir auch hier getan haben, was von uns aus zu tun war.

Meine Damen und Herren! Nun darf ich vielleicht zum Schluß folgendes sagen: Ich kann nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Es scheint mir auch, daß verschiedene Damen und Herren schon sehr ermüdet sind, denn wir haben ja seit 9.30 Uhr schon so vieles gehört. Aber ich kann mich nicht selbst davon dispensieren, Sie noch weiterhin um etwas Geduld zu bitten.

(Abg. Volkemer: Für erfreuliche Mitteilungen sind wir immer noch aufnahmefähig!)

- Ja, aber wenn ich zu unangenehmen Mitteilungen verpflichtet bin, müssen Sie die leider auch mit anhören.

(Abg. Markscheffel: Dann werden wir munter! -

Abg. Hertel: Das regt auch an! - Heiterkeit.)

- Ja, ganz recht, damit wir nicht einschlafen.

Herr Präsident Wolters ist auf das grundsätzliche Problem der - ich muß mit ihm auch beinahe sagen der sogenannten - Sozialreform eingegangen. Er hat schon betont, daß das Wort beinahe schon zu einem Schlagwort geworden sei. Sie haben vielleicht gestern im Rundfunk gehört, daß gestern das Bundeskabinett sich mit dieser Frage in einer Sondersitzung befaßt hat. Sie wissen, daß bei der Sozialreform auf der Bundesebene ein großer Teil der Ministerien sehr intensiv beteiligt ist. Ich nenne in erster Linie das Bundesfinanzministerium, das Bundesinnenministerium unter dem Gesichtspunkt der Fürsorge, das Bundesfamilienministerium für eine Sonderfrage und nicht zuletzt das Bundesvertriebenenministerium. Ich darf Ihnen mitteilen, daß in den letzten zwei Monaten zwei Konferenzen der Länderarbeits- und -sozialminister stattgefunden haben, und zwar unter dem Vorsitz des Herrn Bundesarbeitsministers Storch, die eine im Februar und die andere heute vor acht Tagen. Der Bundesarbeitsminister hat uns in diesen Konferenzen eingehend unterrichtet über den Stand der Vorarbeiten der Sozialreform und über die Absichten der Bundesregierung, soweit sie durch das Bundesarbeitsministerium repräsentiert werden; er hat uns um aktive Mitarbeit gebeten, ebenso um unsere Stellungnahme in diesen grundlegenden Fragen.

Der Herr Kollege Wolters hat betont - ich schweife jetzt einen Augenblick ab -, daß die Bedeutung des Sozialministeriums im Rahmen der Landesregierung unter allen Umständen gewahrt bleiben muß. Nun, meine Damen und Herren, wer es früher noch nicht gewußt hat, weiß es heute, daß das Sozialministerium jedes Landes in seinem Wirkungsbereich, in seinem Ausstrahlungsbereich, bei weitem mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung betrifft. Denn seit 50 Jahren hat sich ja eine völlige Verschiebung der sozialen Verhältnisse in Deutschland ereignet, namentlich nach diesem letzten Kriege. Natürlich ist dieser große Teil der Bevölkerung nicht im Sinne eines totalitären Staates vom Sozialministerium erfaßt; aber die Organisationen, die dieser überwiegenden Mehrheit dienen, sind direkt oder indirekt von der fürsorglichen, richtungweisenden Arbeit des Staates abhängig, sei es in der Gesetzgebung, sei es in der Anwendung der Gesetzgebung, auf die Herr Präsident Wolters besonders hingewiesen hat. Wenn Sie sich das weite Arbeitsgebiet des Sozialministeriums ansehen - so auf dem Gebiete der Sozialversicherung, des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes, der Gewerbehygiene, der Jugendfragen usw. -, dann begreifen Sie, daß das in der Tat Komplexe sind, die einen großen Teil der Bevölkerung unmittelbar aufs stärkste interessieren, weil diese Probleme primär vom Menschen her behandelt sein wollen.

So ist es von der Sache her geboten, daß in diesem Ministerium die Arbeit unter dem Aspekt steht: Was schulden wir den Menschen, was schulden wir der menschlichen Gesellschaft in den Vorstellungen, in denen wir hier im Westen arbeiten?

Ich will hier nicht noch einmal wiederholen, was über das grundsätzliche Menschenbild des freien Westens in so trefflichen Worten Frau Abgeordnete Hermans-Hillesheim hier ausgeführt hat.

Die Sozialreform - ich will hier nicht Bekanntes wiederholen, aber ich muß unseren Ausgangspunkt kurz umreißen - muß gesehen werden in dem geschichtlichen Zusammenhang der Verschiebung der gesellschaftlichen Verhältnisse seit hundert Jahren. Sie muß gesehen werden im Zusammenhang mit der revolutionär anmutenden Umwälzung der letzten Jahrzehnte und vor allen Dingen seit 1945.

Sie muß gesehen werden angesichts eines drohenden Ostens! Die Ostzone kann nicht mit Machtmitteln befreit und einer besseren Zukunft entgegengeführt werden, sondern - wie es schon zum Ausdruck kam - nur durch eine im Westen verwirklichte soziale Freiheitsidee, die zwar dem Staate gibt, was des Staates ist, die aber alle Maßnahmen des Staates unterordnet unter die Frage: Wird ein Maximum von persönlicher Freiheit und Menschenwürde im einzelnen und bei den Organisationen der Gesellschaft gewährleistet? Wenn es uns gelingt, eine Sozialreform durchzuführen, die diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt, dann können wir einen großen Beitrag für die Zukunft des deutschen Volkes und Europas leisten.

Aber es handelt sich dabei auch um konkrete Fragen, die bereits angeschnitten worden sind. Als die soziale Gesetzgebung in den 80er Jahren eingeführt wurde, da handelte es sich u. a. darum, daß zum Beispiel den Invaliden eine Altersrente gesichert wurde. Diese Altersrente leitete sich damals grundsätzlich aus dem Bedürftigkeitsprinzip her. Diese Altersrente verfolgte damals nur den Zweck, den Altgewordenen einen Zuschuß zu gewähren. Inzwischen hat sich die Funktion dieser Altersrente völlig gewandelt. Es ist die Absicht der Bundesregierung, eine Altersrente zu schaffen, die ihre Rechtfertigung in der Tatsache findet, daß ein Mensch jahrzehntelang seine Beiträge entrichtet hat und daß er nunmehr erstens einen gesicherten Versicherungsanspruch hat und daß er zweitens diesen Anspruch in einem Ausmaß hat, das ihm möglichst den ungefähren Lebensstandard seines ganzen Arbeitslebens gewährleistet. Das ist das eine, was uns zugesichert worden ist, und ich glaube, meine Damen und Herren, wir können vom Lande aus dem nur zustimmen.

Nun zu einem zweiten Gesichtspunkt, der auch schon angedeutet worden ist, und ich kann das, was gesagt wurde, bestätigen. Die Sozialreform soll mit verwirklichen helfen die Entproletarisierung, die Herausführung des einzelnen aus der Masse dadurch, daß individuelles, disponibles Eigentum für den Rentner geschaffen werden kann und geschaffen werden soll. Es soll also ermöglicht werden, durch Verwandlung des Rentenanspruches ein Eigenheim zu erwerben; ein Gedanke, der ja auch bereits in der Kriegsopferversorgung seit Jahrzehnten zum Teil verwirklicht worden ist.

Ich habe geglaubt, hier nur zwei wichtige Punkte herausgreifen zu sollen. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, halte ich mich nicht für berechtigt. Voraussetzung für so weit gespannte reformerische Maßnahmen sind naturgemäß die Mittel. Im Hinblick darauf liegt zur Zeit eine versicherungsmathematische Bilanz

(Sozialminister Dr. Zimmer)

per 1954 vor, die - mit allen Kautelen und allen Vorbehalten - weit optimistischer ist, als man jemals zu hoffen gewagt hätte. Das Bundesarbeitsministerium glaubt demnach, auf dieser doppelt gesicherten statistischen Erhebung seine Pläne aufbauen zu können. Unterlage dafür war die Ihnen bekannte L-Statistik, die über 800 000 Fälle erfaßt hat - nämlich alle Renten- und Fürsorgefälle, die unter dem Namen L an irgendeiner Stelle registriert und behandelt sind -, um einen Querschnitt durch das ganze Bundesgebiet und alle Versicherungszweige zu erhalten. Betroffen sind zehn verschiedene Arten von Renten- und Fürsorgeträgern, die Ihnen ja bekannt sind.

Nachdem nun diese Vorarbeiten weitgehend gediehen sind, glaubt auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz hoffen zu können, daß wir spätestens im Laufe dieses Jahres zur Vorlage eines diskussionsreifen Gesetzentwurfes kommen werden. Seien Sie versichert, meine Damen und Herren, daß das Sozialministerium von Rheinland-Pfalz unter der Leitung des leider erkrankten Kollegen Junglas wie bisher bemüht sein wird, seinen positiven und produktiven Beitrag zu einer guten Sozialpolitik nicht nur im Lande, sondern auch im Bunde zu leisten.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, dem Etat in der vorliegenden Fassung Ihre Zustimmung zu geben. Das Sozialministerium wird bemüht sein, im Sinne der Beschlüsse des Landtages im kommenden Jahr seine Arbeit, wenn möglich, noch zu steigern und zu verbessern.

(Lebhafter Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Bögl:

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Besprechung. Ich rufe auf die Kapitel 01, 02, 06, 07, 08, 09, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 22, 23, 24, 30, 31, 32, 33, dazu die vorliegenden Abänderungsanträge der Drucksachen II/1061, II/1062, II/1063 und den Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache II/1045. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache II/1061. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Ich stelle Ablehnung fest.

Wir kommen zur Abstimmung über Antrag Drucksache II/1062, Antrag der Fraktion der SPD. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Drucksache II/1063, Antrag der drei Fraktionen des Hauses. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

(Abg. Steger: Nein!)

- Ich bitte um die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen! - Gegen zwei Stimmen und eine Stimmenthaltung angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag II/1045. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Der Antrag ist angenommen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung in zweiter Lesung über Einzelplan 06. Wer dem Haushaltsplan des Sozialministeriums zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Der Haushalt ist bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß die Fraktionen der CDU und FDP heute abend nach Abschluß der Beratung des Landwirtschaftsetats, unter Umständen auch nach Abschluß der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums, wenn wir zeitlich damit hinkommen, Fraktionssitzungen durchzuführen beabsichtigen, und zwar etwa gegen 18 Uhr.

Die Nachmittagsitzung beginnt um 14.30 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung: 13.10 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.39 Uhr.

Vizepräsident Wilms:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz ist wieder eröffnet. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, begrüße ich auf der Tribüne des Hauses Schülerinnen des Staatlichen Neusprachlichen Gymnasiums in Alzey,

(Beifall des Hauses.)

weiter die Jugendlichen der Landwirtschaftsschule aus Hachenburg.

Wir kommen zur Einzelberatung des

Haushaltsplanes 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten -

Die Berichterstattung erfolgt durch den Herrn Abgeordneten Wetzel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wetzel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich in seinen Sitzungen vom 10. und 11. Februar und 16. März eingehend mit dem Etat des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten beschäftigt. Die in diesen Sitzungen gefaßten Beschlüsse liegen in den Drucksachen II/1046 und II/1057 vor.

Am Schluß der Etatberatungen war das Bestreben des Haushalts- und Finanzausschusses darauf gerichtet, dem Landtag einen ausgeglichenen Etat vorzulegen. Somit bemühten wir uns noch einmal, die Einnahmen des Etats unter die Lupe zu nehmen. Wir haben dann die in der Drucksache II/1057 aufgeführten Erhöhungen der Einnahmeposten beschlossen.

Beim Kapitel 07 07 - örtliche Forstverwaltung - wurde im Titel 15 der Ansatz von 42 000 000 auf 45 000 000 DM erhöht. Der Ausschuß glaubte, diese Erhöhung vornehmen zu können, da bei der jährlichen Rechnungslegung die Einnahmen aus den Forsten die Ansätze wesentlich überschritten. Im Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses wurde allerdings festgehalten, daß diese Erhöhung die Forstverwaltung nicht dazu führen dürfe, durch höheren Einschlag diesen höheren Einnahmeposten zu erreichen.

Bei Titel 16 - Einnahmen aus Nebennutzungen - wurde der Ansatz von 800 000 auf 1 000 000 DM erhöht, weil die Ist-Einnahmen des laufenden Etatjahres bereits 1 Million bei diesem Posten auswiesen.

Bei Titel 19 - Verschiedene Betriebseinnahmen - wurde der Ansatz von 600 000 auf 900 000 DM erhöht, so daß sich bei den Einnahmen des Etats des Landwirtschaftsministeriums eine Erhöhung von insgesamt 3,5 Millionen DM ergibt.

Lassen Sie mich nun zu den Ausgaben kommen! Beim Titel 101 des Kapitels 01 - Ministerium - entspann sich eine längere Debatte wegen beantragter

(Wetzel)

Stellenhebungen bei den höheren Beamten. Nach eingehender Aussprache blieb es bei den vorgesehenen Ansätzen. Es wurde beschlossen, die Behandlung der beantragten Stellenhebungen bis zu der in Aussicht stehenden Besoldungsreform zurückzustellen. Sollte jedoch die Besoldungsreform bis zum 1. April 1956 nicht durchgeführt sein, so wird das Finanzministerium gebeten, in Verbindung mit dem Landwirtschaftsministerium die im Ausschuß angeregten Änderungen im Haushaltsplan 1956 vorzusehen.

Trotz dieses generellen Beschlusses wurde bei Beratung des Kapitels 41 - Wasserwirtschaft -, indem man wieder auf das Kapitel 01 zurückging, beschlossen, beim Titel 101 in der Gruppe A 1 b einen Regierungsbaudirektor neu einzufügen. In der Gruppe A 2 b wird der Oberregierungs- und -baurat gestrichen. Die Hebung der Stelle zum Regierungsbaudirektor glaubte der Ausschuß deshalb vornehmen zu sollen, weil die Wasserwirtschaft eine solche Bedeutung erlangt hat, daß sie als selbständige Abteilung direkt dem Ministerium unterstellt und aus der Kulturverwaltung ausgeklammert werden muß.

Bei Titel 106, Unterstützungen (Sammeltitel) wurde der Ansatz von 38 200 DM auf 38 800 DM erhöht und in den Erläuterungen dementsprechend die Veränderungen vorgenommen. Die Veränderungen befinden sich in der Drucksache Nr. II/1046, und zwar sind hier nach einem Kopfsatz von 10 DM nicht wie im Entwurf 1631 planmäßige Beamte, sondern 1657 planmäßige Beamte, nicht 573 beamtete Hilfskräfte, sondern 575 beamtete Hilfskräfte, und nicht 1493 Angestellte, sondern 1522 Angestellte zu berücksichtigen. Durch diese Erhöhung der Zahlen ergab sich auch die Erhöhung des Etatpostens um 600 DM.

Ebenso wurde bei dem Titel 107 eine Erhöhung von 301 000 DM auf 306 000 DM vorgenommen. Bei den Erläuterungen zu dem Titel 107 sind die Zahlen genau so, wie sie eben von mir bei Titel 106 bekanntgegeben wurden, entsprechend abzuändern.

Bei Kapitel 07 02 - Allgemeine Bewilligungen - wurde bei den Einnahmen ein neuer Titel 60 geschaffen mit der Bezeichnung „Bundesmittel zur Zinsverbilligung von Krediten und für die Gewährung von Darlehen zur Behebung von Ernteschäden“ in Höhe von 660 000 DM. Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen allen bekannt, daß wiederholte Besprechungen stattfanden, und es war dementsprechend notwendig, daß wir diesen Titel neu schufen, um im Etat die zu verausgabenden Gelder festzuhalten.

Bei Titel 300 der allgemeinen Ausgaben wurde der Ansatz von 350 000 DM auf 395 000 DM erhöht. In der Erläuterung hierzu wurde unter 2. der Zuschuß für Bodenuntersuchungen von 75 000 DM auf 100 000 DM erhöht und außerdem ein neuer Ansatz unter Ziffer 12 der Erläuterungen mit dem Titel „Hauswirtschaftliche Förderung in Beispielbetrieben“ mit 20 000 DM angesetzt.

Bei Titel 301 wurde der Ansatz von 300 000 DM auf 330 000 DM erhöht. In den Erläuterungen ist der unter Ziffer 7 enthaltene Ansatz unter Ziffer 2 in Höhe von seither 40 000 DM auf 70 000 DM mit der Titulatur „Zuschuß für den Bau von Gemeindevatertierställen sowie Versteigerungshallen für Zuchtvieh“. Die übrigen Positionen in diesem Titel werden alsdann 2 in 3, 3 in 4, 4 in 5, 5 in 6, 6 in 7 abgeändert, und der Schlußansatz 8 bleibt.

Bei Titel 302, Förderung der Technik und des Bauwesens in der Landwirtschaft, wurde der Ansatz von 40 000 DM auf 60 000 DM erhöht und der Zusatz „und Weinbau“ hinzugefügt. In den Erläuterungen ist unter Ziffer 6 eingesetzt „Weinbau 20 000 DM“.

Bei Titel 304 wurde eine Erhöhung von 80 000 DM auf 100 000 DM vorgenommen. In den Erläuterungen zu diesem Titel wurde folgende Änderung angebracht: 1. Zinsverbilligungen an Molkereien von 35 000 DM auf 55 000 DM.

Bei Titel 307 wurde in der Erläuterung folgender Vermerk angebracht: „Der Finanzminister wird ermächtigt, über den vorgesehenen Ansatz aus Landesmitteln in dem Umfange hinauszugehen, als es zur Sicherstellung des zweiten Hygienepfennigs erforderlich ist.“

Zu Titel 310 gab es eine längere Aussprache. Die Kammern forderten zur Erfüllung ihrer vom Staate übertragenen Hoheitsaufgaben eine Erhöhung des Betrages von 400 000 DM auf 750 000 DM. Da jedoch in der Sitzung keine Einigung erzielt werden konnte, wurde das Landwirtschaftsministerium aufgefordert, dem Ausschuß eine genaue Aufstellung über die Höhe der Ausgaben für die übertragenen Hoheitsaufgaben vorzulegen. Da der Herr Finanzminister diese erste Aufstellung bezweifelte, wurde die Erledigung des Titels auf einen späteren Termin der Beratung bei Kapitel 07 11 zurückgestellt. In der Sitzung vom 11. März wurde alsdann nach längerer Aussprache der Ansatz von 400 000 DM auf 600 000 DM erhöht.

Bei Titel 317, Zuschüsse für die Errichtung von bäuerlichen Gemeinschaftsanlagen, wurde der Ansatz von 50 000 DM auf 250 000 DM erhöht. Der Ausschuß war einstimmig der Meinung, daß die Gemeinschaftsanlagen auf dem Lande zur Erleichterung der Hausarbeit der Hausfrauen unbedingt gefördert werden müßten.

Ebenso wurde ein neuer Titel 318, Entschädigung für die Mitglieder der Handelskammerkommissionen auf den Schlachtviehgroß- und Schlachtviehmärkten, geschaffen und mit 16 400 DM eingesetzt, ein Betrag, der den effektiven Ausgaben entspricht.

An weiteren neuen Titeln wurden eingesetzt: Titel 319, Zinsverbilligung für Darlehen zur Sicherung des Bestandes der Höfe nach der Höfeordnung; die Erläuterung finden Sie ebenfalls in der Drucksache Nr. II/1046. Sie können sie verfolgen.

Titel 320, Zinsverbilligung von Krediten sowie Darlehen zur Behebung von Ernteschäden, 1 320 000 DM. Ich verweise hierbei auf den vorhin von mir angeführten Titel, in dem 600 000 DM vorn schon einmal von mir erläutert wurden.

Als weiterer neuer Titel wurde der Titel 321, Zuschüsse und Zinsverbilligungen zur Errichtung von Jungviehställen, eingesetzt. Dieser Ansatz wurde für unbedingt erforderlich gehalten, um die Tbc-Bekämpfung bei der Rindviehhaltung schneller voranzutreiben zu können.

Weiter wurde als einmalige Ausgabe der Titel 950, Förderungsmittel für allgemeine Zwecke des Weinbaues, in Höhe von 600 000 DM geschaffen. Dieser Betrag, meine Damen und Herren, wurde eingesetzt, um die aus der Abwicklung der Intendanturweinabgabe angesammelten Mittel, die mit rund 900 000 DM zu Buch standen und laut Beschluß des Landtages zur Förderung des Weinbaues zweckgebunden waren, nunmehr endgültig abzugeben. 300 000 DM wurden von den eben von mir genannten 900 000 DM bereits zur Weinwerbung abgeführt; die restlichen 600 000 DM waren wohl für den Weinbau verausgabt, aber benutzt worden für die Abgeltung der dem Staate zufließenden Lasten aus dem Reblausbekämpfungsgesetz, die eigentlich aus allgemeinen Etatmitteln hätten genommen werden müssen. Der Haushalts- und Finanzausschuß glaubte, daß durch diesen Ansatz nunmehr den

(Wetzel)

dauernd erhobenen Forderungen des Weinbaues entsprochen sei. Das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten soll in Abstimmung mit dem Weinbau- und Weinwirtschaftsausschuß diese Mittel für besondere Förderungsmaßnahmen im Weinbau zur Ausgabe bringen, wobei der Ausschuß festlegte, daß die im laufenden Etatjahr noch nicht verbrauchten Mittel auf die kommenden Jahre übertragen werden sollen, mit anderen Worten, daß es hier nicht notwendig ist, daß diese 600 000 DM im Etatjahr 1955/56 restlos verbraucht werden. Der Ausschuß war aber auch der Meinung, daß durch diese Abgeltung nunmehr endlich die Intendanturwein-Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden haben dürften.

Bei dem Kapitel 07 08 - Landwirtschaftsschulen und Beratungsstellen - wurden bei den Titeln 101 und 104 die Veränderungen vorgenommen, wie Sie sie in der Drucksache, von der ich sprach, vorfinden. Diese Änderungen ergaben sich aus der Eingabe des Verbandes der Lehrerinnen an den Landwirtschaftsschulen, die die Schaffung von 10 neuen Planstellen gefordert hatten. Da jedoch der Ausschuß bereits im vorigen Jahre mit einer planmäßigen Erhöhung der Stellen begonnen hatte, wurden diese Stellen bewilligt. Im Verfolg dieser Stellenhebung ergab sich die Änderung bei Titel 104, wo in den Erläuterungen in der Vergütungsgruppe VI b die Zahl 41 in 37 abgeändert wurde.

Bei Kapitel 11 - Stammgestüt Eichelscheid - wurde bei dem Titel 404, Betriebsausgaben für die Vieh- und Landwirtschaft, der Ansatz von 94 800 DM auf 85 000 DM gekürzt und bei Titel 407, Betriebsausgaben für den Wald, der Ansatz von 22 900 DM auf 17 200 DM gekürzt. Der Ausschuß war einstimmig der Überzeugung, daß diese Betriebsmittel noch ausreichend seien.

Bei Kapitel 07 30 - Örtliche Forstverwaltung - entspann sich bei dem Besoldungstitel über die aufsteigenden Gehälter eine längere Debatte. Diese wurde insbesondere ausgelöst durch die Eingabe des Bundes rheinisch-pfälzischer Forstmänner. Die einzelnen Mitglieder des Ausschusses gingen hierauf ein und hatten Abänderungsanträge gestellt. Im Verlaufe der Debatte machte der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. Boden, den Vorschlag, eine gerechte Aufteilung in den einzelnen Gruppen des mittleren, des höheren und des gehobenen Dienstes durchzuführen, da dies im vorigen Jahre begonnen worden sei. Diese Reorganisation soll fortgesetzt und im Laufe des Rechnungsjahres 1955 eine generelle Prüfung des Aufbaues der Forstverwaltung durchgeführt werden. In Übereinstimmung mit dem Finanzministerium und dem Landwirtschaftsministerium wurden alsdann die Änderungen vorgenommen, wie sie in der Drucksache festgelegt sind.

Bei Titel 407, Forstwegebauten, wurde der Ansatz von 2 100 000 DM auf 2 400 000 DM erhöht. Ebenso erfolgte bei dem Titel 602, Förderung des nichtstaatlichen Waldes, eine Erhöhung von 260 000 DM auf 360 000 DM. Diese 100 000 DM werden mit je 50 000 DM auf den Gemeindewald und den Privatwald verteilt. Die Aussprache im Ausschuß ergab, daß diese Mittel von den Gemeinden auch als Zinsverbilligung ihrerseits aufgenommener Kredite Verwendung finden könnten.

Bei Kapitel 07 40 - Landeskulturverwaltung - lagen wegen Hebung einzelner Stellen verschiedene Anträge vor. Es wurde immer wieder auf die Dringlichkeit der Durchführung der Flußbereinigung auch im Weinbau hingewiesen und damit die Stellenhebung begründet. Nach längerer Aussprache entschloß sich der Ausschuß, eine Änderung bei Titel 101, Besoldung, aufsteigende Gehälter, und bei Titel 103 die Stellenänderungen vorzunehmen, wie sie in der Drucksache vorliegen.

Um schneller einen Nachwuchs an Untersuchungsbeamten bei den Kulturämtern zu erreichen, entschloß sich der Ausschuß, bei Titel 105 die Zahl der Regierungs- und Vermessungsinspektorenanwärter von 30 auf 40 zu erhöhen.

Bei Titel 300, Beihilfen zu den Ausführungskosten der Umlagen und zur Beschaffung arbeitsparender Baugeräte, erhöhte der Ausschuß den Betrag um 600 000 DM, also von 1 200 000 DM auf 1 800 000 DM.

Bei Titel 302, Zuschüsse für landwirtschaftliche Siedlungen, Flüchtlingssiedlungen und Bodenreform, nahm der Ausschuß nach längerer Aussprache eine Erhöhung um 1 000 000 DM vor, so daß der Ansatz jetzt statt 1 050 000 DM 2 050 000 DM lautet. In der Erläuterung zu diesem Titel 302 wird angefügt „sowie zur Besitzfestigung 1 700 000 DM“.

Bei Kapitel 07 41 - Wasserwirtschaftsverwaltung - wurde die im Kapitel 07 01 - Ministerium - bereits erwähnte Stellenhebung von Gruppe A 2 b in A 1 b Regierungsbaudirektor beschlossen. Ebenso wurde bei Titel 101 die Zahl der Regierungsbauinspektoren der Gruppe A 4 c 2 von 28 auf 30 erhöht.

Bei Titel 104, Bedarf an nichtbeamteten Kräften, wird eine Vermehrung der Stellen in den Gruppen vorgenommen, wie sie in der Drucksache enthalten sind. Der Ausschuß war der Überzeugung, daß die Erhöhung der Beihilfen zur Beseitigung von Hochwasserschäden unbedingt erforderlich sei. Der Ansatz in Titel 300 wurde von 500 000 DM auf 1 500 000 DM erhöht.

Bei Titel 301, Beihilfen zur Förderung der Meliorationen, wurde der Ansatz von 1 100 000 DM um 600 000 D-Mark auf 500 000 DM gekürzt. Diese Kürzung erfolgte, da der Ausschuß bei der Landeskulturverwaltung den Titel 300 um 600 000 DM erhöht hatte und somit hier der Ansatz von 500 000 DM zur Durchführung der Arbeiten ausreichen dürfte.

Bei Titel 302, Beihilfen zur Förderung von Wasserversorgungsanlagen und Kanalisationen nebst Kläranlagen, wurde der Ansatz von 2 100 000 DM auf 3 500 000 DM erhöht. Der Ausschuß war einstimmig der Ansicht, daß dieser Ansatz das Geringste sei, was in diesem Etatjahr eingesetzt werden müßte.

Bei Titel 306 wurde der Ansatz von 85 000 DM auf 100 000 DM erhöht, und zwar, um die an der Sauer durchzuführenden Arbeiten auch in diesem Etatjahr zu erledigen, dies um so mehr, als auf Luxemburger Seite bereits die Arbeiten des Staates Luxemburg durchgeführt sind.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, Ihnen einen ausführlichen Bericht zu geben über alle Änderungen, die der Haushalts- und Finanzausschuß am Etat vorgenommen hat. Soweit keine Änderungen vorgenommen wurden, verbleibt es bei den Ansätzen der Regierungsvorlage. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie alle anerkennen, daß die im Etat des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten eingesetzten Mittel zur Förderung unserer heimischen Landwirtschaft unbedingt erforderlich sind, und daß wir uns bemühen wollen, alles zu tun, was in der Finanzkraft des Landes liegt.

Namens des Haushalts- und Finanzausschusses darf ich Sie bitten, den Drucksachen Nr. II/1046 und II/1057 und dem Etat des Landwirtschaftsministeriums Ihre Zustimmung zu erteilen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Wilms:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen. Meine Damen und Herren, bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir im Ältestenrat davon abgesehen haben, die Redezeit zu beschränken. Sie haben also jetzt freie Redezeit, aber ich möchte doch bitten, daß sich die Herren Abgeordneten so kurz fassen, damit wir hier nicht bis in die Nachtstunden zu diesem Etat tagen müssen.

(Beifall des Hauses.)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Diel von der Fraktion der CDU das Wort.

(Zurufe und Heiterkeit des Hauses. - Abg. Schmidt: Deshalb die Redezeit! - Erneute anhaltende Heiterkeit.)

Abg. Diel:

Ich weiß nicht recht, was Ihre Heiterkeit veranlaßt, Herr Kollege Schmidt!

(Abg. Schmidt: Das war verdächtig, was der Herr Präsident sagte! - Weiterer Zuruf des Abgeordneten Beckenbach.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um nicht meinerseits die Debatte noch weiter hinauszuziehen, Herr Kollege Beckenbach, möchte ich die Erörterung von Zwischenrufen einstweilen zurückstellen.

(Leichte Heiterkeit bei der SPD.)

Bevor ich zum Thema selbst komme, gestatten Sie mir zwei kurze Vorbemerkungen. Der Herr Präsident hat entsprechend herrschender Übung unsere Gäste begrüßt. Ich möchte meinerseits meiner besonderen Freude Ausdruck geben, daß sich unter diesen Gästen neben den Schülerinnen und Schülern eines Gymnasiums außerdem die Schülerinnen und Schüler einer landwirtschaftlichen Schule aus den Höhegebieten befinden.

(Beifall des Hauses. - Abg. Schmidt: Sagen Sie ruhig, daß es Westerwälder sind!)

- Das kommt ja noch! Seien Sie doch nicht so ungeduldig, Herr Kollege Schmidt!

(Heiterkeit des Hauses.)

Meine Damen und Herren! Wir haben uns innerhalb der letzten Monate im Agrarpolitischen Ausschuß gemeinsam mit der Landesregierung über die Nöte und Sorgen besonders der Höhegebiete eingehend unterhalten müssen. Dabei spielte auch das Gebiet des Westerwaldes eine besondere Rolle, und ich möchte, meine Damen und Herren, die Sie hier als Gäste des Hauses anwesend sind, zum Ausdruck bringen, daß ich mich der Hoffnung hingabe, die Bemühungen der Landesregierung zusammen mit denjenigen der einzelnen Fraktionen - ohne Unterschied der Parteien, Herr Kollege Schmidt! -, der Notlage zu steuern und der Landwirtschaft nach Kräften zu helfen, möchten den Erfolg haben, sowohl die Landwirtschaft im allgemeinen als auch die Bauern der Höhegebiete des Westerwaldes im besonderen zufriedenzustellen.

Die zweite Bemerkung, meine Damen und Herren: Die mir gestellte Aufgabe besteht in einer allgemeinen Betrachtung. Es werden mehrere Vertreter meiner Fraktion zu bestimmten Spezialfragen sprechen, nämlich der Herr Kollege Wetzel zu den Fragen des Weinbaues - des Weingesetzes und Wiederaufbaues -, der Herr Kollege Hachenberg zu Fragen des Forstes, der Jagd und der Fischerei und irgendeiner meiner anderen Freunde zur Frage der Tierzucht. Ich selbst werde mich mit allgemeinen Betrachtungen beschäftigen und

lediglich die Fragen im Verlauf meiner Ausführungen besonders hervorheben, die noch nicht gelöst sind, die also in Zukunft in besonderem Umfange von uns noch behandelt und im nächsten Landtag weiter verfolgt werden müssen.

Und nun zur Sache. Meine Damen und Herren! Wenn ein Parlament am Ende seiner Legislaturperiode steht - wie das bei uns jetzt der Fall ist -, dann ergibt sich die Veranlassung, eine Bilanz zu ziehen, die Veranlassung, festzustellen, was bei Beginn unserer Legislaturtätigkeit war, und was gegenwärtig ist. An Hand dessen können wir dann feststellen, was wir in der Zwischenzeit erreicht haben, ob wir uns auf dem richtigen Wege befanden und ob wir in Zukunft auf diesem Wege in gleicher Art fortschreiten müssen. Wenn ich, meine Damen und Herren, die Entwicklung zunächst einmal vom finanziellen Standpunkt aus ansehe, und wenn ich dabei einen kurzen Vergleich anstelle zwischen dem, was wir im Jahre 1951 konnten, in der Zwischenzeit taten und im laufenden Jahr 1955 tun werden, dann, meine Damen und Herren, gibt das interessante Aufschlüsse über die Leistungen des Landes Rheinland-Pfalz, seines Parlamentes und auch seiner Ausschüsse.

Meine Damen und Herren! Ich bin es nicht gewöhnt, vom Manuskript zu lesen, und tue das auch grundsätzlich nicht. In diesem Falle bitte ich es mir aber zu verzeihen, Herr Präsident, wenn ich der Mahnung der Geschäftsordnung und des Ältestenrates insofern nicht restlos entsprechen kann, als ich die statistischen Ziffern natürlich nicht im Kopf habe. Ich bitte, mir zu gestatten, daß ich diese Ziffern verlese.

Wir haben für allgemeine Förderung der Landwirtschaft im Jahre 1951 ausgegeben 184 Millionen DM. Der Betrag ist mit ständiger Steigerung bis zu 395 Millionen für das jetzt kommende Jahr 1955 festgelegt. Für Tierzucht ist der Betrag gestiegen von 245 auf 330 Millionen DM, für die Förderung des Weinbaues von 100 auf 290 Millionen mit plus 600 gleich 890 Millionen im kommenden Jahr.

(Landwirtschaftsminister Stübinger protestiert.)

- Entschuldigung!

(Abg. Völker: Das war sogar dem Herrn Minister zuviel! - Abg. Dr. Boden: Das war ein bißchen dick! - Schallende Heiterkeit bei der SPD und Heiterkeit des Hauses.)

- Meine Damen und Herren! Ich habe ohne falsche Absicht hier mit den Millionen ein klein wenig dick aufgetragen. Ich bitte, das nicht tragisch zu nehmen!

(Abg. Schmidt: Besser ohne Manuskript! - Anhaltende Heiterkeit. - Abg. Beckenbach: Sie haben gemeint, Sie seien im Bundestag!)

- Nein, nein! So vermessen bin ich gar nicht, daß ich mir schon einbilde „Oberkollege“ geworden zu sein.

(Anhaltende Heiterkeit.)

Ich darf fortfahren. Die Aufwendungen für den Weinbau betragen also 690 000 DM plus 1 750 000 DM gegenüber 100 000 DM im Anfang, für Milchprämien hat sich der Betrag gesteigert von 100 000 DM auf 500 000 DM, bei dem Hygiene-Pfennig - das ist allerdings keine Leistung des Landes, sondern nur eine vom Land beschlossene Leistung der Molkereien - von 200 000 DM auf nunmehr über 1 000 000 DM. Die Aufwendungen für Ernteschäden usw. hat der Herr Kollege Wetzel als Berichterstatter schon erwähnt. Lassen Sie mich deshalb nur noch kurz die Steigerung des Betrages für die Zwecke der Landeskultur-Flurbereinigung anführen von 750 000 DM auf 3 000 000 DM, der Siedlung von 1 150 000 auf insgesamt 14 750 000

(Diel)

D-Mark, wobei ein Betrag von 7 Millionen DM ein durchlaufender Posten ist und vom Bund stammt, für Hochwasserschäden von 600 000 DM auf 2 500 000 DM, für Wasserversorgung und dergleichen von 450 000 DM auf 5 000 000 DM, erwähnen. Ich bitte, mir zu gestatten, daß ich nicht alle Ziffern vortrage, ich glaube das Vorgetragene genügt.

Was will ich nun mit diesen Ziffern sagen, meine Damen und Herren? Mit diesen Ziffern will ich sagen, daß unser zwar kleines und finanzbeschränktes Land durch diese Steigerung seiner finanziellen Aufwendungen bewiesen hat, daß es zwar nicht so im Gelde wühlen kann wie manches andere Land - insbesondere Nordrhein-Westfalen -, daß aber dieses Land lebensfähig ist und seine Lebenskraft damit unter Beweis gestellt hat.

(Abg. Dr. Boden: Bravo! - Beifall bei der CDU.)

In enger Verbindung, meine Damen und Herren, mit der Bereitstellung von Mitteln steht ein zweiter sehr wesentlicher Punkt, die Vervollkommnung unserer Gesetzgebung. Bei dieser Vervollkommnung sind die Landesregierung und das Landesparlament - so darf ich, ohne unbescheiden zu sein, sagen: und der Agrarpolitische Ausschuß - in erheblichem Umfang beteiligt.

Bei diesen Gesetzen lassen Sie mich nur die wichtigsten aufzählen; ohne die Unsumme von Landesverordnungen und Anordnungen nenne ich das Höfegesetz, das Weinbergsaufbaugesetz, die Anordnung mit Gesetzeskraft über die Tiergesundheit, das Jagdgesetz, die noch nicht abgeschlossenen Beratungen über Bodenreform und Siedlung, das Flurbereinigungsgesetz und zum Schluß das Wassergesetz, das ebenfalls noch seiner Vervollkommnung und endgültigen Verabschiedung harret.

(Abg. Kuhn: Wann, Herr Diel? -
Abg. Schmidt: Wann?)

- Ich komme noch darauf, Herr-Kollege Schmidt; Sie sind doch sonst nicht so ungeduldig.

(Abg. Beckenbach: Bloß, daß es nicht in Vergessenheit gerät!)

- Nein; aber verehrtester Kollege Beckenbach, so sehe ich doch gar nicht aus!

(Heiterkeit. - Abg. Beckenbach: Sie haben vorhin erwähnt, daß Sie noch so jung seien!)

- Wenn ich es hier besonders erwähne und besonders betone, dann wollen Sie bitte daraus entnehmen, daß ich, solange ich diesem Hohen Hause angehöre, mich bemühe, meine Zusagen auch restlos zu erfüllen, und ich hoffe, Herr Kollege Beckenbach, daß ich dazu stark genug bin.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Die hohe Landesregierung wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich im Zusammenhang mit der Schaffung dieser Geestze von der schöpferischen Initiative und Stoßkraft des Landtages und des Agrarpolitischen Ausschusses bei aller Bescheidenheit etwas sage.

Die Bedeutung des Höfegesetzes, die in den verflossenen Jahren auf den verschiedenen Bänken des Landtages nicht recht erkannt wurde, wird für die Zukunft unseres Landes und für die Entwicklung unseres Bauerntums eine große Rolle spielen.

(Abg. Matthes: Sehr richtig!)

Es ist deshalb für mich eine gewisse Genugtuung, daß ich es sagen darf: Der Anstoß und der dauernde Antrieb zu diesem Gesetz kamen aus dem von mir geführten Agrarpolitischen Ausschuß. Ich darf das,

ohne unbescheiden zu sein, hier erwähnen, und ich darf sagen, daß der Ausschuß auch auf anderen Gebieten initiativ tätig gewesen ist, obwohl das manchmal ein wenig übelgenommen wurde, obwohl es hier und da Kollegen gab, die davon sprachen, der Vorsitzende des Agrarpolitischen Ausschusses mache den Versuch, seinen Ausschuß zu einem kleinen Landtag zu machen. Trotz des kleinen Spottes, der darin liegt, glaube ich auch im übrigen eine gewisse Anerkennung entnehmen zu dürfen, und diese Anerkennung akzeptiere ich gern.

(Zuruf: Sie saugen aus jeder Blüte Honig!)

Das Problem der Tiergesundheit, das von der Landesregierung - ich bin dem Herrn Innenminister dafür ganz außerordentlich dankbar - in den letzten Wochen abschließend erledigt worden ist, hat uns im Agrarpolitischen Ausschuß seit sechs Jahren beschäftigt. Wir hatten anfangs mit erheblichen Bedenken innerhalb des eigenen Ausschusses zu kämpfen. So bestand das Bedenken, daß unsere Bauern draußen im Lande für unser Wollen nicht das rechte Verständnis hätten und daß wir deshalb mehr Tadel ernten würden als Lob. Diese Bedenken im Ausschuß sind dann beseitigt worden, und wir haben dann in der Folgezeit bereits im verflossenen und weiterhin in diesem Landtag immer und immer wieder die Forderung gestellt, daß dieses von uns verlangte Gesetz zur „Kontrolle der Tiergesundheit“ dem Landtag vorgelegt werden möge, damit dieser es alsdann verabschieden könne. Ich bin dem verehrten Herrn Innenminister und auch seinen dabei beteiligten Sachbearbeitern dafür dankbar, daß wir dieses außerordentlich wichtige Problem doch noch in diesem Landtag haben lösen können, ein Problem lösen konnten, welches ein Problem der gesamten menschlichen Gesundheit - in diesem Falle beeinflußt durch die Tiergesundheit - ist. Der Herr Innenminister hat uns diese Landesverordnung mit Gesetzeskraft vorgelegt. Der Agrarausschuß hat, obwohl er in zwei Einzelfragen leise Bedenken hatte, diese Anordnung einstimmig angenommen und hat lediglich gebeten, diese zwei Einzelfragen, bei denen es sich um Termine handelt, noch einmal zu überprüfen und gegebenenfalls abzuändern.

(Abg. Schmidt: Herr Kollege Dr. Habighorst wetzt schon das Messer dagegen!)

- Das glaube ich nicht; unser verehrter Kollege Dr. Habighorst wird in diesem Falle meines Erachtens falsch beurteilt.

(Abg. Dr. Habighorst: Ich helfe Ihnen!)

Der Kollege hat in früheren Debatten sich dagegen gewendet, daß man das Bild allzu drastisch und allzu schwarz in schwarz male; so habe ich ihn verstanden. Daß aber die Lösung dieses Problems von der ähnlich großen oder größeren Bedeutung ist wie die Lösung des Problems der Befreiung der Menschen von der Tuberkulose, das hat Herr Kollege Dr. Habighorst niemals bestritten.

Also, meine Damen und Herren, daß es gelungen ist, ein Problem zum Abschluß zu bringen, bei dem wir als kleines und bescheidenes Land Rheinland-Pfalz bahnbrechend wirken, indem wir als erstes von allen Ländern diesem Problem durch entsprechende Maßnahmen zu Leibe gehen, das darf uns als Parlament mit Befriedigung erfüllen. Die mit Gesetzeskraft erlassene Anordnung tritt mit dem 1. April in Kraft, und ab 1. April werden dann die Untersuchungen der Milchviehbestände laufend und regelmäßig erfolgen, und zwar ohne daß man den Bauern damit besonders belastet. Es ist vielmehr durch die Anordnung des Herrn Innenministers eine Regelung erfolgt - unter Mitwirkung selbstverständlich auch des verehrten

(Diell)

Herrn Landwirtschaftsministers -, auf Grund deren die Hälfte der Kosten vom Land, zur anderen Hälfte von den Viehseuchenkassen getragen werden.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß wir im Etat - ich glaube, der Kollege Wetzlar hat das erwähnt - für diesen Zweck einen Betrag von 910 000 D-Mark eingesetzt haben, zu denen weiter kommen 100 000 DM für den Umbau von Ställen, so daß das Land im nächsten Jahre allein für diesen wichtigen Zweck über eine Million DM gibt, wozu dann noch ein gleich großer Betrag vom Bund zu erwarten ist. Ich will mich über die weiteren Einzelheiten der Regelung nicht verbreiten, sondern nur noch betonen, daß im Rahmen dieser Anordnung das Problem der Ställe eine besonders große Rolle spielt. Ich freue mich darüber, die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses für die Einsetzung eines besonderen Titels mit einseitigen 100 000 DM bekommen zu haben.

Ein zweites Problem, über das wir gesetzgeberisch noch nicht ganz zum Abschluß gekommen sind, ist die Frage der künftigen Bodennutzung. Ich habe vor einem Jahre, als ich zum gleichen Thema von dieser Stelle aus sprach, meine Meinung dahingehend zum Ausdruck gebracht, daß das so ungemein schwierige Problem der Bodenreform, das in der Vergangenheit zu den leidenschaftlichsten Auseinandersetzungen in diesem Hause geführt hat, im Ausschuß zu einer einstimmigen Lösung geführt werden könne. Das ist damals von manchen Seiten des Hauses mit einer gewissen Skepsis aufgenommen worden; aber - verehrter Herr Kollege Schmidt, ich glaube, Sie werden mir das bestätigen - die Verhandlungen über das Gesetz, die wir einen Reihe von Monaten durchgeführt haben, haben meine optimistische Voraussage in etwa bekräftigt. Wir werden - so wage ich heute weiter zu behaupten -, nachdem wir das Gesetz noch nicht haben verabschieden können, im nächsten Landtag möglichst bald zu dieser abschließenden Erledigung kommen müssen. Warum? Die Notwendigkeit, für unsere Bauern Land bereitzustellen, ist in der Vergangenheit schon drastisch in Erscheinung getreten, durch die Notwendigkeit, Vertriebene unterzubringen. Dann waren wir uns im Ausschuß auch darüber klar, daß wir gleichberechtigt behandeln müssen die Unterbringung nachgeborener Bauernsöhne unseres eigenen Landes.

Schließlich hat sich in den letzten zwei Jahren mit immer größerer Drastik herausgestellt, daß wir auch an die Unterbringung derjenigen denken müssen, die für militärische und Besatzungszwecke ihr Land zur Verfügung stellen müssen, indem wir ihnen die Möglichkeit geben, entweder neue Bauernstellen zu bekommen oder aber durch die Vergrößerung des Hofbetriebes an Ort und Stelle in ihrem Besitz derart aufgefüllt zu werden, daß sie wirtschaftlich lebensfähig sind. Das, meine Damen und Herren, können wir nicht durch Zauberei erreichen; wir können nicht die Landfläche, die wir haben, durch ein Wunder vermehren, sondern wir können in dieser Richtung nur dann etwas Durchschlagendes erreichen, wenn wir uns weitplanend Klarheit darüber verschaffen, in welchem Umfang wir eine Umrangierung der Bodennutzung vornehmen können. Nach der übereinstimmenden Meinung des Ausschusses kann dies aber niemals darin bestehen, daß wir die verfügbaren Waldflächen vermindern. Nein, wir waren im Gegenteil der Auffassung, daß wir im Zuge dieser Aktion die Gesamtwaldfläche noch erhöhen können und müssen. Das können wir, und wir können sogar noch mehr Wald schaffen, wenn wir eine Aufforstung von Ödland und Heideflächen, und eine Umwandlung von Niederwald in Hochwald vornehmen, so können wir eine so große Reserve an Waldfläche schaffen, daß

es durchaus möglich und vertretbar werden wird, unseren Bauern unter Erfüllung entsprechender Voraussetzungen - ich will das im einzelnen nicht alles hier erwähnen - u. a. aus dem Walde fruchtbares Ackerland zur Verfügung zu stellen und dafür minderwertiges Ackerland in Tausch zu nehmen und aufzuforsten.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Das Problem ist so wichtig, daß ich es als notwendig angesehen habe, bei dieser Schlußbetrachtung am Ende der Legislaturperiode die Forderung anzumelden, daß im kommenden Landtag, diejenigen, welche dazu berufen sein werden, die Vollendung dessen durchführen, was wir im Agrarausschuß in dieser Legislaturperiode begonnen, aber noch nicht zu Ende brachten.

(Abg. Schmidt: Als Sie das sagten, hatten Sie Ihre Augen nach rechts, Herr Kollege Diel!)

- Nach rechts? Ich schaue abwechselnd nach links und rechts.

(Abg. Schmidt: Nein, Sie schauen nach rechts!)

- Herr Kollege Schmidt! Es wird mir manchmal der Vorwurf gemacht, ich richte meine Augen zu oft nach links; das ist keine Absicht - keine böse und keine gute -, sondern das wird meistens durch Ihre Zwischenrufe veranlaßt.

(Abg. Schmidt: Sie glauben, von der Linken mehr lernen zu können! - Heiterkeit!)

- Wenn die Freunde von der Rechten mir mehr Zwischenrufe machten, dann würde ich mich veranlaßt sehen, mich mehr nach dieser Seite zu wenden; solange sie mir aber lediglich zustimmen, habe ich dazu keine unmittelbare Veranlassung.

(Abg. Becker: Extreme ziehen sich an!)

Lassen Sie mich nun zu dem dritten Punkt kommen, der meines Erachtens eine überragende Rolle spielt: das Wasserproblem. Sie wissen, wie wir in die Erörterung des Wasserproblems hineingekommen sind. Es waren ganz kleine Anfänge, so der bescheidene Anfang mit dem Selzbachtal. Es war der Antrag, der von meinem Kollegen Schlick gestellt worden ist. Er veranlaßte uns zu einer Besichtigung, und er veranlaßte dann eine Fülle neuer Anträge, welche schließlich Besichtigungen, im ganzen Lande erzwangen. Zunächst beschäftigte uns die neue Frage der Hochwassergefahr. Dann aber sind wir bei dieser Bereisung auf eine Fülle anderer Probleme gestoßen, die uns veranlaßten, dem Landtag ein komplettes Programm vorzulegen. In diesem Programm war eine Reihe von Forderungen aufgestellt: die Forderung nach einem neuen Wassergesetz, die Forderung nach der Verhütung künftiger Hochwasserschäden und die Forderung nach Trinkwasserversorgung, indem wir die Wasser in den Höhen- und Quellgebieten durch Stauungen und Talsperren auffangen wollten, um dadurch auf der einen Seite eine Regulierung des Wasserabflusses sicherzustellen und auf der anderen Seite die Wasserversorgung der Bevölkerung in ausreichendem Maße zu sichern.

Wir haben noch in einer der letzten Sitzungen darüber in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetz verhandelt. Das vorliegende Gesetz war nur ein winziger Ausschnitt aus dem Gesamtproblem. Es befaßte sich nur mit polizeilichen Maßnahmen, mit der Androhung von Polizeistrafen für diejenigen, welche sich der Wasserverschmutzung schuldig machen. Es war das im Rahmen des Gesamtproblems nur ein ganz winziger Teil, und er verfolgte auch im wesentlichen nur das Ziel einer einheitlichen Rechtsbehandlung.

Das Hauptproblem war durch dieses Gesetz nicht erfaßt. Es wird aber erfaßt und gelöst werden müssen.

(Die)

Wir haben uns noch in den letzten Monaten mit schweren Überschwemmungs- und Hochwasserschäden, die in den verschiedensten Teilen unseres Landes erfolgt sind, beschäftigen müssen. Wir sind damals nach eingehender Erörterung des Problems zu der Auffassung gekommen, daß alle die kleinen Mittelchen, die von dem einen oder anderen empfohlen wurden, praktisch nichts nützen, solange wir nicht den Wasserabfluß in den Höhengebieten derartig kontrollieren und regulieren, daß plötzlich niederstürzende oder auftauende Wassermassen nicht schlagartig abströmen, sondern erfaßt werden und erst allmählich zum Abfluß kommen, wobei sie verschiedenartig nutzbar gemacht werden können. Das heißt also: Wir brauchen Talsperren und große Wasserspeicher in den Höhengebieten! Das zu schaffen ist nicht so schwer, wie es im ersten Moment aussieht. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß derartige Probleme der Talsperren im Grunde genommen wirtschaftliche Probleme sind und meistens dadurch schon gelöst werden, daß man das notwendige Investitionskapital zu einem erträglichen Zinssatz zur Verfügung stellt.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch etwas sagen über die landwirtschaftliche Produktion im allgemeinen und die Voraussetzung zu dieser Produktion. Ich bitte mir es nicht übel zu nehmen, wenn ich hierbei etwas sagen muß, was vielleicht nicht jedem freundlich in den Ohren klingt. Die landwirtschaftliche Produktion kann in vollem Umfange nur aufrecht erhalten bleiben, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen vorhanden sind. Das heißt, meine Damen und Herren, diese landwirtschaftliche Produktion muß rentabel sein! Es ist unmöglich, dem Bauern zuzumuten, daß er Getreide und Kartoffeln baut und Gemüse zieht, dafür aber mehr ausgiebt als er an Entgelt bekommt. Wie sehr es bereits nach dieser Richtung hin hapert, das können wir an einigen Spezialgebieten ermessen, zum Beispiel dem des Feldgemüsebaues. Die Tatsache, daß in den letzten Jahren große Flächen des öfteren haben umgepflügt werden müssen, statt dem Bauern einen angemessenen Nutzen zu bringen, haben das Interesse unserer Bauern am Gemüsebau stark erschüttert. Die Lage im Obstbau ist noch schlimmer. Früher bestand die Regel - sie wurde unseren Bauern immer wieder eingehämmert -: An jedem Raum pflanz' einen Baum und pflege sein, er bringt dir ein! Alles richtig, aber das letzte stimmt leider nicht mehr. Er bringt es nicht mehr ein. Darum, meine Damen und Herren, wenn Sie nicht blind durch die Gegend fahren und sehen sich rechts und links der Straße um, dann sehen Sie massenhaft gefällte Bäume.

Es sind also in diesen beiden Spezialgebieten, in Gemüsebau und Obstbau, die Grundlagen der Wirtschaft bereits derartig erschüttert, daß die Kulturen bei unseren Bauern nicht mehr besonders geschätzt werden. Ähnlich fürchte ich, wird es auf breiter Grundlage weitergehen, wenn wir es nicht fertigbringen, den Ausgleich zwischen Produktionskosten und Erlös generell zu sichern. Das ist in erster Linie Aufgabe des Bundes. Wir wissen alle, daß der Bund gegenwärtig sich mit dem sogenannten Paritätsgesetz befaßt, das die Gewähr dafür schaffen soll, daß der Bauer wirklich unbedenklich an seine Produktion herangehen kann in der Gewißheit, daß er am Ende beim Entgelt seiner Arbeit soviel bekommt, um 1. die Unkosten zu bestreiten, und 2. das Notwendige für seinen Lebensunterhalt übrig zu behalten.

Ich habe bei Versammlungen, die ich in letzter Zeit gehabt habe, mehrfach von jüngeren Bauern, die rechnen können, Bemerkungen gehört: Wenn das so

weitergeht, dann werden wir in absehbarer Zeit dahin kommen, daß bestes Kulturland nicht nur Rindviehweideland, sondern Schafweide wird, weil die landwirtschaftliche Produktion anfängt, sich nicht mehr zu rentieren. Ich halte bei Gott nicht - dafür kennen Sie mich - Reden an der Klagemauer! Das liegt mir nicht! Wenn ich solche Ausführungen mache, dann denke ich dabei nicht primär an das bäuerliche, sondern an das allgemeine Volksinteresse, nämlich die Volksernährung, von deren Gefährdung wir in der Vergangenheit bittere Proben zu spüren bekamen. Möge es nicht noch einmal dahin kommen, daß die Versorgung unserer Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensgütern derart schlecht und gefährdet ist, daß man wieder einmal mit dem Rucksack im Lande herumfahren muß, um einen halben Zentner Kartoffeln zu hamstern oder sonst etwas zu bekommen. Eine derartige Entwicklung will im Ernst niemand, vor allem kein vernünftiger Bauer! Niemand möchte den Zustand noch einmal wiederkehren lassen, wie er damals bestanden hat. Dazu ist es aber notwendig - wir können in dieser Richtung im Lande nicht allzuviel tun -, sich bewußt zu sein, daß wir behutsam sein müssen bei der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung. Wir müssen an die Entwicklung so denken, wie wir sie zweimal erlebt haben, und die zur Folge haben kann: Inflation! Es gehört an sich nicht zum Agrarstat, über dies Problem im besonderen zu sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sind wir nicht bereits ein Stück in die Inflation hineinmarschiert?

(Abg. Bögl: Nicht so laut, Herr Kollege!)

- Ist es nicht laut genug? Wenn Sie die Dinge nur sehen vom reinen Geldstandpunkt, dann wissen Sie, daß man für ein echtes Goldstück, wenn ich recht unterrichtet bin, Herr Präsident Dr. Boden, etwa 42 DM bezahlt.

(Abg. Hachenberg: Wem sagen Sie das? - Abg. Dr. Boden: 38,7 bis 41,8!)

- Wollen wir das mal so unterstellen. Ich habe mich neulich mal bei der Bank erkundigt, da hat man mir einen etwas höheren Kurs genannt. Aber unterstellen wir das, was uns der verehrte Herr Kollege Dr. Boden hier vorgetragen hat, dann ist die Mark heute 0,50 Goldpfennige wert. Das wäre zu ertragen. Es wäre auch zu ertragen, daß die Kaufkraft der Mark, gemessen an dem Preis der Leistungen und der Gegenstände des täglichen Bedarfs etwas geringer ist. Der Wert ist noch am höchsten nach meiner Berechnung im Verhältnis zum Gold. Wenn das alles aber so bliebe und wenn demnach wirklich ein stabiler Zustand bliebe, dann könnte man sich damit abfinden. Aber wenn das so weitergeht, wenn die Kurbel: Preise - Löhne, Preise - Löhne

(Zurufe: Löhne - Preise! - Abg. Hitter: Preise - Aufrüstung!)

eifrig gedreht wird - -

- Sie können auch umgekehrt anfangen und sagen: Löhne - Preise, Löhne - Preise, ich habe nichts dagegen.

(Heiterkeit im Hause.)

Ich wollte nur, meine Damen und Herren, auf die Unvermeidlichkeit einer Entwicklung hinweisen, die zu einer Aufblähung der Preise und darum zu einer Aufblähung der Produktionskosten führt. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß eine Debatte, die etwa zum Ziel hat, den Brotpreis zu erhöhen, allen Par-

(Diel)

feien unsympathisch ist. Jeder Mensch wird sich sagen: eine solche Entwicklung können wir nicht wollen.

(Abg. Schmidt: In Bonn müßten Sie jetzt die Fraktion wechseln! - Heiterkeit im Hause.)

- Das glaube ich nicht, Herr Kollege!

(Abg. Völker: O doch!)

- Ich glaube das nicht. Vielleicht sehen Sie, verehrtester Herr Kollege Schmidt die Einstellung der Fraktion falsch. Ich glaube, daß man in Bonn die Dinge auch so sieht. Wenn das Gesetz verabschiedet wird, das Ihnen in diesem Zusammenhang vielleicht nicht gefällt - ich weiß nicht, worauf Sie hinaus wollen -, nämlich das Paritätsgesetz, dann bedeutet es nicht etwa, daß hier zugunsten der Landwirtschaft eine Vorbelastung der Preise vorgenommen werden soll, sondern es bedeutet, daß das Mißverhältnis, das durch ein Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Preise entstanden ist, beseitigt wird. Kein Mensch wird es - wie ich es auffasse innerhalb meiner Partei - vertreten und ich selbst, obwohl ich Bauer bin, in allerletzter Linie, etwa von der Landwirtschaft ausgehend eine Entwicklung auszulösen, die ich als verhängnisvoll ansehe.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich hier das etwas fremde und erschütternde Wort „Inflation“ gebrauche, dann tue ich es deshalb, weil man allzu sehr geneigt ist, die Dinge im Anfang zu übersehen.

(Sehr richtig! im Hause.)

In Wahrheit soll man im Anfang widerstehen!

(Sehr gut! im Hause.)

Man soll deshalb eine Entwicklung,

(Abg. Beckenbach: Und die Fraktion wechseln!)

- nein, ich muß sie nicht wechseln -

die zu einer Aufblähung der Preise führen muß, bekämpfen. Dazu gehört zum Beispiel die Forderung auf Erhöhung der Löhne der Bergarbeiterschaft, die automatisch eine Erhöhung der Kohlenpreise bringt, die sich in ihrer Rückwirkung auch auf die Landwirtschaft auswirkt. Darüber, meine Damen und Herren, sollte man sich klar sein. Wir können die Dinge hier nicht ändern, nur Anregungen geben und Sorgen aussprechen.

Ich halte mich für verpflichtet, das zu tun, wenn wir auch nur in einem bescheidenen, kleinen Parlament sprechen, um auf die Gefahren hinzuweisen, die durch eine falsche Politik nach dieser Richtung für die Landwirtschaft entstehen müssen. Die Landwirtschaft kann sich der allgemeinen Entwicklung der Löhne nicht entziehen. Die Erhöhung der Löhne im Baugewerbe, im Hüttengewerbe und bei der Bergarbeiterschaft bringt zwangsläufig, wenn auch etwas zögernd folgend, eine entsprechende Anpassung der Löhne auch innerhalb der Landwirtschaft mit sich. Wenn das im Augenblick noch verhältnismäßig leicht getragen werden kann bei den sogenannten gemischten Betrieben, dann sehe ich es für die rein ackerbaulichen Betriebe heute schon so, daß man sich dort den ernstesten Besorgnissen hingibt.

(Abg. Schmidt: Halten Sie nur den Lohn für den Preis verantwortlich?)

- Das sind die wesentlichsten Faktoren, Herr Kollege. Sie können natürlich mit hinzunehmen, daß man der bäuerlichen Familie den Anspruch auf eine gleichwertige Entlohnung nicht geben muß. In der Praxis ist es vielfach so.

(Abg. Schmidt: Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Herr Kollege, Sie sind ausgewichen!)

- Herr Kollege, ich weiß nicht, was Sie wollen. Sie müssen Ihre Frage klarer stellen. Ich beantwortete gerne Ihre Fragen, aber Sie müssen sie so klar stellen, daß ich sie verstehe. Sie haben mich gefragt, ob ich nur die beiden Faktoren als Ursache ansehe.

(Abg. Schmidt: Ob Sie nur den Lohn für den Preis verantwortlich machen?)

- Für die Entwicklung? - Ich habe dazu gesagt, das ist es nicht allein, aber das sind die wesentlichsten Faktoren, Herr Kollege.

(Abg. Hitter: Es sind 20 Milliarden in der Wirtschaft!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie der bäuerlichen Bevölkerung zumuten, daß ihre Ansprüche auf ein geringeres Niveau absinken, dann läßt sich eine andere Rechnung aufmachen.

(Abg. Schmidt: Das müssen Sie auch Herrn Erhard in Bonn sagen!)

Aber, verehrtester Herr Kollege, zweifeln Sie daran, daß ich meine Meinung mit der gleichen Offenheit, mit der ich sie hier ausspreche, jeder anderen Stelle gegenüber auch ausspreche, oder sind Sie davon überzeugt, daß ich es in Wahrheit tue? Ich glaube, Ihr Zuruf, Herr Kollege Schmidt, war nicht angebracht.

Bevor ich zum Abschluß komme, möchte ich noch ein politisches Wort sagen. Meine Damen und Herren! Wir haben im Agrarpolitischen Ausschuß und in seinem Ableger, dem Ausschuß für Weinbau und Weinwirtschaft, vier Jahre lang harmonisch zusammengearbeitet. Wir haben uns in diesen Ausschüssen bemüht, alles zu unterlassen, was die anderen Partner verletzen könnte und eine Vergiftung der Atmosphäre hätte herbeiführen können. Diese Loyalität - das betone ich hier bewußt in Anlehnung an die gestrige Debatte -, diese Toleranz, diese Rücksichtnahme auf die Gefühle anderer, haben es gestattet, daß wir in den beiden Ausschüssen, also auch in dem von Ihnen, Herr Kollege Schmidt, geführten Weinbauausschuß, zu einstimmigen Beschlüssen und zur einstimmigen Verabschiedung von Gesetzen gekommen sind.

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie sich im nächsten Landtag der Agrarpolitische Ausschuß und der Weinbauausschuß - wenn er dann noch besteht - zusammensetzen werden. Ich weiß nicht, wie diese Ausschüsse geführt werden, aber eines - und damit lassen Sie mich zum Abschluß kommen - möchte ich sagen: Ich möchte als der bis dahin gewesene Vorsitzende des Agrarpolitischen Ausschusses dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Geist der Loyalität und der Toleranz, der bis jetzt in diesen beiden Ausschüssen geherrscht und uns eine fruchtbare Arbeit ermöglicht hat, auch fortbestehen möge im neuen Landtag.

(Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Wilms:

Meine Herren! Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beckenbach von der Fraktion der SPD.

(Zuruf: Und die Damen?)

- Damen sind keine da!

Abg. Beckenbach:

Dann war es auf die abwesenden Damen gemünzt!

(Abg. Matthes: Die sind Kaffee trinken: der Herr Minister hat sie eingeladen!)

Meine Herren Kollegen! Ich bin glücklich, daß unser Herr Finanzminister Dr. Nowack nicht hier war, als unser allverehrter Herr Kollege Diel hier so in Infla-

(Beckenbach)

tion gemacht hat. Zwei, drei Jahre lang hat uns Herr Dr. Nowack erzählt, daß das Land, die Währung und die Wirtschaft krisenfest seien, daß die Deutsche Mark das beste Zahlungsmittel der ganzen Welt ist

(Zurufe von der CDU: Ist sie auch!)

und daß unter gar keinen Umständen auch nur im entferntesten daran zu denken sei, in Inflation zu machen.

(Abg. Jakob Diel: Ist alles relativ!)

- Es ist alles relativ, Herr Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses, ich habe es auch so gesehen; denn Sie haben im Anschluß daran in Parität gemacht, Herr Kollege Diel.

(Heiterkeit und Beifall des Hauses.)

Wenn ich nun auf das Wort und den Begriff der Parität zu sprechen komme, so glaube ich, daß ich Sie beruhigen kann. In Bonn ist nun das Sprichwort Wirklichkeit geworden: Die Parität ist tot, es lebe das Grundgesetz! - So ist jetzt die Situation in Bonn. Der Unterausschuß des Ernährungsausschusses zur speziellen Behandlung der Paritätsfragen hat vor zwei Wochen unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Lüder eine neue Formulierung des ehemaligen Paritätsgesetzes getroffen, das jetzt zur internen Beratung steht, aber von Parität nichts mehr enthält. Doch darüber nun hier nichts mehr weiter!

Wir können hier vom Lande Rheinland-Pfalz nur eine andere Parität zu realisieren versuchen, das ist die Parität der Lebenshaltung unserer Bürger mit der Lebenshaltung der Bürger der anderen Bundesländer. Da nun der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums zur Debatte steht, sollten wir uns einmal damit befassen.

Sie haben zum Beginn Ihrer Ausführungen verlangt, Herr Kollege Diel, die Dinge einmal grundsätzlich zu sehen. Ich glaube, es ist notwendig, dies noch etwas eingehender zu tun, zumal hier die Schüler einer Landwirtschaftsschule anwesend sind. Die Gesamtfläche des Landes Rheinland-Pfalz von 1,9 Million ha enthält 890 800 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Diese 890 800 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche wird von 218 800 landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftet. Es leben darauf 809 600 Personen.

Ich habe absichtlich diese Feststellung an die Spitze meiner Ausführungen gestellt, um einmal bei der Beratung des Landwirtschaftsetats den Faktor „Landwirtschaft“ plastisch darzustellen. Die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt, wie der Herr Landwirtschaftsminister im vergangenen Jahre schon einmal ausgeführt hat, 4,1 ha. Das ist die niedrigste Durchschnittsgröße im Vergleich zur Bundesdurchschnittsgröße, die 6,8 ha beträgt. Das ist an sich nicht beunruhigend, weil auch andere Länder in einer ähnlichen Situation wie wir leben. So beträgt die landwirtschaftliche Betriebsgröße im Durchschnitt wie folgt: in Baden-Württemberg 4,3 ha, in Hessen 4,8 ha und in Nordrhein-Westfalen 5 ha.

Aber wenn wir uns einmal das innere Verhältnis dieses Faktors Landwirtschaft ansehen, dann ergibt sich bei einer Aufteilung folgende Situation:

Bis zu einer Betriebsgröße von 5 Hektar haben wir 160 300 Betriebe in unserem Lande; das sind 73,3 v. H. mit 331 600 Hektar Land. Die durchschnittliche Betriebsgröße dieser Gruppe landwirtschaftlicher Betriebe ist 2,1 Hektar. Und, meine sehr verehrten Herren Kollegen, da beginnt das Problem.

Herr Dr. Lübke, der Landwirtschaftsminister des Bundes, hat einen Begriff geprägt. Er hat gesagt, es sei notwendig, um die deutsche Landwirtschaft krisen-

fest zu machen, eine Strukturwandlung der deutschen Landwirtschaft herbeizuführen. Und wenn die Notwendigkeit dieses Begriffes irgendwo gegeben ist, wenn die Berechtigung dieses Unterfangens irgendwo unter Beweis gestellt werden kann, so in unserem Lande bei dieser Betriebsstruktur.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Stellen Sie sich vor: 160 300 Betriebe beschäftigen 508 600 Personen. Auf 100 Hektar sind hier 153 Personen tätig. Auf eine Person kommen in diesen 160 300 Betrieben 0,65 Hektar Land; und da beginnt das Problem, meine Herren!

Wenn wir uns weiter vergegenwärtigen, daß in der Gruppe der Betriebe bis zu 20 Hektar in 56 000 Betrieben 278 300 Personen beschäftigt sind - das sind 59 Personen auf 100 Hektar; auf eine Person entfällt 1,7 Hektar -, daß von diesen 56 000 Betrieben 20 000 Betriebe keine feste Existenzbasis haben, daß von 160 000 Betrieben bis 5 Hektar 80 000 bis 90 000 keine feste Existenzbasis haben, dann ergibt sich, wenn Sie diese Dinge unter diesem Gesichtswinkel betrachten und die landwirtschaftliche Situation unseres Landes sehen, die strukturelle Ausgangsbasis, auf der ein Landwirtschaftsministerium eventuell tätig sein kann und tätig sein müßte.

Gewiß, meine sehr verehrten Herren Kollegen, die Landesmittel sind beschränkt. Aber prüfen wir einmal, was getan werden könnte. Herr Kollege Diel, unser allverehrter Vorsitzender des Agrarausschusses, hat in Empfehlungen zum Ausdruck gebracht, daß im Agrarausschuß das Gesetz über die Höfeordnung entstanden ist. Ich möchte ihm bescheinigen, daß es mehr oder weniger sein Kind ist. Er hat es - nun, sagen wir einmal - nicht allein geboren,

(Zuruf von der SPD: Aber mit gezeugt!)

aber bei der Zeugung zu 90 v. H. mit Pate gestanden.

(Heiterkeit. - Abg. Hitter: Ist die Blutprobe nachgewiesen? - Heiterkeit.)

Sehr verehrter Herr Kollege Diel! Sie haben in Aussicht gestellt, daß diese Höfeordnung mit einem großen Anteil an dieser Strukturwandlung unserer einheimischen Landwirtschaft haben würde. Gewiß, das Kind lebt noch nicht lange,

(Abg. Diel: Vergessen Sie nicht die freiwillige Grundlage!)

es ist noch ein ganz kleines Kind, gewiß, ein freiwilliges Kind;

(Abg. Kuhn: Ein Wunschkind! - Abg. Schmidt: Gibt es auch Zwangskinder?)

ich habe mir die Mühe gemacht, einmal zu prüfen, was wir denn diesem Kinde zutrauen dürfen. Sie wissen, Herr Kollege Diel, daß ich mich freisprechen kann von der Geburt oder von der Zeugung dieses Ihres Kindes. Aber trotzdem stehen wir auf dem Standpunkt: Wenn es dazu beitragen kann und beitragen wird, die von mir zitierte katastrophale Struktur unserer einheimischen Landwirtschaft zu ändern, wollen wir alles tun, um dazu behilflich zu sein.

(Abg. Diel: Sehr gut!)

Dieses Kind ist jetzt, glaube ich, eineinhalb oder zwei Jahre alt. Bis zum 20. Oktober des verflossenen Jahres hatten sich 389 Betriebsbesitzer zur Eintragung in die Höferolle angemeldet, Herr Kollege Diel! Davon sind 47 am 20. Oktober eingetragen worden. Es werden jetzt 200 sein, Herr Kollege Diel! Stellen Sie sich vor - ich habe es vorhin zum Ausdruck gebracht -, daß wir ungefähr 90 000 bis 100 000 Betriebe in ihrer Existenz in diesem Lande zu sichern haben, Maßnahmen zu er-

(Beckenbach)

greifen haben. die diese 100 000 Betriebe und die halbe Million Menschen, die darin tätig sind, sichern, Menschen, die keine feste Existenzgrundlage fühlen, die nicht mit Freude tätig sind, weil sie nicht wissen, was morgen ist und von denen - was noch bedeutungsvoller ist - die Alten nicht wissen, was in ihrem Alter geschieht.

Wir haben jetzt, nach zwei Jahren, auf Grund der Höfeordnung - günstig gesagt - 200 Eintragungen. Gewiß, wir haben 100 000 DM bereitgestellt im ordentlichen Haushalt, um zu forcieren, daß hier Gelder auf Grund der Höfeordnung bereitgestellt werden. Aber, verzeihen Sie mir, Herr Kollege Diel, wenn ich doch feststellen darf, daß es einige hundert Jahre dauern wird, bis es auf Grund der Höfeordnung möglich sein wird, unsere einheimische Landwirtschaft krisenfest und existenzsicher zu machen, wenn mittlerweile nicht etwas anderes passiert ist.

Es bleibt uns nur die einzige Möglichkeit, meine Herren Kollegen, auf dem Wege der Siedlung, der Besitzfestigung über das Siedlungsgesetz, auf dem Wege der Übertragung des freiwerdenden Bodens auf die zweitgeborenen Söhne und auf die jungen Bauern, die nicht so viel Grund und Boden haben für eine Existenz, eine Lösung zu versuchen. Zunächst haben wir ja nur Siedlungen gemacht, um für die 20 000 zu uns gekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen eine Basis zu schaffen. Auch auf diesem Gebiete, Herr Minister, habe ich mir im letzten Jahre erlaubt, zum Ausdruck zu bringen, daß nicht genügend getan worden ist. Ich will die Worte vom letzten Jahre nicht mehr gebrauchen, Herr Minister, daß Sie Ihre Pflicht nicht erfüllt hätten; denn ich will vermeiden, daß es auf dem nächsten Parlamentarischen Abend vom Herrn Ministerpräsidenten noch einmal zitiert werden könnte. Aber ich glaube doch feststellen zu dürfen, daß auch in dem abgelaufenen Jahre nicht das getan wurde, um auf der einen Seite einen wesentlichen Teil dieser Vertriebenen wieder sesshaft zu machen. 600 Stellen wurden ausgelegt und sind in etwa im abgelaufenen Jahre erfüllt worden. Dabei waren bei dem Gesamtvolumen von 31,3 Millionen DM 2,9 Millionen DM Landesmittel beteiligt.

Ich habe im letzten Jahre von dieser Stelle aus zum Ausdruck gebracht, wie sehr im Vergleich mit anderen Ländern das Land Rheinland-Pfalz noch Anstrengungen machen muß, um es den anderen Ländern gleichzutun in dem Bestreben, den Bauern und den Menschen auf dem Lande dasselbe zu geben, was andere Länder tun. Das war der Begriff meiner Parität, die ich von Anfang an zum Ausdruck gebracht habe.

Wir haben ja vor zwei Wochen ein neues Gesetz zur Vereinfachung der siedlungsrechtlichen Bestimmungen hier verabschiedet, und ich wollte mit meinen Darlegungen beweisen, daß es möglich ist, auch über den Weg der Siedlung die einheimischen Bauern sesshaft zu machen, einem nachgeborenen einheimischen Bauernsohn einen Betrieb unter die Füße zu geben und dadurch die Landflucht in etwa zu bannen.

Aber, meine sehr verehrten Herrn Kollegen, dazu reichen 2,9 Millionen DM Landesmittel nicht aus; da müssen wir uns, Herr Kollege Diel, zu einer entschiedenen Leistung zusammenfinden und Mittel bereitstellen; aber nicht wie in diesem Jahre; es sind in diesem Jahre unter dem Programm Siedlung und Besitzfestigung 1470 Stellen ausgeworfen in dem neuen Siedlungsplan für das Jahr 1955, der ein Volumen von 55 Millionen DM hat. Es fehlen an diesen 55 Millionen DM noch 25 bis 30 Millionen DM, 10 Millionen DM Bundesmittel und die anderen 15 Millionen DM müßte das Land aufbringen.

Das ist also das Problem, das mit dem Begriff der Strukturwandlung zu umreißen ist: das ist die Frage, die Dr. Lübke aufgeworfen hat, als er bei seinem Amtsantritt sagte, wir seien in der Lage, durch eine Strukturwandlung unsere eigene Landwirtschaft krisenfest zu machen. Aber dazu reichen die bis jetzt bereitgestellten Mittel des Landes nicht aus; da müssen wir uns zu einer wesentlich größeren Leistung bereit finden. Und, Herr Landwirtschaftsminister, ich kann nicht umhin, festzustellen, daß auch die neuen Pläne nicht dem Bedarf entsprechen.

Gewiß, es ist sehr schön, wenn wir an Stelle der 600 Stellen des Jahres 1954 nun 1470 Stellen in dem neuen Plan aufführen und erwarten, daß uns der Bund die fehlenden 10 Millionen DM noch gibt, und erwarten, daß auch die fehlenden 15 oder 16 Millionen DM auf der Landesseite noch irgendwie mobil gemacht werden.

(Minister Stübinger: Es ist aber doch besser geworden, Herr Beckenbach!)

- Wenn ein Patient operiert ist und es ihm besser geht, dann freuen sich alle Angehörigen; man muß dabei aber auf die Erwartung haben, daß der Patient dann nicht stirbt.

(Heiterkeit.)

Aber etwas sehr Bedeutungsvolles ist bei dieser Feststellung zu beachten, nämlich, daß unter diesen 1470 Stellen, die in dem neuen Jahre 1955 ausgelegt sind, nur 185 Stellen für die einheimische Besitzfestigung eingesetzt sind.

(Unruhe. - Abg. Schmidt: Bitte etwas lauter! Wiederholen Sie bitte, das haben wir nicht verstanden!)

- Ich sagte, daß nur 185 Stellen für die einheimische Landwirtschaft vorgesehen sind, weil ja von Landesseite nur 4,1 Millionen DM im Haushalt bereitgestellt worden sind. Zur Klärung, Herr Landwirtschaftsminister, darf ich anführen, daß ich in die Landesmittel nicht die 7,2 oder 8 Millionen DM einrechne, die auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes § 46 Absatz 2 als Landesmittel erscheinen in dem neuen Plan. Ich rechne sie deshalb nicht mit, weil es ja auch Bundesmittel sind, die aus den Abschöpfungsbeträgen des Bundes fließen, die wir ohne Zinsen empfangen und weiterzuleiten und nach 25 Jahren ohne Zinsen wieder zurückzahlen haben.

Das sind keine echten Landesmittel. Echte Landesmittel sind es nur, wenn sie aus dem Landesetat - dem außerordentlichen oder ordentlichen Etat - bereitgestellt werden. Ich wollte Ihnen, meine Damen und Herren, und Ihnen, Herr Minister, damit vor Augen führen, welche Aufgaben vor Ihnen stehen und welche Verantwortung Sie tragen. Ich glaube, meine Damen und Herren, unsere Kinder und Kindeskinde würden uns ein Denkmal setzen, wenn wir von den 24 Millionen, die wir für die Universität und die Institute bereitgestellt haben, 10 Millionen abzweigen und für diesen Zweck verwenden würden. Das wäre vielleicht eine produktivere Anlage, denn den Ausbau der Universität könnte man auf die nächsten fünf Jahre verlagern.

(Abg. Dr. Habighorst: Aber nur vielleicht!)

Aber selbst wenn wir in der Lage und bereit wären - und das bitte ich zu beachten, Herr Landwirtschaftsminister -, diese 10 Millionen zusätzlich aufzuwenden, würde sich auf dem Gebiete der Siedlung dieselbe Situation ergeben, wie sie mein Freund Schmidt vor zwei Tagen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues charakterisiert hat. Alle Mittel reichten dann nicht mehr aus, weil die bestehende Verwaltung nicht in der Lage wäre, dieses Volumen zu realisieren. Das ist das

(Beckenbach)

große Problem. Wir haben es wohl fertiggebracht, meine sehr verehrten Herren Kollegen, die Stellen der Techniker bei der Kulturabteilung - nicht zuletzt auf unser Drängen im Haushalts- und Finanzausschuß hin! - um zwei Dutzend zu erhöhen, wir haben es wohl durchgesetzt, daß die Zahl der Lehrlinge und Praktikanten erhöht wird, so daß vielleicht in drei oder fünf Jahren die Voraussetzungen dafür vorhanden sind, um ein doppeltes Volumen bewältigen zu können, aber es ist doch ein Mangel der Organisation, daß bei den produktiven Stellen des Landwirtschaftsministeriums nicht die Frequenz besteht, die notwendig ist, um diese produktiven Aufgaben vollauf zu erfüllen. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, Herr Minister, ich möchte das besonders betonen, aber ich weiß doch nicht, ob nicht ein anderer Minister mit anderen agrarpolitischen Auffassungen nicht zu einem früheren Zeitpunkt Veranlassung genommen hätte, eine leistungsfähigere Verwaltung zu schaffen. Ich weiß, daß Sie eine repräsentative Verwaltung in Ihrem Ministerium haben. Wir haben eine stattliche Anzahl von Ministerialräten usw. Ich kenne mich in der Verwaltung nicht aus, aber ich stehe als Kaufmann auf dem Standpunkt, daß der Schwerpunkt einer Verwaltung da angesetzt werden muß, wo der produktive Erfolg zu erwarten ist. Und der ist hier auf diesem Gebiet zu erwarten!

Er ist aber auch noch zu erwarten auf einem anderen Gebiet, das ich nachher noch behandeln werde, das ist das Gebiet der Flurbereinigung.

Ich möchte dann noch ganz kurz auf einige Momente hinweisen, die in Verbindung mit dem Problem der Strukturwandlung der Landwirtschaft stehen und die mir nicht unbedeutend erscheinen. Es wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß in unserer Landwirtschaft Unruhe herrscht und daß Kräfte am Werk sind, die diese Unruhe in unserer Landwirtschaft auszunutzen bestrebt sind. Wenn man in verschiedenen Bauernversammlungen einen Herrn v. Rohr sprechen gehört hat oder einen Freiherrn von Lüninck, dann kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß auf der Basis dieser Destruktur der Landwirtschaft Kräfte am Werk sind, die diese Notlage auszunutzen versuchen; denn, meine sehr verehrten Herren Kollegen, die Winzer in Bernkastel an der Mosel haben damals, als sie die paar Steuergroschen nicht mehr bezahlen konnten, nicht aus bösem Willen die schwarzen Fahnen hochgezogen, sondern weil das Fuder Wein damals nur 280 bis 353 Mark gekostet hat und sie nicht mehr in der Lage waren, auch nur die geringsten Steuerbeträge abzuführen.

(Abg. Groß: Über Herrn von Rohr sind wir anderer Meinung!)

Wir müssen darauf bedacht sein, daß in Krisenmomenten und in Krisenzeiten dieser Unruheherd in unserer Landwirtschaft so weit gefestigt ist, daß diese Elemente keinen Raum mehr finden.

(Abg. Groß: Im Gegenteil!)

Das ist eine staatliche Aufgabe, denn nur mit zufriedenen Landwirten und gesicherten landwirtschaftlichen Existenzen läßt sich eine positive Staatsauffassung halten und durchsetzen.

(Abg. Groß: Die helfen uns, Zufriedenheit zu schaffen!)

- Ich habe ja zum Ausdruck gebracht, Herr Kollege, wie wir diese Leute zufriedenstellen können. Stellen Sie sich einmal vor, ein Bauer hat drei Kinder. Wir schreiben hier von Landes- und Behördenseite aus über die Realteilung und über die Besitzersplitterung. Was soll der Bauer tun, wenn diese drei Kinder, die bis

zum Alter von 25 Jahren an der Erhaltung des Betriebes mitgearbeitet haben, heiratsfähig sind? Wie soll er jedem einzelnen Kind seinen Anteil an dem Betrieb sichern anders als durch Zuteilung eines Teiles des Betriebes, wenn wir ihm hier von der Landesbehördenstelle aus keinen anderen Weg weisen?

(Abg. Groß: Sie müssen existieren können!)

Wir müssen ihm den Weg bieten, daß die Erbteilung zustande kommen kann, ohne daß dem übernehmenden Sohn ein Kapital von 20 000 DM mit 8 v. H. Zinsen aufgehalst wird, das den Betrieb unrentabel gestalten würde. Wir müssen das schaffen, wir hier haben diese Aufgabe! Und wenn wir an Stelle der 1400 oder 2000 Betriebe - -

(Abg. Groß: Das nützt alles nichts, wenn keine Rentabilität vorhanden ist!)

- Wir werden es erleben, was es nützt. Mein lieber Herr Kollege, wir können durch Subventionen die Landwirtschaft nicht halten, sondern wir müssen sie auf der Basis eines gesunden Betriebes krisenfest machen.

(Erregte Zurufe der FDP. - Abg. Groß: Paritätspreise! - Abg. Schultz: Kostensenkung!)

- Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß Löhne Preise geben, denn diese Löhne, meine sehr verehrten Herren von der Freien Demokratischen Partei, die Sie nicht zahlen wollen, können in Krisenzeiten das Manko an Kaufkraft ausmachen, das die Landwirtschaft benötigt, um für ihre Produkte die Preise zu erzielen, die sie lebensfähig macht.

Diese Löhne bilden die Basis für die Kaufkraft, die die Landwirtschaft braucht, um ihre Betriebe rentabel zu halten. Das können Sie vielleicht nicht übersehen. Wir können auf der internationalen Basis nicht so zu Rande kommen, wie Sie das wünschen.

(Zurufe des Abgeordneten Claus.)

- Gut, gehen wir darüber hinaus. Machen Sie nicht zuviel Demokratie in dieser Frage! Gehen wir also darüber hinaus und wenden wir uns dem anderen Gebiet zu, das auch mit dazu beiträgt, die Krisenfestigkeit der Landwirtschaft zu sichern. Das ist das Gebiet der Flurbereinigung. Verzeihen Sie, Herr Minister, und verzeihen Sie, meine Herren Kollegen, wenn ich eine weniger optimistische Note in die Debatte eintrage, wie unser allverehrter Herr Kollege Diel es getan hat. Aber es gilt, Tatsachen festzustellen, und das müssen wir meines Erachtens tun.

Vor einem Jahr habe ich hier von dieser Stelle aus Kritik geübt, Herr Minister, daß von den 400 000 ha Land, die noch umzulegen waren, nur 22 000 ha umgelegt bzw. flurbereinigt wurden, und ich habe dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß das im nächsten Jahr mehr sein möge.

Ich habe auch zum Ausdruck gebracht, daß in diesem Jahr mehr als die zur Umlegung vorgesehenen 800 ha Weinbergsgelände umgelegt werden müßten. Leider kann ich hier keine befriedigende Feststellung machen, denn die letzten Ergebnisse aus dem Jahre 1954 sagen auch nur wieder: Besitzübergabe insgesamt 22 014 ha und darin 503 ha Weinbergsgelände. Auch auf dem Gebiete der Flurbereinigung haben wir also die Feststellung zu treffen - nicht aus bösem Willen, Herr Minister, nicht aus irgendwelcher bösen Absicht, sondern einfach aus der Tatsache heraus -, daß es Ihre Verwaltung und die Finanzkraft des Landes nicht ermöglicht haben, ein Flurbereinigungsvolumen zu erreichen, das befriedigend ist. Aus diesem Grunde ist es notwendig, hier wieder festzustellen, wir müssen Mittel und Wege

(Beckenbach)

finden, auch auf der Basis der Wirtschaftskraft unseres Landes die Leistungen für unsere Landwirtschaft zu erzielen, um die Besitzsicherung und die Besitzfestigung zu erreichen.

Aber dann gibt es noch ein drittes Gebiet, meine sehr verehrten Herren Kollegen, das ist die soziale Situation des Dorfes. Es wurde vorhin durch den Herrn Berichterstatter zum Ausdruck gebracht, daß wir auch in unserem Haushalt 250 000 DM eingesetzt haben für die Errichtung von Gemeinschaftsanlagen. Gewiß, es ist im Vergleich zu der Zahl des letzten Jahres - 50 000 DM - immerhin eine erhebliche Steigerung; aber wenn wir uns vergegenwärtigen, daß wir die Landflucht beseitigen und die Selbsthaftmachung durchführen wollen, wenn wir unserer Landbevölkerung und dem Bauern das Gefühl der Gleichberechtigung auch in sozialer Hinsicht geben wollen, dann müssen wir die sozialen Verhältnisse des Dorfes bessern und umgestalten. Wir werden versuchen müssen, mit diesen 250 000 DM etwas zu machen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß das Nachbarland Hessen für dieses Gebiet 12 Millionen DM eingesetzt hat und für die Erstellung eines Gemeinschaftshauses etwa 160 000 DM bereitstellt, so mutet diese Zahl von 250 000 DM sehr bescheiden an, obwohl wir sie begrüßen; aber wir müssen immer wieder feststellen, es ist nicht hinreichend.

Aber noch ein anderes Gebiet muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden: Wie fühlt sich denn unsere alte Bevölkerung auf dem Land, als alte Bauern, als alte Betriebsbesitzer? Wir haben hier vor einem halben Jahr und vor einem Jahr uns darüber unterhalten, wie die Altersversorgung unserer Bauern auf dem Lande zu sichern sei. Wir haben festgestellt, daß von 207 000 männlichen selbständig Tätigen nur 38 000 altersversichert sind und daß von 288 000 weiblichen selbständig Tätigen nur 24 000 altersversichert sind. Wir müssen versuchen, auf diesem Gebiete auch irgendwelche realen Tatsachen zu schaffen. Wir haben es natürlich nicht erreichen können, daß hier im Lande etwas unternommen wurde, weil der Gesetzentwurf, den wir eingereicht haben, abgelehnt wurde, aber, meine sehr verehrten Herren Kollegen: Wenn Sie eine Sicherung unserer Landbevölkerung erreichen, wenn Sie die Landflucht verhindern, wenn Sie die soziale Situation festigen und den Unruheherd auf dem Lande beseitigen wollen, dann muß auch in dieser sozialen Hinsicht etwas getan werden. Die Frage ist nur: Wie werden die Mittel mobilisiert?

Nun lassen Sie mich noch einige Worte zur Frage des Forstes sagen. Mein Freund Schmidt wird noch darauf eingehen. Wir haben in dem Haushaltsansatz zum Ausdruck gebracht, daß die melkende Kuh Forst auch so gehalten werden muß, daß sie weiterhin Milch gibt, um dem Herrn Finanzminister zu gestatten, seinen Haushalt balancieren zu können; wir müssen den Wegebau und die Aufforstung noch forcieren; wir brauchen nicht gleich drei neue Landforstmeisterstellen zu schaffen, aber wir müssen die Aufforstung betreiben und dahin wirken, daß der Wald so wieder wächst, wie wir ihn haben wollen und damit er Mittel abwirft.

Zum Weinbau seien noch einige Bemerkungen gemacht; es wurde schon verschiedentlich darauf hingewiesen, die Intendanturwein-Frage soll damit begraben und erledigt werden, daß die 600 000 DM, die das Land für Haushaltszwecke verwendet hat, bereitgestellt werden zur Förderung des Weinbaues. Der Haushalts- und Finanzausschuß hat zum Ausdruck gebracht, daß davon diejenigen, die an dem Intendantur-

wein etwa verdient haben, keinen Nutzen haben dürfen. Wir hoffen, daß das gewahrt wird. Wir wollen auch weiter erwarten - besonders wir von Rheinhessen -, daß nach Abschluß des Verfahrens um die fehlende Stockentschädigung ebenfalls ein Betrag im Etat der nächsten Jahre erscheint, der auch diesen unerfüllten Wunsch der rheinhessischen Winzer befriedigt, damit die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zu zahlenden Stockentschädigungen ausgezahlt werden können.

Ich habe mir Mühe gegeben, zum Ausdruck zu bringen, daß es noch Gebiete gibt, Herr Landwirtschaftsminister, die sehr viel intensiver bearbeitet werden müssen, daß es Gebiete gibt, die zur Festigung der Landwirtschaft beitragen, die seither sehr mangelhaft bearbeitet worden sind, und ich bitte Sie, gerade auf diese Gebiete Ihr Hauptaugenmerk zu richten. Die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei werden Sie immer haben.

(Bravo und Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Wilms:

Meine Damen und Herren! Bevor ich weiter das Wort erteile, darf ich auf der Tribüne des Hauses Schüler der Landwirtschaftsschule von Montabaur begrüßen.

(Beifall des ganzen Hauses.)

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Schultz von der Fraktion der Freien Demokraten.

Abg. Schultz:

Herr Präsident! Meine Herren! Meine beiden Herren Vorredner haben durch ihre Vorbemerkungen bewiesen, daß die Agrarpolitik im Lande von der im Bunde nicht zu trennen ist, daß beides aufeinander abgestimmt werden muß und daß beides zusammengehört. Ich möchte sagen, daß die Agrarpolitik, die innerhalb unseres Landes getrieben werden soll, hauptsächlich dazu da ist, die bäuerliche Selbsthilfe und die Initiative der Bauern zu unterstützen und zu wecken, soweit sie noch nicht geweckt ist,

(Abg. Groß: Sehr gut! - Heiterkeit.)

daß aber die Wirtschaftspolitik im Bund so ausgerichtet werden muß, daß diese Selbsthilfe der Bauern und die Initiative auch zum Zuge kommen kann.

(Sehr wahr! bei der FDP.)

Dazu gehört meiner Ansicht nach, daß - wenn wir eine erfolgreiche Landwirtschaft betreiben wollen - wir für sie die gleichen Startbedingungen schaffen müssen, wie sie für die Landwirtschaft außerdeutscher Länder besteht. Es sind da sehr starke Diskrepanzen vorhanden, und wir haben in Westdeutschland ein wesentlich größeres Paket zu tragen, außer an Unkosten, außer unserer natürlichen Benachteiligung an Klima und Boden. Deswegen sind wir daran interessiert, daß im Bundestag diese Dinge ins Lot gebracht werden, ganz gleich, ob das durch ein landwirtschaftliches Grundgesetz geschieht oder durch Parität oder wie man das nennt, es kommt uns darauf an, die Unterschiede zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Zweigen der Wirtschaft auf ein erträgliches natürliches Maß verringert zu wissen; denn wenn das nicht geschieht, ist klar, daß alle Maßnahmen, die wir hier betreiben, die also mit Flurbereinigung, mit Strukturwandel und dergleichen zusammenhängen, schließlich hinausgeworfenes Geld sind, weil wir nämlich dann nicht in der Lage sind, die Bauern auf unseren Höfen zu halten und unsere klein- und mittelbäuerlichen Betriebe am Leben zu erhalten.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

(Schultz)

Das aber scheint mir notwendig zu sein, weil wir - glaube ich - in unserer Volkswirtschaft einer gesunden Landwirtschaft nicht entraten können. Sie gehört als Glied in diesen Gesamtkörper hinein; wenn dieses Glied durch irgendwelche falschen wirtschaftspolitischen Entscheidungen verkümmert oder abgehackt wird, dann muß der Gesamtkörper Schaden leiden. Sie kommen auch an der Tatsache nicht vorbei, daß, wie Herr Beckenbach das - allerdings in einem anderen Zusammenhang - hat anklingen lassen, in weiten Kreisen des Bauerntums die Ansicht besteht, man kämpfe auf verlorenem Posten. Darüber müssen Sie sich klar sein. Ich habe vor ein paar Tagen im Südwestfunk eine Reportage über eine Umfrage innerhalb der Landjugend gehört; die war außerordentlich instruktiv, und es ist sehr erfreulich für uns, zu hören, daß doch die Masse der Jugend auf dem Lande auf den Höfen bleiben will. Aber besonders wurde in diesem Bericht gesagt, daß das Verbleiben auf dem Lande ein sehr starkes psychologisches Moment hat, und daß auch die Jugend der Ansicht ist: Wir fühlen uns verlassen, und es kann so, wie es ist, nicht weitergehen. Es kommt meines Erachtens hierbei - wenn man sich überlegt, wie das geändert werden könnte - weniger darauf an, daß man sich nun gegenseitig in die Haare gerät, ob nun der Herr v. Lüninck oder der Herr v. Rohr falsch oder richtig liegen oder ob Herr Kriedemann oder Herr Bauknecht richtig sind, sondern es kommt heute bei dem Problem Landwirtschaft darauf an, alle Kräfte zusammenzufassen, und vor allem den Teilen unseres Volkes, die sich der Tragweite dieses Problems nicht bewußt sind, einmal klarzumachen, worum es sich handelt.

Herr Kollege Beckenbach hat sich mit dem Strukturwandel beschäftigt, der sicherlich ein ausschlaggebendes Kapitel in unserer Landwirtschaft sein muß. Man kann aber nicht daran vorbeigehen, daß, wenn dieser Strukturwandel mit Mitteln des Staates allein zum Erfolg führen soll, Beträge aufgewandt werden müssen, über deren Höhe manche sich keine Vorstellung machen. Es ist schon in früheren Zeiten einmal von der Dorfauf- rüstung und Dorfauflockerung gesprochen worden, und dabei sind Pläne fertiggestellt worden; sie sahen für den Anlauf 80 Milliarden Reichsmark vor, wenn tatsächlich die Dinge so durchgeführt werden sollten, daß sie einen weiteren Bestand garantieren könnten. Wenn man also darüber spricht, muß man schon im Auge behalten, daß da sehr hohe Beträge notwendig sind, daß sie aber selbstverständlich nicht - weder innerhalb eines Landes, noch innerhalb unserer westdeutschen Bundesrepublik - in kurzer Zeit aufgebracht werden können.

Mir schiene es doch notwendig, daß man mit den Mitteln der allgemeinen Wirtschaftspolitik die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe erhöht, damit diese, die von Staats wegen geförderte sogenannte Strukturänderung - Aufstockung der Betriebe - sich von selbst mit dem Geld, das der Bauer einnimmt, vollziehen könnte, also sozusagen ohne staatliche Unterstützung. Mir scheint auch, um auf den Etat zu kommen, der uns vorliegt, daß die bäuerliche Selbsthilfe in diesem Etat besondere Berücksichtigung gefunden hat, indem nämlich mehr Mittel zur Zinsverbilligung ausgeworfen worden sind, als das früher der Fall war. Zu diesen Mitteln möchte ich auch ein Wort sagen. Ich begrüße sehr, daß unsere Agrarpolitik im Lande hier in dieser Richtung läuft. Aber leider konnten diese Mittel vielfach nicht in Anspruch genommen werden, weil es bei den Banken nicht genügend Geld gab.

Die Beleihungsgrundlagen sind zu klein. Damit komme ich wieder auf das, was Herr Kollege Beckenbach hier hat anklingen lassen Kredite werden ja nicht für die

Person gegeben - vor allen Dingen keine langfristigen -, sondern nur auf eine bestimmte Sicherheit. Das Geschäft ist auch für die Banken nicht sehr interessant, weil es sich meistens um kleine Beträge handelt, an denen wenig verdient wird, die aber viel Arbeit beanspruchen.

Hinzu kommt die unsichere Ertragslage: Der Bauer weiß ja nie, womit er rechnen kann; er hat auch keine Rücklagen mehr und scheut sich deshalb, sich in eine Verschuldung hineinzubegeben, von der er nicht weiß, wie er wieder herauskommt. Auch das hängt mit der Wirtschaftspolitik zusammen.

Nun scheint es mir aber notwendig zu sein, daß das Landwirtschaftsministerium in Verbindung mit dem Finanzministerium einmal überprüft, wie man diesem Wunsch nach Sicherheit der Banken - der durchaus zu Recht besteht - stattgeben könnte, indem irgendwelche Bürgschaften übernommen werden. Ich weiß, daß das ein sehr schwieriges Kapitel ist. Es ist aber, glaube ich, unumgänglich, daß man sich darüber einmal Gedanken macht. Außerdem ist es so, daß bei den zinsverbilligten Krediten die Zweckbestimmung - also für was diese Kredite verwendet werden sollen - sehr eng gefaßt ist, so daß auch hier wenig Spielraum gelassen ist, eigene Gedanken zur Betriebsverbesserung zu verwirklichen, wenn sie eben nicht in das System passen. Ich wäre dankbar, wenn man da die Zweckbeschränkung möglichst weit fassen könnte, damit keine Gelder verplempert werden. Kontrollmöglichkeiten sind dann immer noch genügend vorhanden. Mit dieser Verwendung der Mittel hängt eng zusammen das Problem der landwirtschaftlichen Beratung. Wir können uns heute, glaube ich, glücklich schätzen, daß man auch in der landwirtschaftlichen Beratung bei uns im Lande sehr viel mehr vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt ausgeht als vom rein agrartechnischen. Ich glaube, das wirkt sich auf unsere Betriebe sehr gut aus.

Nur meine ich, daß die Beratung - zum mindesten manchmal - zu sehr auf Spitzenbetriebe beschränkt ist, also Beispielsbetriebe, von denen aus der Einfluß dann im Dorf sich verbreiten soll, daß die anderen es nachmachen. Das funktioniert zum Teil.

Trotzdem würde ich es begrüßen, wenn in der Beratung - rein schematisch - von den Beratungsstellen aus bestimmte Betriebsgrößen in einer bestimmten Zeit vorgenommen werden, die beraten werden mit Anbau-, Düngevorschlägen und dergleichen mehr. Der Betriebsberater muß natürlich qualitativ so gut sein, daß der betreffende Betriebsinhaber auch diesen Vorschlag durchführt und sich danach richtet. Ich meine also, um das mit anderen Worten zu sagen, daß die Beratung mehr noch zu denen gehen muß, die sich bisher um die Beratung nicht gedrängt haben.

(Abg. Schmidt: Dann würden ja die Kammerbeamten ihre Freunde nicht mehr betreuen können!)

- Ich glaube, Herr Kollege Schmidt, wir sind ja dazu da, solche Dinge anzusprechen und hier Anregungen zu geben.

Es kommt mir dabei vor allen Dingen darauf an, daß die Schüler, die in der Landwirtschaftsschule gewesen sind, das, was sie in der Schule gelernt haben, auch zu Hause verwirklichen können, so daß der Betriebsberater dem Vater zu Hause sagt:

Ihr Sohn möchte das jetzt gern machen, das hat er mir erzählt, nun tun Sie etwas dafür; sind Sie in der Richtung tätig, damit der Besuch der Landwirtschaftsschule auch einen Sinn hat.

Der Herr Kollege Beckenbach hatte sich vorhin auch über die Flurbereinigung ausgesprochen und damit

(Schultz)

das Kapitel „Landeskulturverwaltung“ angesprochen. Wir können, glaube ich, sagen, daß in diesem Etat wieder erhebliche Anstrengungen gemacht worden sind, die Flurbereinigung vorwärtzutreiben und auch die Siedlung in dem Fall anzukurbeln. Über die Siedlung hat Herr Kollege Beckenbach sich auch in längeren Worten ausgesprochen. Ich glaube, auch hier sagen zu müssen, daß man nicht alles auf einmal erreichen kann und daß wir hier das Land nicht überfordern können. Denn wir sind uns ja, wenn wir alle Etats beraten, darüber klar, daß auch die Siedlung nur in einem gewissen Verhältnis zu anderen Aufgaben im Land stehen kann, zum Beispiel zum Wohnungsbau usw. Es kommt mir hierbei weniger darauf an, zu sagen, daß noch mehr getan werden müßte, sondern darauf, wieder eine Mahnung oder Anregung auszusprechen. Und da möchte ich auf die Notwendigkeit hinweisen, daß die Behörden, die dazu da sind, um die Landsiedlung vorwärts zu treiben - die Gesellschaft für innere Kolonisation und auch die Kulturämter - gut zusammenarbeiten. Das scheint mir das Wichtigste zu sein, und es dürfen hier keine gegenseitigen Kompetenzstreitigkeiten entstehen. Auch darf es nicht vorkommen, daß zum Beispiel von der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation in einem Dorf Gelände gekauft wird, wie mir ein Fall bekannt ist, das bisher von den Bauern schon liegengelassen worden ist, weil es unwirtschaftlich war. Es entstanden Gerüchte - die Leute stehen vor der Flurbereinigung -, die Gesellschaft wollte die Felder, die sie da gekauft hätte, auf einen anderen, besseren Platz verteilt haben. Das sind schlechte Dinge. Dadurch erhöht man nicht die Freude an der Umlegung. Ich glaube, es war nur ein Gerücht. Man soll aber solche Gerüchte nicht erst aufkommen lassen.

Ich möchte weiter dafür plädieren, daß diesen Siedlungsorganisationen möglichst weiter Spielraum gelassen wird in den unteren Behörden, und daß sich die obere Behörde nur als Kontrollorgan betätigt. Zur Zeit ist es, glaube ich, so, daß alle Anträge für Ansiedlung noch hier in Mainz genehmigt werden müssen. Das setzt natürlich eine verhältnismäßig lange Laufzeit voraus. Es kann vorkommen, daß dann günstige Gelegenheiten schon verpaßt sind, wenn die Genehmigung eintrifft. Es kann auch sein, daß dann Entscheidungen am grünen Tisch getroffen werden, die unten nicht so ganz richtig ankommen. Deswegen möchte ich bitten, daß man unten die Zügel vielleicht etwas lockerer läßt und sich oben auf die Kontrolle beschränkt.

Ein Wort zur Nebenerwerbssiedlung. Ich glaube, wir müssen uns davor hüten, der Nebenerwerbssiedlung im Hinblick auf die Förderung der Landwirtschaft eine zu große Bedeutung zuzumessen. Wo diese Dinge gewachsen sind wie in Württemberg - im Schwarzwald -, da ist das in Ordnung und wird von selber auch so weiterlaufen. Die Angelegenheit aber nach hier zu verpflanzen, ist gefährlich. Man muß sich genau überlegen, was man da tut. Es scheint mir manchmal so zu sein, daß für die Nebenerwerbssiedlung die Hauptsache die Erstellung des Hauses ist und daß, um besser zu Mitteln zu kommen, die 1½ Morgen Land dazugenommen werden; aber oft ist die Freude daran sehr schnell verflogen und das Land wird dann nicht mehr so genutzt, wie es genutzt werden sollte.

Bei dem Drang und der Ausweitung der Industrie und der Städte verlieren wir ja sowieso immer mehr Gelände und Boden zum Bebauen für die Landwirtschaft. Schon deshalb muß man überlegen, ob hier Dinge gefördert werden sollen, die uns letzten Endes nicht förderlich sind.

Ein Wort zur Selbsthaftmachung der Landarbeiter! Wir freuen uns über jede Maßnahme, die die Lösung dieses Problems erleichtert. Jeder, der einen Betrieb hat, weiß, wie schwierig es ist, Arbeitskräfte, insbesondere solche, die auch bleiben, zu bekommen. Es ist gut, daß hier Mittel für den Bau von Landarbeiterwohnungen ausgegeben werden. Die Wohnungen werden gebaut, und die Landarbeiter ziehen ein und arbeiten am Hofe mit. Aber dann wird plötzlich der Mann durch einen anderen Betrieb, der in der Nähe des Dorfes liegt, weggelockt, weil er dort mehr verdient. Er wechselt dann die Stelle, aber er wechselt leider nicht die Wohnung, weil er keine andere Wohnung bekommen kann. Der Landarbeiter sitzt dann also weiter in der Werkswohnung und blockiert sie für den nächsten, der dorthin kommen soll. Der Bauer hat vielleicht ein Räumungsurteil, aber er kommt damit nicht zum Zuge. Auch hier müßte überlegt werden, wie man diesen Dingen steuern könnte. Ich kann kein Rezept dafür geben.

Eine wesentliche Förderung müssen, wie auch schon Herr Kollege Diel betont hat, die Tierzucht und die Tbc-Bekämpfung beim Rind erfahren. Ich glaube, daß wir hierüber noch grundlegende Ausführungen zu hören bekommen, allerdings nicht von mir. Ich möchte nur feststellen, daß sich die Landwirtschaft sehr schnell auf die Wünsche des Verbrauchers umgestellt hat. Der Eifer, mit dem man zu tbc-freien, sanierten Ställen kommen will, ist wirklich zu loben. Es muß herausgestellt werden, daß diese neue Aufgabe, die auf die Landwirtschaft zugekommen ist, nur unter Hintanstellung persönlicher Wünsche und unter Verzicht auf andere freundliche Dinge des Lebens erfüllt werden kann. Wir mußten hier eine schwere geldliche Belastung auf uns nehmen, unbeschadet dessen, ob wir nun durch Zukauf den Bestand sanieren oder ob wir nachziehen. Es ist immer ein Verlustgeschäft. Der vielgerühmte Vorteil, wonach die nichtreagierenden Tiere die besseren Milchkuhe sein sollen, ist noch umstritten.

(Abg. Dr. Habighorst: Das kann genau so gut umgekehrt sein!)

Man kann auch sehr viele gegenteilige Meinungen hören. Außerdem ist es auch so, daß das Reagieren bei der Untersuchung noch nichts darüber aussagt, ob nun diese Kuh ansteckende Milch gibt oder nicht. Man muß darauf hinweisen, daß die erhöhte Belastung der Landwirtschaft auch irgendwie kompensiert werden muß, nicht nur dadurch, daß man nachher für die tbc-freie Milch einen höheren Preis bekommt, sondern auch dadurch, daß der jetzige Milchpreis etwas angehoben wird. Wir sind uns in der Landwirtschaft darüber klar, daß bei dem derzeitigen Milchpreis keine Rendite herauskommt, daß aber Rindvieh gehalten werden muß wegen des technischen Ablaufes des Hofes. Ich glaube auch, daß die Umstellung der Rinderbestände schneller und für den Verbraucher letztlich billiger vor sich ginge, wenn man den Milchpreis etwas anhöbe, statt auf Jahre hinaus Steuermittel zur Sanierung in den Etat hineinzustecken.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, die Frage an den Herrn Landwirtschaftsminister zu richten, ob die Einzugsgebiete für die Molkereien immer dieselben bleiben müssen. Es ist nämlich so, daß manche Gemeinde die Molkerei wechseln will, weil eben eine andere Molkerei einen besseren Auszahlungspreis hat. Eine gewisse Lockerung in diesen Bestimmungen würde ich für angebracht halten - ohne daß nun gleich durch das dauernde Wechseln ein Taubenschlag daraus gemacht wird -, damit die Molkereien angespornt werden, möglichst die beste und rationellste Verwertung der Milch herbeizuführen.

(Schultz)

Zum Schluß möchte ich meinem Blumenstrauß von Wünschen und Anregungen noch eine Distel hinzufügen,

(Abg. Dr. Habighorst: Hoffentlich keine Brennessel!)

und zwar die Distel der Flurschäden. Sie gehören eigentlich nicht hierher, aber die Anregung, die ich geben möchte, könnte vielleicht doch aufgenommen werden.

Wir sind uns darüber einig, daß die Landwirtschaft im Lande Rheinland-Pfalz am meisten unter den Flurschäden zu leiden hat. Ich will nicht sagen, daß sie mutwillig verursacht werden, im Gegenteil, man muß der Truppe bescheinigen, daß sie verhältnismäßig gutwillig ist und daß sie versucht, wenig Schaden zu machen; aber er entsteht nun mal.

Durch die sehr verwischten Zuständigkeiten in der Abschätzung und der Bezahlung der Schäden gibt es sehr viel Ärger, und zwar deswegen, weil beide Stellen, die deutsche wie die alliierte, den Bauern mißtrauen. Umgekehrt ist es genau so. Die eine Seite sagt: Ihr schätzt viel zu hoch. - Die andere Seite sagt: Wir schätzen richtig, aber wir müssen hochschätzen, weil ihr uns grundsätzlich die Hälfte abstreicht. Es wäre gut, wenn das Landwirtschaftsministerium mit den Bauernverbänden und den Kammern Richtzahlen ausarbeitete - vielleicht sind sie schon ausgearbeitet -, die den örtlichen Schätzkommisionen zur Verfügung gestellt werden, so daß da eine gewisse Schulung stattfindet und eine gleichmäßige Schätzung erfolgt. Man ist sich nämlich nicht klar darüber, ob der umgefahrene Weinstock nun mit 15,- DM oder mit 2,50 D-Mark entschädigt werden soll. Genau so weiß man nicht, wie nun kurz aufgegangene Luzerne zu betrachten ist oder wie Zuckerrüben im Juli oder August, wo sie gerade mitten im Wachstum sind, zu behandeln sind.

Wenn wir uns in dieser Richtung etwas mehr betätigten, würde bei der Entschädigung etwas mehr Ruhe eintreten, und wir bekämen nicht immer diese Beschwerden.

Über die anderen Kapitel des Etats, die noch anzusprechen sind, werden meine Freunde etwas sagen. Ich darf aber für meine Fraktion erklären, daß wir dem Landwirtschaftsetat zustimmen werden. Ich darf damit den Dank meiner Fraktion an den Herrn Landwirtschaftsminister und sein Ministerium mit allen ihm unterstellten Behörden für die in den vier vergangenen Jahren geleistete Arbeit verbinden. Ich glaube, daß wir trotz vieler unerfüllt gebliebener Wünsche doch ein gutes Stück vorwärtsgekommen sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Wilms:

Meine sehr verehrten Herren! Ich darf inzwischen weiter eine Volksschulklasse bei uns begrüßen, und zwar die Volksschulabschlußklasse von Mainz-Gonsenheim.

(Beifall.)

Wenn sich die Herren der Presse etwas beeengt fühlen, so bitte ich, mir das mitzuteilen. Ich werde dann durch den Saaldienner Veranlassung nehmen, Ihre Plätze wieder freizumachen; denn die Schulkinder, die ja das parlamentarische Leben nicht kennen, haben sich vermutlich auf die Plätze der Presse gesetzt. Aber die Herren von der Presse werden mit ihnen sprechen. Ich sehe, daß die Presse im Augenblick doch nicht tätig ist; die Mädchen können also zunächst ruhig sitzen bleiben.

Wir fahren in unserer Tagesordnung fort. Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Wetzel von der CDU.

Abg. Wetzel:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Herren! Als wir vor einem Jahr den Etat des Landwirtschaftsministeriums berieten, ging wie ein roter Faden durch die Vorbesprechungen und Verhandlungen an diesem Tage das Wort Reblaus. Ich hatte mir damals die Mühe gemacht, all denjenigen Kollegen und Kolleginnen, die keine Reblaus kannten, sie in natura im Vorraum vorzuführen.

(Abg. Herbert Müller: Lebt die noch?)

Ich bin beglückt, feststellen zu können, daß durch diese Manipulation nunmehr das Wort Reblaus hier im Parlament verstummt ist.

(Abg. Dr. Habighorst: Das war also die letzte! - Heiterkeit.)

Und zwar glaube ich, daß dies erreicht wurde, weil Sie nunmehr alle die Reblaus kennenlernten und sich überzeugen ließen, welch ein kleines, aber sehr schädliches Tierchen sie ist.

Warum sage ich das? Ich sage das, weil in dreijähriger mühsamer Arbeit die Agrarpolitiker versucht hatten, das Parlament davon zu überzeugen, daß das Land zur Bekämpfung dieser Laus mehr tun müßte als vorher. Und diese Beharrlichkeit mit dem Schlußeffekt, daß ich Ihnen die Reblaus in natura vorführte, hat uns zu dem Ziel gebracht, an dem wir heute stehen, indem die Direktbekämpfung der Reblaus uns lange nicht mehr die Sorgen macht wie vorher, daß wir damit erheblich weniger Mittel ausgeben müssen und das erreicht haben, was wir Parlamentarier damals wollten - und zwar gegen den Willen eines Teiles des heimischen Weinbaues -, nämlich ein Weinbergswiederaufbaugesetz zu beschließen, das von der Tatsache ausgeht, daß der Bauer, der Winzer als solcher, durch einen Betrag einen Teil der Mittel aufbringt, und daß diese Mittel gefördert werden durch die Mittel des Landes und des Bundes, um alsdann bei der Wiederaufbaukasse die Gelder anzusammeln, die die Wiederaufbaukasse in die Lage versetzt, die Kredite aufzunehmen, die notwendig sind, um mit Hilfe des Winzers die Reblaus zu bekämpfen, das heißt, unseren heimischen Weinbau umzustellen und vor dem Untergang zu bewahren.

Meine sehr verehrten Herren! Ich darf mit Genugtuung feststellen, daß trotz der Widersprüche jetzt schon, nachdem seit dem Sommer 1953 dieses Gesetz besteht, ein beachtlicher Erfolg zur erzielen war, und daß aus den Saulussen von damals heute Paulusse geworden sind.

Ich möchte nur ganz kurz bei dem Etat des Landwirtschaftsministeriums die Sparte Weinbau einmal berühren. Ich will nicht auf die Etatmittel eingehen, sondern nur auf das, was uns als zu erreichendes Ziel vorschwebte, was wir erreicht haben und was in Zukunft noch eine beachtliche Arbeit des Parlamentes von Rheinland-Pfalz für den Weinbau sein wird.

Meine sehr verehrten Herren! Wir haben das Kapitel Weinbergsgrenzungen. Wer mit diesem Kapitel beschäftigt ist, der weiß, wie unliebsam diese Arbeit ist; er weiß, auf welche Schwierigkeiten sie stößt, er kann aber auch beurteilen, wie notwendig es ist, um den Qualitätsgedanken des deutschen Weines zu erhalten und auf der anderen Seite Vorbereitungen zu treffen, um nicht durch den Eigenanbau eventuell auftretende Schwierigkeiten an dem Tag des freien Eindringens von Weinen aus Gegenden, die billiger und preiswerter

(Wetzel)

- durch natürliche Verhältnisse bedingt - importieren können, hervorzurufen. Denn wir werden alsdann nicht mehr leistungsfähig sein, wenn wir unseren Weinbau unter Außerachtlassung des Charakter- und Qualitätsbegriffes deutscher Weine vernachlässigen.

Deshalb begrüße ich es als Winzer mit Freude, daß der Herr Minister seinerzeit die Verfügung erließ, wonach die Weinbergsabgrenzung - im Jahre 1937 im Dritten Reich geschaffen - erneut Gesetzeskraft erhielt. Es ist nur bedauerlich, daß von 1945 bis zu diesem Erlaß in einer fast gesetzlosen Zeit, durch die Unvernunft vieler Winzer, begünstigt, eine Ausweitung stattgefunden hat, die man heute schon als weit über den Rahmen des Erträglichen hinausgehend betrachten muß.

(Hört, hört! bei der FDP.)

Lassen Sie mich das einmal sagen aus dem Blickfeld der Verhältnisse von Rheinhessen, und lassen Sie mich dabei folgenden Satz anfügen: Woher kam diese Entwicklung? Meine lieben Freunde! Durch die Besatzungszeit! Die Weine waren blockiert, aber begreiflicherweise leicht absetzbar zu guten Preisen. Das regte den Winzer in Verbindung mit seiner Existenzgrundlage auf dem landwirtschaftlichen Sektor an, sich der Ausweitung seines Weinbaugesbietes zuzuwenden, weil er da im Augenblick - ohne Überlegung, ob das auf lange Sicht der Fall sein werde - sah, daß er hier eine größere Rendite herausarbeiten konnte.

Es kam nunmehr die Verfügung des Herrn Ministers, daß die Weinbergsabgrenzungen im Rahmen der vom Reichsnährstand festgelegten Grenzen bleiben. Die Kammern haben die unliebsame Aufgabe, hier revidierend einzugreifen, und wir erleben täglich, wie sich die Ansichten des einen mit denen des anderen nicht in Übereinstimmung bringen lassen, daß sich dauernd Reibereien ergeben; und dennoch möchte ich hier am heutigen Tage sagen, daß nicht der Wille des einzelnen und sein Für oder Wider bestimmend sein darf, sondern es muß die große Linie von uns beibehalten werden; und wir müssen abschließend sagen, daß es ein wohlüberlegter und für unseren heimischen Weinbau gut vorbereiteter Entschluß unseres Herrn Ministers war, daß die frühere Weinbergsabgrenzung von ihm wieder in Kraft gesetzt wurde. Und ich habe den Wunsch, daß unsere Winzer erkennen mögen, daß letzten Endes dies auch nur in ihrem Interesse liegt, selbst wenn sie sich heute einen gewissen Eingriff in das, was ihnen vorschwebt, gefallen lassen müssen.

In Koppelung mit dieser Erkenntnis ist auch genau so gegen den Widerstand eines großen Teiles unserer Berufskollegen das Weinbergswiederaufbaugesetz geschaffen worden, und ich möchte Ihnen nur zur Illustration dafür, wie segensreich es sich bis jetzt schon ausgewirkt hat, einige Zahlen nennen; ich will Sie nicht lange mit Zahlen langweilen.

Die Weinbergsfläche in Rheinland-Pfalz beträgt 40 931 Hektar. Sie zergliedert sich in rund 13 600 Hektar in Rheinhessen, 14 700 Hektar in Rheinpfalz und 12 500 Hektar in Rheinland-Nassau. Es entfällt also fast je ein Drittel auf die einzelnen Gebiete.

Die Verseuchung in diesen Gebieten ist folgender Art. Rheinhessen hat von 175 Gemeinden 146 verseuchte Gemeinden mit einer Fläche von 13 180 Hektar = 97,5 v. H. seiner gesamten Weinbaufäche; Rheinpfalz hat von 329 Gemeinden 153 verseuchte Gemeinden mit 11 020 Hektar = 75 v. H., und Rheinland-Nassau hat von 369 Gemeinden 150 verseuchte Gemeinden mit 7012 Hektar = 56 v. H.

Meine sehr verehrten Herren! Sie ersehen aus diesen Zahlen, daß hier unbedingt etwas geschehen mußte,

um unseren heimischen Weinbau zu retten. Und nun ist die Wiederaufbaukasse ins Leben getreten - ich sprach eben schon davon -, und hat im Sommer 1953 ihre Tätigkeit aufgenommen. Wir haben nunmehr feststellen können, daß die Umstellung auf Pfropfreben, das heißt auf deutsche Reben mit amerikanischer Unterlage, schon angelaufen war, ehe die Kasse entstanden war, und daß wir in Rheinhessen eine Ertragsfläche von 3047 Hektar = 22,3 v. H. auf amerikanischer Unterlage zu verzeichnen haben, in der Pfalz 2641 Hektar = 17,9 v. H. und in Rheinland-Nassau 2487 Hektar = 19,9 v. H., insgesamt also 8187 Hektar = 20 v. H. unseres gesamten Weinbergbesitzes.

Die Kasse ist also 1953 angelaufen. Im ersten Jahre, 1953, haben sich gebildet in Rheinhessen 68, in der Pfalz 36 und in Rheinland-Nassau 24 Aufbaugemeinschaften. Im Jahre 1954 ist die Zahl gestiegen, und zwar in Rheinhessen von 68 auf 123 Gemeinden, in der Pfalz von 36 auf 48 und in Rheinland-Nassau von 24 auf 32 Gemeinden.

Meine sehr verehrten Herren! An Anbauflächen, die nunmehr aufgebaut sind, sind in Rheinhessen 150 Hektar ohne Flurbereinigung und die anderen 320 Hektar mit Flurbereinigung, in der Pfalz 260 Hektar mit Flurbereinigung und 220 Hektar ohne Flurbereinigung, in Rheinland-Nassau 220 Hektar mit Flurbereinigung und 70 Hektar ohne Flurbereinigung in Angriff genommen und durchgeführt worden.

Als Darlehen wurden von der Kasse gegeben in Rheinhessen 1 600 000 DM - 300 000 DM werden jetzt noch ausgegeben -, in der Pfalz 1 500 000 DM zuzüglich 100 000 DM, die in den nächsten Tagen zur Verteilung kommen, und in Rheinland-Nassau 90 000 DM plus 600 000 DM, die jetzt nachträglich gegeben werden.

Meine sehr verehrten Herren! Ich wollte Ihnen aus diesen Zahlen nur beweisen, daß gerade durch die Tätigkeit der Aufbaukasse diese Gelder nunmehr gegeben werden konnten, und daß der planmäßige Wiederaufbau zügig vorwärtsght. Es ist geplant - die Übermittlungen der Reben sind angelaufen -, für das laufende Jahr in Rheinhessen eine Gesamtsumme von 18 Millionen Unterlagen aufzuwenden, aus denen wir 800 Hektar aufbauen zu können rechnen, in der Pfalz rund 16,5 Millionen Unterlagsreben, mit denen wir 700 Hektar aufbauen wollen, und in Rheinland-Nassau 11 Millionen, mit denen wir 500 Hektar aufbauen wollen. Mithin werden wir erreichen, daß wir 2000 Hektar aufbauen und sie damit der Reblaus entreißen.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß unsere Winzer sich nachträglich davon überzeugen mußten, daß mit der Bereitschaft ihrer Selbsthilfe und mit der Koppelung der Bundes- und Landesmittel - wobei das Land noch die Bürgschaften für die aufzunehmenden Darlehen übernimmt - wir zügig den Weinbau fördern können.

Im Verhältnis zu der Animosität gegen die Abgrenzung haben wir beim Wiederaufbau dieselben Umstände, und wir werden unsere Winzer allmählich davon überzeugen müssen, daß nicht jeder einzelne für sich denken kann, sondern daß es Ihre und Ihrer Mitarbeiter Aufgabe, Herr Minister, und Aufgabe des Parlaments ist, gegen den Willen des einzelnen die Gefahren zu erkennen, sich stark hinter die für richtig erkannten Gesetze zu stellen und dazu beizutragen, daß wir nicht vor dem einzelnen kapitulieren, sondern zügig die ins Auge gefaßten Ziele weiterverfolgen zum Wohle von allen.

Meine lieben Freunde! Nunmehr nur noch ein ganz kurzes Wort, denn meine Kollegen wollen auch noch etwas sagen. Was bleibt als größte und wichtigste Auf-

(Wetzel)

gabe bei Abschluß unserer Legislaturperiode noch übrig, und was ist gerade in den letzten Wochen von uns noch im Weinbau- und Weinwirtschaftsausschuß in Angriff genommen und angepackt worden? Das ist ein neues Weingesetz, das den veränderten Verhältnissen entsprechen soll. Und ich möchte abschließend sagen, daß ich mich glücklich fühle feststellen zu können, daß der Weinbau- und Weinwirtschaftsausschuß in den letzten Wochen zügig an diese schwierige Materie heranging und daß es ihm gelungen ist, mit den Verbänden Weinbau und Weinhandel zusammen nach einer Sitzung in der vorigen Woche zu einem Abschluß der Arbeit zu kommen und die Dinge zügig durchzuführen. Wir können zu unserer Freude feststellen, daß wir ein Werk ausgearbeitet haben, das wahrlich vom Bundestag nicht übersehen werden kann; denn Rheinland-Pfalz, ein Land mit 70 v. H. des deutschen Weinbaues, hat bei der neuen Gesetzgebung ein gewichtiges Wort mitzusprechen.

Ich habe den Wunsch, Herr Minister, daß es Ihnen gelingt, auf Grund unserer Arbeit beim Bundeskabinett und im Bundestag die Resonanz zu finden, die notwendig ist; denn nur so können wir unseren heimischen Weinbau retten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Emil) von der SPD.

Abg. Müller (Emil):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, mich kürzer zu fassen als mein Vorredner. Ich möchte nämlich nicht auf die einzelnen Positionen eingehen. Freilich dürfte es in unserem Ländchen, das doch nur aus Klein- und Kleinstbauern besteht, eine Selbstverständlichkeit sein, daß man sich hier gerade mit dem Landwirtschaftssetat eingehend befaßt. Ich nehme aber an, daß der Haushalts- und Finanzausschuß sich bei den vorhergegangenen Beratungen so intensiv mit diesen Dingen befaßt hat, daß angenommen werden kann, daß heute keine Änderungen mehr durchzuführen sind. An sich ist das zu bedauern, da jetzt noch Probleme aufgetaucht sind, die man eigentlich schon in diese Haushaltsberatungen hätte einbeziehen müssen. Sie waren damals aber noch nicht bekannt.

Es handelt sich um die bevorstehenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Rindertuberkulose. Es wird Ihnen allen bekannt sein, daß vom Landwirtschaftsministerium eine Anordnung zur Durchführung des Tbc.-Bekämpfungsverfahrens ergangen ist. Das bisherige Verfahren basierte lediglich auf freiwilliger Grundlage und wurde in einzelnen Gebietsteilen durchgeführt. Ich komme aus einem solchen Gebietsteil, und ich darf daher für mich in Anspruch nehmen, daß wir im Kreise Altenkirchen auf diesem Gebiet wesentliche Erfahrungen gesammelt haben. Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß man sich diese Verfahren im allgemeinen etwas zu leicht vorstellt und daß die finanziellen Verpflichtungen und Probleme, die sich für die Landwirtschaft daraus ergeben, vielfach unterschätzt werden.

Wir haben bei der letzten Viehzählung in Rheinland-Pfalz eine Rindviehbestand von etwa 665 000 Tieren festgestellt. Wenn Sie davon einen Teil an Jungvieh und 12 v. H. inzwischen frei gewordene Tiere abrechnen, dann verbleiben immer noch 550 000 Tiere, die demnächst der Impfung zugeführt werden sollen. Wir haben es nun in unserem Gebiet fertiggebracht, daß im Kreise Altenkirchen ein Molkereieinzugsgebiet seit dem vergangenen Herbst vollkommen tbc.-frei ist. Ich

möchte dabei darauf hinweisen, daß wir bereits in den Jahren 1937/38 das freiwillige Verfahren aufgegriffen haben; durch die Kriegereignisse wurde es dann eingestellt, nach dem Kriege aber so bald wie möglich wieder fortgeführt. Ich sage Ihnen das, um Sie davon zu überzeugen, daß das Problem nicht unterschätzt werden darf. Wenn von den 550 000 Tieren schätzungsweise mindestens 300 000 Reagenten anfallen, die demnächst ausgemerzt werden sollen, so können Sie an diesen Zahlen ermessen, welche großen finanziellen Belastungen damit auf die Landwirtschaft zukommen werden. Wenn ich den Ausfall pro Tier nach den jetzt geltenden Notierungen mit einem Minimumbetrag von 600 DM in Ansatz bringe, so ergibt sich daraus, daß dies Verfahren eine Belastung von etwa 180 Millionen DM mit sich bringen wird.

(Abg. Sassenroth: Hört! Hört!)

Ich möchte betonen, daß dieses Zahlenmaterial auf den von uns gemachten Erfahrungen und auf den von uns laufend durchgeführten Ermittlungen basiert. Sie werden sich in Zukunft davon überzeugen können, daß diese Angaben mit der Wirklichkeit übereinstimmen.

Wenn wir nun dieses Verfahren, das sich als unbedingt notwendig erweist und dessen Durchführung - glaube ich - dem Lande möglich sein wird, auf zehn Jahre ausdehnen, so werden jährlich dafür immerhin etwa 18 Millionen DM Kosten anfallen. Sie können sich denken, daß die Landwirtschaft eine derartige Belastung nicht freudigen Herzens übernimmt, zumal sie an und für sich ja gar keine Vorteile daraus erzielt. Ich habe im vorigen Jahr schon darauf hingewiesen, daß das keine berufsständische Angelegenheit ist. Es ist vielmehr eine Angelegenheit der allgemeinen Volkswirtschaft, und die muß hier auch für die Kosten eintreten. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden meiner Ansicht nach schon allein für die Impfung der 550 000 Tiere verbraucht werden, so daß für Ausmerzungsbhilfen gar nichts übrig bleibt. Im nächsten Jahr muß es deshalb, meine Herren - Damen sind keine da! -, Ihre Aufgabe sein, rechtzeitig dafür einzutreten, daß wenigstens die Hälfte der Belastung vom Land übernommen wird. Wenn Ihnen das nicht gelingt, dann besteht die Gefahr, daß die jetzt laufend für diese Aktion zur Verfügung gestellten Mittel nutzlos verpuffen; denn eine derartige Belastung wird die Landwirtschaft nicht übernehmen können.

Wenn Sie den Ablauf der letzten Bauernversammlungen verfolgt haben, dann dürfte Ihnen nicht entgangen sein, daß man über die allgemeine Lage nicht sehr freudig gestimmt und daß manche böse Bemerkung gefallen ist. Und es dürfte nicht vorkommen, daß mir - wie das auf einer vorjährigen Versammlung geschehen ist - in bezug auf dieses Verfahren gesagt wurde: Ich glaube, mein Freund, es leben mehr von dieser Tbc.-Bekämpfung als daran sterben!

(Heiterkeit, Zurufe und Beifall bei der SPD.)

Meine Herren, das müssen wir verhüten! Sorgen Sie dafür, daß solche Mißstände nicht zu verzeichnen sind! Mit der Bitte, die Empfehlungen, die ich Ihnen vorgebracht habe, zu beherzigen, möchte ich meine Ausführungen schließen.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Piedmont von der FDP.

Abg. Piedmont:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte für meine Fraktion kurz einige

(Piedmont)

Worte zum Weinbau an dieses Hohe Haus richten. Vorweg möchte ich gleich bemerken, daß ich die Frage der Anbaubegrenzung, die der Herr Abgeordnete Wetzel angeschnitten hat, nicht so optimistisch und zufrieden beurteile, wie das aus den Worten des Herrn Kollegen Wetzel herausklang.

Ich werde aber nachher auf die Materie noch speziell eingehen. Viele meiner Kollegen sagen immer, dieser große landwirtschaftliche Etat und die vielen Mittel, die in diesem Etat zur Verfügung gestellt werden, stehen in keinem Verhältnis speziell zum Weinbau. Um diese Fragen noch einmal hier anzuschneiden, habe ich mir einige Zahlen herausgesucht - ich will Sie nicht sehr langweilen damit -, aber ich meine, für den Nichtfachmann wird es interessant sein zu wissen, daß wir im Weinbau rund 500 000 Menschen beschäftigen, daß es 150 000 Produktionsbetriebe gibt, daß mengenmäßig jährlich 3 Millionen Hektoliter erzeugt werden und daß eine wertmäßige Produktion - umgerechnet in D-Mark - in den letzten drei Jahren wie folgt lautet: 1952 226 Millionen, 1953 280 Millionen und 1954 ein Ertrag von 325 Millionen DM, die auf das Bundesgebiet entfallen. Bei diesen Zahlen sind natürlich nur die Konsumweine erfaßt, die im Herbst den Besitzer gewechselt haben; außerdem laufen die eingelagerten Weine oder Spitzenweine noch nebenher, so daß sich diese wertmäßigen Zahlen noch wesentlich erhöhen. Von diesen Zahlen insgesamt kommen 70 v. H. auf unser Land. Sie sehen allein aus diesen Angaben, daß der Weinbau in Verbindung mit der Landwirtschaft unseres Landes Rheinland-Pfalz die Rolle der Industrie in anderen Ländern spielt, und deshalb muß auch diesem Etat die entsprechende Bedeutung zukommen.

Ich möchte nicht mehr auf die positiven Punkte eingehen, die mein verehrter Parteikollege Schultz erwähnt hat. Wir werden dem Etat zustimmen und haben aus den Etatansätzen ersehen, daß die Ansätze auch in diesem Jahre zu unserer Befriedigung erfolgt sind. Nun möchte ich zu den Punkten Stellung nehmen, die von unserem Kollegen Wetzel angesprochen wurden. Besonders herausheben möchte ich - wie Kollege Wetzel sehr richtig gesagt hat -, daß sich die Wiederaufbaukasse bei uns im Lande sehr segensreich ausgewirkt hat und ein erfreulicher Run auf die Möglichkeiten des Umbaus eingesetzt hat, speziell aus Rheinhessen, dem Landesteil, der sich vorher mit Händen und Füßen dagegen gesträubt hat.

Meine sehr verehrten Kollegen! Darin liegt allerdings jetzt auch eine Gefahr, und ich möchte den Herrn Landwirtschaftsminister darauf aufmerksam machen, daß man bei der Steuerung der Mittel, die ja - wie Herr Wetzel eben sehr schön statistisch belegt hat - in ziemlich beachtlicher Höhe zur Verfügung stehen, eine gewisse Lenkung vornehmen muß, damit nicht die Gebiete, die sehr leicht und einfach umzustellen sind, nur um eine wunderschöne hohe Statistik herbeizuführen, jetzt umstellen und die tatsächlich notleidenden Gebiete, die durch die Reblausverseuchung und darüber hinaus aber auch durch ihre sehr, sehr schwierige Umstellung behindert sind, bisher schon einen Beschluß zur Zusammenlegung herbeizuführen, unberücksichtigt bleiben. Ich denke da besonders an die Gebiete, die durch Terrassen- und Mauerbau, die durch die Kriegereignisse und vor allem damit in Zusammenhang stehend den Umbau oder die Erneuerung versäumt haben, die jetzt überaltert sind, die keine Erträge mehr bringen, die zum Teil weit unter dem Gesamtdurchschnitt der Erträge in unserem Lande stehen und auf die Dauer nicht mehr konkurrenzfähig sein werden, wenn hier nicht Abhilfe geschaffen wird, indem man auch diesen - wenn Sie auch sehr schwer

zu bearbeitenden Gemeinden den Vorrang oder einen gewissen Vorrang in der Umstellung geben wollen - Kreis berücksichtigt.

Ich glaube, wir müssen auf dem Standpunkt stehen, daß zwar die Gelder prozentual entsprechend verteilt werden auf die Landesteile, daß man aber immer als erstes im Auge haben muß, daß die notleidenden Gebiete herankommen, ohne die Kosten, die damit verbunden sind, zu scheuen.

Was gerade in diesem Zusammenhang mir als Winzer im Grenzgebiet - in der Roten Zone - nicht gefällt, ist die Tatsache, daß man - und das ist auch hier lobend erwähnenswert - vom Bund Gelder für unrentierliche Maßnahmen für den Weinbau zur Verfügung gestellt hat, daß man diese Mittel in die Rote Zone hineingegeben hat, dann aber dazu übergegangen ist, die Rote Zone nicht mehr nach dem alten Modus zu betrachten, sondern sie zu erweitern. Darüber hinaus glaube ich, daß es nicht sehr schön ist, wenn man auf Grund dieser Bundesmittel, die nun einmal die Hilfe für ein bestimmtes notleidendes Gebiet darstellen soll, durch Streichen der ordentlichen Etatmittel wieder beschneidet. Es ist dies leider Gottes nicht nur der Fall hier im landwirtschaftlichen Etat; ich habe dieselbe Beobachtung gemacht bei den Zuteilungen des Saargrenzgürtels. Aus dem Sondervermögen des Grenzlandfonds sind Gelder für den Saargrenzgürtel - sie wurden besonders ausgewiesen und ausgegeben - zur Verfügung gestellt worden. Hingegen wurden die ordentlichen Mittel für Krankenhäuser usw. - ich will jetzt nicht in diesem Zusammenhang darauf eingehen - entsprechend gekürzt, so daß der tatsächliche Aufwand nicht so hoch war, wie es durch Presse und Rundfunk sowie sonstige Bekanntmachungen der Bevölkerung einmal gesagt worden war.

Ich möchte nun hier die Gründe nennen, warum diese Umstellung gerade in den Grenzgebieten und den schwierig zu bebauenden Gebieten nicht vollzogen worden ist. Sie wissen, daß der Krieg uns daran gehindert hat, darüber hinaus auch die horrenden Kosten, die der Wegebau allein verursacht, so daß wir in einer Gemeinde nur schwer einen Beschluß herbeiführen können, wenn die Winzer und Bauern die Kosten hören, die für eine derartige Zusammenlegung aufzubringen sind.

Ich möchte dann zu einem anderen Problem übergehen, das ebenfalls mein Vorredner, Herr Präsident Wetzel, angesprochen hat, die Anbaubegrenzung. Es ist dies eine Frage, die von dieser Stelle aus immer bei den Etatberatungen angeschnitten worden ist; sie ist damals noch nicht mit der entsprechenden Vehemenz behandelt worden, aber ich glaube doch heute berechnete Sorgen haben zu dürfen über die Entwicklung, die sich am Horizont doch mehr oder weniger abzeichnet.

Herr Bundeslandwirtschaftsminister Lübke hat vorgestern in Koblenz anlässlich einer Veranstaltung zu diesem Fragenkomplex in privater Form Stellung genommen. Er betrachtet die Gesamtsituation als günstig. Er glaubt weiter an die Konjunktur, er glaubt nicht an einen Rückgang, sondern im Gegenteil daran, daß die Konjunktur - speziell in unserem Weinbau - auch anhalten wird. Er ist der Meinung, daß man den Verbrauch von acht bis zehn Liter pro Kopf und Jahr steigern kann; er glaubt, daß er auf 15 oder gar 20 Liter gebracht werden kann durch intensive Werbung und durch Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten und -wege. Gebe Gott, daß es so ist, und daß wir nicht eines anderen belehrt werden müssen; denn gleichzeitig zeichnet sich am Horizont eine ganz andere Entwicklung ab; es ist der Druck des Auslandes auf unseren

(Piedmont)

inländischen Markt. Wenn man weiß, daß Frankreich in letzter Zeit als Exportprämie pro Liter 17 D-Pfennige zusätzlich gibt und dadurch kolossal auf den Preis im Inland drückt, dann sind das schon Anzeichen dafür, daß wir sehr vorsichtig sein müssen bei der Festlegung des landwirtschaftlichen Grundgesetzes, daß vor allen Dingen wir hier in unserem Lande Rheinland-Pfalz mit unserem Weinbau sehr wachsam sein müssen, damit in diesem landwirtschaftlichen Grundgesetz auch der Schutz unseres Weines mitverankert wird.

Herr Bundesminister Lübke versicherte, daß zwar in den nächsten fünf Jahren nicht damit zu rechnen ist, daß in irgendeiner Form sich die Zollsätze ändern, und er sprach die Hoffnung aus, daß der europäische Markt vor zehn oder fünfzehn Jahren noch nicht zum Tragen kommen werde, daß man sich aber in dieser Zeit so umstellen müßte, daß man tatsächlich in dieser Zeitspanne einer eventuellen Liberalisierung des Weines ins Auge sehen kann und soweit ist, daß man konkurrenzfähig sein kann.

Ich muß jetzt etwas weiter ausholen, um Ihnen klarzumachen, wohin ich hinaus will. Wir müßten von unserem Lande aus - und das will ich Sie, Herr Minister, bitten - versuchen, bei den Besprechungen in puncto Wein innerhalb des landwirtschaftlichen Grundgesetzes den Wein als eine Spezialkultur - genau wie Obst und Gemüse - hineinzubringen, ihm einen entsprechenden Schutz verschaffen und eventuell - das wäre ein Vorschlag - für den Wein eine gewisse Sicherheitsklausel - eine Katastrophenklausel - einbauen, und zwar in einem Zeitpunkt, an dem wir es an sich noch nicht nötig hätten. Denn wenn wir warten, bis wir in eine Krise hineinschlittern, dann wird es dem Ausland gegenüber wesentlich schwerer sein, eine derartige Klausel einzufügen, als es jetzt der Fall sein wird. Ich denke daran, daß man speziell irgendeinen Preis - einen Mindestpreis - festsetzt, daß, wenn die inländischen Weine unter das Minimum dieses Preises sinken, automatisch eine Einfuhrsperre einsetzt, schon in weiser Voraussicht dessen, daß eines Tages die Kontingentierung durch irgendwelche Währungsmanipulationen oder sonstige internationale Handelsabkommen fallen wird. Dann wird es schon so sein, daß wir in dieser Zeit die Sperrklausel oder Sicherheitsklausel schon eingeführt haben und wir dann kein großes Theater mehr bekommen.

Vom Ausland wird ständig ein Druck auf unseren Weinmarkt ausgeübt. Tatsächlich ist aber Frankreich nicht auf den Absatz in Deutschland angewiesen, denn bei eingehender Betrachtung der französischen Exportzahlen ist festzustellen, daß der Export nach Deutschland nur 1,2 v. H. der gesamtfranzösischen Ernte ausmacht. Wir sollten da keine Befürchtungen haben, daß wir darauf eingehen, was die Franzosen uns in diesem Punkt als dringend notwendig aufoktroyieren wollen.

Ich hatte gestern Gelegenheit aus einem Kesselwagen, der aus Frankreich mit zehngrädigem weißen Bordeaux frei Station München ankam, eine Probe zu nehmen. Der Wein ist frei Bahnhof München für 890 D-Mark je 1000 Liter eingeführt worden; das bedeutet 89 D-Pfennig einschließlich Zoll, Transport, Verpackung frei Bahnhof München je Liter.

(Abg. Hachenberg: Schade, daß sie ihn nicht mitgenommen haben! - Heiterkeit.)

Ich werde mich bremsen, Kollege Hachenberg! Na ja, Sie sehen daraus, welche Gefahr darin liegt. Sie wissen, daß Italien streikt, weil es in der Preisgestaltung von Frankreich nicht mitkommen kann und auf unsere Handelsabkommen laufend gedrückt wird durch die Länder, die Wein anzubieten haben.

Jetzt komme ich zu dem Problem, wohin ich eigentlich möchte. Sie wissen, daß wir durch die Umstellung und durch das Weinbergswiederaufbaugesetz nun eine kolossale Ankurbelung des Umbaues erfahren haben.

Sie wissen, daß durch die Umstellung von europäischen auf amerikanische Reben eine mengenmäßige Steigerung des Ertrages schon allein durch die Verjüngung, darüber hinaus durch die frohwüchsige Unterlage und durch die neuen Erkenntnisse, die wir gefunden haben, durch die Auswahl guter Träger, nun einen mehrfachen Ertrag auf einer gleichen Fläche erzielen. Nach durchgearbeiteten Unterlagen wird angenommen, daß wir in fünf bis sechs Jahren etwa 25 v. H. sogar bis zu 30 v. H. einen mengenmäßigen Mehrertrag haben, als es bisher der Fall war. Ich weiß, daß ich mich jetzt in den Gegensatz zu anderen Kollegen setze. Ich sehe aber von meiner Warte aus hierin eine große Gefahr, nicht nur, daß man durch die Erneuerung der Weinberge höhere Erträge erzielt, sondern es kommt auch noch der Drang nach Massenträgern dazu bzw. nach Sorten, die mehr tragen und dadurch die Masse erhöhen.

(Abg. Weis: Und damit auch konkurrenzfähig werden!)

dadurch allerdings auf den Markt drücken.

(Abg. Weis: Denken Sie an die 800 DM pro 1000 Liter!)

- Herr Kollege Weis, ich habe vorher schon gesagt, daß ich mich speziell in diesem Punkt nicht einigen werde.

(Abg. Weis: Die Zukunft wird es lehren!)

- Selbstverständlich, die Zukunft wird es lehren. Sie vertreten die eine These und ich verträte die andere. Ich glaube, mir hier das Recht und sogar die Verpflichtung herausnehmen zu sollen,

(Abg. Weis: Die Dinge regeln sich von selbst!)

auch hier die Landesregierung darauf aufmerksam zu machen, daß wir jetzt schon vorsichtig sein müssen. Denn nachher, wenn das Kind ins Wasser gefallen ist, gibt keinem Winzer irgend etwas. Wer weiß, was alles noch in unserem Wirtschaftsleben kommen kann. Es ist nicht so, daß alles auf Jahrzehnte hinaus vorgeplant werden kann und alles seinen Weg geht, wie wir es wünschen und wollen.

(Abg. Völker: Sprechen Sie doch zum Etat, Herr Kollege!)

- Ich spreche zum Etat, Herr Kollege Völker, das hängt damit zusammen.

Wenn wir jetzt die Anbaubegrenzung so aufrecht erhalten, wie wir sie bis jetzt haben, Herr Minister, dann glaube ich, daß wir damit nicht auskommen. Herr Wetzel hat eben so schön gesagt, daß er erfreut ist, daß wir die Anbaubegrenzung haben. Ich glaube, sie müßte viel strenger gefaßt werden. Sie muß nicht nur auf unser Land, sondern sie muß ausgedehnt werden auf das gesamte Anbauggebiet. Auch Hessen, Württemberg-Baden und Franken muß mit einbezogen werden. Die Kammerregelung, wie wir sie haben, ist zwar nach außen hin sehr schön, aber die Beachtung dieser Anordnung ist meines Erachtens in allen Landesteilen sehr lax. Ich glaube, wir müßten von dem Berufsstand aus und Sie als Ministerium darüber wachen - diesen Vorschlag möchte ich hier machen -, daß Sie beim Bund vorstellig werden, ein einheitliches Anbaubegrenzungsgesetz zu erlassen, damit die Anbaubegrenzungsregelung auch durchgeführt wird. Es darf nicht so weitergehen, wie es bisher der Fall war. Diese beiden Faktoren können uns auf dem Weinmarkt in Zukunft ganz beachtliche Überraschungen bringen.

Ich möchte damit meine Ausführungen schließen und bitten, daß diese Anregungen vom Ministerium aufgegriffen werden. Insbesondere muß geprüft werden, ob hier nicht sehr viel Wahres dran ist.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hachenberg von der Fraktion der CDU.

Abg. Hachenberg:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute vormittag hat der Herr Innenminister in seiner Eigenschaft als Sozialminister zu Beginn seiner Ausführungen gesagt, er wollte den Sprechern zum Sozialetat erklären, daß sie nicht in den Wind gesprochen hätten, sondern daß ihre Ausführungen genau beobachtet und kontrolliert würden. Das war eigentlich ein sehr gutes Prädikat.

Ich für meinen Teil werde mich bemühen, daß der Herr Landwirtschaftsminister den Rednern zum Landwirtschaftsetat genau dasselbe Prädikat ausstellen kann. Ich bedauere außerordentlich, daß mein sehr verehrter Kollege Beckenbach nicht hier ist. Ihm wollte ich nur sagen, daß er ganz recht hat, wenn er sagte, daß die Betriebsgröße bei uns viel zu klein ist. Aber eins hat er vergessen zu sagen, daß dafür die Statistik nicht allein maßgebend sein darf. Die Ertragsmöglichkeiten zwischen den Höhegebieten und der rheinhesischen und Rheinebene sind zu verschieden. Wir vom Westerwald sprechen gerne, wenn wir die Rheinebene meinen, vom „Garten Eden“. Da wird eine Betriebsgröße von 4 Morgen noch eine gesicherte Existenz sein. Aber auf den Höhen des Westerwaldes müssen es 40 Morgen sein. Dort haben wir 5 Monate Sommer und 7 Monate Winter. Hier ist es umgekehrt.

(Abg. Schmidt: Denken Sie an die Fremdenwerbung, Herr Kollege Hachenberg!)

- Ja!

Aber nun zu meiner Aufgabe. Ich habe zu sprechen zu den Abschnitten: Fischerei, Jagd und Forstwirtschaft.

(Abg. Völker: Das ist ein schönes Kapitel!)

Das sind politisch die friedlichsten Abschnitte unseres Etats. Wer hierzu spricht, kommt sicher nicht in die Gefahr, einen Vorschlag zu einer kommenden Landtagswahlrede zu halten.

(Abg. Hertel: Es hat noch kein Fisch protestiert!
- Heiterkeit im Hause. - Abg. Matthes: Kleine Fische!)

Ich beginne mit dem kleinsten Abschnitt: Fischereiverwaltung.

Meine Damen und Herren! Im Lande Rheinland-Pfalz hatten wir einst einen blühenden Berufsstand der Fischer. Die Gründe, warum er verschwunden ist, brauche ich Ihnen nicht vorzutragen: Verschmutzung der Gewässer, besonders unserer größeren Flüsse, dazu kommt die Schifffahrt, damit sind ja die kleinen Fische in ihrem Lebenselement gestört; es fehlen die Altarme. Der Berufsstand ist bis auf einen ganz kleinen Teil zurückgegangen. Wir haben aber die Hoffnung, daß es besser wird. Denn wir haben kürzlich in Koblenz eine Vereinigung zum Schutze unserer Gewässer gegründet.

Wenn Schifffahrt und Verschmutzung des Wassers den Rückgang der Fischbestände in den Großwasserläufen zur Folge hat, so waren bei unseren Gebirgsbächen andere Gründe für den Rückgang vorhanden:

- a) Regulierung der Wasserläufe im Zuge der Zusammenlegung,
- b) Abzug des Wassers aus den Hauptquellgebieten für die Wasserversorgung unserer Bevölkerung selber.

Hinsichtlich der Regulierung der Wasserläufe im Zuge der Zusammenlegung ist erfreulicherweise eine grundlegende Änderung eingetreten. Landeskultur- und Wasserwirtschaftsverwaltung haben hier gegenüber der früheren Arbeit grundlegend etwas anderes geschaffen. Dafür den Dank von dieser Stelle auszusprechen, ist mir ein besonderes Bedürfnis. Einstmals wurden schnelle Wasserabläufe herbeigeführt. Heute sucht man die Aufspeicherung des Wassers vorzunehmen. Allerdings wird es noch eine lange Zeit dauern, bis die Schäden der Vergangenheit wieder ausgeglichen sind.

Wenn ich vorhin auf den Rückgang der Berufsfischer hingewiesen habe, so sind die Sportangler aber weiter aktiv geblieben. Der Angelsport ist der Sport des kleinen Mannes.

Aus einer Statistik des Jahres 1954, welche 720 Angelsportvereine umfaßt, ergab sich folgende soziale Schichtung: Arbeiter 41,5 v. H., Angestellte 15,4 v. H., Gewerbetreibende 13,3 v. H., Rentner 12 v. H., Beamte 9 v. H. und freie Berufe 8,5 v. H.

Hieraus ersehen Sie, daß gerade unsere handarbeitende Bevölkerung im Angelsport ihre Erholung sucht. Dankbar werden diese die Erhöhung des Geldansatzes unter Kapitel 33 Titel 302: Förderung der Fischerei, von 30 000 auf 40 000 DM begrüßen. Dabei sind wir ja in der glücklichen Lage, unsern Jungfischeinsatz aus den Fischbrutanstalten des eigenen Landes decken zu können. Ich verweise auf die Staatliche Fischzuchtanstalt in Trier und die private große Anstalt in der Nähe von Mayen bei Krüft.

Hier hätte ich nun eine Bitte vorzutragen. Für Förderung des Jugendsportes und zur Schulung werden seitens des Sozialministeriums ganz erhebliche Beträge bereitgestellt. Viele Angelsportvereine haben Jugendgruppen. In diesen werden junge Menschen im Angelsport geschult und mit den gesetzlichen Bestimmungen über Fischfang usw. vertraut gemacht.

Dieser Sport ist jedenfalls ungefährlicher wie mancher andere Sport. Im Etat des Sozialministeriums sind 60 000 DM für Schulungszwecke als Beihilfe bereitgestellt. Ich bitte den Herrn Sozialminister, hiervon 10 000 D-Mark zur Schulung von Junganglern abzusetzen und den Angelsportvereinen zuzuteilen, die Jugendgruppen haben. - Widerspruch erhebt sich nicht. - Es ist so beschlossen! -

(Heiterkeit und Beifall des Hauses.)

Und nun zur Jagd! Ich habe in diesem Jahr nicht viel zur Jagd zu sagen. Das Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz ist mit viel Geburtswehen im vergangenen Jahr verabschiedet worden. Das Gutachten von Professor Dr. Baader wollen wir hier nicht mehr erwähnen. Im Endziel sind wir uns einig: Was in 160 Jahren gesündigt worden ist, kann nicht in einem Gesetz beseitigt werden. Nur eines möchte ich in Erinnerung bringen, die Zahlen in dem Gutachten von Professor Dr. Baader veranlaßten Herrn Oberlandforstmeister Bornmüller, in der Sitzung des Agrarpolitischen Ausschusses am 22. Januar zu sagen:

Die Zahlen in dem Gutachten von Professor Dr. Baader sind zum großen Teil Schätzungen, die noch abgeändert werden müssen.

Nun kommt der entscheidende Satz:

Wir haben die Absicht, zu verhindern, daß derartige Schäden entstehen.

(Hachenberg)

Meine Damen und Herren! Das sind ja Rotwildschäden. Jetzt kommen wir zu den Schwarzwildschäden, worüber früher in fast allen Sitzungen gesprochen wurde. Unsere Jäger haben eine neue schwere Sorge bekommen. Dieser schneereiche Winter hat allerhand Schwarzkittel zur Strecke gebracht. Die Jäger haben nun die Sorge, daß auch der letzte umfällt. Die Schwarzkittel sind doch die Handwerksburschen unserer Wälder. Sie streifen einmal hierhin und einmal dahin. Unsere Rehe und Hirsche wollen wir gern behalten, aber bei uns auf dem Westerwald könnten wir sehr gut auf das Schwarzwild verzichten.

(Zuruf von der SPD und CDU: Wir auch!)

Ich bedauere außerordentlich, daß der Herr Finanzminister nicht da ist. Vorhin hat Herr Beckenbach gesagt, die Forstwirtschaft sei die am besten zu melkende Kuh. Wenn nun über diese zu melkende Kuh verhandelt wird, dann muß er eigentlich dabei sein.

(Minister Dr. Zimmer: Ich werde es ihm sagen!)

- Ich danke Ihnen, Herr Minister. Es ist wirklich so, wie Kollege Beckenbach gesagt hat. Die Einnahmen aus dem Wald - ich will Sie mit den Zahlen nicht langweilen - sind von 36 Millionen im Jahre 1951 auf 45 Millionen im Jahre 1955 und für Nebennutzungen von 400 000 DM auf 1 000 000 DM im Jahre 1955 gestiegen. Die Istzahlen sind noch weit günstiger. Da die Einnahme aus Steuern dank der günstigen Entwicklung unserer Gesamtwirtschaft in den abgelaufenen vier Jahren ebenfalls laufend gestiegen sind, möchte ich sagen, der Herr Finanzminister von Rheinland-Pfalz hat vier glückliche Jahre gehabt. Größere Erschütterungen unserer Wirtschaft sind auch nicht eingetreten; es waren lediglich die Ernteschäden des vergangenen Jahres zu verzeichnen. Und hier hat der Herr Finanzminister auch wirklich nicht zu tief in die Kasse gegriffen. Ich möchte für jeden Finanzminister solche fetten vier Jahre wünschen.

Nun zu den Ausgaben! Herr Kollege Weis hat mich schon auf meine Redezeit aufmerksam gemacht; ich werde mich also ganz kurz fassen. Nicht alle Wünsche, die der Verband der rheinisch-pfälzischen Forstbeamten in seiner Denkschrift vom 25. Januar an das Hohe Haus gerichtet hat, sind erfüllt worden, aber der Haushalts- und Finanzausschuß hat getan, was er tun konnte. Weiter ist der Wunsch zum Ausdruck gekommen, daß bei der Ausbildung unserer Revierförster die Forstschulzeit auf zwei Jahre erhöht werden solle. Ich glaube, im Augenblick ist diese Frage nicht akut. Ich halte es auch nicht für glücklich, die Anwärter, deren Aufgabe doch eigentlich die Praxis ist, zwei Jahre lang in den Schulräumen festzuhalten. Es könnte vielleicht die Schulzeit um zwei oder drei Monate verlängert werden, aber die übrige Zeit sollten sie sich doch in der Praxis betätigen. Sicher ist die Ausbildung unserer Forstbeamten sehr wichtig; denn diese Beamten sollen nicht nur unseren Wald bauen und pflegen, sondern sie sollen auch Kaufleute sein. Gerade diejenigen Forstmeister, die noch die Holzverwertung haben, müssen Kaufleute sein, sonst werden sie vom Parlament oder vom Herrn Landwirtschaftsminister getadelt.

Bei dieser Gelegenheit darf ich kurz auf die überhöhten Holzpreise im vergangenen Herbst zurückkommen. Es ist doch sicher für einen eine Versteigerung leitenden Forstbeamten sehr schwer, das ihm gebotene Geld für die Staatskasse nicht zu vereinnahmen. Ihm später daraus einen Vorwurf zu machen, halte ich nicht für sehr richtig.

(Abg. Jakob Demmerle: Stimmt aber nicht ganz!)

Besser wäre es gewesen, wenn die Holzkäufer etwas mehr Disziplin gezeigt hätten. Erfreulicherweise sind

wir ja heute soweit, daß sich die Holzpreise wieder etwas normalisiert haben.

Noch ein Wort an den Herrn Finanzminister! Dem Herrn Finanzminister wollte ich Gelegenheit geben, ein gutes Geschäft zu machen. Früher wurde das Holz mit Pferden aus dem Wald abtransportiert. Heute macht es der Motor. Dazu ist Vorbedingung, daß unsere Waldwege steinfest gemacht werden. Wir haben im Schnitt gesehen bei guten Wegen ein Mehrerlös von 2,- bis 4,- D-Mark je Festmeter. Wenn wir nun sehen, daß im Lande Rheinland-Pfalz in der Staatsforstverwaltung 680 000 Festmeter Holz eingeschlagen werden und wir davon nur ein Drittel nehmen - also 230 000 Festmeter mit einem Mehrerlös von je 2,- DM -, so haben wir ein Mehr von 460 000 DM. Ich meine, der Herr Finanzminister sollte sich dieses Geschäft nicht durchgehen lassen. Hier sehe ich eine gute und glückliche Kapitalanlage. Wenn der Herr Finanzminister Dr. Nowack das Geschäft selbst nicht machen will, dann bitte ich doch um eine recht warme Empfehlung für seinen Nachfolger.

(Sehr starke Heiterkeit im Hause.)

Meine Damen und Herren! Ich komme kurz auf die Leistungen des Staatswaldes in den letzten fünf Jahren zu sprechen. Wir hatten 15 000 ha Kahlflächen, die in diesen Jahren aufgeforstet worden sind. Wir haben heute noch 1,6 v. H. Kahlfläche gegenüber einem Normalatz von 1 v. H. Also dürfen wir sagen, daß Parlament, Regierung und draußen die Verwaltung sehr ernstlich dafür gesorgt haben, daß die Kahlflächen nicht allzu groß bleiben. Wir haben im Staatswald noch 360 ha unaufgeforstete Flächen und noch 3600 ha Fläche Niederwald, die in ertragreichen Hochwald umgewandelt werden muß. Beim Gemeinde- und Körperschaftswald gibt es noch 45 824 ha umwandlungsfähigen Niederwald.

Ich will auf die Einzelheiten, wie ich sie mir festgelegt habe, nicht eingehen, sondern nur noch ein kurzes Wort zum Forstgesetz sagen. Bereits im vergangenen Jahr hat der Herr Kollege Thome bei der Beratung des Etats eine Novelle zum Landesforstgesetz gefordert. Ich glaube, ich brauche nur auf die damaligen Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers zurückzukommen. Die vielen Anstände gegenüber dem Forstgesetz kommen meiner Ansicht nach weniger durch die Sache, sondern mehr durch die Personen. Ich weiß, daß unsere jungen Forstbeamten als Staatsbeamte ausgebildet werden und dann nachher zu einer Gemeinde hinüberwandern. Da liegen die Schwierigkeiten. Wir müssen sorgen, daß diejenigen Herren, die nun einmal in den Gemeindewald gehen, etwas umlernen; denn, meine Damen und Herren, ich muß hier mal etwas sagen. Im vergangenen Jahr bin ich von einem Kommunalpolitiker von Kaiserslautern durch den Stadtwald von Kaiserslautern geführt worden.

Dieser Herr hat nicht gesagt: „Das ist der Stadtwald von Kaiserslautern!“, sondern er sagte: „Das ist unser Stadtwald; und wenn ich mit einem Westerwälder Bauern durch den Gemeindewald gehe, dann spricht er nicht vom Gemeindewald, sondern dann sagt er: „Das ist unser Wald.“

Wenn es vom Forstmeister an - ich nehme an, die obere Forstleitung wird das schon verstanden haben -, also in der mittleren und unteren Instanz etwas besser verstanden würde, sich mit den Gemeindebehörden auszugleichen, dann würden die Schwierigkeiten, die nun immer wieder genannt werden, nicht auftreten.

Und nun zu dem lauten Ruf nach dem Bundesforstgesetz. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Bundesforstgesetz vielleicht wünschenswert wäre, aber nicht vordringlich ist.

(Hachenberg)

Ich kann meine Ausführungen nicht schließen, ohne den Männern, die unseren heimischen Wald zu betreuen und zu bauen haben, ein Wort des Dankes für ihre geleistete Arbeit auszusprechen. Ich schließe das Landwirtschaftsministerium mit seinen Beamten selbstverständlich mit ein. Möge ein pflichtbewußter Berufsstand der Forstbeamten dem Lande Rheinland-Pfalz erhalten bleiben und eine Regierung und ein Parlament, die ebenso wie bisher die Fürsorge für unseren Wald als eine ihrer vornehmsten Pflichten ansehen.

(Beifall im ganzen Hause.)

Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt von der Fraktion der SPD.

Abg. Schmidt:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haben Sie keine Bange; ich habe weder die Absicht, an die Lobemauer des Herrn Kollegen Diel zu treten noch an eine Klagemauer.

(Abg. Diel: An welche erste Mauer?)

- An die Lobemauer. Ich möchte nur den Herrn Landwirtschaftsminister fragen, wie es mit der Abwicklung der Erntehilfsaktion steht.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Nach den mir gemachten Mitteilungen ist die von dem Herrn Finanzminister zugesagte zweite Rate bis zur Stunde dem Landwirtschaftsministerium nicht zur Verfügung gestellt worden, so daß die Abwicklung der ersten Teilaktion bisher nicht erfolgen konnte.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Ich möchte dazu nur eine Bemerkung machen. Wenn die Aktion überhaupt einen Sinn haben soll, dann müssen die Mittel jetzt kommen und nicht erst in einem Jahre.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich bitte den Herrn Minister, die Frage zu beantworten.

Im übrigen möchte ich einige Bemerkungen zum Etat machen. Namens der sozialdemokratischen Fraktion bin ich beauftragt mitzuteilen, daß wir zum Kapitel 07 30 die Herabsetzung des Haushaltsausschuß-Voranschlags von 45 Millionen auf 42 Millionen DM morgen beantragen werden, also hier die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß bereits bei Erhöhung dieses Titels erhebliche Sorgen gehabt, ob diese starke Erhöhung nicht zu Lasten eines übergebürligen Holzeinschlages gehen würde.

Des weiteren werden wir beantragen, Kapitel 02 Titel 300, von 395 000 DM auf 500 000 DM zu erhöhen, Kapitel 02 Titel 303 von 290 000 DM auf 400 000 DM, Kapitel 40 Titel 300 von 1 200 000 auf 1 700 000 DM, Kapitel 41 Titel 300 von 500 000 auf 800 000 DM, Kapitel 41 Titel 301 von 1 100 000 DM auf 1 500 000 DM, Kapitel 41 Titel 302 von 2 100 000 auf 2 685 000 DM.

(Heiterkeit. - Zurufe von verschiedenen Seiten. - Unruhe. - Abg. Dr. Boden: Das sind ja 10 Millionen mehr!)

- Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Verwunderung. Ich darf Ihnen verraten, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion zunächst beschlossen hatte, auf Erhöhungsanträge im wesentlichen zu verzichten.

(Abg. Dr. Boden: Ja, darüber waren wir uns einig!)

Wenn wir heute entgegen diesem Beschluß diesen Erhöhungsantrag vorlegen, dann sehen wir uns dazu in die Lage versetzt, nachdem der Herr Ministerpräsident bei Beginn der Haushaltsberatungen bekanntgegeben hat, daß die Bundeszuschußmittel von 65 Millionen auf 75 Millionen erhöht worden seien.

(Abg. Dr. Boden: Wir kennen aber doch nicht die Auswirkungen der Finanzreform!)

- Entschuldigen Sie, Herr Kollege Dr. Boden! Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt;

(Abg. Dr. Boden: Richtig!)

und wenn der Herr Ministerpräsident uns entgegen einem Ansatz von 65 Millionen jetzt 75 Millionen DM, das heißt also 10 Millionen DM mehr, ankündigt, dann ist dieser Landtag verpflichtet, diese 10 Millionen unterzubringen, denn sonst wäre der Haushalt ebenfalls nicht mehr wahr; daher unsere Anträge.

(Beifall bei der SPD. - Abg. Dr. Boden: Nein, man muß, kaufmännisch gesehen, eine Rückstellung vornehmen für die Ausgaben, die sich als Mehrausgaben aus dem Finanzreformgesetz ergeben; dafür sind die 10 Millionen da!)

Vizepräsident Wilms:

Herr Abgeordneter Schmidt! Ihre Anträge werden vorgelegt; ich habe sie im Eingang gesehen. Sie werden morgen zur dritten Lesung vorgelegt.

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Weis von der Fraktion der CDU.

Abg. Weis:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, mich zum Wort zu melden. Aber hier ist heute mittag ein Problem angesprochen worden, das mich dazu veranlaßt, Stellung zu nehmen, und zwar das Problem der kleinen landwirtschaftlichen Existenzen.

Ich weiß nicht, ob das die richtige Bezeichnung dafür ist. Ich könnte mir vorstellen, daß man es besser titulieren würde als das Problem der Höhegebiete des Landes Rheinland-Pfalz.

Herr Beckenbach hat heute mittag mit Zahlen hier operiert - die in die Hunderttausende hineingehen - von Betrieben, die sich so um 2 bis 3 Hektar herum bewegen. Bei dieser Zahlenangabe dürfte etwas nicht ganz in Ordnung sein. Statistisch mögen diese Zahlen wohl stimmen. Herr Beckenbach vergißt dabei aber, zu bedenken, daß hierunter eine Menge von Betrieben ist, die nicht als - sagen wir einmal - Hauptbetriebe, sondern als Nebenbetriebe anzusehen sind. Dazu gehören die hunderttausend weinbauliche Existenzen, von denen wir ja wissen, daß auch schon ein Betrieb von einem halben bis eineinhalb Hektar - je nach der Güte des Bodens und der Reben - in der Lage ist, eine Ackernahrung abzugeben, abgesehen von den vielen gärtnerischen Betrieben, die ebenfalls auf kleiner Fläche in der Lage sind, ihren Mann zu ernähren.

Ich möchte nun zu dem eben von mir angekündigten Problem der Höhegebiete einiges sagen. Dabei erscheint mir wichtig, darauf hinzuweisen, daß trotz aller gutgemeinten Förderungsmaßnahmen unseres Landes und des Bundes für die Landwirtschaft allgemein damit eine Hilfe gegeben wird, daß diese Maßnahmen aber für einen Teil dieser Höhegebiete keine wirksame Hilfe darstellen können. Die Landwirtschaft dieser Gebiete steht immer vor besonderen Schwierigkeiten. Eine allzu kleine Wirtschaftsfläche und besonders karger Boden sind auch durch die besten Flurbereinigungen wenig zu bessern und noch weniger zu erweitern. 12

(Wels)

bis 20 Morgen Betriebsfläche bleiben immer nur 12 bis 20 Morgen. So sehr auch hier eine Besserstellung vor sich geht, wird diese doch naturgemäß nicht als ausreichend erkannt werden können.

So werden wir uns also auch nach Abschluß all der in Gang befindlichen, gutgemeinten staatlichen Förderungsmaßnahmen vor die Tatsache gestellt sehen, daß den eben genannten Gebieten der Eifel, des Hunsrücks, des Hochwalds und auch teilweise des Westerwaldes hiermit nicht in ausreichendem Maße geholfen werden kann. Diese Gebiete wären demnach dazu verurteilt, an dem gehobenen Lebensstandard des weitaus größten Teiles unserer Bevölkerung nicht teilnehmen zu können. Die höheren Preise, die von den Menschen dieser Gebiete für ihre Produktionsgüter gefordert werden, würden ihre Lage, selbst wenn sie gewährt werden könnten, auch nicht ausschlaggebend verbessern; denn auch hier wird das Marschtempo bestimmt vom wirtschaftlich Starken und nicht vom wirtschaftlich Schwachen. Den Starken also, dem größten Teil unserer Landwirtschaft, werden wir durch diese Maßnahmen helfen können; nicht aber - wenigstens nicht in ausreichendem Maße - werden wir den Gebieten helfen können, von denen ich eben sprach.

Es wird wohl niemand in der Lage sein, hier im Handumdrehen eine Patentlösung zu finden. Um so notwendiger aber erscheint es mir, daß wir uns alle miteinander mit dieser Frage beschäftigen. Es darf nämlich nie so weit kommen, daß bei weiterer Fortentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die zu 90 v. H. für unser Volk heute schon zu verzeichnen sind, auch nur 10 v. H. unseres Volkes sich gezwungen sehen, unverschuldet ein Schattendasein zu führen.

Die von mir aufgezeigten Tatsachen entwickeln sich daher, wenn es nicht schon so weit ist, zu einem echten sozialen Problem, und das ist das Problem Nr. 1 unserer Landwirtschaft, dem nur mit besonderen Maßnahmen wirksam entgegengetreten werden kann. Subventionen und persönliche Zuschüsse allein können hier keine wirksame Hilfe mehr darstellen. Nur dann, wenn wir alle, Regierung und Parlament, ernsthaft und nachhaltig bemüht sind, unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel nach einer Lösung zu suchen, werden wir in der Lage sein, diesem auf uns zukommenden Notstand wirksam zu begegnen.

Ich bitte daher das Parlament sowie die Regierung unseres Landes, mit besonderen Maßnahmen diesem auf uns zukommenden Notstand entgegenzuwirken. Ich warne jedoch davor, glauben zu wollen, daß die in Gang befindlichen Maßnahmen auch nur in etwa ausreichen werden, um den eben genannten Gebieten helfen zu können. Denn das soziale Gefälle wird von Tag zu Tag nach dieser Seite hin immer größer.

Ich wäre zwar in der Lage, mit einigen wirksamen Vorschlägen hier anzudienen. Aber ich glaube nicht, daß die Zeit dazu richtig ist und daß diesem scheidenden Parlament noch eine derartige Aufgabe zugedacht werden könnte. Ich bin daher der Meinung, man sollte die künftigen Ausschüsse, die hier in Frage kämen, mit einer gründlichen Prüfung dieses Problems beauftragen. Es kommt nicht nur der Agrarausschuß in Frage, sondern auch der Wirtschaftsausschuß; denn es ist nicht zuletzt auch eine Wirtschaftsfrage, und nur im Einvernehmen mit diesem Ausschuß könnte vielleicht der Agrarausschuß mit seinen Experten in der Lage sein, sich mit dieser Frage dann nachher im kommenden Landtag ernsthaft zu beschäftigen.

Ich richte daher die Bitte an Sie, diese von mir vortragenen Gedanken nicht untergehen zu lassen, sondern ich empfehle denjenigen Damen und Herren, die

die Ehre haben werden, auch im nächsten Parlament hier für unser Volk tätig sein zu dürfen, sich dieser Aufgabe besonders anzunehmen. Denn wenn man sich dieser Aufgabe annimmt, ist man für einen Teil unseres Volkes tätig, der eine Hilfe notwendig braucht, und uns allen muß es der Mühe wert sein, für diesen Volksteil tätig zu sein.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat der Abgeordnete Müller (Herbert) von der Fraktion der SPD.

Abg. Herbert Müller:

Verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich wende mich bei meinen Darlegungen zu Kapitel 07 41 Wasserwirtschaftsfragen zu. Leider kann ich bei diesem Kapitel, das Fragen aus vielen Gebieten umfaßt, nur einige Punkte in meine Betrachtungen einbeziehen.

Eine Fülle von wissenschaftlichem Material der Biologen und Geologen, Untersuchungen der Gemeinden und Gesundheitsämter und Gutachten von Wasserfachleuten verzeichnen die Notwendigkeit der Schaffung von Kläranlagen und Kanalisationen. Es liegt eine solche Fülle von Material vor, daß die Bedeutung der Frage nicht mehr übersehen werden kann, und ich glaube, wir müssen alles tun, um diese Notwendigkeiten einer raschen Lösung zuzuführen. Dabei sind wir uns bewußt, daß man den Kommunen, den Ländern und der privaten Wirtschaft Belastungen auferlegen muß, die kaum getragen werden können. Aber diese Belastungen sind infolge der Größe der vorhandenen Gefahren, die als eine immer größer werdende Lawine auf uns zukommen, unvermeidlich, und wegen der bedenklichen Gefahren sind diese Anforderungen vertretbar. Und ich glaube, diese notwendigen Ausgaben werden auf uns zurückkommen als ein Segen für die gesamte Volksgesundheit und Volkswirtschaft.

Ich glaube, daß ein Blick in die Presse und in die wissenschaftliche Literatur deutlich klarmacht, daß das Problem sehr ernst geworden ist und wir diese Aufgaben nicht unterschätzen dürfen.

Auch der Mangel an finanziellen Mitteln darf uns nicht dazu verleiten, die Lösung dieser Fragen hinauszuschieben. Wenn der Rhein als der schmutzigste Fluß in ganz Deutschland bezeichnet wird - wobei ich auf die Tatsache hinweise, daß wir große Strecken des Rheines als unser Landeseigentum bezeichnen -, wenn jährlich 14 000 Tonnen hochkonzentrierte Industriesalze durch den Rhein ins Meer wandern, dazu 4 Millionen Tonnen Kiloakenschlamm und vieles andere, dann ist das der Beweis dafür, daß die gesundheitlichen Gefahren groß sind. Ein Erlaß der Landesregierung hat neuerdings wiederum darauf hingewiesen, daß das Baden im Rhein aus gesundheitlichen Gründen verboten ist. Wenn eine Reihe von Wasserwerken und Wassergewinnungsanlagen in der Nähe von Flüssen liegt und diese Ströme in das Grundwasser und damit in die Brunnen hineingelangen, so müssen wir uns bewußt sein, welche Gefahren dadurch entstehen. Ich darf an die große Typhusepidemie in Neuötting im Jahre 1948 erinnern, die nur deshalb entstand, weil eine Abwasserleitung schadhaft geworden war und dadurch das verschmutzte Wasser in das Grundwasser und in die Brunnen gelangte. Diese Epidemie forderte damals 97 Tote und über 1070 Menschen wurden auf das Krankenbett geworfen. Wir müssen alles tun, um solche Vorkommnisse zu verhindern.

(Müller, Herbert)

Nach einer Meldung in der Presse - die vom staatlichen Wasserwirtschaftsamt überprüft worden ist - gibt es bei Rodenbach (Landkreis Kaiserslautern) in der Pfalz ein Munitionslager, dessen Ausdünstungen in das Grundwasser gelangen, und es gibt kein Mittel, die Vergiftung des Grundwassers wieder zu beseitigen. Wenn wir bedenken, daß in unserem Gebiet viele solche Munitionslager vorhanden sind, so ist darin eine außerordentlich bedrohliche Lage für unsere Grundwasserströme zu erblicken; denn diese Grundwasserströme gelangen irgendwo wieder an die Oberfläche oder in die Brunnen hinein, so daß die Wasserversorgung sehr stark gefährdet ist. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir alle Mittel versuchen müssen, um die natürliche biologische Reinigung unserer Gewässer zu fördern. Der Fischereiverwaltung wird ein Zuschuß von 26 800 DM gewährt. Es wäre meines Erachtens vertretbar, wenn man hier mehr Mittel zur Verfügung stellen könnte, um zum Beispiel durch den Einsatz von Jungfischen das Wasser natürlich, biologisch zu reinigen. Man sollte das nicht nur der privaten Fischerei, der Sportfischerei, überlassen. Die Zuschüsse, die wir hier geben, werden mit Zinsen und Zinseszinsen an uns zurückfließen zugunsten der Volksgesundheit.

In einer Sitzung des Agrarpolitischen Ausschusses ist von seiten eines Regierungsreferenten darauf hingewiesen worden, daß die Anträge zur Genehmigung von Kanalisationsanlagen so zahlreich sind, daß man kaum in der Lage sei, die Anträge zu bewältigen. Ich darf weiter feststellen, Herr Minister, daß im Lande darüber geklagt wird, der Apparat in den Wasserwirtschaftsämtern blähe sich nach oben hin auf, aber in den unteren Exekutivorganen fehlten die Kräfte, um die geplanten Aufgaben durchzuführen. Man kann ja hier auch nicht mehr die Maßstäbe anlegen, die vor Jahrzehnten gegeben waren. Heute sind wir vor neue Aufgaben gestellt, und heute gilt es, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu verwerten, und deshalb ist es absolut vertretbar, daß man mehr Mittel zur Verfügung stellt, um den unteren Ausführungsorganen die Durchführung dieser Arbeiten zu ermöglichen. Wir sollten uns nicht scheuen, dies vom Parlament zu verlangen.

(Innenminister Dr. Zimmer: Neue Kosten!)

- Ja, deshalb glaube ich, wir sollten die Forderung stellen, der Verwaltung und speziell für die unteren Exekutivorgane ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Innenminister Dr. Zimmer: Hoffentlich hört das der Herr Kollege Bauer!)

Herr Minister Stübinger hat auf einer Tagung des Gemeindetages von Rheinland-Pfalz überzeugend die Gefahren, die uns auf dem wasserwirtschaftlichen Gebiet drohen, dargelegt. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, als ob der Herr Minister aus bestimmten Gründen übertrieben hätte; im Gegenteil, ich glaube sogar, daß die Gefahren gar nicht stark genug herausgestellt werden können, um die Öffentlichkeit auf diese Probleme aufmerksam zu machen. Wir haben ja in den Ausschusssitzungen dem Herrn Finanzminister für den Landwirtschaftsetat noch zusätzliche Mittel entrissen, und wir haben diese Mittel dorthin gegeben in dem Bewußtsein, daß durch diese zusätzlichen Mittel bestimmte Aufgaben erfüllt werden können. Ich muß aber jetzt die Frage stellen: Werden diese Mittel nun auch restlos für den Zweck verwendet, für den wir sie bewilligt haben? Und diese Frage muß ich mit Nein beantworten. Ich begründe das damit, daß aus den Wasserwirtschaftsämtern und Verwaltungen darüber Klagen laut geworden sind, daß ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitszeit bis zu 35 v. H. allein für die Herstellung von Statistiken in Anspruch genommen werden,

die der Bund anfordert. Zu den 35 v. H. Arbeitszeitverlust kommen dann noch 35 v. H. Personalausgaben, die uns verloren gehen, kommen 35 v. H. sachliche Ausgaben. Ich glaube, das ist eine Zweckentfremdung, die wir nicht billigen dürfen. Ich habe die Bitte, daß der Herr Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten sich mit aller Energie dagegen wehren möge. Wenn man - Gott weiß zu welchem Zweck - Statistiken braucht, dann gehört das zu der Aufgabe des Statistischen Amtes, aber nicht zur Aufgabe unserer Beamten, die, weil diese Terminaufträge ihnen die Arbeitszeit wegnehmen, nicht zu ihren eigentlichen Arbeiten kommen. Es ist also meine Bitte, daß man diese Dinge ändert.

Ich komme nun zu einem Problem, das mir am Herzen liegt, und über das sehr geklagt wird. Ich habe Verständnis dafür, daß die Behördenleiter versuchen, Ausgaben zu beschränken. Man hat Anordnungen erlassen, daß für Telefongespräche nur eine bestimmte, prozentual errechnete Summe aufgewendet werden darf. Ich habe Verständnis dafür, daß man nicht notwendige Telefongespräche unterbindet. Es ergibt sich aber nun, daß bereits in der Mitte des Monats die für Telefongespräche zur Verfügung gestellte Summe aufgebraucht ist, und wenn nun ein Beamter weitere Telefongespräche führen muß, dann beginnt eine hochnotpeinliche Befragung zweiten und dritten Grades: Wofür wurden diese Telefongebühren benötigt? Die Folge davon ist, daß der bequeme Beamte sagt: Ich habe nicht telefonieren können, ich konnte deshalb nicht den Auftrag durchführen! Andere Beamten sagen: Die Telefongebühren sind schon überzogen, gut, dann fahren wir mit dem Auto dorthin! Dann sind sie also mit dem Dienstauto hingefahren, und das hat mehr gekostet!

(Heiterkeit des Hauses.)

Nun fragt sich doch, meine Damen und Herren, was soll denn der Beamte machen, wenn er irgendeine Aufgabe durchführen muß? Er sagt: Ich kann nicht telefonieren, denn ich habe mein Konto schon überzogen, und tue ich es doch, dann kommt das Verhör. So kann man das nicht machen. Ein fleißiger Beamter, der aktiv ist, der muß doch verzweifeln darüber, daß er seine Arbeit nicht tun kann, weil das von einem Telefongespräch abhängt. Ich bin der Meinung, es sollten lieber 30 Telefongespräche sachlich nicht begründet sein, als daß man die Aktivität eines Beamten auf solche Weise hemmt und ihn an der Durchführung seiner Arbeitsaufgaben hindert. Ich bitte Sie deshalb, Herr Minister, doch etwas mehr Vertrauen zu dem Verantwortungsgefühl unserer Beamten und Angestellten zu haben. Man sollte den bequemen Menschen nicht einen Vorwand liefern, um eine Arbeit nicht zu tun, sondern man sollte die fleißigen Menschen unterstützen, die telefonieren, die organisieren, planen und schaffen!

Der Herr Staatsminister Stübinger hat noch eine andere Frage angeschnitten, und zwar hat er bei einer Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, er wünsche, daß die Kanalisierung auch deshalb gefördert werde, weil insbesondere auf den Dorfstraßen durch Vereisung verkehrstechnische Gefahren entstehen. Dazu kann ich einen Fall anführen, der die Gemeinde Maxdorf in der Pfalz - an der Bundesstraße 38 - betrifft. Dort sind in einem Zeitraum von drei Jahren 50 Menschen - zum Teil tödlich - verunglückt.

Marxdorf liegt zwischen Oggersheim und Bad Dürkheim. Die starkbefahrene Bundesstraße geht als Hauptstraße mitten durch den Ort. Es gibt keine Trottoire und keine Bordsteine. Ich war bei dem Bürgermeister. Er sagte: Ja, ich würde die Bordsteine setzen, die Trottoires herrichten, aber ich muß ja erst die Kanalisation

(Müller, Herbert)

hineinlegen, ehe ich das machen kann, ich habe nicht das Geld dazu, erst die Trottoire herzurichten und später die Kanalisation. Aber das ist eine vor kurzem selbständig gemachte Gemeinde, und sie hat keine finanziellen Mittel. Voraussetzung wäre also, um den Gefahrenpunkt dort zu beseitigen, der wirklich groß ist, einer solchen Gemeinde zinslose Darlehen zu geben, damit die Kanalisation gemacht wird, dann erst werden die Bordsteine gesetzt. In dieser Angelegenheit hätte ich den Wunsch, daß man sie wie von mir vorgeschlagen regelt.

Ich habe noch eine Frage, Herr Minister, die Frage des Frankenthaler Kanals; ich will sie heute nicht behandeln; ich bin nur der Meinung, Ihre Mitteilungen und die Mitteilungen des Wasserwirtschaftsamts in Neustadt, haben doch manches übersehen, denn in meiner Heimatgemeinde Ludwigshafen stehen wir vor der ersten Frage, eine Zufahrtsstraße bauen zu müssen - eine Umgehungsstraße - zur Autobahn. Wenn die Frage des Kanals gelöst werden wird - wir glauben, daß der Kanal nicht mehr die Bedeutung hat - dann dürften wir in Ludwigshafen erstens besser planen können und zweitens würden wir viel, viel Geld sparen, wenn der Kanal eingeebnet würde. Wir hätten die Möglichkeit, den vielen Landwirten, die fleißig sind, denen aber jeden Tag Land weggenommen wird durch das Wachsen der städtischen Industrie, viele Hektar Land zu geben, damit sie in ihrer Landwirtschaft tätig sein können, und es wäre möglich, den vielen Bauern, die heute abwandern müssen wegen Mangel an Land eine weitere Existenzgrundlage zu geben. Ich möchte damit sagen, Herr Minister, wir stellen zu diesem Kapitel keine neuen Anträge, aber ich bitte, daß Sie zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen und sich bemühen, den Fragen gerecht zu werden und besonders den Problemen in bezug auf die Telefongebühren und wegen der Statistiken sowie einer Reihe anderer Fragen, die ich angeschnitten habe.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kern von der Fraktion der FDP.

Abg. Kern:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gestern Abend aus dem Rundfunk erfahren, daß unser Herr Ministerpräsident und jeder seiner Minister an je einer Feier aus Anlaß des „Tages des Baumes“ teilgenommen hat oder noch teilnimmt. Ich muß Ihnen sagen, daß ich mich darüber ganz besonders gefreut habe, erstens weil ich selbst Gartenbauer bin, zweitens weil ich Vorsitzender des Bundes Deutscher Baumschulen Pfalz bin und drittens, weil ich daraus erkannt habe, daß unsere mühsame Propaganda, die wir früher für diesen Gedanken eingeleitet haben, berechtigt war und auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Ich kann allerdings nicht verschweigen, daß ich künftig - wenn ich in diesem Hause weiterhin bleiben sollte - beantragen werde, daß, wenn wieder eine Etatberatung mit dem „Tag des Baumes“ zusammenfällt, dann die Vertreter des Gartenbaues zuerst sprechen dürfen und nicht gewissermaßen am Schwanz rangieren müssen.

(Abg. Motz: Die pflanzen ja keine Obstbäume!)

In der Tat sind Blumen und Zierpflanzen, Gärten und gestaltete Landschaft Grundlagen deutscher Lebens- und Wohnkultur und Stütze einer gesunden Sozialordnung. Sie sind darüber hinaus aber noch mehr. Ich muß diese paar allgemeinen Bemerkungen machen und ich hoffe, nicht den Vorwurf zu bekommen, der

vorhin in einem anderen Zusammenhang gemacht wurde; aber in diesem Hohen Hause ist über Gartenbau noch relativ wenig und in dieser Form vielleicht noch gar nicht gesprochen worden, und so seien mir einige ganz kurze grundsätzliche Bemerkungen gestattet.

Ich wollte sagen, daß der Gartenbau über die bereits angesprochenen Eigenschaften auch noch die sicherste Ernährungsgrundlage für das deutsche Volk abgibt, denn es kann nicht bestritten werden, daß immer dann, wenn deutsche Erzeugnisse gartenbaulicher Art nicht oder nicht in genügender Menge vorhanden sind, im selben Augenblick das Ausland, das sonst allzu leicht bereit ist, in Kampfpreise einzutreten, mit seinen Preisen so in die Höhe geht, daß sie fast unerschwinglich werden. Aus diesem Grunde müssen wir den deutschen Gartenbau weiterhin stützen, wo wir nur können.

(Abg. Diel: Sehr richtig!)

Dazu kommt als mitentscheidender Faktor, daß der deutsche Gartenbau auch unbestrittenermaßen eine Quelle der Volksgesundheit ist. Das kann und wird niemand bestreiten. Er ist aber auch ein Auftraggeber der Wirtschaft, wie wir sie nicht allzu viele haben. Wenn ich mich recht erinnere, produziert der deutsche Gartenbau mit dem, was dazu gehört, in der Bundesrepublik für nahezu 2 Milliarden DM. Ich habe mir die Zahlen für das Land Rheinland-Pfalz beschafft und dabei festgestellt, daß der Verkaufswert der Gartenbauerzeugnisse, die erfaßt wurden - die erfaßbar sind -, wobei ein großer Teil, soweit er in den Haushalt und an Verwandte geht oder in sonstige Kanäle wandert, nicht enthalten ist - 90 Millionen DM ausmacht, davon Obst und Gemüse 58 Millionen, Blumen und Zierpflanzen 32 Millionen DM. Die zurückliegenden Krisenzeiten des deutschen Gemüse- und Obstbaues haben nach allen möglichen Experimenten mit Wertzöllen und mit Gewichtszöllen dann dazu geführt, daß man daran gedacht hat, eine gewisse Planung einzuführen, eine Andienungspflicht zu schaffen, eine Abnahmepflicht zur Auflage zu machen, eine Anbauregelung vorzuschreiben - so ähnlich, wie man diese Dinge auch in Holland hat - einen Stützungsfonds zu schaffen - gleichfalls parallel zu Holland -, der dann angefaßt werden kann, wenn besondere Notzeiten sind, um den Preis so zu halten, daß er wenigstens die Erzeugerkosten deckt, und schließlich noch die Einfuhr-Sperrzeiten.

Sie alle können sich an die Debatten erinnern, die wir in diesem Hause führen mußten, weil plötzliche Schwemmen deutscher Produkte - sei es auf dem Gemüsemarkt, sei es auf dem Obstmarkt - den Absatz deutscher Erzeugnisse nicht mehr durchführbar erscheinen ließen. Man ist nach langem Brüten zu dem Ergebnis gekommen, daß die vorhin geschilderten Methoden - auch nicht geeignet mangels gesetzlicher Grundlagen und infolge der Schwierigkeiten, eine geeignete gesetzliche Grundlage zu schaffen - ersetzt werden sollten durch die Einführung der sogenannten gleitenden Zölle. Diese gleitenden Zölle haben in der Tat sehr viel für sich, und ich kann Ihnen ja hier sagen, daß sich sowohl der Bundesfinanzminister als auch der Bundesminister für Ernährung für die gleitenden Zölle einsetzen. Die gleitenden Zölle haben den Vorteil, daß hohe Einfuhrpreise niedrige Zölle bedingen oder überhaupt zur zollfreien Einfuhr führen, aber auch umgekehrt. Es gibt dadurch eine gewisse Stabilität; das ist unverkennbar. Der Gartenbau wird aber mit einigen Gegnern rechnen müssen; soweit Ministerien in Frage kommen, wird die Frage vorläufig insbesondere noch bei dem Wirtschaftsministerium geprüft. Dort hat man einige Bedenken, aber auch die Großimporteure wer-

(Kern)

den mit dieser Lösung nicht ganz glücklich sein; ich könnte mir auch denken, daß die Gewerkschaften opponieren, die schon wieder eine gewisse Gefahr wittern, daß das zu einer Verteuerung führen könnte, was gar nicht der Fall ist. Wir müssen also noch mit einigen Gegnern rechnen. Jedenfalls kann man sagen, daß die Sperrzeiten und die Gewichts- und Wertzölle allein in gar keinem Falle mehr genügen. Es müssen im übrigen die Grundsätze gelten: Binnenmarkt geht vor Export, Einfuhr gleich Bedarf, Export von Gartenbauerzeugnissen entsprechend der Importerleichterung.

Nun, Herr Minister, einige Vorschläge auf dem Sektor des Gartenbaus. Die Landes-Lehr- und Versuchsanstalten bzw. die Forschungsanstalten sollten doch personell und finanziell in der Lage sein, in der Lehre, im Versuchswesen und in der Forschung erfolgreich arbeiten zu können. Dazu gehören aber personell ausreichende Arbeitskräfte, wissenschaftliche Kräfte, Lehrer, Techniker, Gehilfen, Arbeiter. Zur Zeit ist in jeder Anstalt unseres Landes der Personalstand durchaus unbefriedigend. Die vorgesehenen Arbeiten können zur Zeit überhaupt nicht durchgeführt werden. Das Einnahme-Soll der Anstalten darf nicht zum Selbstzweck werden; unnötige Regietätigkeit der Behörden wirkt sich nur schädigend auf die freie Wirtschaft aus; außerdem arbeiten behördliche Regiebetriebe viel zu teuer; Sachmittel müssen den Anstalten in dem Umfang zur Verfügung gestellt werden, wie es ihr Aufgabengebiet erfordert.

Nun eine Anregung, Herr Minister, etwas, was es in unserem Lande auf diesem Sektor noch nicht gibt. Damit der Berufsnachwuchs Gelegenheit bekommt, sich nach beendeter Ausbildung das praktische Rüstzeug und die Erfahrungen für das eine oder andere Spezialgebiet anzueignen, sollten die sogenannten Wechselstellen im Stellenplan eingeführt werden. Diese Stellen werden nur für ein Jahr besetzt und müssen dann gewechselt werden; so wird in kurzer Zeit vielen Nachwuchskräften die Möglichkeit geboten, sich weiter auszubilden zu können. Die Bezahlung müßte etwa nach TO. A VIII oder VII erfolgen. Diese Leute wären froh, wenn sie überhaupt durch den Wechsel von einem Land in das andere die Möglichkeit bekämen, die verschiedenen Methoden in den Anstalten kennenzulernen, auf die sie dann aufbauen können.

Ich will Ihnen, Herr Minister, auch eine Einsparungsmöglichkeit angeben, und zwar beim Pflanzenschutz. Die Pflanzenschutzämter sollten gesetzliche Pflanzenschutzmaßnahmen überwachen. Sie sollten Pflanzenschutzgemeinschaften gründen oder gründen helfen. Aber, von Großeinsätzen bei Katastrophen abgesehen, sollten sie nicht selbst praktische Durchführung betreiben. Die Betreuung der Pflanzenschutzämter mit der Verwaltung von staatlich beschafften Pflanzenschutzgeräten wie in der Ära der Kartoffelkäferbekämpfung zu Reichsnährstandszeiten, ist abzulehnen. Die Einrichtung von behördlichen Reparaturwerkstätten hätten hohe Personal- und Einrichtungskosten zur Folge, wie Werkzeuge und Maschinen usw. Das Pflanzenschutzgerätelager Bad Kreuznach sollte aufgelöst werden.

Das ist nicht nur meine persönliche Ansicht, sondern auch die Ansicht einer ganzen Reihe von Fachleuten. Es ist auch die grundsätzliche Ansicht eines Vorkämpfers, so möchte ich sagen, auf diesem Gebiet, was die Prüfung der Wirtschaftlichkeit solcher Einrichtungen betrifft. Ich denke hier an Herrn Oberregierungsrat Dr. Thiem. Er ist zur Zeit in Heidelberg zu erreichen.

(Abg. Diel: Darüber gibt es noch andere Meinungen!)

- Jawohl! Ich habe ja die Einschränkung gemacht: bei Großeinsätzen. Aber dieses Gerätelager, Herr Kollege, könnte man aufteilen, indem man an Gartenbauvereine oder an irgendwelche anderen Leute, sogar an Privatleute, Geräte abgibt gegen Leihgebühr oder zu treuen Händen. Man könnte so erhebliche Kosten sparen.

(Abg. Diel: Nein, nein!)

Denn sie brauchen doch zur Unterhaltung eines solchen Lagers eine Reparaturwerkstätte. Sie müssen Leute beschäftigen. Das ist unlohnend. Sie können das auch in der diesbezüglichen Literatur nachlesen.

(Abg. Diel: Sie müssen schulen und lehren. Das ist Anschauungsunterricht der Landwirtschaft!)

- Hier dreht es sich ja nicht um eine Schule, sondern um ein Gerätelager. Aber darüber können wir bei Gelegenheit weiter debattieren.

(Abg. Diel: In Ordnung!)

Jedenfalls, Herr Kollege Diel, in Nordrhein-Westfalen wurden diese Pflanzenschutzgerätelager bereits aufgelöst auf Grund der gleichen Betrachtungsweise, wie ich sie hier vorgetragen habe.

Nun, Herr Minister, eine weitere Anregung hinsichtlich des Blumen- und Zierpflanzenanbaues. Hier wird allseits verlangt, daß eine Spezialkraft eingestellt wird, die sich mit der Prüfung der Betriebe bezüglich gewisser Krankheiten und Schädlinge befassen soll. Es wurde der Fall gemeldet, daß ein angesehenes Betrieb an hunderte kleine Gärtnereien nematoden-verseuchter Jungpflanzen geliefert habe. Derartige Dinge müssen natürlich nach Möglichkeit verhindert werden, weil sonst Schäden entstehen, die unabsehbar werden.

Nebenbei erwähnt - hat auch der Bundesernährungsminister den Ländern dringend empfohlen, solche Spezialkräfte einzustellen. Die Schulen und die Fachberater sollten sich mehr als bisher auch der kleinen Betriebe annehmen. Persönliche Sonderinteressen der Fachberater darf es dabei nicht geben.

Die Errichtung des Referates „Gartenbau“ im Landwirtschaftsministerium hat sich ausgesprochen segensreich erwiesen. Man weiß jetzt, an wen man sich zu wenden hat. Das ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Vorher hatte man auf dem Sektor Gartenbau immer im ganzen Land herumsuchen müssen, wenn man irgendeine Auskunft haben wollte. Außerdem glaube ich feststellen zu können, daß unser Minister Stübinger in der Besetzung dieses Amtes eine sehr glückliche Hand hatte.

Ein weiteres Gebiet - kurz gestreift, wo auch eine Einsparungsmöglichkeit vorhanden ist - ist das Gebiet der Obstverwertung. Ich habe festgestellt und wurde merkwürdigerweise nicht durch einen Kreisfachberater für Obst- und Gartenbau, sondern durch Schlachthofdirektoren, aufmerksam gemacht, auf eine bestehende hervorragend eingerichtete neuwertige Kühlanlage mit einem für unsere Verhältnisse ungewöhnlichen Fassungsvermögen. Ich denke an den Schlachthof in Frankenthal. Dort stehen 544 qm Fläche seit 1950 unbenutzt zur Verfügung. Das ist um so erstaunlicher, als Sie sich alle erinnern können, daß wir in den letzten Jahren wiederholt hier debattiert haben, wie man das Obst über die Krisenzeiten hinwegretten könnte. Ich erinnere mich eines Gespräches bzw. Vorfalles beim Finanzamt in Bad Dürkheim - ich war dabei -, wo ganze Wagen Zwetschen abgeladen wurden. Ich wußte auch nichts davon, daß in Frankenthal eine Anlage besteht, die immerhin in der Lage gewesen wäre, 7500 Zentner gleichzeitig zu lagern, und zwar - je nach Bedarf - entweder auf drei bis vier Tage bei ganz schnell verderblichen Artikeln - bei Steinobst auf acht Tage

(Kern)

oder auf Wochen und Monate beispielsweise bei Kernobst, also Äpfeln und Birnen -.

Diese Gelegenheit wurde nicht ausgenutzt. Wie ich hörte, wird jetzt sogar in Weisenheim eine neue Anlage erstellt. Solche Anlagen kosten Hunderttausende Mark. Es ist anzunehmen, daß auch diese Anlage mit Zuschuß gebaut wird. Ich würde anregen, zu überlegen, daß man, bevor man neue Anlagen dieser Art mit Zuschußmitteln baut, prüft, ob man nicht die vorhandenen zuerst ausnutzen soll. Meine Ausführungen mögen nicht so verstanden werden, als ob ich gegen neue Anlagen etwas einzuwenden hätte. Nur meine ich, sollten die alten Anlagen zuvor ausgenutzt werden.

Noch ein kurzes Wort über die Klein- und Abfindungsbrenner; auch im Zusammenhang mit Obstbau und Obstverwertung. Sie wurden ja damals eingesetzt und haben auch in der Tat einen Großteil der Zwetschenmaische verarbeitet. Ich würde aber wünschen, daß unser Minister Stübinger sich insofern auch für die kleinen Abfindungsbrenner unseres Gebietes verwendet, als er sowohl bei der Oberfinanzdirektion in Koblenz wie notfalls auch beim Bundesfinanzministerium versuchen sollte zu erreichen, daß sie gleichmäßig behandelt werden wie die Brenner des gesamten übrigen Bundesgebietes und nicht schlechter. Ich denke hier an die verlangte Eintragung der Litermenge nach jedem Abtrieb.

Die Besatzungs- und Manöverschäden, auch die Schäden, die bei der Flurbereinigung in Dauerkulturen auftreten können, möchte ich nur ganz flüchtig streifen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß solche Schäden in voller Höhe wiedergutmachen sind. Man sollte die Leute nicht vertrösten, bis die ganzen Anlagen abgestorben sind, sondern die Entschädigungen müssen in dem Augenblick bezahlt werden, wo zu erkennen ist, daß die Leute nicht mehr in die Nutznießung dieser Anlagen kommen.

Noch ein Wort zu dem Bewässerungsprojekt Vorderpfalz. Die Art der Erledigung des damals einstimmig angenommenen Antrages läßt vermuten, daß es richtiger und vermutlich für das Land sogar billiger gewesen wäre, wenn ein tüchtiger privater Wasseringenieur mit der gestellten Aufgabe betraut worden wäre; denn über Zwischenbescheide sind wir praktisch nicht hinausgekommen. Wenn Behörden zusätzliche Aufgaben bekommen, so ist das erste, was verlangt wird, ein wesentlich vergrößerter Mitarbeiterstab. Es wird mit ihm nichts gespart.

Für das sogenannte Alpenprogramm des Landes Bayern, das auf Jahre die Bereitstellung von jeweils 4,5 Millionen DM vorsieht, sollen Bundesmittel zur Verfügung gestellt worden sein. Es wäre zu prüfen, ob solche Bundesmittel nicht auch für unser Projekt zur Verfügung gestellt werden könnten, zumal es sich dabei um Aufwendungen handelt, die sich recht gut bezahlt machen. Ich darf einschalten, daß auch der Teilbericht, der zuletzt vorgelegt wurde, ausdrücklich bestätigt hat, daß an der Wirtschaftlichkeit dieses Projekts überhaupt nicht gezweifelt werden könne. Insoweit bin ich mit diesem Teilbericht durchaus zufrieden.

Zur Waldwirtschaft! Die Nachholaufforstungen gehen jetzt zu Ende, nicht aber die Pflegearbeiten. Die Mischungsverhältnisse müssen laufend reguliert und vervollständigt werden. Ein Mehr von 500 000 DM könnte sich hier natürlich nur segensreich auswirken. Daneben müssen jetzt unbedingt die Straßen und die Wege ernsthaft angefaßt werden. Bayern und Baden-Württemberg brachten bisher ein Vielfaches unserer Leistungen dafür auf, auch relativ. Seit Kriegsbeginn

wurde bei uns nichts Entscheidendes mehr in dieser Richtung unternommen. Die vorgesehenen Mittel sollten auch hier nach Möglichkeit um 500 000 DM erhöht werden.

Die Pfalz besitzt rund 50 v. H. der Staatswaldfläche unseres Landes. Wir hatten aber fast 70 v. H. Einnahmen aus den Staatswaldungen von Rheinland-Pfalz. Dem Teil aber, der das Geld bringt, sollte man auch entsprechend davon zuteilen. Allerdings hatten wir auch bei Bayern auf diesem Gebiet unseren Kummer.

Auch aus der notgedrungenen Vernachlässigung des Straßenbaues haben sich die jetzigen Schwierigkeiten ergeben. Der Kauf von bebauten und unbebauten Grundstücken als Ersatz muß angestrebt werden. Der Schwund des Staatswaldes durch Beschlagnahmen aller Art muß irgendwie ausgeglichen werden. Bisher galt die Regelung respektive Ermächtigung, soviel an Neuerwerbungen finanzieren zu dürfen, als durch den Erlös aus Verkäufen gedeckt werden konnte. 200 000 DM sollten zur Verfügung gestellt werden, um besonders günstige - nur befristete - Kaufmöglichkeiten ausnutzen zu können.

Die Betonung des Grundsatzes in unserem neuen Jagdgesetz, daß die Holzerzeugung vor der Jagd rangieren müsse, ist dann - aber auch nur dann - ganz außerordentlich zu begrüßen, wenn dem darin zum Ausdruck gekommenen Willen des Gesetzgebers in der Praxis tatsächlich voll Rechnung getragen wird und dadurch die bisher jährlich auf 2 bis 3 Millionen DM geschätzten Wildschäden in unseren Staatswaldungen auf ein Minimum reduziert werden.

Nun möchte ich noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Diel machen, die ich als nahezu geschäftsschädigend empfunden habe.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Herr Kollege Diel hat heute gelegentlich seines ersten Referates erklärt, daß man bloß durch die Lande zu fahren brauche, um festzustellen, wieviel Bäume umgehackt werden und daß mithin der Obstbau das Unrentabelste sei, was es gibt, sinngemäß ungefähr so.

(Abg. Diel: So ist es!)

Dagegen, Herr Kollege Diel, muß ich heftig protestieren. Diese Darstellung könnte nach außen den Eindruck erwecken, als ob es das Vernünftigste wäre, nun alle seine Obstbäume umzuhacken. Das wäre ein Verbrechen!

(Abg. Diel: Ich habe davon gesprochen, was ist.

Wenn sie nicht blind durch die Straßen fahren, müssen Sie das sehen!)

Lassen Sie mich einmal sagen, was ich damit für einen Gedanken zum Ausdruck bringen will. Sicher gab es Zeiten, in denen irgendein Artikel, irgendeine Obstart, ganz besonders schlecht bezahlt wurde, sei es durch eigene Überproduktion, sei es durch zu große Einfuhr. Ich kann Ihnen zwei Beispiele nennen, Herr Kollege Diel, da war der Preis derart abgesackt, daß ganze Hektare dieser Kulturen abgeholzt wurden mit dem Ergebnis, daß ein paar Jahre später diese Produkte in ihrem Preis derart gestiegen sind, daß die Baumschulen nicht mehr in der Lage sind, jetzt schnell genug die Pflanzen zu liefern.

Ich erwähne z. B. Sauerkirschen, Johannisbeeren, insbesondere schwarze Johannisbeeren. Wir sind nicht mehr in der Lage, die Pflanzen aufzubringen, weil die Leute voreilig ihre Bestände umgehackt haben.

Ich meine also, man sollte in einem so Hohen Hause wie hier die Dinge so darstellen, wie sie sind, um nicht

draußen fälschlicherweise den Eindruck entstehen zu lassen, als ob das Weghacken der Weisheit letzter Schluß sei.

(Lebhafter Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Wilms:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Platten von der Fraktion der CDU.

Abg. Platten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die starke Belastungsprobe, der die Herren Kollegen und auch die Herren der Regierung im Laufe dieser drei Tage ausgesetzt waren, will ich versprechen, höchstens 5 bis 6 Minuten hier zu reden.

(Beifall des Hauses.)

Wenn man im Laufe der Verhandlungen des heutigen Nachmittags die manchmal erschreckende Leere des Plenarsaals betrachtete, dann mußte man zwangsläufig zu der Auffassung kommen, als sei der Landtag von Rheinland-Pfalz nicht bauernfreundlich, sondern bauernfeindlich eingestellt.

Demgegenüber stelle ich aber fest - denn ich habe die Befürchtung, daß auch unsere Gäste auf den Tribünen zu der eben von mir genannten negativen Auffassung kommen könnten -, daß die Zahlen, die im Haushaltsplan 07 verankert sind, das Entgegengesetzte beweisen, nämlich klar erkennen lassen, daß wir doch einen bauernfreundlichen Landtag und eine bauernfreundliche Regierung in Rheinland-Pfalz haben.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Ich möchte nur ganz kurz einige Blitzlichter hier aufleuchten lassen. Der Kollege Beckenbach von der Fraktion der SPD hat in seinen Ausführungen die bäuerliche Altersversorgung gestreift. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich hier erklären, daß ich persönlich dieses Problem im Jahre 1951 schon hier zur Debatte gestellt habe, und daß ich vor zwei Jahren bei den Beratungen hier im Plenarsaal die Erklärung abgegeben habe, man könne dieses Problem nicht erledigen, indem man es einfach aufs Eis legt. Es ist wirklich bei der Struktur unseres Landes ein Problem, das des Schweißes der Besten wert ist, und es besteht auf dem Gebiete unserer Sozialgesetzgebung eine Lücke, die nach meinem Dafürhalten eines Tages doch noch geschlossen werden muß.

(Präsident Wolters übernimmt den Vorsitz.)

Bedauerlicherweise muß ich feststellen, daß die Dauernverbände anderer Ansicht sind, daß sie der Auffassung sind, daß eine Pflichtversicherung dem Bauernstand nicht aufgebürdet werden soll. Die Stimmung in den Höhegebieten, also in den ausgesprochenen Notgebieten, ist allerdings anders. Aus diesem Grunde sage ich, daß dieses Problem einfach nicht erledigt sein kann.

Ich möchte noch kurz eingehen auf die Preisentwicklung. Man mag der Auffassung sein, daß das nicht vor das Forum des Landtages gehört. Aber die Preisentwicklung auf dem Schweinemarkt, wie sie sich in den letzten Wochen zeigt, bedingt im wesentlichen die Unruhe, wie sie sich heute in landwirtschaftlichen Kreisen zeigt. Denn wir kommen an der Tatsache nicht vorbei, daß die Viehhaltung - speziell die Schweinehaltung - das Rückgrat unserer kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, die wir in größter Mehrzahl in unserem Lande haben, bedeutet. Und auch deshalb

möchte ich an den Herrn Ministerpräsidenten - er ist nicht hier -, oder an den Herrn Innenminister die Frage stellen, ob es nicht möglich ist - wenn es auch eine Bundesangelegenheit ist, gäbe es nach meinem Dafürhalten doch eine Handhabe, denn wir haben ja auch auf Landesebene eine Preisbehörde -, solche Auswüchse von Preisspannen, wie sie im Augenblick bestehen, zu unterbinden. Ich habe festgestellt bei Schweinepreisen - Lebendgewicht - Notierungen am Schlachtviehmarkt in Koblenz, die sich auf 0,98 bis 1,10 D-Mark pro Pfund Lebendgewicht stellten, daß zwei Tage darauf der Fleischpreis im Laden, qualitätsmäßig geordnet, mit 2,70 DM, 2,50 DM, 2,40 DM notiert worden ist. Diese Spanne ist nach meinem Dafürhalten nach gerechter Auffassung ohne weiteres zu groß, und die Beunruhigung in bäuerlichen Kreisen ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß hier der Schweiß des Bauern zum großen Teil ungerechterweise in die Kanäle hineinfließt, in die er rechtmäßig nicht gehört. Das wollte ich zur Frage der Preisbildung sagen.

(Abg. Gänger: Sie haben noch eine Minute!)

Im wesentlichen stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Bauernstand von alters her einem Grundsatz gehuldigt hat: Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott; vielleicht hilft Dir dann auch noch ein klein wenig der Staat! Und ich bin der Auffassung, daß dieser Grundsatz in der Masse unseres Bauernvolkes heute noch vorhanden ist.

Damit möchte ich schließen, und ich glaube, daß ich mein Wort gehalten habe.

(Bravo-Rufe und Beifall im ganzen Hause.)

Präsident Wolters:

Ich darf nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Wolf von der Fraktion der CDU als letztem gemeldeten Diskussionsredner das Wort geben. Ich bitte auch den Abgeordneten Dr. Wolf, sich im Interesse der anderen Abgeordneten kurz zu fassen.

Abg. Dr. Wolf:

Ich werde mich bemühen, Ihrer Bitte zu entsprechen, Herr Präsident!

Meine Damen und Herren! Wenn ich die Debatte überlege, die hier über den Weinbau geführt wurde, so scheinen mir die Arbeiten des Weinbau- und Weinwirtschaftsausschusses bei der Kritik etwas zu kurz gekommen zu sein. Meine Pfälzer Freunde insbesondere erwarten hier einige Worte der Offenheit und der Klarheit.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß die Pfälzer Winzer mit dem Gesetzentwurf, wie er erarbeitet worden ist, in allem einverstanden sind. Wir haben zwar bei den Beratungen unsere Vorbehalte immer angemeldet; aber man ist meistens mit den Anträgen der Pfalz nicht durchgedrungen.

Gerade in den wichtigen Fragen der Weinverbesserung und der Restsüße gehen unsere Ansichten und mit uns die der süddeutschen Weinbauggebiete weit auseinander. Es muß festgestellt werden, daß das, was der Weinbauausschuß erarbeitet hat, nicht das letzte Wort ist, das wir Pfälzer Winzer zu dem Weingesetzentwurf zu sagen haben.

(Abg. Dr. Adams: Es war einstimmig!)

In einer unverbindlichen Aussprache des Ausschusses

(Abg. Kuhn: Unverbindlich?)

(Dr. Wolf)

mit dem Weinbau und mit dem Weinhandel glaubt man das Ei des Columbus gefunden zu haben, indem man mit der Festlegung einer 80prozentigen Durchgärung der Moste zugleich Alkohol- wie Restsüßbegrenzen bestimmt wissen wollte. Dieser Regelung widersprechen wir Pfälzer im weitesten Maße.

(Abg. Kuraner: Auch noch in weitestem Maße!)

Ebenso wenig stimmen wir Pfälzer den Tendenzen zu, die die neueren Weingesetzentwürfe bisher geoffenbart haben, und die darauf hinauslaufen, den Naturwein mehr und mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Im alten Weingesetz war der Naturwein das Maß und der Inhalt des ganzen Gesetzes. Von seiner Beschaffenheit hing es ab, wie die Verbesserungen durchgeführt wurden.

An diesen alten bewährten Grundsätzen wollen wir Pfälzer nicht gerüttelt haben. Wir widersprechen daher aufs schärfste, daß ohne Rücksicht darauf, wo immer der Wein wächst - und wäre es selbst in Grünberg -, für alle Weine die gleich hohen Verbesserungsgrenzen eingeführt werden.

(Abg. Kuhn: Grünberg zählt nicht zur Bundesrepublik!)

Wir gleichen damit unsere Weine wohl in Alkohol und Süße den Auslandsweinen möglichst stark an, schaden aber damit zugleich dem Charakter und der Eigenart der deutschen Weine. Es besteht die Gefahr, wenn die Verbesserungsgrenzen zu stark verschoben werden, daß die Qualitätsförderung und die Qualitätssteigerung, die heute im deutschen Weinbau schon so große Fortschritte gemacht haben, starke Einbußen erleiden zum Schaden unseres gesamten Weinbaues.

So stellt der Entwurf des Weingesetzes vom Weinbau- und Weinwirtschaftsausschuß wohl eine anerkennenswerte Mitarbeit bei der Lösung der schwierigen Probleme dar; aber die Lösung selbst bringt er nicht.

Die Fachverbände gerade der süddeutschen Weinbaugebiete werden nicht verfehlen, die Grundsätze, die sie bei der Neugestaltung des Weingesetzes gewahrt wissen wollten, dem Bundestag rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen.

Und nun, meine Damen und Herren, noch einige Worte des Dankes an das Parlament und an die Landesregierung. Dabei darf ich erinnern an die Intendanturweine, die so viel Staub in der Winzerschaft aufgewirbelt haben. Wir Winzer erkennen dankbar an, daß das Parlament besten Willens war, den Winzern zu helfen, als es dem Intendanturweingesetz einstimmig seine Zustimmung gab. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes in Karlsruhe aber hat die Winzer aufs tiefste enttäuscht. Es entspricht nicht dem, was sich unsere Winzer von Recht und Gerechtigkeit versprechen. Der Verfassungsgerichtshof hat es sich etwas allzu leicht gemacht, sein Urteil zu begründen mit Währungsverlusten, die durch Landesgesetz nicht ausgeglichen werden dürfen. Man vergißt aber dabei die Kehrseite der Medaille, daß es nicht so sehr Währungsschäden waren, die in den Intendanturweinzeiten entstanden sind, sondern daß es vor allem Besatzungsschäden waren, denen die Winzer zum Opfer fielen.

Die einsichtigen Winzer erkennen gern an, daß nach Ablehnung des Intendanturweingesetzes durch den Verfassungsgerichtshof das Parlament keine rechtliche Möglichkeit besitzt, auf Landesebene dem einzelnen Winzer den entstandenen Schaden auszugleichen. Um so höher wissen wir es anzuerkennen, daß die Landesregierung und der Haushalts- und Finanzausschuß unter Zustimmung aller Fraktionen sich entschlossen

haben, unter einem besonderen Titel noch 600 000 DM für allgemeine Beihilfen zur Behebung der Notstände im Weinbau zu bewilligen. Dafür sei Ihnen, meine Damen und Herren, herzlichst gedankt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Wolters:

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Schmidt hat noch einmal gebeten, drei Sätze sagen zu dürfen. Ich darf aber bitten, daß wir nunmehr nicht über das Weingesetz debattieren, denn wir sind bei der Etatberatung.

Abg. Schmidt:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haben Sie keine Bange; ich wollte nur folgendes feststellen.

Bei den Schlußberatungen im Weinbauausschuß haben die Herren Kollegen von der Pfalz den Empfehlungen des Weinbauausschusses zugestimmt.

(Zurufe von verschiedenen Seiten:
Jawohl! einstimmig!)

Unter denen, die zustimmten, befand sich auch der Herr Kollege Dr. Wolf. Man scheint aber, wenn man in Gebietsverbänden unter sich ist, Herr Kollege Dr. Wolf, sich allgemeinen Argumenten nicht mehr beugen zu wollen.

Damit bin ich fertig; ich darf noch einen Schlußsatz anfügen. Ich mache Sie, Herr Kollege Dr. Wolf, mit Ihren gesamten Kollegen darauf aufmerksam, daß, wenn in Bonn auf Grund der nunmehr anscheinend neu aufkommenden Streitigkeiten die Gesamtregelung schlechter wird, als wir sie gemeinsam gewünscht haben, diejenigen, die jetzt diesen Streit beginnen, auch für die möglichen Folgen allein die Verantwortung tragen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Präsident Wolters:

Das Wort hat der Herr Staatsminister Stübinger.

Minister Stübinger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Diskussion, die wir heute in einer solchen Breite zu meinem Etat geführt haben, in etwa in ihrer Tendenz zusammenfassen darf, so glaube ich, daß alle Parteien dieses Hohen Hauses mit mir in der einen Feststellung einig sind, daß die Landwirtschaft infolge ihrer so engen Bindung zur Natur im Körper unserer gesamten deutschen Volkswirtschaft zweifellos im Augenblick das schwächste Glied darstellt;

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

und eine kluge Staatsregierung muß demnach bestrebt sein, aus sozialen und demokratischen Gründen heraus einen Ausgleich zu schaffen.

Dabei ist mir völlig klar, daß wir, dieses Parlament hier, und unser Land Rheinland-Pfalz, das ein verhältnismäßig stark ausgeprägtes Agrarland ist, nicht allein die Mittel aufbringen können, um die Landwirtschaft so fördern zu können, daß sie den Anschluß an die gesamte Entwicklung unserer deutschen Wirtschaft finden wird. Denn wie bereits mehrmals heute betont worden ist, wird letzten Endes die Agrar- und Ernährungspolitik - wenigstens in allen Grundsatzfragen - von der Bundesregierung betrieben.

Die wichtige Steuerung der Agrareinfuhren, wichtige agrarpolitische Rahmengesetze werden im Bundestag

(Landwirtschaftsminister Stübinger)

beschlossen und schließlich von der Bundesregierung erlassen. Nur über den Bundesrat nehmen wir als Landesregierung Einfluß auf die Agrarpolitik der Bundesregierung. Und hier muß natürlich gesagt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß schließlich die Interessen der einzelnen Länder nicht in allen Fragen konform gehen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Grenzlandhilfe, an Fragen der Zweckmäßigkeit und Besprechungen von Einfuhren an Wein, Obst, Gemüse usw.

Dennoch darf wohl gesagt werden, daß die Dinge im großen und ganzen im parlamentarischen Raum einen erträglichen Ablauf nehmen. Unserem Lande bleibt genügend Spielraum, um das Notwendige für die Hebung und Förderung seiner Agrarerzeugung zu tun und um eine Besserung des Lebensstandards der Landbevölkerung bemüht zu sein.

Ich betrachte deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bereitwilligkeit dieses Hohen Hauses, zu einer Verbesserung der Lebens- und Leistungskraft unserer Agrarwirtschaft die Hand zu bieten, als ein gutes Vorzeichen.

Unser Land ist - wie ich bereits gesagt habe - zum großen Teil ein ausgesprochenes Agrarland. Der Lebensstandard seiner Bevölkerung hängt also stark von der Leistungskraft seiner Agrarerzeugung ab, die ihrerseits eng verflochten ist mit zahlreichen Industrie- und Gewerbebezweigen und damit eng verflochten ist mit den Menschen, die in diesen Zweigen unserer Wirtschaft Arbeit und Erwerb finden. Ich habe immer wieder betont, daß die Wohlfahrt dieses Landes weitgehend von dem Wohlergehen seiner ländlichen Bevölkerung abhängt. Es ist deshalb erfreulich, daß wichtige Schwerpunkte der Agrarwirtschaft auch im Etat 1955 eine wesentlich intensivere Förderung erfahren können durch die Erhöhung wichtiger Etatpositionen. Ich möchte in diesem Zusammenhang drei Hauptpunkte in den Vordergrund rücken, die uns im vergangenen Jahr und auch im kommenden Jahr in erster Linie beschäftigen werden.

Die Frage Nummer eins lautet: Ist und bleibt es notwendig, die beträchtlichen Ernteschäden des Jahres 1954 durch eine solche Hilfe auszugleichen, daß die betroffenen Betriebe in die Lage versetzt wurden und werden, ohne Einschränkung wieder weiterwirtschaften zu können und leistungsfähig zu bleiben? Das zweite Problem, das uns auf den Nägeln brennt, ist, die notwendigen Rationalisierungsbestrebungen unserer Agrarerzeugung durch entsprechende Hilfen zu unterstützen bzw. anzuregen. Und das dritte - und wohl das Hauptproblem - ist die Frage, die heute von fast allen Parteien aufgegriffen wurde, nämlich, die gerade in unserem Lande vorhandenen Strukturmängel durch systematische Maßnahmen der Landeskultur beseitigen zu helfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jahr 1954 hat uns einmal wieder mit aller Eindringlichkeit gezeigt, welchen destruktiven Einflüssen die Agrarerzeugung unterworfen sein kann. Wir können wohl die Feststellung treffen, daß unsere Landwirtschaft im letzten Jahr alle Vorbedingungen erfüllt hatte, um im Jahre 1954 durch Fleiß und Ausdauer eine ihrer besten Ernten zu ermöglichen. Um so bedauerlicher war dann die Tatsache, daß die zu erwartende große Ernte durch nachfolgende ungünstige Witterungseinflüsse weniger mengenmäßig als qualitativ sehr stark beeinträchtigt wurde. Bedauerlich ist, daß die Schäden besonders in unseren strukturellen Notstandsgebieten - also in unseren Höhengebieten - entstanden sind, wo die Ernte zum Teil infolge des Dauerregens nicht geborgen wer-

den konnte. Hier ergibt sich - und das müssen wir uns am Ende dieser Entschädigungsaktion vielleicht als die ernsteste Frage vorhalten - die grundsätzliche Frage, ob in diesen Gebieten die Ackerkultur nicht zu weit vorgetrieben worden ist, daß also Ackerbau in mehr oder weniger ungeeigneten Lagen getrieben wird, getrieben wird unter der Voraussetzung, daß die Menschen, bedingt durch die Ernährungsschwierigkeiten, von dem Jahr 1935 oder 1938 an dort Grünland in Ackerland umgewandelt haben. Also einfach aus der Not der Zeit heraus sind die Menschen damals gezwungen worden, im Interesse ihrer eigenen Ernährung Ackerbau in Gebieten zu betreiben, wo er eigentlich nicht hingehört. Ich glaube, wir sollten uns Gedanken darüber machen, ob hier nicht der Ackerbau zugunsten einer intensiven Grünlandnutzung zurückzutreten hätte. Sonst würde es diesem Hohen Hause in jedem dritten oder vierten Jahr - oder auch meinerwegen in jedem sechsten oder achten Jahr - passieren können, daß wir vor derselben Frage stehen, diese niederschlagsreichen und an für sich strukturell schwachen Gebiete durch gewaltige Hilfsmaßnahmen unterstützen zu müssen. Ich bin mir bewußt, daß dies eine sehr delikate Frage ist, die nur durch eine grundlegende Regeiung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Gebiete in Angriff genommen werden kann.

(Abg. Diel: Sehr richtig!)

Ich glaube aber, daß unsere agrarpolitische Maßnahmen der Hilfe und der Sanierung nicht ausreichen, um eine restlose Sanierung zu erreichen, die das Ziel haben muß, den Menschen dieser Gebiete den Anschluß an die allgemeine Wohlfahrtsentwicklung im Lande und im ganzen Bundesgebiet zu sichern. Ich habe die große Genugtuung, daß die Hilfe für die Ernteschäden in unserem Lande den höchsten Grad des Bundesgebietes an Intensität und Wirksamkeit erreicht hat. Und ich glaube, daß ich von dieser Stelle aus dem Parlament und allen Ausschüssen, die an dieser Hilfsaktion mitgeholfen haben, im Namen unserer Landwirtschaft recht herzlich danken darf für die Hilfe, die wir planen und die wir hoffentlich in diesem Ausmaß durchziehen können.

Ich darf dazu - nachdem wir heute etwa am Ende dieser Hilfsmaßnahmen angelangt sind - drei oder vier Zahlen nennen. Wir haben einen Gesamtschadensumfang von ungefähr 70 Millionen DM gehabt. Es sind nicht weniger als rund 12 000 Unterstützungsanträge an uns gestellt worden. Dabei wurden insgesamt beantragt 2,52 Millionen DM Zuschüsse für Zinsverbilligungen bei aufgenommenen Krediten und 7,6 Millionen DM Kredite aus öffentlichen Mitteln, so daß insgesamt ein Bedarf von 10,1 Millionen DM vorhanden ist. Bewilligt und im Rahmen der vorhandenen Mittel ausgezahlt wurden bis Anfang März 1955 1,12 Millionen DM Zuschüsse und 2,74 Millionen DM Kredite. Bereitgestellt wurde bis zum heutigen Tage vom Land eine Million DM. Der Herr Kollege Schmidt hat an mich die Frage gerichtet: Wo bleibt die zweite Million DM? Ich habe unterdessen in einer persönlichen Unterredung mit dem Herrn Finanzminister die Zusage bekommen, daß sie morgen früh angewiesen wird.

(Bravo-Rufe und Beifall des Hauses.)

Vom Bund wurden bisher 2 Millionen DM verausgabt, und es ist uns am 21. März 1955 von Bonn der Betrag von weiteren 3 Millionen DM überwiesen worden. Ich kann also heute nach dem letzten Stand der Dinge sagen, daß wir unsere Versprechungen - und Sie, meine sehr verehrten Kollegen, tragen darin ja mit mir die letzte Verantwortung - auch wirklich realisieren können. Selbstverständlich werden wir die Mit-

(Landwirtschaftsminister Stübinger)

tel, die wir für den Etat 1955 vorgesehen haben, erst am 1. April in Anspruch nehmen können; aber bis dahin sind es ja nur noch acht Tage.

Ich darf nun ganz kurz zu dem Punkt 2 Stellung nehmen, den ich als eines der Hauptprobleme bereits angedeutet habe, die wir heute zu bewältigen haben. Ich habe diesen Punkt 2 zusammengefaßt unter dem Begriff „Unterstützung der Rationalisierung“. Hierzu möchte ich grundsätzlich folgendes bemerken. An sich ist es nach meinem Dafürhalten letzten Endes Aufgabe eines jeden Einzelbetriebes, seine Betriebsweise so zu gestalten, daß er ohne Hilfe von außen den größtmöglichen Erfolg erzielen kann.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr richtig!)

Ich glaube, daß diese Selbsthilfe letztlich auch der Mentalität eines freiheitliebenden, besitzfrohen und strebsamen Bauerntums entspricht. Unsere Landwirtschaft befindet sich jedoch in einem Umbruch sondergleichen, und in der Entwicklung unserer Agrarwirtschaft ist leider eine Phasenverschiebung gegenüber der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zu Lasten der Landwirtschaft festzustellen. Über die Ursachen dieser Erscheinung brauchen wir uns heute nicht näher zu unterhalten. Von dieser Tatsache ausgehend müssen wir aber versuchen, im Forschungs-, Untersuchungs- und Versuchswesen, in Beratung und Lehre sowie durch die Schaffung von Beispielen unserer Agrarbevölkerung das Rüstzeug in die Hand zu geben, damit sie in dem immer schärfer werdenden Kampf um das Dasein den Anschluß an die allgemeine Entwicklung nicht verliert. Und hier, meine sehr verehrten Freunde, erwachsen echte Staatsaufgaben, denen wir uns gerechtermaßen nicht werden entziehen können.

Ich komme nun zu den Fragen, die insbesondere von dem Herrn Kollegen Schultz aufgegriffen worden sind und die sich in der Hauptsache mit den Bundesmitteln zur Zinsverbilligung beschäftigen. Es ist in der letzten Zeit sehr viel in der Presse darüber geschrieben worden; zum Teil auch in kritischen Worten, und vielleicht auch nicht ganz mit Unrecht.

Wir haben vom Bund für die Zinsverbilligung von Darlehen zur Förderung vordringlicher agrarpolitischer Maßnahmen für das Haushaltsjahr 1954/55 insgesamt einen Betrag von 16,2 Millionen DM zur Verfügung, und diese Mittel sollen dazu dienen, um für besondere Zwecke Darlehen, die der landwirtschaftliche Betrieb in Anspruch nimmt, auf 5 v. H. herunter zu drücken. Sie sind aufgegliedert in sechs Positionen: 1. Besitzfestigung, 2. Gemüse-, Obst- und Gartenbau, 3. Binnenwasserwirtschaft, 4. Anschaffung von Maschinen und Geräten, 5. Molkereiwirtschaft und 6. Landwirtschaftliche Umbauten.

Von diesen sechs Positionen waren innerhalb kürzester Zeit die fünf letzten vergriffen, während die Position Besitzfestigung - insbesondere bei uns im Lande - verhältnismäßig sehr wenig in Anspruch genommen worden ist. Das mag zum Teil zusammenhängen mit den Gründen, die Sie - Herr Kollege Schultz - angeführt haben, daß erstens die Bankinstitute bei diesen kleineren Zinsvorhaben nicht sehr interessiert waren, da ihr eigener Verdienst in puncto Zinsen festgelegt war, daß zweitens die entsprechende Sicherung den Banken nicht gegeben wurde oder sie ihnen nicht genügte, weil das Geschäft nicht interessant war, und drittens, weil vielleicht auch für eine langfristige Zeit die Frage eines Darlehens mit einer fünfprozentigen Verzinsung für einen mittleren oder kleinen landwirtschaftlichen Betrieb noch eine sehr große Belastung bedeutet. Aus diesem Grunde haben

wir aber in unserem Etat dieses Jahr Mittel für das Jahr 1955 vorgesehen, von denen ich hoffe, daß wir immerhin einen gewissen Teil von dringenden Fällen auf 2 1/2 v. H. herunterverzinsen können, so daß ich hoffe, daß wir mit diesen Mitteln doch einen Schritt weiter kommen, als es bisher der Fall war.

Es sei mir gestattet, ein paar Worte zu sagen, die sowohl Sie, Herr Kollege Schultz, als auch der Kollege Müller von der SPD aufgegriffen hat, zur Frage der Tuberkulosebekämpfung. Es würde zweifellos zu weit führen, wenn ich dieses Thema, das heute in der Diskussion angeklungen ist, endgültig in meiner Schlußansprache behandeln würde; ich weiß, daß die Geduld der Herren Abgeordneten bei der Diskussion des Etats des Landwirtschaftsministeriums bereits zur Genüge strapaziert wurde; aber es sei mir immerhin gestattet, ein paar grundsätzliche Worte dazu zu sagen. Wir konnten im letzten Jahre unsere Bestände von rund 6 v. H. auf etwa 12,5 v. H. freibekommen; das ist für das erste Jahr der Tuberkulosebekämpfung ein sehr gutes Ergebnis. Nun sagten Sie hier mit Recht, es werde schließlich nicht möglich sein, daß die Rinder-Tuberkulosebekämpfung auf Kosten der Allgemeinheit durchgezogen wird. Darüber sind wir uns im klaren; darüber waren wir auch im klaren bei der Behandlung des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuß, zumal es keinem der Länder möglich war, den Tuberkulose-Pfennig weiter durchzuführen, nachdem eine erhebliche Anzahl ihrer Bestände tuberkulosefrei geworden ist. Wir werden deshalb versuchen, genau wie es in Baden-Württemberg, in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen bereits der Fall ist, auch bei uns die sogenannte Markenmilch oder Trinkmilch A einzuführen; das ist eine Milch aus tuberkulosefreien Beständen, die im Endverkauf mit ungefähr 60 oder 62 Pfennig je Liter von den Molkereien abgesetzt wird. Der Absatz dieser Milch hat sich entgegen allen pessimistischen Erwartungen als äußerst glänzend herausgestellt; das ist die Erfahrung in den übrigen Ländern. Die Länder waren gezwungen, mit dem Geld, das über die 60 Pfennig einging, nicht den einzelnen Betrieb eventuell mit diesem 50 v. H. höheren Trinkmilchpreis zu entschädigen, sondern dieses Geld mußte Verwendung finden für den weiteren Ausbau der Tuberkulosebekämpfung.

Auch uns wird letzten Endes nichts weiter übrig bleiben, als das gleiche zu tun. Ich bin an und für sich dem Hohen Hause, insbesondere dem Haushalts- und Finanzausschuß außerordentlich dankbar, daß er mir für dieses Jahr noch einmal die zwei Pfennig Hygiene-Pfennig zur Verfügung gestellt hat, eine Position von 2 Pfennig je Liter, die in keinem anderen Lande der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt worden ist.

(Hört, hört! im ganzen Hause.)

Unsere Bauern und Landwirte werden das sehr anerkennen, nur müssen wir uns darüber klar sein, daß diese zwei Pfennig eines Tages nicht mehr gezahlt werden und daß wir dann neue Wege finden müssen. Ich hätte an sich schon gerne in der letzten Zeit die Markenmilch A eingeführt; aber es ist nur möglich, diese Markenmilch einzuführen, wenn ich ein verhältnismäßig geschlossenes tuberkulosefreies Gebiet habe, von wo aus ich vollständig eine Molkerei mit tuberkulosefreier Milch beliefern kann, und das ist im Einzugsgebiet der Molkerei Giesenhausen, Ihrer Heimatgegend, Herr Kollege Schmidt, bei der wir jetzt wahrscheinlich beginnen werden, das einzige Beispiel, in dem wir überhaupt den Anfang damit machen können.

Heute möchte ich nur die Hoffnung ausdrücken, daß es uns genau wie den übrigen Ländern möglichst bald

(Landwirtschaftsminister Stübinger)

gelingt, in der Bekämpfung der Rinder-Tuberkulose die gleichen Fortschritte zu erzielen, die den anderen Bundesländern möglich waren.

Noch ein Wort zu Ihrer Frage bezüglich der Molke-reinzugsgebiete. Es besteht die Möglichkeit, daß wir in Einzelfällen Ausnahmegenehmigungen erteilen und die Molke-reinzugsgebiete etwas ändern, aber ich muß Ihnen sagen, daß das immer nur geschehen kann unter dem Aspekt, daß wir durch diese Änderung das Einzugsgebiet der danebenliegenden Molkerei nicht so schädigen, daß sie selbst am Ende nicht mehr existenz-fähig ist.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Sie haben weiter das Thema der Einschätzung der Flurschäden angeschnitten. Die Einschätzung der Flurschäden auf einheitliche Sätze ist durch eine Bespre-chung der Arbeitsgemeinschaft der Landwirtschafts-kammern gelöst und liegt bereits beim Bund zur Ge-nehmigung vor. Damit dürfte auch diese Frage zu Ihrer Zufriedenheit beantwortet worden sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf jetzt noch zu dem dritten Punkt kommen, den ich in meinen grundsätzlichen Betrachtungen angesprochen habe. Die Agrarerzeugung von Rheinland-Pfalz ist in ihrer Vergangenheit zweifellos durch eine starke Hypothek dadurch belastet, daß wir hier mit die un-günstigste Besitzstruktur des gesamten Bundesgebietes vorfinden. Die Besitzdurchgliederung und insbeson-dere die Parzellierung der Betriebe setzt jeder Ratio-nalisierung ein entschiedenes Veto entgegen; aber auch die geringe Besitzgröße der Durchschnittsbetriebe - wir haben sie heute schon mehrmals gehört - von 4 ha gegenüber rund 7 ha des Bundesdurchschnitts bietet für die Masse der Kleinbetriebe selbst meist eine ungenügende Existenzgrundlage. Es ist dies nicht nur die Folge der bei uns üblichen Realteilung, son-dern es ist vor allem auch dem Umstand zuzuschrei-ben, daß die überwiegende Zahl dieser Kleinbetriebe ursprünglich landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlun-gen von Handels-, Handwerks- und Verkehrsbetrieben waren. Man spricht so oft von einer Landflucht der Menschen; vielmehr muß jedoch die Tatsache beachtet werden, daß diese Handels-, Handwerks- und Ver-kehrsbetriebe mehr und mehr von dem flachen Lande verschwunden und zugunsten einer zentralen Indu-strieentwicklung in die Städte abgewandert sind.

(Abg. Dr. Boden: Richtig!)

Und jetzt steht nur noch die Landwirtschaft den einzelnen Familien als Existenzgrundlage zur Ver-fügung. Ich habe schon einmal gesagt, daß die Mittel unserer Agrarpolitik nicht genügen, diesem struk-turellen Notstand wirksam abzuhefen; dazu ist eine allgemeine Verbesserung unserer gesamten Wirt-schaftsstruktur unerlässlich. Deshalb ist es besonders erfreulich, daß einerseits durch das Lübke-Programm - also durch Bundeshilfe - und andererseits durch einen erhöhten Einsatz von Landesmitteln für eine umfassende landeskulturelle Verbesserung aller Agrarnotstände die notwendigen Voraussetzungen ge-schaffen werden.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien.)

Ich führe hier einmal die Ansätze des Bundes in seinen Haushaltsplänen von 1953 bis 1955 an - es sind nur drei Zahlen, die aber sehr interessant sind. 1953 gab der Bund 1 Million DM für Flurbereinigungszwecke, im Jahre 1954 50 Millionen DM und davon 20 Millionen Darlehen und 30 Millionen DM Zuschüsse; im Jahre 1955 sind es 65 Millionen, davon 25 Millionen Darlehen und 40 Millionen DM Zuschüsse.

Das Land hat von den insgesamt 50 Millionen DM 1954 8,2 Millionen DM erhalten. Es ist eine lebenswich-tige Frage, daß die Neuordnung unserer Fluren be-schleunigt durchgeführt wird. Während früher - und das ist heute das Entscheidende an diesem Problem - die mangelnde Bereitschaft zu dieser Neuordnung bei unseren Bauern der wesentliche Engpaß bei der Durch-führung der Landeskulturmaßnahmen war, ist es heute der absolute Mangel an geschulten Fachkräften. Es war, ist und bleibt mein Bestreben, diesem Engpaß durch Pflege des Nachwuchses und durch den Einsatz rationellster Arbeitsmethoden in der Landeskulturver-waltung zu begegnen.

Ich darf ganz kurz jetzt auf die Fragen eingehen, die der Kollege Beckenbach hier aufgeworfen hat. Ich gebe zu, daß es uns allen lieber wäre, wenn wir die Frage der Neustiedlung und insbesondere der Ansiedlung un-serer ostvertriebenen Brüder schneller und wesentlich großzügiger lösen könnten.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Aber ich muß noch einmal betonen, was ich dem Kol-legen Beckenbach bereits bei der Beratung des Etats für das letzte Jahr gesagt habe: Man darf nicht ver-gessen, wenn wir uns über alle Fraktionen darüber unterhalten, daß wir ein Land sind, in dem eine durch-schnittliche Besitzgröße von 4 ha vorhanden ist; in ei-nem solchen Lande ist es hundertmal schwieriger,

(Sehr richtig! bei der CDU.)

eine großangelegte Siedlungstätigkeit für die Ostver-triebenen durchzuführen, wenn wir etwa demgegen-über die Verhältnisse in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein oder auch in Bayern und in Hessen betrachten

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Man sollte bei aller Kritik doch immerhin in erster Linie einmal die normalen Gegebenheiten berücksich-tigen, über die wir - ob wir wollen oder nicht - ein-fach nicht hinwegkommen. Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich, daß wir auf Grund des Bundes-vertriebenengesetzes, mit dessen Hilfe wir ja die Mit-tel in erster Linie bekommen haben, gezwungen wa-ren, unter allen Umständen von allen Ansiedlungen, die wir durchgeführt haben, mindestens 75 v. H. der Vertriebenen anzusetzen, so daß es selbstverständlich äußerst schwierig war eine namhafte Zahl von eigen-nen Siedlern neu auf Grund und Boden setzen zu könn-en.

Ich glaube, man sollte doch bei aller Kritik - und dieses Wort möchte ich an den Kollegen Beckenbach richten, der leider zur Zeit nicht da ist - die Dinge nicht so sehen. Rom ist auch nicht an einem Tag gebaut wor-den, und wenn wir im Jahre 1953 einen Betrag von 15 Millionen DM für die Siedlung aufgebracht haben, und wir bringen im Jahre 1954 einen Betrag von 30 Millionen aus Bundes- und Landesmitteln auf, dann ist das immerhin eine Steigerung um 50 v. H.,

(Abg. Dr. Boden: Bravo! Abg. Pickel: Von 100 v. H.)

mit der wir uns im ganzen Bundesgebiet - darauf kön-nen Sie sich verlassen - sehen lassen können und von der mir selbst von dem Bundesminister Oberländer erklärt wurde: Ich bin stolz auf die Leistung, die Sie in Rheinland-Pfalz auf diesem Gebiete vollbracht ha-ben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das Problem ist bei der Umlegung nicht viel anders, aber auch hier wurde zweifellos in den letzten Jahren von uns allerhand geleistet. Wenn Sie einmal die Zah-len vergleichen, die uns mit den übrigen Nachbarlän-dern in einen gewissen Kontakt bringen, dann können

(Landwirtschaftsminister Stübinger)

wir immerhin feststellen, daß z. B. im Jahre 1954 Rheinland-Pfalz 22 000 ha umgestellt hat; Hessen hat 20 000 ha umgestellt und Baden-Württemberg, das ja wesentlich finanzkräftiger ist und das in seiner Umstellung noch wesentlich weiter zurückliegt als wir, hat nur 25 000 ha umgestellt. Und in diesem Jahre stehen wir bei 26 000 ha, Hessen bei 20 000 ha und Baden-Württemberg bei rund 29 000. Also wir können auch hier sagen, daß wir auf dem Gebiet der landeskulturellen Maßnahmen und der Umlegungen mit den bei uns im Lande erzielten Ergebnissen uns jederzeit im Bunde sehen lassen können.

Es sei mir gestattet, einige Worte zu den Problemen des Weinbaues zu sagen. Ich habe an und für sich sehr begrüßt, daß der Weinbau-Ausschuß versucht hat, die brennenden Fragen, die uns im Augenblick in erster Linie von der gesetzgeberischen Seite aus bewegen, einmal von sich aus vorzubearbeiten; sie werden schließlich entschieden im Deutschen Bundestag. Ich wollte einen Satz vorausschicken: Ich habe mich darüber gefreut, daß bei der langen Diskussion, die wir heute über den Etat des Landwirtschaftsministeriums gehabt haben, der Weinbau nicht den größten Anteil genommen hat, und ich glaube, wir dürften alle einmal auch am heutigen Tage etwas Positives sagen. Wir dürfen sagen, daß doch die wirtschaftliche Lage und die Weinpreise, wie wir sie heute haben, so sind, daß im großen und ganzen unser Winzerstand damit zufrieden sein kann.

(Sehr gut bei der CDU.)

Ich möchte heute hier in aller Offenheit sagen: Ich habe als Weinbauminister dieses Landes keinen anderen Wunsch, als daß ein Weinpreis in Zukunft nie schlechter werden soll, als wir ihn jetzt haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun zu der Frage der weingesetzlichen Probleme, die uns zweifellos sehr ernsthaft bewegen müssen, weil sie in ihrer weiteren Sicht auf eine lange Zeit hinaus oder für die kommenden Jahre von ganz entscheidender Bedeutung für uns werden. Ich will dazu nur aus meiner persönlichen Sicht heraus als verantwortlicher Weinbauminister dieses Landes und als Vizepräsident des Internationalen Weinamtes zwei Worte sagen. Wir werden die Hauptstreitfragen der Süßhaltung des Weines bei der deutschen Gesetzgebung nur lösen können, wenn wir uns bereiterklären, eine klare Deklarationspflicht im kommenden Weingesetz einzuführen.

(Beifall im Hause.)

Eine zweite grundsätzliche Frage: Es ist im Augenblick im Bundesernährungsministerium und im Bundesinnenministerium ein großer Streit darüber, ob es möglich ist, das, was wir in einer kommenden Weingesetzgebung wünschen, dadurch zu erreichen, daß wir eine Abänderung der Ausführungsbestimmungen des bereits bestehenden Weingesetzes vornehmen - ein solcher Vorschlag liegt bereits in einem Referentenentwurf von seiten des Bundesernährungsministeriums vor - oder ob es notwendig ist, eine Novelle zum Weingesetz herauszubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir das, was wir vorhaben, erreichen wollen, und wenn die Fortschritte, die die Kellerwirtschaft und der deutsche Weinbau im Laufe der letzten 20 Jahre hinter sich haben, in einem kommenden Weingesetz geregelt werden müssen, dann kann es nicht in den Ausführungsbestimmungen geschehen, sondern wir müssen unter allen Umständen eine Novelle zum Weingesetz herausbringen.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien. - Abg. Diel: Ein neues Gesetz!)

Das sind die zwei grundsätzlichen Dinge, die ich heute zum Weinbau sagen wollte.

Ich darf nun noch zu dem Problem der Forsten meines Ministeriums kommen. Es kann mit großer Genugtuung festgestellt werden, daß die Periode des Wiederaufbaues unserer Forsten als abgeschlossen gelten kann. Die Wunden, die unserer Waldwirtschaft in der Vergangenheit geschlagen wurden durch die Bodenerosionen und Wasserschäden, die eine wesentliche Beeinträchtigung unseres Klimas und damit der Fruchtbarkeit unserer Landwirtschaft befürchten ließen, sind Gott sei Dank geschlossen. Zwar ist damit die Vorratslage in unseren Wäldern noch nicht ausgeglichen. Aber bei zunehmender, schonender Beanspruchung unserer Wälder steht zu erwarten, daß wir in einigen Jahrzehnten zu einer ausgeglichenen Vorratslage kommen werden. Durch eine rationelle Beforstung werden wir zu einer allmählichen, aber später sicher spürbaren Ertragslage unserer Forsten kommen. Aber es wird notwendig sein, daß unsere Forstleute mehr Einfluß auf die Beforstung des Gemeinde- und Privatwaldes gewinnen, damit sich deren Ertragslage der des Staatswaldes mehr und mehr angleicht. Das ist eine Aufgabe von höchster volkswirtschaftlicher Bedeutung, eine Aufgabe der Landschaftspflege und der Landschaftsgestaltung. Wir müssen bei der Erörterung dieser Frage von dem Standpunkt ausgehen, daß die Grenze der Eingriffe in unsere Waldbestände und Waldflächen erreicht ist. Jede zusätzliche Entnahme und jede größere Rodung dürfte geeignet sein, die Klimalage unserer Landschaft über jedes vertretbare Maß hinaus zu beeinträchtigen. Ich glaube, daß gerade diese Arbeit unserer Forstleute, die noch in die Zukunft weist, von höchster wirtschaftlicher, biologischer und ideeller Bedeutung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Schmidt hat im Rahmen seiner kurzen, aber sehr wichtigen Ausführungen ein Problem angeschnitten, zu dem ich als Landwirtschafts- und Forstminister Stellung nehmen möchte. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir den im Haushaltsplan vorgesehenen Ansatz für die Einnahmen unserer Forstverwaltung auf 45 Millionen DM festgelegt. Ich darf sagen: Wir haben im letzten Jahr einen Einschlag gehabt von 821 000 fm und haben dabei einen Grundpreis festgelegt von 55 DM je fm. Das hat einen Betrag von 34 Millionen DM ergeben. Nun standen der Haushalts- und Finanzausschuß und die maßgebenden Gremien auf dem Standpunkt: die Forsten bringen ja doch jedes Jahr mehr. Wir haben im letzten Jahr statt 34 Millionen DM 36 Millionen DM eingenommen.

(Kultusminister Dr. Finck: Bravo!)

- Danke schön, Herr Kultusminister! Man hat in diesem Jahre nicht 34 Millionen DM, sondern wie ich bereits betont habe, 45 Millionen DM eingesetzt. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß wir bis 42 Millionen DM von seiten des Ministeriums mitgehen können, zumal wir in diesem Jahr einen sehr hohen Festmeterpreis eingesetzt haben von 61 DM gegenüber 55 DM im Vorjahr. Bevor die letzte Besprechung im Finanzministerium stattgefunden hat, haben wir uns nochmals bereiterklärt, von 42 Millionen DM auf 43 Millionen DM hinaufzugehen. Hier muß ich aber erklären, daß dies das höchste ist, was wir von uns aus als Forstministerium zugeben können. Ob es uns möglich sein wird, 45 Millionen DM herauszubekommen, das kann ich heute hier nicht zusagen. Ich fühle mich dazu verpflichtet, das dem Plenum bekanntzugeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im Laufe der letzten Wochen und Monate sehr viele

(Landwirtschaftsminister Stübinger)

Angriffe aus der Öffentlichkeit bekommen, wonach die Forstverwaltung an dem gewaltigen Überpreis schuld sei, den wir heute draußen auf dem Holzmarkt haben. Sie können aber auf der einen Seite nicht von mir verlangen, daß ich in der Etatposition 45 Millionen herausheulen soll, und auf der anderen Seite heißt es, die Forstverwaltung drückt in den staatlichen Forsten die Preise hinauf. Wir haben unsere Ämter draußen angewiesen, unter keinen Umständen zu versuchen, die Preise noch hinaufzutreiben, sondern in etwa im Rahmen zu bleiben. Wir sind glücklich darüber, daß wir heute wieder ein klein wenig ausbalancierte Holzpreise haben. Ich bitte aber doch zu berücksichtigen, daß wir nicht auf der einen Seite die hohen Einnahmen erzielen können und auf der anderen Seite noch die Prügel dafür beziehen sollen, daß die Holzpreise so hoch geworden sind. Da stimmt etwas nicht bei diesen Preiskomponenten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Es ist natürlich unmöglich, heute in einer kurzen Stellungnahme auf alle Punkte einzugehen, wie sie hier von Ihnen in der Diskussion vorgetragen worden sind. Ich hätte sie gerne auch von mir aus einmal zur Sprache gebracht. Die Lage unserer Landwirtschaft ist in Anbetracht der Zeitumstände schwierig. Die Maßnahmen der Bundesregierung reichen leider noch nicht aus, um den notwendigen Gleichschritt der Landwirtschaft mit der übrigen Wirtschaft herzustellen. Die Bemühungen aller am bäuerlichen Geschehen interessierten Gruppen scheinen durch die Vorlage des landwirtschaftlichen Grundgesetzentwurfes, den auch der Herr Kollege Diel in seinen Ausführungen erwähnt hat, im Ernährungsausschuß des Bundestages in absehbarer Zeit zu einem gewissen Erfolg zu führen, nachdem sich insbesondere auch der Bundeswirtschaftsminister mit dem Gedanken der Ertragsparität im Grundsatz vertraut gemacht hat. Bis dahin aber müssen wir wenigstens versuchen, Schwierigkeiten, die sich im einzelnen ergeben, im Rahmen unserer Möglichkeiten zu lösen. Eintretende Schwierigkeiten, die es zu allen Zeiten gegeben hat, entspringen natürlichen oder, besser gesagt, klimatischen Verhältnissen, die wir nicht wesentlich verbessern und ändern können und nur in den seltensten Fällen in der Lage sind, zu korrigieren.

Diese Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, entspringen aber zum großen Teil aus der menschlich-wirtschaftlichen Situation unserer Zeit. Es ist notwendig, daß wir hier mit wachen Sinnen alle auftretenden Schwierigkeiten beobachten und versuchen, sie unter unsere Kontrolle zu bringen. Das ist aber nicht nur eine Angelegenheit einer verantwortungsbewußten Staatsregierung, sondern vielmehr auch eine Sache, die jeden einzelnen von uns angeht. Die moderne wirtschaftliche Entwicklung richtet sich bis in die Gegenwart gegen die Zweige, die gezwungen sind, überwiegend Handarbeit einzusetzen, also vor allem gegen die Landwirtschaft und bestimmte Handwerkszweige. Aber in zunehmendem Maße stellt sich die moderne Technik auch als eine Hilfe für unsere Betriebe heraus.

Wenn ich noch ein letztes Wort sagen darf, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann dies, daß durch die Annahme des Haushaltsvoranschlags des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten durch das Hohe Haus ein wirksamer Beitrag zur Verbesserung unserer agrarischen Erzeugungsgrundlagen und unserer Agrarwirtschaft geschaffen wird zum Wohl nicht nur unseres Landvolkes, sondern auch zum Wohle unserer gesamten Bevölkerung. Es ist mir ein Bedürfnis, der Landesregierung und dem Hohen Hause, insbesondere den einschlägigen Ausschüssen - dem Agrarpolitischen Ausschuß, dem Weinbau- und Weinwirt-

schaftsausschuß und dem Haushalts- und Finanzausschuß - für die wertvolle Arbeit, Einsicht und die an den Tag gelegte Sachkenntnis Dank und Anerkennung auszusprechen.

Ebenso möchte ich allen Angehörigen des Ministeriums, der Verwaltung und der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen für die von hoher Sachkenntnis getragene Arbeit und die ständige Arbeitsbereitschaft danken. Ein besonderes Anliegen ist es mir allerdings, dem gesamten Landvolk, insbesondere den Landfrauen und der Jugend, Dank und Anerkennung auszusprechen.

(Beifall des Hauses.)

daß sie bei den besonderen Schwierigkeiten des vergangenen Jahres nicht versagen, sondern mit den altbewährten bäuerlichen Tugenden ihrer Arbeit nachgegangen sind. Mögen sie die Gewißheit haben, daß nicht nur die verantwortlichen Männer, sondern auch der überwiegende Teil unserer gesamten Bevölkerung an ihrem schweren Schicksal teilnehmen. In diesem gegenseitigen Verstehen und in der Zusammenarbeit liegt letzten Endes unsere Hoffnung auf eine schönere und bessere Zukunft unseres Landes.

(Beifall des Hauses.)

Präsident Wolters:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident zur Abgabe einer kurzen Erklärung.

Ministerpräsident Altmeier:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Schmidt hat am heutigen Nachmittag für die Begründung des Antrages der SPD-Fraktion II/1069 gewissermaßen mich herangezogen. Da ich nicht als ein so „leichtfertiger Vogel“ gelten will, deshalb habe ich das Bedürfnis, trotz der vorgeschrittenen Stunde mit einigen Sätzen eine solche „Berechtigung“ schnell und gründlich zu zerstreuen.

Ich bin, Herr Kollege Schmidt, über Ihre Begründung, die Erhöhung der Ausgaben herbeizuführen, weil der Länderfinanzausgleich 10 Millionen mehr bringen würde, sehr verwundert, ja, ich muß hinzufügen, geradezu bestürzt. Ich muß mich ernsthaft fragen, ob bei einer solchen Behandlung in der Zukunft überhaupt noch über im Gange befindliche Verhandlungen im Bundesrat hier berichtet werden kann.

Ich möchte noch einmal rekapitulieren. Ihr Sprecher hatte in der Etatrede im Januar an dieser Stelle bezweifelt, daß die im Etat eingesetzten 65 Millionen aus dem Länderfinanzausgleich überhaupt realisierbar seien, d. h. eingingen, weil diese Summe ja - sehr richtigerweise - auf Steuerschätzungen für das Jahr 1954 aufgebaut sei, deren endgültige Höhe erst beim Ablauf des Rechnungsjahres bekannt ist. Das war für mich Veranlassung, Ihnen gestern hier objektiv zu berichten über den letzten Stand bei der Verhandlung des Länderfinanzausgleichsgesetzes im Vermittlungsausschuß, wo in der Entwicklung der letzten Wochen durch die Erhöhung der Finanzmasse, die in den Länderfinanzausgleich eingebracht wird, diese auf Steuerschätzungen beruhende Summe für Rheinland-Pfalz um 10 Millionen - d. h. auf 75 Millionen - erhöht worden ist.

Ich habe ausdrücklich hinzugefügt, daß ich deshalb keine Erhöhung der Einnahmeposition beantrage, weil 1. die Gesetzgebung über dieses Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und

(Sehr richtig! bei der CDU.)

(Ministerpräsident Altmeier)

2. - das war der zweite Teil meines Berichts -

In der Frage der Finanzreform, vor allem in der Frage des Inanspruchnahmesatzes des Bundes, endgültige Beschlüsse überhaupt noch nicht vorliegen, sondern vielmehr - so habe ich Ihnen gestern berichtet - ernste Auseinandersetzungen zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat bevorstehen, so daß also die Situation so ist, daß die Pluspunkte, die etwa beim Länderfinanzausgleichsgesetz zu unseren Gunsten eintreten können, aufgewogen werden durch die Minuspunkte, die sich gegebenenfalls nach der Beratung des Finanzreformgesetzes so oder so ergeben können.

Ich habe - das werden Sie mir bestätigen - ausdrücklich hinzugefügt, daß das Ändern, Steigen oder Fallen dieser Summe im Länderfinanzausgleich, von den Steuerschätzungen abhängig ist, kein Grund sein kann, Pessimismus zu zeigen, weil es ja geradezu - so habe ich ausgeführt - ein Idealzustand werden könnte, wenn etwa die Steuereinnahmen des Landes so steigen würden, daß wir überhaupt nicht mehr an einem Länderfinanzausgleich beteiligt werden.

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich der Auffassung bin, daß ein Verfahren wie das von Ihnen, Herr Kollege Schmidt, vorgetragene im privaten Leben als leichtfertig bezeichnet wird, etwa so, daß die Hausfrau sagt: „Weil ich jetzt noch eine Mark, mit der ich nicht gerechnet habe, hinzubekommen habe, deshalb muß sie sofort wieder ausgegeben werden.“ - Ich meine, meine Damen und Herren, diese Methode kann doch nicht die Methode des Parlaments sein.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Ich bin der Auffassung, wenn dieses gesamte Gesetzeswerk - Länderfinanzausgleichsgesetz, Finanzreformgesetz und Finanzanpassungsgesetz - abgeschlossen ist und wir dann, was wir hoffen wollen, aus dem Länderfinanzausgleich, auch nach dem Vergleich der dann feststehenden Zahlen, zu einem Mehr kommen, dann können wir auch dieses Plus im Verlaufe des Jahres 1955 sehr wohl verkraften. Ich möchte hinzufügen, wir wollen einen echten ausgeglichenen Haushalt. Deshalb erneut meine Bitte, meine Damen und Herren, es bei den Einnahmen des Länderfinanzausgleiches von 65 Millionen zu belassen, was auf der anderen Seite heißt, daß ich Sie bitten muß, den Antrag der SPD-Fraktion II/1069 hinsichtlich der Erhöhung des Landwirtschaftsetats abzulehnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Wolters:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt von der Fraktion der SPD.

Abg. Schmidt:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat mir am dritten Tage der Etatberatungen erstmalig seit fast neun Jahren unseres Zusammenwirkens den Vorwurf der Leichtfertigkeit gemacht.

(Minister Dr. Finck: Nicht persönlich -
Zuruf von der CDU: Hat er nicht gesagt!)

Der Herr Ministerpräsident hat nicht gesagt: Ich mache den Vorwurf nicht persönlich. -

(Abg. Dr. Boden: Er hat aber gesagt, es ist leichtfertig, wenn man im Leben das und das tut! -)

- Entschuldigen Sie, Herr Kollege Dr. Boden, wir werden ja das Stenogramm bekommen. Ich bedauere überhaupt, daß wir bei dieser Auseinandersetzung die Stenogramme vom ersten Beratungstag noch nicht zur Verfügung haben. Vielleicht überlegen wir uns in der neuen Legislaturperiode, sofern wir zusammenkommen, unser Büro so einzurichten, wie es in anderen Parlamenten ist, daß man bei grundsätzlichen Beratungen mindestens 24 Stunden später das Stenogramm zur Verfügung hat, damit man sich gleich im Verlaufe der Beratungen auf das, was tatsächlich gesagt worden ist, beziehen kann.

Ich muß auch den Vorwurf der Leichtfertigkeit, wenn er für die Fraktion gemeint war, zurückweisen. Ich muß es dem Hause überlassen, darüber zu urteilen, wer leichtfertig gehandelt hat. Der Herr Ministerpräsident hat hier am Montag in seiner Eröffnungserklärung klar gesagt, daß die Bundesausgleichsmittel von 65 Millionen auf 75 Millionen erhöht würden.

Nachdem wir im Haushaltsansatz nur 65 Millionen D-Mark haben, sind wir als Landtag geradezu verpflichtet, auf diese Erklärung hin den Ansatz um 10 Millionen DM in der Einnahme und auch in der Ausgabe zu erhöhen. Vielleicht kann man nicht unbedingt sagen, daß wir verpflichtet seien, aber es ist jedenfalls haushaltsrechtlich in Ordnung, da wir im übrigen einen ausgeglichenen Haushalt hatten.

Wenn der Herr Ministerpräsident sagt, die Gesetzgebung darüber sei noch nicht abgeschlossen, dann hätte er das höchstens als eine mögliche Verbesserung ankündigen müssen; aber davon haben wir nichts gehört.

(Ministerpräsident Altmeier: Dann lesen Sie es nach!)

Wir haben es, Herr Ministerpräsident, auf Grund Ihrer Erklärung als eine tatsächliche Erhöhung werten müssen. Entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen jetzt etwas sage.

Herr Ministerpräsident! Wir haben in unserer Fraktion ob Ihrer Erklärung am Montag den Kopf geschüttelt. Wir haben unter uns gesagt, es dürfte einmalig sein, daß zu Beginn einer Haushaltsberatung eine Regierung eine Einnahmeerhöhung von sich aus bereits in der ersten Minute dem Hause bekanntmacht, nachdem die Haushaltsberatungen erst wenige Stunden abgeschlossen waren. Und es ist ganz natürlich, Herr Ministerpräsident, daß Ihre Erklärung die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses, soweit sie unserer Fraktion angehören, in eine schwere Verlegenheit brachte. Ich sage es ganz offen; ich habe es heute mittag angedeutet.

Wir Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses von der sozialdemokratischen Seite hatten in unserer Fraktion vorgetragen, was bei diesen Haushaltsansätzen im Sachlichen zu holen war, sei in gemeinsamer Beratung geholt und angesetzt worden; deshalb unser Grundsatzbeschluss, keine besonderen Erhöhungsanträge! An diesen Grundsatz haben wir uns zunächst gehalten. Aber Ihre Erklärung setzte diejenigen Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses in unserer Fraktion ins Unrecht, die auf die Ehrlichkeit der Angaben bei der Beratung seitens der Regierung gebaut haben.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich bedauere, das heute hier zum Abschluß unserer Beratungen feststellen zu müssen.

Wenn sie sagen, Herr Ministerpräsident, die Gesetzgebung darüber sei noch nicht abgeschlossen, dann muß ich Ihnen sagen - entschuldigen Sie! -: Es gibt keinen

Haushaltsansatz auf der Einnahmeseite, den man endgültig auf den letzten Pfennig festhalten kann.

(Sehr gut! und Sehr richtig! bei der SPD.)

Alle Steuereingänge, alle zu erwartenden Einnäge sind irgendwie geschätzte Einnahmen.

(Sehr richtig! und Sehr gut! bei der SPD.)

Und nachdem Sie uns bekanntgaben, daß die geschätzten Einnahmen bei diesem Haushaltsansatz von 65 Millionen DM auf 75 Millionen DM zu erhöhen wären, Herr Ministerpräsident, haben wir nicht leichtfertig, sondern konsequent gehandelt.

(Bravorufe und Beifall bei der SPD.)

Präsident Wolfers:

Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Wir sind auch erschöpft!)

Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag Drucksache II/1046 des Haushalts- und Finanzausschusses. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Ich lasse abstimmen über den Ergänzungsantrag des Haushalts- und Finanzausschusses II/1057. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Ich lasse abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache II/1064. Wer dem Antrag II/1064 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf Drucksache II/1065, Antrag der Fraktion der SPD. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf Drucksache II/1069, Antrag der Fraktion der SPD. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf die Kapitel 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08 - -

(Abg. Schmidt: Zu Kapitel 07, Herr Präsident!)

- Zu Kapitel 07 hat das Wort der Herr Abgeordnete Schmidt von der Fraktion der SPD.

Abg. Schmidt:

Ich beantrage, bei Kapitel 07 30 unter Titel 15 die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, das heißt also die Herabsetzung des Einnahmeansatzes von 45 Millionen auf 42 Millionen DM.

Präsident Wolfers:

Es ist der Antrag gestellt worden, den Einnahmetitel 15 in Kapitel 07 30 von 45 Millionen auf 42 Millionen herabzusetzen.

(Abg. Dr. Boden: Verzeihen Sie, Herr Präsident, das geht ja nicht! Durch die Annahme der Drucksache II/1057 hat das Hohe Haus die Erhöhung dieses Titels auf 45 Millionen DM beschlossen!)

- Richtig, die Erhöhung auf 45 Millionen DM ist bereits beschlossen durch die Annahme des Antrages des Haushalts- und Finanzausschusses.

Ich rufe weiter auf: 08, 09, 10, 11, 12, 13, 16, 17, 18, 22, 23, 24, 25, 26, 30, 32, 33, 34, 35, 40 und 41.

Wer dem Haushaltsplan 07 in zweiter Beratung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen! - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es angesichts der vorgerückten Zeit nicht mehr möglich ist, heute noch den Haushaltsplan 04 zu verabschieden. Ich schlage dem Hause vor, daß wir morgen vormittag aber pünktlich um 9.30 Uhr beginnen, und zwar mit dem Haushaltsplan 04, anschließend kommt dann der außerordentliche Haushalt. - Bitte schön, Herr Dr. Boden!

Abg. Dr. Boden:

Ich darf bitten, Herr Präsident, dem Hause bekanntgeben zu dürfen, daß die Fraktion der CDU morgen früh um 9 Uhr zu einer Fraktionssitzung zusammentritt.

Präsident Wolfers:

Die Fraktion der CDU tritt morgen früh um 9 Uhr zur Fraktionssitzung zusammen. Auch die Fraktion der FDP tritt morgen um 9 Uhr zur Fraktionssitzung zusammen.

Meine Damen und Herren! Ich habe eine Reihe von Abgeordneten zu einer ganz kurzen Besprechung ins Regierungszimmer gebeten. Soweit die Herren noch anwesend sind, möchte ich bitten, mit den Herrn Vizepräsidenten an dieser Besprechung teilzunehmen.

Die nächste Sitzung wird einberufen auf morgen, Donnerstag, um 9.30 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19.52 Uhr.